Berichte I Dezember und Jahr 2017

Der Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland

Bundesagentur für Arbeit
Statistik

Bundesagentur für Arbeit
Statistik

Herausgabe:

Bundesagentur für Arbeit
Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung
90327 Nürnberg

Kontakt für Auskünfte zum Monatsbericht:

Michael Hartmann:	**0911 179-3611**
Anton Klaus:	**0911 179-1072**
Ralf Beckmann:	**0911 179-5409**
E-Mail:	**arbeitsmarktberichterstattung@arbeitsagentur.de**

Zitiervorschlag:
Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung: Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland – Monatsbericht, Dezember 2017, Nürnberg 2017.

Weiterführende Informationen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit finden Sie im Internet unter:

Direkt: http://statistik.arbeitsagentur.de

Zahlreiche Statistiken sind auch regional verfügbar. Daneben werden statistische Analysen zum Arbeitsmarkt und zur Grundsicherung angeboten.
In der Rubrik „Grundlagen“ finden sich ausführliche Hintergrundinformationen zu den verschiedenen Statistiken.

Der aktuelle Monatsbericht, alle Grafiken zum Monatsbericht sowie weitere Broschüren und Berichte sind unter der Rubrik „Arbeitsmarktberichte“ abrufbar.

Kontakt für weiterführende Informationen/ Statistiken/ Auswertungen (diese sind teilweise kostenpflichtig):

Bundesagentur für Arbeit
BA-Service-Haus
Zentraler Statistik-Service
Tel.: 0911/179-3632
Fax: 0911/179-908053

E-Mail: Zentraler-Statistik-Service@arbeitsagentur.de

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung Dezember 2017 ... 7
Zusammenfassung Jahresrückblick 2017 ... 8
Teil A: Monatsbericht Dezember 2017 ... 9
I. Arbeitsmarkt im Dezember 2017 – Deutlicher saisonbereinigter Rückgang der Arbeitslosigkeit ... 10
1. Wirtschaftliche Entwicklung ... 10
2. Realisierte Arbeitskräftenachfrage ... 11
2.1 Entwicklung der Erwerbstätigkeit ... 11
2.2 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Ländern und Wirtschaftszweigen ... 12
2.3 Kurzarbeitergeld ... 13
3. Nicht realisierte Arbeitskräfte-nachfrage ... 13
3.1 Gemeldete Arbeitsstellen ... 13
3.2 BA-Stellenindex BA-X ... 15
3.3 Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot ... 15
4. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ... 15
4.1 Entwicklung im Bund ... 15
4.2 Entwicklung in den Ländern ... 16
4.3 Entwicklung nach Rechtskreisen und Langzeitarbeitslosigkeit ... 19
4.4 Arbeitslosigkeit – Zu- und Abgänge ... 20
4.5 Arbeitslosenquoten ... 21
4.6 Unterbeschäftigung ... 22
4.7 Erwerbslosigkeit nach ILO und internationaler Vergleich ... 23
5. Vorausschau auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigung ... 24
II. Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit ... 26
1. Überblick ... 26
2. Arbeitslosenversicherung ... 27
2.1 Arbeitslosengeld und Arbeitslosigkeit ... 27
2.2 Zugang und Abgang von Arbeitslosengeldempfängern ... 28
2.3 Höhe des Arbeitslosengeldes ... 28
3. Grundsicherung für Arbeitsuchende ... 28
3.1 Zugang und Abgang von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ... 28
3.2 Gründe für die Nicht-Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Leistungsberechtigter ... 29
3.3 Erwerbstätige Leistungsberechtigte ... 29
3.4 Bedarfsgemeinschaften und Regelleistungsberechtigte ... 30
3.6 Integrationen in Erwerbstätigkeit ... 30
3.7 Langzeitleistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ... 31
3.8 Hilfequoten ... 31
3.9 Höhe der Zahlungsansprüche ... 31
III. Der Ausbildungsmarkt im „fünften Quartal“ ... 33
1. Gemeldete Bewerber im „fünften Quartal“ ... 33
2. Verbleib der im fünften Quartal gemeldeten Bewerber ... 34
2.1 Gemeldete Bewerber insgesamt ... 34

2.2 Nachvermittlung der unversorgten Bewerber vom 30. September ... 34
2.3 Bewerber mit Alternative zum 30. September ... 35
3. Einstiegsqualifizierungen und Assistierte Ausbildung ... 35
IV. Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ... 36
1. Umfang der eingesetzten arbeits-marktpolitischen Instrumente ... 36
1.1 Gesamtentwicklung des Fördergeschehens in der Arbeitslosenversicherung ... 36
1.2 Gesamtentwicklung des Fördergeschehens in der Grundsicherung für Arbeitsuchende ... 37
2. Entwicklung des Einsatzes der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik ... 38
2.1 Aktivierung und berufliche Eingliederung ... 38
2.2 Berufliche Weiterbildung ... 38
2.3 Qualifizierung über das Programm Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) ... 39
2.4 Eingliederungszuschüsse ... 39
2.5 Gründungszuschuss ... 39
2.6 Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen nach § 16c SGB II ... 40
2.7 Einstiegsgeld ... 40
2.8 Arbeitsgelegenheiten ... 40
2.9 ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter ... 40
2.10 Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt ... 41
3. Förderung der Berufswahl und der Berufsausbildung ... 41
Teil B: Jahresbericht 2017 ... 42
I. Jahresrückblick 2017 – Sehr gute Entwicklung des Arbeitsmarktes ... 43
1. Wirtschaftliche Entwicklung und realisierte Arbeitskräftenachfrage ... 43
1.1 Wirtschaftliche Entwicklung ... 43
1.2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit ... 43
1.3 Arbeitszeit und Kurzarbeit ... 46
1.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Ländern, Personengruppen und Wirtschaftszweigen ... 46
2. Nicht realisierte Arbeitskräftenachfrage ... 48
2.1 Gemeldete Arbeitsstellen ... 48
2.2 Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot ... 49
3. Arbeitskräfteangebot ... 49
4. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ... 49
4.1 Entwicklung im Bund und in den Ländern ... 50
4.2 Entwicklung nach Rechtskreisen ... 51
4.3 Entwicklung nach Personengruppen ... 51
4.4 Arbeitslosigkeit – Zu- und Abgänge sowie Dauern ... 53
4.5 Arbeitslosenquoten ... 55
4.6 Unterbeschäftigung ... 55
II. Jahresrückblick 2017 - Soziale Sicherung ... 57
1. Überblick ... 57
2. Arbeitslosenversicherung ... 58
3. Grundsicherung für Arbeitsuchende ... 58
3.1 Gründe für die Nicht-Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Leistungsberechtigter ... 58
3.2 Erwerbstätige Leistungsberechtigte ... 59

3.3 Bedarfsgemeinschaften und leistungsberechtigte Personen ... 59
3.4 Höhe der Geldleistungen ... 59

III. Jahresrückblick 2017 - Ausbildungsmarkt ... 61

Stabile Gesamtsituation bei zunehmenden Ungleichgewichten ... 61

1. Gemeldete Berufsausbildungsstellen ... 61

2. Neu abgeschlossene Ausbildungs-verträge ... 61

3. Gemeldete Bewerber ... 62

4. Gesamtbetrachtung gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerber bis September 2017 ... 63

5. Unbesetzte Ausbildungsstellen ... 64

6. Verbleib der gemeldeten Bewerber und unversorgte Bewerber ... 65

7. Bewerber mit Alternative ... 65

8. Gesamtbetrachtung zum Bilanzstichtag am 30. September 2017 ... 66

IV. Jahresrückblick 2017 – Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ... 68

1. Umfang der eingesetzten arbeits-marktpolitischen Instrumente ... 68

1.1 Gesamtentwicklung des Fördergeschehens im SGB III ... 68
1.2 Gesamtentwicklung des Fördergeschehens im SGB II ... 68

V. Wichtige statistische Hinweise zur Interpretation ... 70

1. Allgemeine statistische Hinweise ... 70

2. Statistische Hinweise zum Arbeitsmarkt ... 72

2a Beschäftigungsstatistik ... 72
2b Arbeitslosenstatistik ... 73
2c Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen ... 78

3. Statistische Hinweise zur Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende ... 79

4. Hinweise zum Verständnis der Statistiken über den Ausbildungsstellenmarkt ... 81

5. Statistische Hinweise zur Arbeitsmarktpolitik ... 82

VI. Arbeitsmarkt Gesamtübersicht ... 83

VII. Tabellenanhang ... 84

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 - Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 11
Abbildung 2 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Ländern 12
Abbildung 3 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen 12
Abbildung 4 - Konjunkturell bedingte Kurzarbeit 13
Abbildung 5 - Gemeldete Arbeitsstellen 14
Abbildung 6 - Gemeldete Arbeitsstellen und Vakanzen 14
Abbildung 7 - Arbeitslose nach Ländern 16
Abbildung 8 - Arbeitslosigkeit nach Staatsangehörigkeit 18
Abbildung 9 - Arbeitslose nach Rechtskreisen 19
Abbildung 10 - Langzeitarbeitslosigkeit 19
Abbildung 11 - Zugangsrisiko und Abgangschance 21
Abbildung 12 - Arbeitslosenquoten 22
Abbildung 13 - Arbeitslosenquoten nach Ländern 22
Abbildung 14 - Saisonbereinigte Erwerbslosenquoten 24
Abbildung 15 - Saisonbereinigte Erwerbslosenquoten in der EU 24
Abbildung 16 - Zugang nichtarbeitsloser Arbeitsuchender aus Beschäftigung 25
Abbildung 17 - Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug 27
Abbildung 18 - Leistungsempfänger nach Rechtskreisen 27
Abbildung 19 - Struktur der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 29
Abbildung 20 - Bedarfsgemeinschaften und Regelleistungsberechtigte 30
Abbildung 21 - Der Ausbildungsmarkt im „5. Quartal“ 33
Abbildung 22 - Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik 36
Abbildung 23 - Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik SGB III 37
Abbildung 24 - Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik SGB II 37
Abbildung 25 - Wachstum und Beschäftigung 44
Abbildung 26 - Kurzarbeit 46
Abbildung 27 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Personengruppen 47
Abbildung 28 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen 47
Abbildung 29 - Gemeldete Arbeitsstellen 48
Abbildung 30 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung ... 50
Abbildung 31 - Arbeitslose nach Ländern 51
Abbildung 32 - Arbeitslosigkeit nach Personengruppen 52
Abbildung 33 - Arbeitslosenquoten nach Personengruppen 52
Abbildung 34 - Langzeitarbeitslose 55
Abbildung 35 - Arbeitslosenquoten nach Ländern 55
Abbildung 36 - Unterbeschäftigung 56
Abbildung 37 - Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug 58
Abbildung 38 - Bedarfsgemeinschaften und hilfebedürftige Personen 59
Abbildung 39 - Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen 62

Zusammenfassung Dezember 2017

Deutlicher saisonbereinigter Rückgang der Arbeitslosigkeit

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzt sich fort. Nach einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent im dritten Quartal 2017 zeichnet sich für das Schlussquartal eine ähnlich positive Entwicklung ab. Die optimistischen Konjunkturerwartungen der Unternehmen deuten darauf hin, dass sich der kräftige Aufschwung 2018 fortsetzen wird. Der Arbeitsmarkt profitiert von dieser dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern steigen auf hohem Niveau weiter kräftig an. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben im Dezember bereinigt von saisonalen Einflüssen erneut deutlich abgenommen. Auch im Vergleich zum Vorjahr sind erhebliche Abnahmen zu verzeichnen, obwohl sich mehr geflüchtete Menschen in Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung befinden.

Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit

Nach vorläufiger Hochrechnung gab es im Dezember 2017 4.892.000 erwerbsfähige Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II. Im Vergleich zum Dezember des Vorjahres ist die Zahl der Menschen, die Lohnersatzleistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld) oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) erhalten haben, um 109.000 gesunken. Arbeitslosengeld haben im Dezember 2017 707.000 Menschen erhalten. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres hat die Zahl der Arbeitslosengeldbezieher um 50.000 abgenommen. Arbeitslosengeld II haben nach aktueller Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit 4.272.000 Menschen erhalten, im Vergleich zum Vorjahr 51.000 weniger.

Ausbildungsmarkt

Der Ausbildungsmarkt ist im sogenannten „fünften Quartal“ noch deutlich in Bewegung. Viele junge Menschen suchen noch eine Ausbildungsstelle zum sofortigen Beginn. Ziel ist es, jedem ausbildungsreifen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten, das zu einem anerkannten Abschluss führt. Den Bewerberinnen und Bewerbern sowie den Betrieben bietet die Bundesagentur für Arbeit weiterhin ihre Unterstützung an.

Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Im Dezember 2017 haben nach vorläufigen Daten 884.000 Personen an einer vom Bund oder der Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilgenommen. Das waren 6 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Die Förderung durch Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik lag damit bezogen auf die Summe der aktivierbaren Personen leicht unter dem Niveau des Vorjahres (-0,2 Prozentpunkte). 471.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gefördert, 413.000 haben an Maßnahmen teilgenommen, die aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende finanziert wurden.

.

Zusammenfassung Jahresrückblick 2017

Sehr gute Entwicklung des Arbeitsmarktes

Die deutsche Wirtschaft erlebte im Jahr 2017 einen kräftigen Aufschwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist nach aktuellen Schätzungen der Deutschen Bundesbank um 2,3 Prozent gestiegen, nach +1,9 Prozent im Jahr 2016. Der Konjunkturaufschwung ist breit angelegt und wird vor allem von binnenwirtschaftlichen Kräften getragen. Auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich sehr gut. Die Erwerbstätigkeit hat wegen des Aufbaus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung kräftig zugenommen. Das Plus resultiert zum größeren Teil aus Zuwanderung und gestiegener Erwerbsneigung, kam aber auch inländischen Arbeitslosen zugute. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind jahresdurchschnittlich gesunken, obwohl mehr geflüchtete Menschen in Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gezählt wurden.

Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit

Im Jahresdurchschnitt 2017 ist die Zahl der erwerbsfähigen Menschen, die Lohnersatzleistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld) oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) bezogen haben, auf 5.027.000 gestiegen. Dabei haben rund 745.000 Menschen Arbeitslosengeld erhalten und 4.365.000 waren Arbeitslosengeld II berechtigt. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger auch aufgrund der guten Lage am Arbeitsmarkt abgenommen. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten hat dagegen – vor allem aufgrund mehr leistungsberechtigter Schutzsuchender – zugenommen.

Ausbildungsmarkt

Die Situation am Ausbildungsmarkt zeigte sich im Beratungsjahr 2016/17 stabil. Sowohl die Zahl der von Oktober 2016 bis September 2017 gemeldeten Ausbildungsstellen als auch die Bewerberzahl fielen ähnlich aus wie im Vorjahr. Bundesweit waren Ausbildungsstellen- und Bewerberzahl zwar rechnerisch nahezu ausgeglichen. Der Marktausgleich wurde aber wie in den Vorjahren durch teilweise erhebliche Ungleichgewichte erschwert, die je nach Region, Berufswunsch oder Qualifikation sehr unterschiedliche Chancen zur Folge haben konnten. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Verstärkung dieser Disparitäten auszumachen: So waren am 30. September 2017 mehr gemeldete Ausbildungsstellen noch unbesetzt als im vorangegangen September. Gleichzeitig lag auch die Zahl der unversorgten Bewerber über der des Vorjahres

Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Im Jahresdurchschnitt 2017 befanden sich nach hochgerechneten und zum Teil untererfassten Werten 894.000 Personen in einer von Bund oder der Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme. Das waren 26.000 (+3 Prozent) Förderungen mehr als im Jahr zuvor. 458.000 der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gefördert, 436.000 haben an Maßnahmen teilgenommen, die aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende getragen wurden.

Teil A: Monatsbericht Dezember 2017

I. Arbeitsmarkt im Dezember 2017 – Deutlicher saisonbereinigter Rückgang der Arbeitslosigkeit

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft setzt sich fort. Nach einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent im dritten Quartal 2017 zeichnet sich für das Schlussquartal eine ähnlich positive Entwicklung ab. Die optimistischen Konjunkturerwartungen der Unternehmen deuten darauf hin, dass sich der kräftige Aufschwung 2018 fortsetzen wird. Der Arbeitsmarkt profitiert von dieser dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern steigen auf hohem Niveau weiter kräftig an. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben im Dezember bereinigt von saisonalen Einflüssen erneut deutlich abgenommen. Auch im Vergleich zum Vorjahr sind erhebliche Abnahmen zu verzeichnen, obwohl sich mehr geflüchtete Menschen in Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung befinden.

1. Wirtschaftliche Entwicklung[1]

Im dritten Quartal 2017 ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) saison- und kalenderbereinigt um 0,8 Prozent gewachsen. Im zweiten Quartal wurde ein Plus von 0,6 Prozent, im ersten Quartal von sogar 0,9 Prozent verzeichnet. Für das Schlussquartal zeichnet sich eine ähnlich positive Entwicklung ab. Zwar ist die Industrieproduktion nicht mehr ganz so hoch wie im Sommer, die Auftragseingänge zeigen aber weiter nach oben. Auf Basis der optimistischen Konjunkturerwartungen der Unternehmen lässt sich davon ausgehen, dass sich der kräftige Aufschwung 2018 fortsetzen wird.

Die Entwicklung in Deutschland profitiert von einem guten außenwirtschaftlichen Umfeld. Insbesondere im Euroraum gewinnt die konjunkturelle Entwicklung zunehmend an Schwung (+0,6 Prozent im dritten Quartal). Nach Spanien und Deutschland ist die zusätzliche Dynamik nun auch in Frankreich und Italien angekommen, so dass der Aufschwung auf zunehmend breiterer Basis steht. Die erste Einigung zum Thema Brexit erhöht die Chancen für einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union, wenn auch zahlreiche Risiken bleiben.

Die Exporte leisteten im dritten Quartal einen wesentlichen Beitrag zum deutschen Wirtschaftswachstum. Insgesamt stiegen sie um 1,7 Prozent. Die Exporterwartungen haben sich am aktuellen Rand im Vergleich zum Vormonat etwas verschlechtert, liegen aber weiterhin auf sehr hohem Niveau. Der im Vergleich zum Dollar im Jahresverlauf stärker gewordene Euro senkt die Exportdynamik bisher nicht. Stattdessen legten die Importe zu (+0,9 Prozent). Der Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum ist insgesamt deutlich positiv.

Infolge des konjunkturellen Aufschwungs und hoher Kapazitätsauslastung haben die Investitionen weiter zugelegt. Das Wachstum bei den Investitionen konzentriert sich zunehmend auf die Ausrüstungsinvestitionen. So sind diese im dritten Quartal um 1,5 Prozent gestiegen, die Bauinvestitionen hingegen gingen um 0,4 Prozent zurück. Der Ausblick der Investitionsgüterproduzenten ist sehr gut. Somit ist davon auszugehen, dass sich der Aufwind bei den Investitionen auch 2018 fortsetzen wird, wenn die sehr guten Finanzierungsbedingungen anhalten.

Privater und öffentlicher Konsum stagnierten über den Sommer, nachdem sie im ersten Halbjahr deutlich zugelegt hatten. Dämpfend wirken die zunehmenden Preissteigerungen, die insbesondere durch die Energiepreise getrieben wer-

[1] Vgl. „Einschätzung des IAB zur wirtschaftlichen Lage“ vom Dezember 2017 im Internet unter https://www.iab-forum.de/category/iabthemen/arbeitsmarktentwicklung-und-prognose/

den. Dennoch bleibt die Stimmung der Verbraucher sehr gut, so dass davon auszugehen ist, dass es sich nur um einen temporären Dämpfer im Wachstum der Konsumnachfrage handelt. Ein Grund für die sehr gute Stimmung ist die hervorragende Lage am Arbeitsmarkt. Die Einkommen der Arbeitnehmer steigen stärker als die Verbraucherpreise.

2. Realisierte Arbeitskräftenachfrage

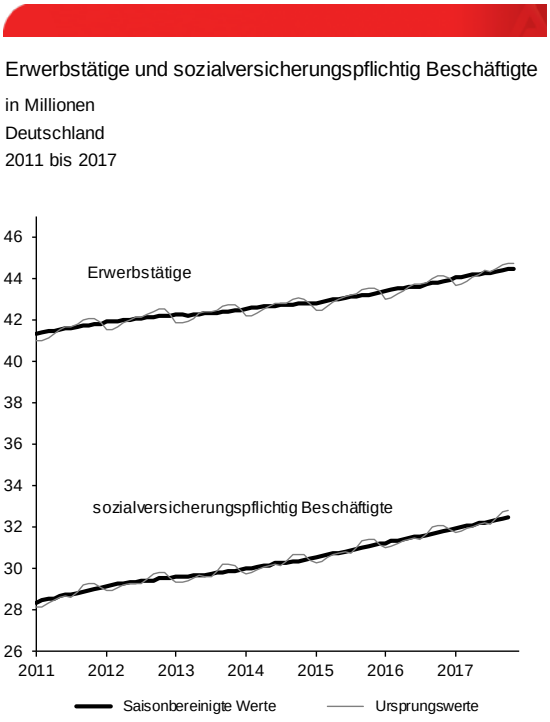
Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigen weiter an. Die Vorjahresniveaus werden deutlich überschritten (vgl. 2.1). Alle Bundesländer verzeichnen im Vorjahresvergleich einen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Nach Branchen gab es ein kräftiges Plus vor allem in den Bereichen Qualifizierte Unternehmensdienstleistungen sowie Pflege und Soziales (vgl. 2.2).

2.1 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept)[2] hat nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im November saisonbereinigt um 50.000 zugenommen, nach +38.000 im Oktober und +44.000 im September. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist nach vorläufigen, hochgerechneten Angaben der Bundesagentur für Arbeit, die bis Oktober reichen, saisonbereinigt um 69.000 gestiegen, nach +46.000 im September.

Nicht saisonbereinigt lag die Erwerbstätigkeit im November bei 44,74 Mio. Gegenüber dem Vorjahr ist sie um 613.000 oder 1,4 Prozent gestiegen, nach +625.000 oder ebenfalls +1,4 Prozent im Oktober. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit beruht allein auf dem Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Nach der Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit belief sich diese im Oktober auf 32,79 Mio. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Plus von 743.000 oder 2,3 Prozent.[3]

Abbildung 1 - Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte



Vorläufige hochgerechnete Werte der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am aktuellen Rand mit einem bzw. zwei Monaten Wartezeit.
Quelle : Statistisches Bundesamt, Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung hat im Oktober im Vorjahresvergleich um 429.000 oder 1,8 Prozent und die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung um 315.000 oder 3,6 Prozent zugenommen.

Die sonstigen Formen der Erwerbstätigkeit haben gegenüber dem Vorjahr abgenommen. So ist die Zahl der Selbständigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im dritten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahr um 26.000 oder 0,6 Prozent auf 4,33 Mio gesunken. In Ar-

[2] Zum Unterschied zwischen Inlands- und Inländerkonzept vgl. „Wichtige statistische Hinweise“ in Teil V des Berichts. Unterschiede zwischen Niveau und Veränderung der Erwerbstätigkeit nach den beiden Konzepten erklären sich durch Höhe und Veränderung des Pendlersaldos.

[3] Im Jahr 2016 sind aufgrund eines technischen Problems im Datenverarbeitungsprozess in größerem Umfang Arbeitgebermeldungen zur Sozialversicherung nicht in die Statistik-Datenverarbeitung eingeflossen. Diese Meldungen wurden im Jahr 2017 nachträglich aufgenommen und die Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik neu ermittelt. Daher erfolgte eine Revision der Beschäftigungsstatistik zum 3. Januar 2018.

beitsgelegenheiten waren nach vorläufigen hochgerechneten Angaben der Bundesagentur für Arbeit im November 78.000 Arbeitslosengeld II-Empfänger beschäftigt, 10.000 oder 11 Prozent weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten hat sich ebenfalls verringert. Nach ersten Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit belief sie sich im Oktober auf 4,70 Mio, das waren 70.000 oder 1,5 Prozent weniger als vor einemJahr.Darüber hinaus übten 2,78 Mio oder 8,5 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob aus, gegenüber dem Vorjahr 117.000 oder 4,4 Prozent mehr. Dabei gehen in die Erwerbstätigenrechnung allein die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten ein, da die Nebenjobber schon mit ihrer Hauptbeschäftigung gezählt werden.

2.2 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Ländern und Wirtschaftszweigen[4]

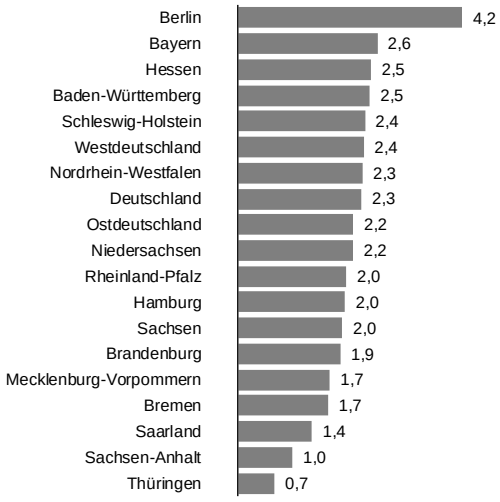
In allen Bundesländern hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Am stärksten ist sie in Berlin gewachsen (+4,2 Prozent), mit größerem Abstand gefolgt von Bayern (+2,6 Prozent). Den geringsten Anstieg verzeichnete Thüringen (+0,7 Prozent).

Nach Branchen zeigen sich im Vorjahresvergleich fast ausschließlich Anstiege. Die absolut größten Zuwächse im Oktober werden bei Qualifizierten Unternehmensdienstleistern (+110.000 oder +4,7 Prozent) und bei Pflege und Soziales (+81.000 oder +3,6 Prozent) registriert. Eine nennenswerte Abnahme gab es bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-15.000 oder -1,5 Prozent).

4 Ausführliches Datenmaterial einschließlich der saisonbereinigten Entwicklung nach Branchen und Ländern findet sich u.a. in den Tabellen Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen
https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_11914/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=927790&year_month=201710&year_month.GROUP=1&search=Suchen
https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_11914/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=927786&year_month=201710&year_month.GROUP=1&search=Suchen

Abbildung 2 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Ländern

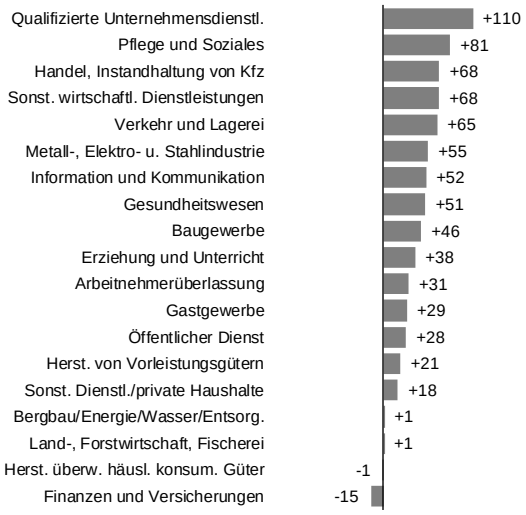
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Ländern[1)]
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent
Deutschland, West- und Ostdeutschland, Länder
Oktober 2017



1) Vorläufige hochgerechnete Werte mit zwei Monaten Wartezeit.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 3 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen[1)]
Veränderung gegenüber Vorjahr in Tausend
Deutschland
Oktober 2017

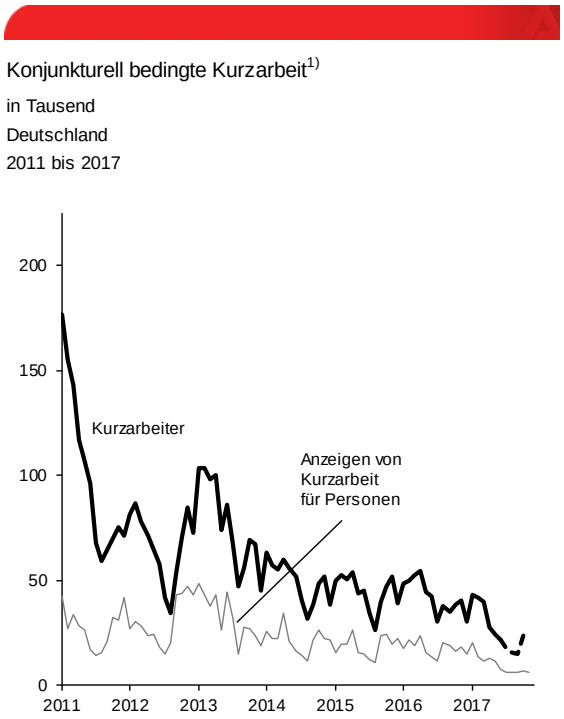


1) Vorläufige hochgerechnete Werte mit zwei Monaten Wartezeit.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2.3 Kurzarbeitergeld

Durch die Zahlung von Kurzarbeitergeld bei vorübergehend schwierigen Wirtschaftsbedingungen sollen den Betrieben ihre eingearbeiteten Mitarbeiter und den Arbeitnehmern ihre Arbeitsplätze erhalten werden, um so Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Die Inanspruchnahme liegt auf einem sehr niedrigen Niveau. Nach vorläufigen hochgerechneten Daten der Bundesagentur für Arbeit wurde im Oktober an 24.000 Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld gezahlt, nach 15.000 im Vormonat und 39.000 im Vorjahr.

Abbildung 4 - Konjunkturell bedingte Kurzarbeit



1) Kurzarbeiterzahlen gem. § 170 SGB III auf Basis der Abrechnungslisten der Betriebe; für die letzten vier Monate vorläufige hochgerechnete Werte mit zwei Monaten Wartezeit.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vor Beginn der Kurzarbeit müssen Betriebe Anzeige über den voraussichtlichen Arbeitszeitausfall erstatten; diese Anzeigen können als potenzielle Zugänge und damit als Frühindikator für die künftige Inanspruchnahme von Kurzarbeit interpretiert werden. Im November – das ist der letzte Monat, für den Daten vorliegen – wurde für 6.000 Personen konjunkturelle Kurzarbeit angezeigt, nach 7.000 im Oktober und 6.000 im September. Auf Basis der bisher eingegangenen Anzeigen wird die Zahl der Arbeitnehmer in konjunktureller Kurzarbeit für Dezember auf 15.000 geschätzt, womit das Niveau des Vorjahres deutlich unterschritten würde (30.000).

Endgültige detaillierte Daten zur Kurzarbeit stehen für den Juni 2017 zur Verfügung. In diesem Monat erhielten insgesamt 33.000 Personen Kurzarbeitergeld, davon 22.000 konjunkturelles Kurzarbeitergeld und 11.000 Transferkurzarbeitergeld. Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall über alle Kurzarbeiter betrug im Juni 47 Prozent. Im Beschäftigtenäquivalent[5] errechnen sich so 16.000 Kurzarbeiter. Bei konjunktureller Kurzarbeit gab es einen Arbeitszeitausfall von 28 Prozent und ein Beschäftigtenäquivalent von 6.000 Kurzarbeitern.

3. Nicht realisierte Arbeitskräftenachfrage

Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern steigt auf anhaltend hohem Niveau weiter an. Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot und die gemeldeten Stellen liegen deutlich über den jeweiligen Vorjahreswerten.

3.1 Gemeldete Arbeitsstellen

Der Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen hat sich im Dezember saisonbereinigt um 18.000 erhöht, nach +10.000 im November. Nicht saisonbereinigt belief sich der Bestand im Dezember auf 761.000 Arbeitsstellen. Gegenüber dem Vorjahr war das ein Plus von 103.000 oder 16 Prozent, nach +91.000 oder +13 Prozent im November. Von den gemeldeten Arbeitsstellen waren 93 Prozent sofort zu besetzen.

Der Bestand an Arbeitsstellen schlägt sich relativ schnell um. Auch die Stellenzugänge, die ein besserer Indikator für die Einstellungsbereitschaft der Betriebe als die Bestandszahlen sind,

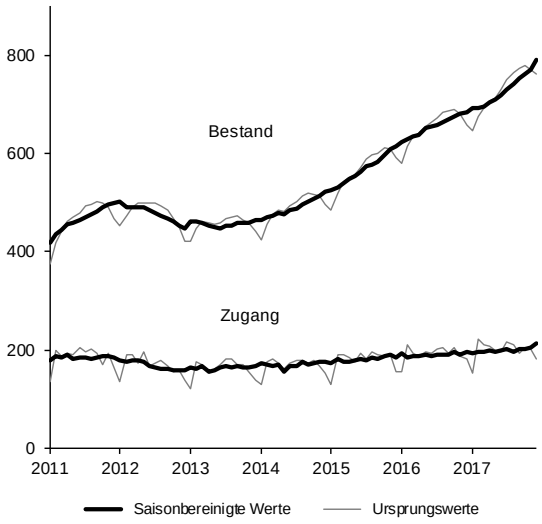
5 Das Beschäftigtenäquivalent setzt sich aus Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten zusammen.

nehmen seit längerem tendenziell zu. In saison- und kalenderbereinigter Rechnung sind sie im Dezember um 6.000 gestiegen, nach +3.000 im November und Stagnation im Oktober. Nach den Ursprungszahlen gingen im Dezember 182.000 Stellenmeldungen ein, fast genauso viele wie vor einem Jahr. In der gleitenden Jahressumme von Januar bis Dezember 2017 – die saisonale und zufällige Schwankungen ausgleicht – gab es mit 2.397.000 Stellenzugängen 89.000 oder 4 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Die neu gemeldeten Arbeitsstellen waren im Dezember zu 64 Prozent und in der gleitenden Jahressumme zu 65 Prozent sofort zu besetzen.

Abbildung 5 - Gemeldete Arbeitsstellen

Gemeldete Arbeitsstellen[1)]

in Tausend
Deutschland
2011 bis 2017



1) Daten ab 2013 einschließlich Stellen aus dem automatisierten BA-Kooperationsverfahren.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 6 - Gemeldete Arbeitsstellen und Vakanzen

Gemeldete Arbeitsstellen und Vakanzen

Angaben in Tausend
Deutschland
Dezember 2017

	Dezember 2017	Anteil in %	Veränderung zum Vorjahresmonat absolut	Veränderung zum Vorjahresmonat in %
Bestand	761	100	103	15,6
darunter: Vakanzen	705	92,7	104	17,4
Zugang	182	100	0	0,2
darunter: Vakanzen	117	64,3	4	3,1
Abgang	192	100	-11	-5,5
darunter: ohne Vakanzzeit	11	5,6	-0	-4,5
über drei Monate	80	41,5	-2	-2,4
durchschnittliche Vakanzzeit[1)]	109	-	6	5,8

1) Zeitspanne vom Besetzungstermin bis zum Stellenabgang in Tagen.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im Dezember wurden 192.000 Arbeitsstellen abgemeldet, 11.000 oder 5 Prozent weniger als vor einem Jahr. In der gleitenden Jahressumme gab es 2.289.000 Abgänge, 2 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. 6 Prozent der Arbeitsstellen wurden abgemeldet, bevor sie vakant wurden, und 37 Prozent der abgemeldeten Arbeitsstellen waren länger als 3 Monate vakant.

Die durchschnittliche abgeschlossene Vakanzzeit[6] im gleitenden Jahreszeitraum hat sich im Vorjahresvergleich um 6 auf 99 Tage erhöht. Die längeren Vakanzzeiten dürften auch damit zusammenhängen, dass es für Betriebe schwieriger wird, ihre Stellen zu besetzen. Es kann zwar nicht von einem flächendeckenden Kräfte- oder Fachkräftemangel gesprochen werden, gleichwohl zeigen sich eine allgemeine Anspannung und Engpässe in einzelnen technischen Berufsfeldern, bei Bauberufen sowie in einigen Gesundheits- und Pflegeberufen.[7]

6 Die Vakanzzeit beginnt ab dem gewünschten Besetzungstermin und endet mit der Abmeldung der Stelle.

7 Vgl. hierzu die aktuelle Fachkräfteengpassanalyse der BA unter https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Fachkraeftebedarf/Fachkraeftebedarf-Nav.htmlhttps://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Fachkraeftebedarf-Stellen/Fachkraeftebedarf-Stellen-Nav.html

3.2 BA-Stellenindex BA-X[8]

Der Stellenindex der BA (BA-X) bildet die saisonbereinigte Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage am ersten Arbeitsmarkt ab. In den Index fließen die der BA gemeldeten Arbeitsstellen, die Stellen für Freiberufler und Selbständige sowie die gemeldeten Stellen aus der privaten Arbeitsvermittlung ein. Der BA-X ist im Dezember gegenüber dem Vormonat kräftig um 6 Punkte auf den neuen Höchstwert von 256 Punkten gestiegen. Der Vorjahreswert wird um 31 Punkte übertroffen.

3.3 Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot[9]

Einen umfassenderen Überblick über die nicht realisierte Arbeitskräftenachfrage geben repräsentative Betriebsbefragungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot, die vierteljährlich durchgeführt werden. In diesen Erhebungen werden auch jene Stellen erfasst, die der Bundesagentur für Arbeit nicht gemeldet sind.

Nach Angaben des IAB lag das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im dritten Quartal 2017 bei 1,10 Mio Stellen. Das waren 174.000 oder 19 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Vom gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot waren nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung 53 Prozent den Arbeitsagenturen oder Jobcentern gemeldet, nach 58 Prozent vor einem Jahr.[10]

4. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind im Dezember saisonbereinigt deutlich gesunken. Die Vorjahreswerte werden unterschritten, obwohl sich mehr geflüchtete Menschen in Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung befinden (vgl. 4.1 und 4.6). Das Risiko, durch den Verlust der Beschäftigung arbeitslos zu werden, geht auf niedrigem Niveau weiter zurück. Die Chancen, die Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung zu beenden, werden größer (vgl. 4.4). Im europäischen Vergleich verzeichnet Deutschland eine der niedrigsten Erwerbslosenquoten (vgl. 4.7).

4.1 Entwicklung im Bund

Mit der einsetzenden Winterpause hat sich die Arbeitslosigkeit von November auf Dezember um 17.000 oder 1 Prozent auf 2.385.000 erhöht. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre ist sie um 44.000 oder 2 Prozent gestiegen. Das Saisonbereinigungsverfahren errechnet für den aktuellen Monat einen Rückgang von 29.000, nach -20.000 im November. Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), die die Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik berücksichtigt, hat im Dezember saisonbereinigt um 23.000 abgenommen, nach -21.000 im November (vgl. 4.6). Die Fluchtmigration nahm auf die aktuelle saisonbereinigte Entwicklung nur wenig Einfluss.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Arbeitslosen im Dezember um 183.000 oder 7 Prozent abgenommen, nach -164.000 oder -6 Prozent im November. Die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) ist gegenüber dem Vorjahr um 165.000 oder 5 Prozent gesunken, nach -147.000 oder -4 Prozent im November (vgl. 4.6). Die Auswirkungen der Fluchtmigration auf die Vorjahresveränderung sind deutlich erkennbar (vgl. Kasten „Auswirkungen der Migration auf den Arbeitsmarkt“). Rechnet man für analytische Zwecke die Personen aus den zugangsstärksten nichteuropäischen Asylher-

8 Vgl. die monatliche Veröffentlichung BA-Stellenindex BA-X im Internet unter https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Arbeitsmarkt-Allgemein/Arbeitsmarkt-Allgemein-Nav.html

9 Die Ergebnisse stehen im Internet unter http://www.iab.de/de/befragungen/stellenangebot/aktuelle-ergebnisse.aspx

10 Aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte ist eine einfache Hochrechnung der gemeldeten Arbeitsstellen mit der inversen Meldequote zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot nicht möglich. Zu den Unterschieden zwischen der BA-Registerstatistik zu den gemeldeten Arbeitsstellen und der IAB-Stellenerhebung vgl. die statistischen Hinweise in Kapitel V2c des Berichts.

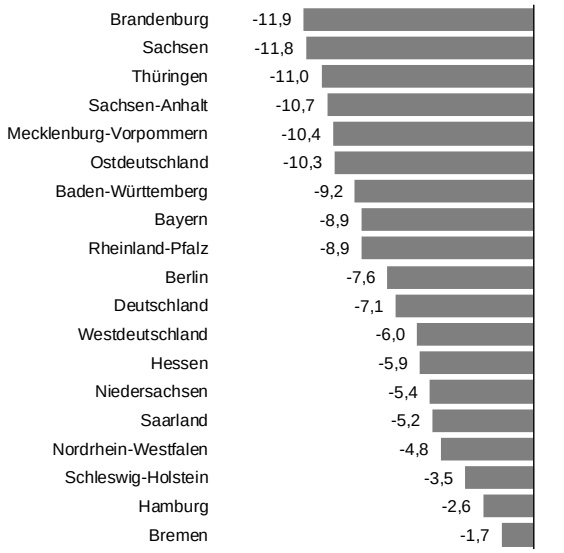
kunftsländern[11] heraus, ergeben sich stärkere Abnahmen. Die Arbeitslosigkeit verringert sich dann um 190.000 bzw. 8 Prozent und die Unterbeschäftigung um 218.000 bzw. 7 Prozent.

4.2 Entwicklung in den Ländern

In Ostdeutschland entwickeln sich Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung günstiger als in Westdeutschland. Die Arbeitslosigkeit hat dort im Vorjahresvergleich um 10 Prozent auf 602.000 und die Unterbeschäftigung um 8 Prozent auf 850.000 abgenommen. Dabei verzeichneten Brandenburg und Sachsen die bundesweit stärksten Rückgänge der Arbeitslosigkeit.

In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit um 6 Prozent auf 1.783.000 und die Unterbeschäftigung um 3 Prozent auf 2.527.000 gesunken. Entsprechend finden sich im Westen auch die Länder mit den geringsten Abnahmen der Arbeitslosigkeit, nämlich Bremen und Hamburg. Ein wichtiger Grund für dieses Ost-West-Gefälle in den Veränderungsraten ist die unterschiedliche Entwicklung des Arbeitskräfteangebots: Der demografisch bedingte Rückgang und die Alterung fallen im Osten relativ stärker aus und werden nur teilweise durch Zuwanderung kompensiert.

Abbildung 7 - Arbeitslose nach Ländern



[11] Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt

Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots infolge der europäischen Arbeitnehmerfreizügigkeit und der Fluchtmigration hat Auswirkungen auf den deutschen Arbeitsmarkt.[12] So ist im Vorjahresvergleich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Personen aus den wichtigsten Zuwanderungsländern[13] im Oktober um 290.000 oder 14 Prozent gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen aus diesen Ländern hat im Dezember um 4.000 oder 1 Prozent abgenommen. Auch dann, wenn die Integration von Zuwanderern schnell gelingt, wird es wegen saisonaler, struktureller oder betrieblicher Gründe immer einen gewissen Umfang von Arbeitslosigkeit geben, der sich bei zuwanderungsbedingt steigendem Arbeitskräfteangebot auch erhöhen kann (Angebotseffekt).

Bei der Beurteilung der Auswirkungen der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt muss zwischen Arbeits- und Fluchtmigration unterschieden werden. Arbeitsmigranten können die Wanderung planen und die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes im Aufnahmeland mit ihrem Qualifikationsprofil abgleichen. Arbeitsmigration führt deshalb zu einer schnelleren Arbeitsmarktintegration als Fluchtmigration. Die Arbeitsmigration insbesondere aus den neuen osteuropäischen EU-Staaten, den GIPS-Staaten, dem Balkan und den osteuropäischen Drittstaaten hat in den letzten Jahren einen wesentlichen Beitrag zum Beschäftigungsaufbau in Deutschland geleistet. Im Oktober lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus diesen Ländern um 212.000 oder 11 Prozent über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosigkeit von Personen aus diesen Ländern hat sich im Vorjahresvergleich um 11.000 oder 5 Prozent verringert.

Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen wird mehrere Jahre brauchen. Das zeigen die Erfahrungen aus der Vergangenheit. Die Arbeitslosmeldung von geflüchteten Menschen ist ein erster Schritt in einem Integrationsprozess, der aufgrund der oftmals fehlenden Sprachkenntnisse und formalen Qualifikationen längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Entsprechend ist zu beobachten, dass die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern im Dezember im Vorjahresvergleich um 7.000 oder 4 Prozent gestiegen ist. Ein hoher Einsatz von Integrationskursen und Fördermaßnahmen hat den Zuwachs der Arbeitslosigkeit in Grenzen gehalten. Entsprechend fiel die Unterbeschäftigung, die den Einsatz dieser Maßnahmen berücksichtigt, geschätzt um 53.000 oder 14 Prozent größer aus als vor einem Jahr. Zugleich ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Staatsangehörigen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern im Oktober um 77.000 oder 62 Prozent gestiegen.

Seit Juni 2016 wird die bisherige Berichterstattung über Staatsangehörige aus den wichtigsten Asylherkunftsländern ergänzt um die Berichterstattung über Personen im Kontext Fluchtmigration. Als solche Personen werden Asylbewerber, anerkannte Schutzberechtigte und geduldete Ausländer gezählt. Danach waren im Dezember 2017 in Deutschland 171.000 geflüchtete Menschen in der Arbeitslosigkeit registriert. Die Unterbeschäftigung für diese Personen wird im Dezember auf 414.000 geschätzt.[14] Gegenüber dem Vorjahr hat die Zahl der Arbeitslosen um 7.000 oder 4 Prozent und die der Personen in der Unterbeschäftigung geschätzt um 51.000 oder 14 Prozent zugenommen.

---

12 Zu den Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt vergleiche die Informationen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Internet unter folgendem Link:
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Generische-Publikationen/Auswirkungen-der-Migration-auf-den-Arbeitsmarkt.pdf

13 Die Zuwanderungsländer umfassen die neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten, die GIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien), die nichteuropäischen Asylherkunftsländer (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien), den Balkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien) und osteuropäische Drittstaaten (Ukraine, Russland).

14 Vgl. hierzu die Hintergrundinformation der Statistik der BA, Geflüchtete Menschen in den Arbeitsmarktstatistiken – Erste Ergebnisse, Nürnberg Juni 2016, sowie ausführliches Tabellenmaterial im Migrationsmonitor Arbeitsmarkt im Internet unter folgendem Link:
https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Migration/Migration-Nav.html

Abbildung 8 - Arbeitslosigkeit nach Staatsangehörigkeit

Arbeitslosigkeit nach Staatsangehörigkeit

Angaben in Tausend

Deutschland

Dezember 2017

	Dezember 2017	Anteil in %	Veränderung zum Vormonat absolut	Veränderung zum Vormonat in %	Veränderung zum Vorjahresmonat absolut	Veränderung zum Vorjahresmonat in %
Insgesamt	2.385	100	17	0,7	-183	-7,1
Deutsche	1.754	73,6	18	1,0	-165	-8,6
Ausländer[1)]	624	26,2	-1	-0,2	-18	-2,9
davon:						
EU-Osterweiterung	104	4,3	3	2,6	-2	-2,2
GIPS-Staaten	58	2,4	0	0,4	-5	-7,9
Balkanstaaten	47	2,0	1	1,8	-2	-4,0
Osteuropäische Drittstaaten	23	1,0	-0	-1,3	-2	-7,0
Nichteur. Asylherkunftsländer	182	7,6	-3	-1,6	7	3,9
Sonstige Ausländer	211	8,8	-1	-0,6	-14	-6,3

1) Umfasst die osteuropäischen EU-Länder, die GIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Portugal und Spanien), den Balkan (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und Serbien), Osteuropa (Russische Föderation und Ukraine) und die nicht-europäischen Asylherkunftsländer (Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien).

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

4.3 Entwicklung nach Rechtskreisen und Langzeitarbeitslosigkeit[15]

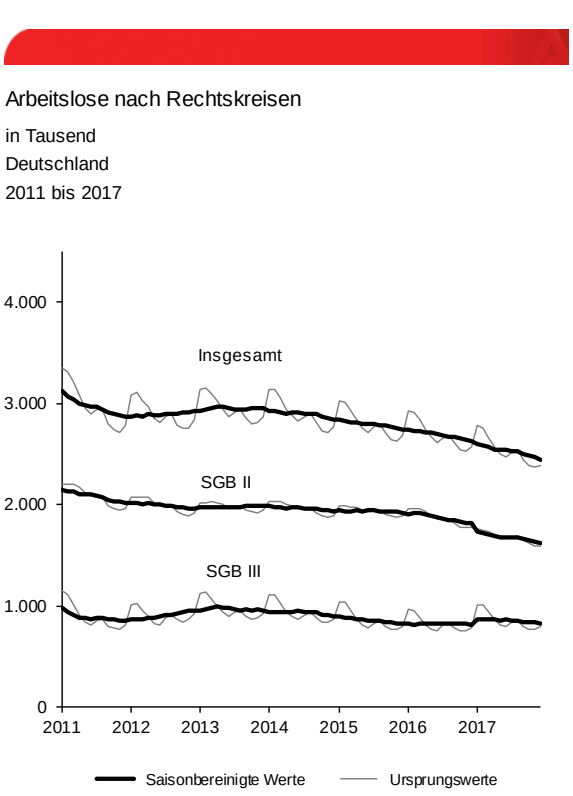
Von den 2.385.000 Arbeitslosen im Dezember wurden 796.000 oder 33 Prozent im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und 1.589.000 oder 67 Prozent im Rechtskreis SGB II von einem Jobcenter betreut.

Von November auf Dezember hat sich die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 24.000 oder 3 Prozent erhöht und im Rechtskreis SGB II geringfügig um 7.000 oder 0,4 Prozent verringert. Um saisonale Einflüsse bereinigt nahm die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III um 10.000 und im Rechtskreis SGB II um 19.000 ab.

Vorjahresvergleiche innerhalb der Rechtskreise sind aufgrund des 9. Änderungsgesetzes SGB II vorübergehend nicht sinnvoll. Seit dem 1. Januar 2017 werden die sogenannten „Aufstocker“, also Personen, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld auch Arbeitslosengeld II beziehen, vermittlerisch durch die Arbeitsagenturen im Rechtskreis SGB III betreut. Bis zum 31. Dezember 2016 waren für diesen Personenkreis die Jobcenter im Rechtskreis SGB II zuständig. Ab Januar 2017 werden Aufstocker deshalb auch statistisch nicht mehr im Rechtskreis SGB II, sondern im Rechtskreis SGB III erfasst. Durch diese Umstellung fällt die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III schätzungsweise um 60.000 Arbeitslose höher und im Rechtskreis SGB II um 60.000 niedriger aus.

Die Zahl der Personen, die länger als 12 Monate arbeitslos waren, ist im Vergleich zum Vorjahr um 84.000 oder 9 Prozent auf 852.000 gesunken. Auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lag mit 35,7 Prozent unter dem Wert des Vorjahres mit 36,4 Prozent. Der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit ist vor allem das Resultat von weniger Übertritten aus Kurzzeitarbeitslosigkeit.

Abbildung 9 - Arbeitslose nach Rechtskreisen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 10 - Langzeitarbeitslosigkeit

Langzeitarbeitslosigkeit
Angaben in Tausend
Deutschland
Dezember 2017

	Dezember 2017	Anteil an allen Arbeitslosen in %	Veränderung Vorjahresmonat absolut	in %
Langzeitarbeitslose	852	35,7	-84	-9,0
dav. Rechtskreis SGB III	85	10,7	-2	-2,7
Rechtskreis SGB II	767	48,2	-82	-9,6

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im Rechtskreis SGB III hat sich die Zahl der Langzeitarbeitslosen im Vorjahresvergleich um 3 Prozent und im Rechtskreis SGB II um 10 Prozent verringert. Der Anteil der Langzeitar-

15 Ausführlicheres Datenmaterial dazu findet sich u.a. im monatlichen Bericht der Statistik der BA: Analyse Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen im Vergleich; https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_11914/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=927770&year_month.GROUP=1&search=Suchen

beitslosen nahm im Rechtskreis SGB III von 11,1 auf 10,7 Prozent ab und stieg im Rechtskreis SGB II von 47,6 auf 48,2 Prozent.

Bei Langzeitarbeitslosen im Rechtskreis SGB III handelt es sich zum größeren Teil um Nicht-Leistungsempfänger, die entweder nie einen Anspruch auf Arbeitslosengeld hatten (z.B. Berufseinsteiger) oder die nach dem Auslaufen des Leistungsbezuges wegen fehlender Bedürftigkeit kein Arbeitslosengeld II erhalten. Außerdem sind hier ältere Arbeitslosengeld-Empfänger enthalten, die Leistungsansprüche von mehr als 12 Monaten haben.

4.4 Arbeitslosigkeit – Zu- und Abgänge

Arbeitslosigkeit ist kein fester Block, vielmehr gibt es unabhängig von der wirtschaftlichen Lage viel Bewegung. So meldeten sich im Dezember 579.000 Menschen bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter arbeitslos, während gleichzeitig 563.000 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten. Im Vergleich zum Vorjahresmonat haben die Zugänge um 10 Prozent und die Abgänge um 7 Prozent abgenommen. Die deutlichen Rückgänge hängen damit zusammen, dass die aktuelle Zählperiode zwei Arbeitstage weniger hatte als im Vorjahr. In der gleitenden Jahressumme von Januar bis Dezember 2017 – die saisonale und zufällige Schwankungen ausgleicht – meldeten sich insgesamt 7.554.000 Menschen arbeitslos, und 7.737.000 Arbeitslose meldeten sich wieder ab. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum fielen die Zugänge um 2 Prozent und die Abgänge um 1 Prozent geringer aus.

Die Übergänge zwischen sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit waren in den absoluten Zahlen rückläufig. Im Zeitraum Januar bis Dezember 2017 meldeten sich 2.434.000 Personen arbeitslos, die zuvor auf dem ersten Arbeitsmarkt (ohne Auszubildende) beschäftigt waren, 3 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

2.091.000 Arbeitslose konnten im Zeitraum Januar bis Dezember 2017 ihre Arbeitslosigkeit direkt durch Aufnahme einer Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt[16] beenden, das waren 2 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Außerdem gab es 125.000 Abmeldungen in Selbständigkeit, 6 Prozent weniger; diesen standen 102.000 Arbeitslosmeldungen von zuvor Selbständigen gegenüber, 8 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

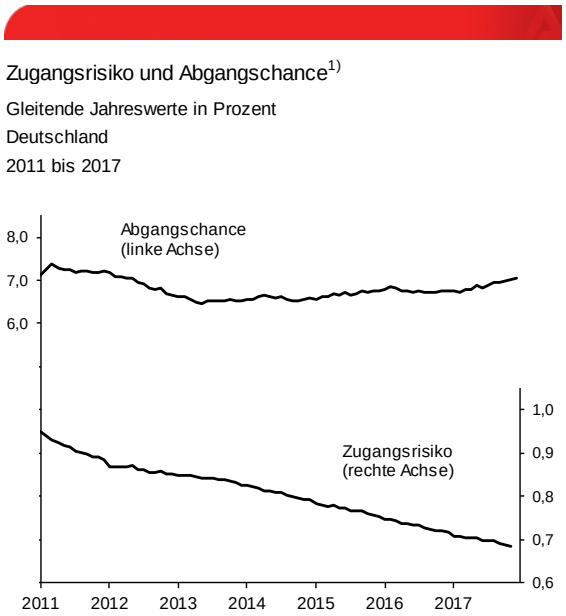
Die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung können mit Indikatoren zum Zugangsrisiko und zu den Abgangschancen beschrieben werden. Das Zugangsrisiko beschreibt das Risiko, aus Beschäftigung heraus im nächsten Monat arbeitslos zu werden; es bezieht die Arbeitslosmeldungen von zuvor sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschließlich Auszubildender) auf den Beschäftigungsbestand des jeweiligen Vormonats. Danach meldeten sich im gleitenden Jahreszeitraum Oktober 2016 bis November 2017 – jüngere Daten liegen nicht vor – monatsdurchschnittlich 0,69 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitslos. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres mit 0,72 Prozent ist das ein Rückgang und damit der niedrigste Wert, seit dieser Indikator berechnet wird.

Abgangsraten sagen etwas über die Chancen aus, Arbeitslosigkeit zu beenden. Bezogen auf den Arbeitslosenbestand meldeten sich etwas mehr Menschen aufgrund von Arbeitsaufnahmen auf dem ersten Arbeitsmarkt aus der Arbeitslosigkeit ab als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Abgangsrate in Beschäftigung (einschließlich Auszubildender) erreichte im gleitenden Jahreszeitraum von Januar bis Dezember

[16] Die Zahl der Beschäftigungsaufnahmen fällt niedriger aus als die Zahl der Zugänge aus Beschäftigung in Arbeitslosigkeit. Ein Grund liegt darin, dass zahlreiche Beschäftigungsaufnahmen in den Abgängen nicht enthalten sind, weil sie nicht direkt, sondern nach einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder nach einer anderen Abmeldung, zum Beispiel wegen kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit oder fehlender Verfügbarkeit/Mitwirkung, zeitverzögert zum Abgang erfolgen.

2017 mit 7,06 Prozent einen größeren Wert als im gleichen Vorjahreszeitraum mit 6,77.

Abbildung 11 - Zugangsrisiko und Abgangschance



1) Zugangsrisiko: Zugang in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt (einschl. betriebl./außerbetriebl. Ausbildung) eines Monats bezogen auf die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung des Vormonats (Daten mit einem Monat Wartezeit).
Abgangschance: Abgang aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt (einschl. betriebl./außerbetriebl. Ausbildung) eines Monats bezogen auf die Arbeitslosen des Vormonats.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Dabei verteilen sich die Zugangsrisiken und Abgangschancen zwischen den Personengruppen sehr unterschiedlich.[17] Markante Unterschiede gibt es insbesondere zwischen den Altersgruppen. Jüngere Arbeitnehmer von 15 bis unter 25 Jahren haben das größte Risiko, aus Beschäftigung arbeitslos zu werden; es liegt im gleitenden Jahresdurchschnitt bei 1,19 Prozent. Hier zeigen sich vor allem Probleme beim Übergang von der Ausbildung in die erste Anstellung (so genannte zweite Schwelle) sowie der vergleichsweise hohe Anteil an befristeten Arbeitsverträgen. Gleichzeitig haben Jüngere aber mit einer Abgangsrate von 12,73 Prozent auch die größten Chancen, ihre Arbeitslosigkeit durch Arbeitsaufnahme zu beenden. Bei älteren Arbeitnehmern ab 55 Jahren ist es umgekehrt: Sie haben mit 0,48 Prozent ein unterdurchschnittliches Zugangsrisiko, aber mit einer Abgangsrate von 3,51 Prozent große Schwierigkeiten, wieder in den Arbeitsmarkt zu kommen.

Die Fluktuation der Arbeitslosigkeit ist im Rechtskreis SGB III deutlich größer als im Rechtskreis SGB II. Insbesondere die Abgangsrate in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt (einschließlich Auszubildender) ist im gleitenden Jahresdurchschnitt mit 14,84 Prozent im Rechtskreis SGB III erheblich größer als im Rechtskreis SGB II mit 3,13 Prozent.

4.5 Arbeitslosenquoten

Die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen belief sich im Dezember auf 5,3 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ist sie um 0,5 Prozentpunkte gesunken. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb gegenüber dem Vormonat unverändert bei 5,5 Prozent. In Ostdeutschland war die nicht saisonbereinigte Quote mit 7,1 Prozent größer als im Westen mit 4,9 Prozent. Allerdings hat sich der Abstand zwischen den Quoten in den vergangenen Jahren deutlich verringert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Quote in Ostdeutschland um 0,9 Prozentpunkte und in Westdeutschland um 0,4 Prozentpunkte gesunken.

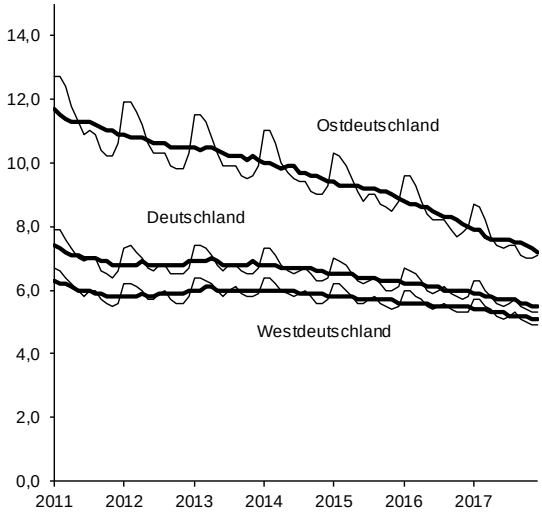
[17] Ausführlicheres Datenmaterial dazu findet sich im monatlichen Bericht der Statistik der BA: Analyse Arbeitsmarkt, Chancen und Risiken am Arbeitsmarkt nach Personengruppen (Monatszahlen);

https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_11914/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=927782&year_month=201709&year_month.GROUP=1&search=Suchen

Abbildung 12 - Arbeitslosenquoten

Arbeitslosenquoten

auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen in Prozent
Deutschland, West- und Ostdeutschland
2011 bis 2017



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Auf Länderebene werden die niedrigsten Arbeitslosenquoten in Bayern und Baden-Württemberg und die höchsten in Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin ausgewiesen.

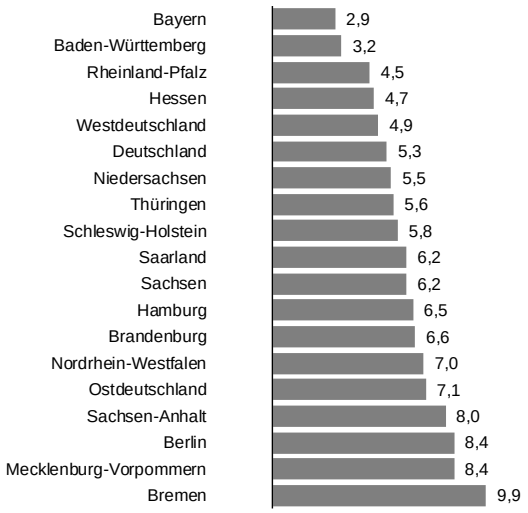
4.6 Unterbeschäftigung

In der Unterbeschäftigungsrechnung nach dem Konzept der BA sind neben den Arbeitslosen die Personen enthalten, die an entlastenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder zeitweise arbeitsunfähig erkrankt sind und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden. Damit wird ein umfassenderes Bild über die Zahl derjenigen Menschen gezeichnet, die ihren Wunsch nach einer Beschäftigung nicht realisieren können. Realwirtschaftlich (insbesondere konjunkturell) bedingte Einflüsse können besser erkannt werden, weil die Entlastungswirkung der Arbeitsmarktpolitik zwar die Arbeitslosigkeit, nicht aber die Unterbeschäftigung verändert (zur Unterbeschäftigungs- und Entlastungsrechnung vergleiche die Methodischen Hinweise in Kapitel V).

Abbildung 13 - Arbeitslosenquoten nach Ländern

Arbeitslosenquoten nach Ländern

auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen in Prozent
Deutschland, West- und Ostdeutschland, Länder
Dezember 2017



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im Dezember belief sich die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) auf 3.377.000. Gegenüber dem Vormonat hat sie sich um 16.000 oder 0,5 Prozent erhöht. Das Saisonbereinigungsverfahren errechnet für den Dezember einen Rückgang von 23.000, nach -21.000 im November.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) um 165.000 oder 5 Prozent abgenommen, nach -147.000 oder -4 Prozent im November. Rechnet man für analytische Zwecke die Personen aus den acht zugangsstärksten nichteuropäischen Asylherkunftsländern heraus, ist die Unterbeschäftigung noch stärker zurückgegangen, nämlich um 218.000 oder 7 Prozent, nach -213.000 oder ebenfalls -7 Prozent im November.

Dass die gesamte Arbeitslosigkeit im Vorjahresvergleich etwas stärker gesunken ist als die Unterbeschäftigung, hängt damit zusammen, dass die Entlastung durch Arbeitsmarktpolitik für geflüchtete Menschen gegenüber dem Vorjahr ausgeweitet wurde (vgl. Teil IV). Ausschlaggebend war der Anstieg bei der sogenannten Fremdförderung (+59.000), die unterschiedliche Maßnahmen zusammenfasst, die nicht über die Arbeitsagenturen und Jobcenter gefördert werden. Hierunter fallen vor allem die Integrationskurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). In fast allen anderen Maßnahmen hat sich das Entlastungsvolumen im Vorjahresvergleich verringert.

In den genannten Zahlen zur Unterbeschäftigung ist die Entlastung durch Kurzarbeit nicht enthalten, weil hochgerechnete Angaben dazu nur bis Oktober 2017 vorliegen. In diesem Monat belief sich die Entlastung durch Kurzarbeit nach vorläufigen Angaben auf ein Beschäftigtenäquivalent von 13.000. Einschließlich dieses Beschäftigtenäquivalents betrug die Unterbeschäftigung in diesem Monat 3.380.000. Im Vergleich zum Oktober 2016 hat sie sich um 136.000 oder 4 Prozent verringert.

4.7 Erwerbslosigkeit nach ILO und internationaler Vergleich

Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosigkeit belief sich in Deutschland für den November auf 1,50 Mio und die Erwerbslosenquote auf 3,4 Prozent.[18] Die registrierte Arbeitslosigkeit nach dem Sozialgesetzbuch III betrug im gleichen Monat 2,37 Mio und die Arbeitslosenquote 5,3 Prozent. Saisonbereinigt lagen die Erwerbslosenquote bei 3,6 Prozent und die Arbeitslosenquote bei 5,5 Prozent. Die Unterschiede zwischen den beiden Quoten folgen aus verschiedenen Erhebungsmethoden (Stichprobenbefragung der Bevölkerung versus Meldung bei einer Arbeitsagentur oder einem Träger der Grundsicherung) und unterschiedlichen Konkretisierungen von Begriffsmerkmalen der Arbeitslosigkeit (z. B. liegt nach dem SGB Arbeitslosigkeit auch dann vor, wenn eine Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden ausgeübt wird, während nach dem ILO-Konzept schon eine Wochenstunde Arbeit Erwerbslosigkeit beendet; im Einzelnen vgl. „Wichtige statistische Hinweise“ in Teil V des Berichts).

Für internationale Vergleiche liegen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, Angaben überwiegend bis Oktober vor.[19] Nach diesen Daten belief sich die saisonbereinigte Erwerbslosenquote in der Eurozone (EZ 19)[20] auf 8,8 Prozent und in der Europäischen Union (EU 28)[21] auf 7,4 Prozent. Von den Mitgliedstaaten der EU verzeichnete Tschechien (2,7 Prozent) die niedrigste und Griechenland (20,6 Prozent) die höchste Quote. Für Deutschland wird eine Quote von 3,7 Prozent genannt. In den USA lag die Erwerbslosenquote bei 4,1 Prozent und in Japan bei 2,8 Prozent.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat haben sich die saisonbereinigten Erwerbslosenquoten in der Eurozone um 1,0 und in der EU um 0,9 Prozentpunkte verringert. Den größten Rückgang verzeichnete Zypern (-2,9 Prozentpunkte). Einen Anstieg gab es in keinem Land. Für Deutschland wurde ein Minus von 0,3 Prozentpunkten gemessen. In den USA nahm die Erwerbslosenquote um 0,7 Prozentpunkte und in Japan um 0,2 Prozentpunkte ab.

[18] Ausführliche Informationen finden sich auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes unter https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/Erwerbslosigkeit.html

[19] Quelle: Erhebung über Arbeitskräfte, Eurostat Datenbank (Datenstand: 22.12.2017) und Statistisches Bundesamt. Wenn bei einzelnen Staaten Werte für den genannten Berichtsmonat nicht verfügbar sind, werden die zuletzt gemeldeten Werte für diesen Monat genutzt.

[20] Zur Eurozone (EZ) gehören 19 Länder (EZ19; Stand: 1.1.2015): Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei, Spanien und Zypern.

[21] Zur Europäischen Union (EU) gehören 28 Länder (EU 28): die Mitglieder der Eurozone sowie Bulgarien, Dänemark, Vereinigtes Königreich, Kroatien, Polen, Rumänien, Schweden, Tschechien und Ungarn.

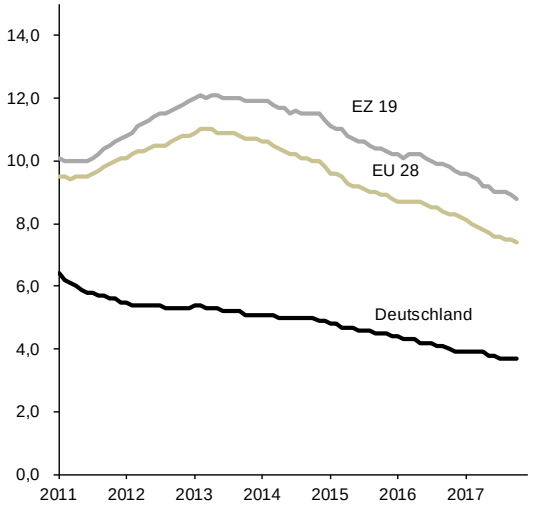
Abbildung 14 - Saisonbereinigte Erwerbslosenquoten

Saisonbereinigte Erwerbslosenquoten[1)]

in Prozent

Deutschland, Europäische Union und Eurozone

2011 bis 2017



[1)] Daten werden mit einem Zeitversatz von zwei Monaten ausgewertet.
Quelle : Eurostat, Statistisches Bundesamt

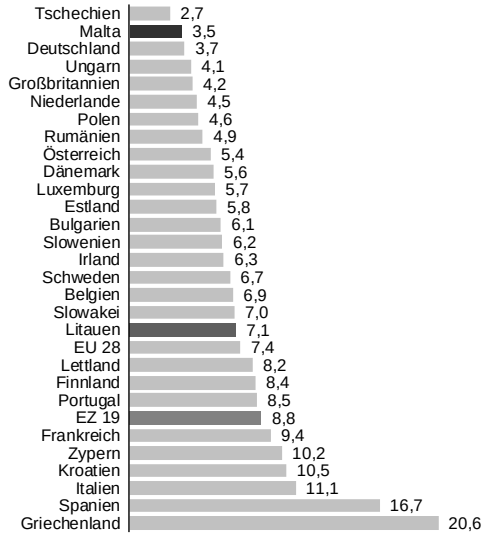
Abbildung 15 - Saisonbereinigte Erwerbslosenquoten in der EU

Saisonbereinigte Erwerbslosenquoten in der EU[1)]

in Prozent

Europäische Union

Oktober 2017



[1)] Daten werden mit einem Zeitversatz von zwei Monaten ausgewertet.
Quelle : Eurostat, Statistisches Bundesamt

5. Vorausschau auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Beschäftigung

Eine Vorausschau auf die kurzfristige Entwicklung des Arbeitsmarktes ist auf Basis von Frühindikatoren möglich. Auf der Grundlage einer monatlichen Umfrage der Bundesagentur für Arbeit unter allen lokalen Arbeitsagenturen hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) das IAB-Arbeitsmarktbarometer entwickelt, das als Mittelwert einer Arbeitslosigkeits- und Beschäftigungskomponente einen umfassenden Arbeitsmarktausblick gibt. Die Skala des IAB-Arbeitsmarktbarometers reicht von 90 (sehr schlechter Ausblick) bis 110 (sehr guter Ausblick). Das IAB-Barometer hat im Dezember von hohem Niveau aus um 0,1 auf 104,9 Punkte zugelegt. Damit zeigen sich sehr gute Aussichten für die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den kommenden Monaten. Die Beschäftigungskomponente nahm auf außerordentlich hohem Niveau um 0,2 auf 107,3 Punkte zu. Die Arbeitslosigkeitskomponente bleibt auf dem guten Vormonatsniveau von 102,6 Punkten.[22]

Weitere Frühindikatoren für die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sind die Stellenmeldungen und die Inanspruchnahme von Kurzarbeit (vgl. Kapitel 3 und 2.3), sowie der Zugang von nichtarbeitslosen Arbeitsuchenden aus Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt.[23] Der letzte Indikator kann krisenhafte Entwicklungen anzeigen, weil das Sozialgesetzbuch III Personen, deren Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis demnächst endet, verpflichtet, sich spätestens drei Monate vorher arbeitsuchend zu melden. Es ist deshalb zu erwarten, dass ein Beschäftigungsabbau etwa infolge einer deutlichen wirtschaftlichen Eintrübung sich frühzeitig in einem entsprechenden Zugang von nichtar-

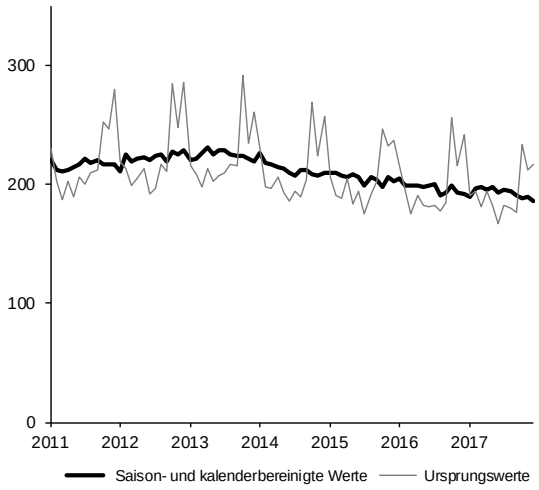
22 Vgl. Presseinformation des IAB vom 28.12.2017; die Ergebnisse und weitere Informationen stehen im Internet unter http://www.iab.de/de/daten/arbeitsmarktbarometer.aspx

23 Vergleiche hierzu den Bericht der Statistik der BA: Analyse Arbeitsmarkt, Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt; https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_11914/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=927780&year_month.GROUP=1&search=Suchen

beitslosen Arbeitsuchenden aus Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt zeigt. Die Zugänge von nichtarbeitslosen Arbeitsuchenden aus Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt entwickelten sich seit dem Ende der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 auf vergleichsweise niedrigem Niveau und signalisieren so gemeinsam mit den anderen Indikatoren keine erkennbaren Risiken aus dem Beschäftigungssystem (vgl. 15).

Abbildung 16 - Zugang nichtarbeitsloser Arbeitsuchender aus Beschäftigung

Zugang nichtarbeitsloser Arbeitsuchender
aus Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt
in Tausend
Deutschland
2011 bis 2017



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

II. Soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit

Nach vorläufiger Hochrechnung gab es im Dezember 2017 4.892.000 erwerbsfähige Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II. Im Vergleich zum Dezember des Vorjahres ist die Zahl der Menschen, die Lohnersatzleistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld) oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) erhalten haben, um 109.000 gesunken. Arbeitslosengeld haben im Dezember 2017 707.000 Menschen erhalten. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres hat die Zahl der Arbeitslosengeldbezieher um 50.000 abgenommen. Arbeitslosengeld II haben nach aktueller Hochrechnung der Bundesagentur für Arbeit 4.272.000 Menschen erhalten, im Vergleich zum Vorjahr 51.000 weniger.

1. Überblick

Arbeitslosengeld-Empfänger werden als einzelne Personen mit Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung erfasst. Personen, die mit Arbeitslosengeld-Empfängern zusammen leben, also z.B. Partner oder Kinder, und keinen eigenen Anspruch haben, werden nicht erhoben.

Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten hingegen Personen, die hilfebedürftig sowie erwerbsfähig sind und das 15. Lebensjahr vollendet aber die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben. Als hilfebedürftig gilt, wer zusammen mit den im Haushalt lebenden Personen den gemeinsamen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann. In der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden daher alle in einer Bedarfsgemeinschaft gemeinsam lebenden Personen als Leistungsempfänger erfasst. Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende setzen sich zusammen aus dem Arbeitslosgengeld II für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und dem Sozialgeld, das die mit einem Erwerbsfähigen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten (zumeist Kinder unter 15 Jahren) erhalten. Diese Unterschiede zwischen einem System mit individuellen Leistungsanspruch und einem System, das den Haushaltskontext als Ganzen betrachtet, müssen bei einem Vergleich berücksichtigt werden.

Nach vorläufiger Hochrechnung[24] haben im Dezember 2017 4.892.000 erwerbsfähige Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II erhalten. Das waren knapp 36.000 mehr als im Vormonat (+1 Prozent) und 109.000 weniger als im selben Monat ein Jahr zuvor.

Auswertungen zu Leistungsbezug und Arbeitslosigkeit können erst nach einer Wartezeit vorgenommen werden und liegen aktuell für August 2017 vor. 2.256.000 oder 45 Prozent der Leistungsempfänger waren als arbeitslos registriert; damit waren 2.769.000 Menschen leistungsberechtigt, ohne arbeitslos zu sein. Die Gründe dafür können sein: vorübergehende Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer Erkrankung, die Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsförderung, die Inanspruchnahme von Sonderregelungen für Ältere (§ 53a SGB II), die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden oder eine zulässige Einschränkung der Verfügbarkeit insbesondere wegen § 10 SGB II (z. B. Kindererziehung und Schulbesuch).

Von den Leistungsempfängern haben im August 2017 72.000 Personen ergänzend zum Arbeits-

[24] Eckwerte zu den Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld II-Empfängern werden am aktuellen Rand hochgerechnet, Strukturdaten liegen für Arbeitslosengeld-Empfänger nach zwei und für die Grundsicherungsstatistik nach drei bzw. vier Monaten vor. Siehe auch Kapitel V. Wichtige statistische Hinweise.

losengeld auch Arbeitslosengeld II erhalten (sogenannte Aufstocker), 85 Prozent der Aufstocker waren dabei arbeitslos.
Außer den Leistungsempfängern gab es 289.000 arbeitslose Menschen, die im August keine Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen haben.

2. Arbeitslosenversicherung

Im Dezember 2017 haben nach vorläufiger Hochrechnung 707.000 Menschen Arbeitslosengeld nach dem SGB III erhalten (ohne Arbeitslosengeld für Weiterbildung). Das waren 34.000 mehr als im Monat zuvor (+5 Prozent). Ein Anstieg der Arbeitslosengeldempfänger ist mit Beginn des Winters nicht ungewöhnlich. Dieses Jahr fiel der Anstieg aber vergleichsweise gering aus – daher ist die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosengeldbezieher im Vergleich zum November um 13.000 gesunken (nach -9.000 im November und Stagnation im Oktober). Damit setzt sich im Trend fort, dass immer weniger Menschen in Deutschland Arbeitslosengeld beziehen.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat liegt die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger um 50.000 (-7 Prozent) darunter.

2.1 Arbeitslosengeld und Arbeitslosigkeit

Von den Arbeitslosengeldempfängern waren im Dezember 2017 605.000 (86 Prozent) arbeitslos gemeldet. 101.000 Arbeitslosengeldempfänger wurden nicht als arbeitslos geführt, weil sie z.B. arbeitsunfähig erkrankt waren oder an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung teilnahmen.

Abbildung 17 - Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug

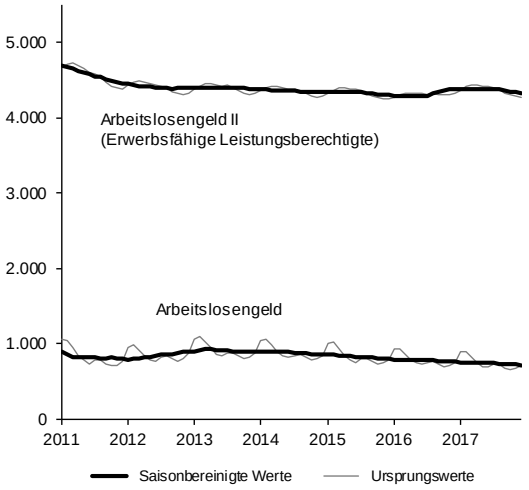
Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug
Angaben in Tausend
Deutschland
August 2017

	August 2017	Juli 2017	Veränderung zum Vorjahresmonat absolut	in %
Arbeitslose	2.545	2.518	-139	-5,2
davon:				
arbeitslose Leistungsempfänger =	2.256	2.231	-130	-5,4
Arbeitslosengeld	635	628	-32	-4,7
+ Arbeitslosengeld II[1)]	1.685	1.665	-96	-5,4
- Parallelbezieher[2)]	63	63	3	4,8
arbeitslose Nicht-Leistungsempfänger	289	287	-9	-3,2
nachrichtlich:				
alle Leistungsempfänger =	5.025	5.050	11	0,2
Arbeitslosengeld	731	730	-44	-5,7
+ Arbeitslosengeld II[1)]	4.368	4.395	50	1,2
- Parallelbezieher[2)]	74	75	-6	-7,4

1) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB).
2) Personen mit gleichzeitigem Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II.
Endgültige Daten nach einer Wartezeit von drei Monaten.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 18 - Leistungsempfänger nach Rechtskreisen

Leistungsempfänger nach Rechtskreisen[1)]
in Tausend
Deutschland
2011 bis 2017



1) Vorläufige hochgerechnete Werte beim Arbeitslosengeld für die letzten zwei, beim Arbeitslosengeld II für die letzten drei Monate.

2.2 Zugang und Abgang von Arbeitslosengeldempfängern

Im Zeitraum November 2016 bis Oktober 2017 – aktuellere Daten liegen nicht vor – haben 2.223.000 Menschen neu Arbeitslosengeld bezogen, 78.000 weniger als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor (-3 Prozent). Die Abgänge aus Leistungsbezug haben sich im gleichen Zeitraum ebenfalls verringert und lagen bei 2.226.000 (-3 Prozent).

Darunter ist es 1.276.000 (56 Prozent) der abgehenden Arbeitslosengeldempfänger gelungen, ihren Leistungsbezug durch eine Arbeitsaufnahme zu beenden. 384.000 (17 Prozent) der Abgehenden hatten ihren Anspruch ausgeschöpft.

Die Chance, den Bezug von Arbeitslosengeld durch eine Arbeitsaufnahme zu beenden, lag im Durchschnitt der 12 Monate von November 2016 bis Oktober 2017 bei 14,1 Prozent und damit 0,2 Prozentpunkte höher als im Vorjahreszeitraum.[25]

2.3 Höhe des Arbeitslosengeldes

Für die Höhe des Arbeitslosengeldes ist das vor Eintritt der Arbeitslosigkeit erzielte Bruttoarbeitsentgelt maßgeblich, das um die pauschalierten Abgaben zur Sozialversicherung reduziert wird. Daneben sind die Steuerklasse, Kinder und Nebeneinkommen von Bedeutung.

Im Oktober 2017 – jüngere Daten liegen nicht vor - haben 29 Prozent (193.000) der 668.000 Arbeitslosengeldempfänger den erhöhten Satz von 67 Prozent des pauschalierten Nettoarbeitsentgelts für Arbeitslose mit mindestens einem Kind erhalten. 71 Prozent (475.000) erhielten den Leistungssatz von 60 Prozent für Bezieher ohne Kinder.

Die durchschnittliche monatliche Anspruchshöhe betrug bundesweit 945 Euro (ohne Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung). Nach Geschlecht und Familienstatus differenziert, reichte die Spanne von durchschnittlich 773 Euro für verheiratete bzw. in einer Lebenspartnerschaft lebende Frauen mit Kind bis zu durchschnittlich 1.324 Euro für verheiratete bzw. in einer Lebenspartnerschaft lebende Männer mit Kind.

3. Grundsicherung für Arbeitsuchende[26]

Die hochgerechnete Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB)[27] ist im Dezember 2017 gegenüber dem Vormonat um 5.000 gesunken und lag bei 4.272.000. Bereinigt um saisonale Effekte entspricht dies aber einem etwas deutlicheren Rückgang um 13.000, nach -11.000 im Vormonat und -8.000 im Oktober.

Damit hat die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten – nach deutlichen Vorjahresanstiegen – zuletzt wieder einen Abbaupfad eingeschlagen (-51.000 gegenüber dem Vorjahreswert).

3.1 Zugang und Abgang von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

Im Zeitraum von September 2016 bis August 2017 sind 1.756.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte in Hilfebedürftigkeit zugegangen. 1.788.000 Personen ist es in diesem Zeitraum gelungen, ihre Hilfebedürftigkeit zumindest vorrübergehend zu beenden.

Die Zahl der Zugänge erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in Hilfebedürftigkeit ist im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs um

[25] Bei sinkenden oder steigenden Beständen erlauben Abgangsraten einen Vergleich der Abgangshäufigkeit aus Arbeitslosengeldbezug. Sie beziehen die Abgänge im Berichtsmonat auf den Bestand an Arbeitslosengeldempfängern im Vormonat. Zum Ausgleich saisonaler und zufälliger Schwankungen wird ein 12-Monatsdruchschnitt betrachtet.

[26] Vgl. für diesen Abschnitt: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Analysen Arbeitsmarkt - Grundsicherung für Arbeitsuchende.
http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentral/Monatliche-Analytikreports/Analyse-Grundsicherung-Arbeitsuchende-nav.html.

[27] Das seit 2005 angewandte Zähl- und Gültigkeitskonzept der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende im SGB II wurde im April 2016 geändert. Weiterführende Informationen finden Sie im Methodenbericht: "Revision der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II"
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Revision-Grusi.pdf

25.000 gesunken (-1 Prozent). Die Zahl der Abgänge aus Hilfebedürftigkeit lag um 78.000 (-4 Prozent) unter dem Wert im Vorjahreszeitraum. Die Abgangsrate aus Hilfebedürftigkeit betrug 3,4 Prozent und lag damit 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres.[28]

3.2 Gründe für die Nicht-Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Leistungsberechtigter[29]

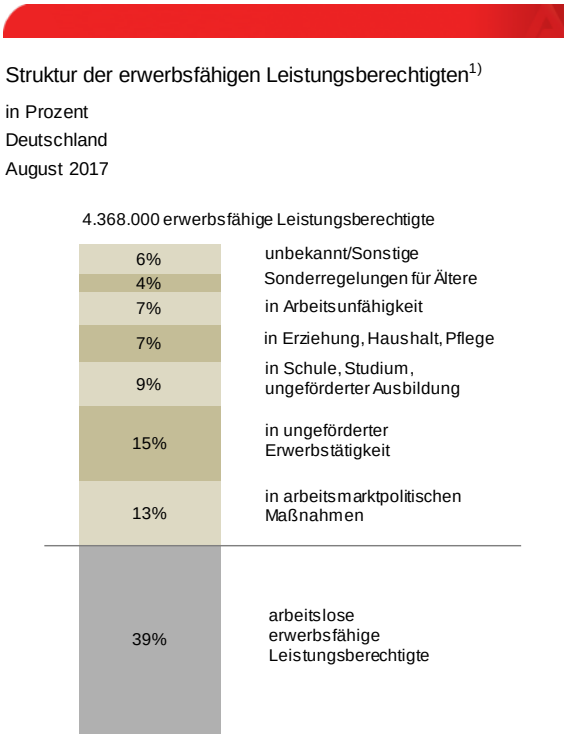
Informationen zum Arbeitslosenstatus und zu weiteren Strukturmerkmalen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten stehen erst zeitverzögert zur Verfügung.[30] Nach den jüngsten Daten waren im August 2017 39 Prozent (1.685.000) der 4.368.000 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten arbeitslos. Damit erhielten 61 Prozent (2.684.000) Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ohne arbeitslos zu sein.

Es sind vor allem drei Gründe, derentwegen erwerbsfähige Leistungsberechtigte nicht arbeitslos sind. Für mehr als ein Viertel war eine Arbeit derzeit nicht zumutbar, weil sie entweder kleine Kinder betreuten bzw. Angehörige pflegten (325.000), oder weil sie selbst noch zur Schule gingen oder studierten (394.000). Fast ein Viertel der nicht-arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (665.000) ging im August 2017 einer ungeförderten Erwerbstätigkeit von mindestens 15 Wochenstunden nach. Und ein gutes Fünftel der nicht-arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten hat an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilgenommen (574.000) und galt allein deswegen nicht als arbeitslos. Über diese drei größten Gruppen hinaus zählte rund jeder Neunte nicht als arbeitslos, weil er arbeitsunfähig erkrankt war (296.000). 162.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte waren nicht arbeitslos, weil für sie Sonderregelungen für Ältere[31] galten.

3.3 Erwerbstätige Leistungsberechtigte

Im August 2017 waren 26 Prozent (1.158.000) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erwerbstätig; 30.000 (-2 Prozent) weniger als im Vorjahr. Der Anteil erwerbstätiger Leistungsberechtigter ist um einen Prozentpunkt im Vorjahresvergleich gesunken.

Abbildung 19 - Struktur der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten



1) Daten werden mit einem Zeitversatz von vier Monaten ausgewertet.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

28 Abgangsraten erlauben vergleichende Aussagen über die Abgangschancen bei einer wachsenden oder sinkenden Zahl erwerbsfähiger Leistungsberechtigter. Sie beziehen die Abgänge eines Monats auf den Bestand im Vormonat. Gleitende zwölf-Monatsdurchschnitte gleichen die erheblichen saisonalen und zufälligen Schwankungen bei Bewegungsdaten aus.

29 Weiterführende Informationen finden Sie im Methodenbericht "Warum sind nicht alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten arbeitslos?" http://statistik.web.dst.baintern.de/cms/uploads/media/Methodenbericht_Statusrelevante_Lebenslagen.pdf

30 Eine nennenswerte Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II bezieht keine Leistungen aus der Grundsicherung. Daher ist die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II größer als die Zahl der arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (um 4 Prozent). Grund dafür sind zeitverzögert erfasste Rechtskreiswechsel und kurzzeitige Leistungsunterbrechungen. Siehe hierzu auch den Methodenbericht „Zur Messung der Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodenberichte/Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII/Methodenberichte-Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII-Nav.html

31 Gemäß § 53a Abs. 2 SGB II.

25 Prozent (1.074.000) der erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten übten eine abhängige Beschäftigung aus, rund 2 Prozent (92.000) gingen ausschließlich oder zusätzlich einer selbständigen Tätigkeit nach.

Das erzielte Einkommen und die Arbeitszeit der erwerbstätigen Leistungsberechtigten variieren allerdings erheblich. Im Mai 2017, aktuellere detaillierte Daten liegen nicht vor, war die Hälfte (591.000) der erwerbstätigen Leistungsberechtigten sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Davon waren 197.000 in sozialversicherungspflichtiger Vollzeit beschäftigt, darunter rund 50.000 Auszubildende. 395.000 gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Knapp 482.000 erwerbstätige erwerbsfähige Leistungsberechtigte waren ausschließlich geringfügig beschäftigt bzw. es lag für sie keine Meldung zur Art der Beschäftigung vor. Damit hält der rückläufige Trend bei der geringfügigen Beschäftigung weiter an (37.000 im Vergleich zum Vorjahr).

3.4 Bedarfsgemeinschaften und Regelleistungsberechtigte

Im Dezember 2017 lebten in 3.197.000 Bedarfsgemeinschaften 5.971.000 Regelleistungsberechtigte. Knapp drei Viertel von ihnen waren erwerbsfähig (4.272.000) und 1.699.000 zählten als nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind vor allem Kinder unter 15 Jahren, ihr Anteil an dieser Gruppe belief sich zuletzt auf 97 Prozent.

Die Zahl der Menschen, die auf Regelleistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen sind, hat nach kräftigen Anstiegen wieder das Vorjahresniveau unterschritten (-2.200). Im April und Mai lag der Vorjahresabstand noch bei über 200.000.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften hat im Vergleich zum Dezember 2016 wieder kräftig abgenommen (-56.000).

Im August 2017 lebten in den 3.264.000 Bedarfsgemeinschaften durchschnittlich 1,9 Personen. Dabei waren 55 Prozent (1.807.000) der Bedarfsgemeinschaften sogenannte Single-BG; d.h. Haushalte bestehend aus nur einer Person. 18 Prozent (591.000) der Bedarfsgemeinschaften waren Haushalte von Alleinerziehenden, 16 Prozent (511.000) Partner-Haushalte mit Kindern und 9 Prozent (292.000) Haushalte von Partnern ohne Kinder.

In einem Drittel (1.106.000) der Bedarfsgemeinschaften lebten 2.055.000 Kinder unter 18 Jahren. Fast ein Fünftel (390.000) dieser Kinder war unter drei Jahre und mehr als ein Drittel (761.000) war jünger als sechs Jahre.

Abbildung 20 - Bedarfsgemeinschaften und Regelleistungsberechtigte

Bedarfsgemeinschaften und Regelleistungsberechtigte[1)]

Angaben in Tausend
Deutschland
Dezember 2017

	Dezember 2017	November 2017	Veränderung Vorjahresmonat absolut	Veränderung Vorjahresmonat in %
Bedarfsgemeinschaften	3.197	3.199	-56	-1,7
Regelleistungsberechtigte	5.971	5.976	-2	-0,0
davon:				
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	4.272	4.276	-51	-1,2
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.699	1.699	49	3,0
SGB II-Quote[2)]	9,2	9,2	-0,0	x
ELB-Quote[3)]	7,8	7,8	-0,1	x

1) Vorläufige, hochgerechnete Werte.
2) Leistungsberechtigte bezogen auf die Bevölkerung bis zur Regelaltersgrenze.
3) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) bezogen auf die Bevölkerung von 15 Jahren bis zur Regelaltersgrenze.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3.6 Integrationen in Erwerbstätigkeit [32]

Als Integrationen gemäß den Kennzahlen nach § 48a SGB II gelten alle Aufnahmen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen, voll

[32] Vgl. Kennzahlen nach § 48a SGB II - Methodische Hinweise: https://statistik.arbeitsagentur.de/nn_332484/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/Grundsicherung-MethHinweise/Kennzahlen-48a.html#dl.17

qualifizierenden beruflichen Ausbildungen oder selbständiger Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten - unabhängig davon, ob die Hilfebedürftigkeit durch die Erwerbstätigkeit beendet wird oder ob sich der Arbeitslosigkeitsstatus durch die Erwerbstätigkeit ändert.

Im August 2017 haben 134.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte eine Erwerbstätigkeit aufgenommen, die als Integration nach § 48a SGB II gezählt wird. Darunter haben rund 88.000 Personen ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis begonnen. Die monatliche Integrationsquote belief sich damit auf 3,1 Prozent und in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis auf 2,0 Prozent.

Bei den Integrationen kann zeitverzögert festgestellt werden, ob diese bedarfsdeckend war und damit das erzielte Einkommen ausreicht, um den Leistungsanspruch zu beenden. Im gleitenden Jahresdurchschnitt im Mai 2017 hat knapp die Hälfte (47,3 Prozent) der Personen, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen haben, innerhalb von 3 Monaten keine Leistungen nach dem SGB II mehr bezogen.

3.7 Langzeitleistungsbezieher in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Langzeitleistungsbezieher sind erwerbsfähige Personen, die in den vergangen 24 Monaten mindestens 21 Monate auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen waren.

Im August 2017 waren von 4.368.000 erwerbsfähigen Leistungsberechtigen 63 Prozent Langzeitleistungsbezieher (2.750.000). Damit ist der aktuelle Wert um 37.000 geringer als im August des Vorjahres.

3.8 Hilfequoten[33]

Im Dezember 2017 hat jeder zehnte Haushalt in Deutschland Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen (9,8 Prozent). 9,2 Prozent der in Deutschland lebenden Personen bis zur Regelaltersgrenze waren hilfebedürftig – und 7,8 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter.

Damit waren im Vergleich zum Vorjahresmonat anteilig etwas wenig Haushalte(-0,2 Prozentpunkte) auf SGB II-Leistungen angewiesen.

Das Risiko, hilfebedürftig zu sein, ist für verschiedene Haushaltsformen sehr unterschiedlich. Im August 2017 waren – aktuellere detaillierte Werte liegen nicht vor – von den Haushalten Alleinstehender 12,5 Prozent hilfebedürftig. Die Hilfequote bei Alleinerziehenden-Haushalten lag bei 36,0 Prozent, bei Partnern mit Kindern dagegen nur bei 8,0 Prozent. Von den in Deutschland lebenden Partnern ohne Kinder waren sogar nur 3,1 Prozent auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende angewiesen.

3.9 Höhe der Zahlungsansprüche

Für eine durchschnittliche Bedarfsgemeinschaft wurden im August 2017 durchschnittlich 948 Euro aufgewendet. In diesem Betrag sind alle Leistungen der Grundsicherung zum Lebensunterhalt enthalten.

Rechnet man die Sozialversicherungsbeiträge bzw. -zuschüsse und weitere Zahlungsansprüche heraus, erhielt eine Bedarfsgemeinschaft im Durchschnitt 785 Euro Gesamtregelleistung ausgezahlt. Die Gesamtgeldleistungen variieren deutlich nach Haushaltsform. Sie reichen von durchschnittlich 758 Euro für Alleinstehende bis zu 1.492 Euro für Paare mit einem oder mehreren Kindern.

[33] Vgl. zur Ermittlung der Hilfequoten:
https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Berechnung-der-Hilfequoten/Berechnung-der-Hilfequoten-Nav.html

Aber auch bei gleicher Größe und Typ der Bedarfsgemeinschaft gibt es Unterschiede. So variiert etwa das Mietniveau, außerdem liegen nicht bei allen Bedarfsgemeinschaften die Voraussetzungen zur Gewährung der Mehrbedarfe z.B. bei Alleinerziehung, Schwangerschaft oder Behinderung vor. Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass eigenes Einkommen den Bedarf in unterschiedlich großem Umfang verringert. So stand im August 2017 58 Prozent (1.895.000) der Regel-Bedarfsgemeinschaften neben dem Arbeitslosengeld II ein eigenes Einkommen zur Verfügung – im Durchschnitt 670 Euro. Darunter bezogen rund 36 Prozent der Regelleistungsbedarfsgemeinschaften Kindergeld, 32 Prozent hatten ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit und knapp 10 Prozent stand Unterhalt zur Verfügung – rund 7 Prozent erhielten andere Sozialleistungen (u.a. Arbeitslosengeld).

III. Der Ausbildungsmarkt im „fünften Quartal“

Der Ausbildungsmarkt ist im sogenannten „fünften Quartal“ noch deutlich in Bewegung. Viele junge Menschen suchen noch eine Ausbildungsstelle zum sofortigen Beginn. Ziel ist es, jedem ausbildungsreifen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten, das zu einem anerkannten Abschluss führt. Den Bewerberinnen und Bewerbern sowie den Betrieben bietet die Bundesagentur für Arbeit weiterhin ihre Unterstützung an.

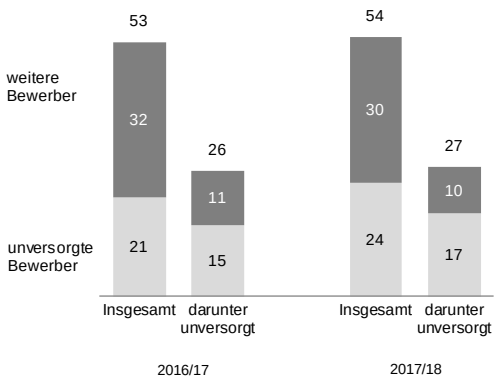
1. Gemeldete Bewerber im „fünften Quartal“

Im sogenannten „fünften Quartal“, im Zeitraum von Oktober bis Dezember, sind noch viele ausbildungswillige junge Menschen auf der Suche nach einer Ausbildungsstelle.[34] Von Anfang Oktober bis Mitte Dezember 2017 waren bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern insgesamt 64.900 Bewerber gemeldet, die weiterhin, erneut oder erstmalig eine Berufsausbildungsstelle zum sofortigen Beginn suchten. Das waren genauso viele wie im Vorjahreszeitraum.

Unter den 64.900 Bewerbern finden sich 23.700[35] junge Menschen (37 Prozent), die am Ende des Beratungsjahres zum 30.9.2017 unversorgt geblieben waren und daher weiter auf der Suche sind. Die weiteren 41.200 Bewerber im „fünften Quartal“ gliedern sich wie folgt:
13.500[36] oder 21 Prozent der Bewerber im „fünften Quartal“ haben zum Ende des Beratungsjahres am 30. September eine Alternative gefunden, gleichzeitig erhalten sie aber ihren Vermittlungswunsch zum sofortigen Eintritt in eine Ausbildung aufrecht („Bewerber mit Alternative zum 30.9. des letzten Berichtsjahres“).

Abbildung 21 - Der Ausbildungsmarkt im „5. Quartal“

Bewerber des 5. Quartals, darunter unversorgte am 30.9. (Paktbewerber) und Bestandsabbau im 5. Quartal
in Tausend
Deutschland
Dezember 2016 und 2017



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Außerdem sind 5.600 junge Menschen (9 Prozent) gemeldet, die bis zum 30.9.2017 in eine Alternative eingemündet waren und zunächst keine weitere Unterstützung bei der Ausbildungssuche in Anspruch nahmen, jetzt aber erneut eine Ausbildungsstelle suchen („andere ehemalige Bewerber des letzten Berichtsjahres“).

Ferner werden 6.600 junge Menschen (10 Prozent) betreut, die zum 30.9.2017 bereits

[34] Siehe hierzu auch das Statistikheft "Bewerber für Berufsausbildungsstellen für den Ausbildungsbeginn bis Ende 2017“ http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Ausbildungsstellenmarkt/zu-den-Daten/zu-den-Daten-Nav.html

[35] Die hier ausgewiesene Zahl an unversorgten Bewerbern am 30.9.2017 kann von der Zahl der unversorgten Bewerber im Statistikheft “Bewerber und Berufsausbildungsstellen - September 2017“ abweichen, wenn sich Bewerber inzwischen nicht mehr für eine Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung, sondern für eine andere, beispielsweise schulische Berufsausbildung interessieren. Diese Jugendlichen werden dann im statistischen Sinne nicht mehr als Bewerber für eine Berufsausbildungsstelle geführt. Die Abweichungen sind aber marginal.

[36] Zum Bilanzstichtag am 30.9.2017 waren 56.500 Bewerber erfasst, die eine Alternative gefunden hatten, aber ihren Vermittlungswunsch bis zum Ende des Beratungsjahres aufrechterhalten haben. 13.500 von ihnen suchen auch im fünften Quartal nach einer Berufsausbildungsstelle zum sofortigen Einstieg. Die restlichen 43.000 scheinen derzeit bei ihrer Alternative zu bleiben und streben ggf. eine Ausbildung zum regulären Ausbildungsbeginn im Jahr 2018 an.

in eine Berufsausbildung eingemündet waren, nun aber erneut auf der Suche sind („eingemündete Bewerber des letzten Berichtsjahres“). Ursächlich könnte sein, dass sie ihre Ausbildung gar nicht erst angetreten hatten, diese nach kurzer Zeit abbrachen oder gekündigt worden sind.

15.500 Jugendliche (24 Prozent), die im abgelaufenen Berichtsjahr bislang gar nicht gemeldet waren, haben sich zwischen Oktober und Mitte Dezember neu bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter gemeldet und möchten kurzfristig noch eine Berufsausbildung antreten („kein Bewerber im letzten Berichtsjahr“).

Alle gemeldeten Bewerber werden von den Agenturen für Arbeit bzw. den Jobcentern intensiv unterstützt, um möglichst noch zum sofortigen Eintritt eine Berufsausbildung oder eine passende Alternative zu finden. Zu dieser Unterstützung zählt, neben der individuellen Beratung und Unterbreitung von Vermittlungsvorschlägen, auch die Hilfe bei der Erstellung der Bewerbungsunterlagen oder ein Bewerber-Coaching vor Vorstellungsgesprächen. In vielen Agenturen für Arbeit finden darüber hinaus Aktionen wie Ausbildungsbörsen oder -messen statt, die häufig auch im Zusammenwirken mit den Kammern veranstaltet werden.[37]

2. Verbleib der im fünften Quartal gemeldeten Bewerber

2.1 Gemeldete Bewerber insgesamt

36.100 Bewerber und damit 56 Prozent der insgesamt noch 64.900 im „fünften Quartal“ auf Ausbildungssuche befindlichen Bewerbern befanden sich Mitte Dezember 2017 in einer Berufsausbildung oder in einer Alternative. 28.800 Bewerber waren dagegen Mitte Dezember noch unversorgt. Das waren 1 Prozent weniger als im Vorjahr.

7 Prozent der Bewerber haben noch eine Berufsausbildungsstelle zum sofortigen Antritt gefunden. 10 Prozent setzen eine vor dem letzten Beratungsjahr 2016/17 begonnene Berufsausbildung fort, obwohl sie die Ausbildungsstelle wechseln wollten. 19 Prozent begannen eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, eine Einstiegsqualifizierung oder ein anderes Qualifizierungsangebot bzw. entschieden sich für einen weiteren Schulbesuch oder ein Studium. Weitere 12 Prozent gehen einer Arbeit nach oder absolvieren einen gemeinnützigen oder sozialen Dienst. 3 Prozent sind arbeitslos gemeldet. Von 5 Prozent der Jugendlichen liegt keine differenzierte Rückmeldung über den Verbleib vor.

2.2 Nachvermittlung der unversorgten Bewerber vom 30. September

Von den Ende September noch unversorgten 23.700 Bewerbern waren Mitte Dezember noch 15.100 oder 64 Prozent unversorgt. Seit dem 30. September hat sich ihre Zahl demnach um 8.600 oder 36 Prozent reduziert. Zum gleichen Zeitraum im Vorjahr gelang dies in ähnlichem Umfang (Reduzierung um 37 Prozent).

6 Prozent der unversorgten Bewerber vom 30. September hatten bis Mitte Dezember eine Berufsausbildung begonnen. 6 Prozent nehmen an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme teil, absolvieren eine Einstiegsqualifizierung oder ein anderes Qualifizierungsangebot bzw. entschieden sich für einen (erneuten) Schulbesuch oder ein Studium. 8 Prozent haben eine Arbeitsstelle angetreten oder absolvieren einen gemeinnützigen oder sozialen Dienst. 4 Prozent haben sich arbeitslos gemeldet. Von 10 Prozent der jungen Menschen liegt keine Rückmeldung über ihren Verbleib vor, da sie kein Interesse bzw. keine Reaktion auf die Einladungen bzw. Nachfragen der Berufsberatung zeigten.

37 Statistische Informationen zur Nachbesetzung von Ausbildungsstellen liegen für das 5. Quartal derzeit nicht vor.

2.3 Bewerber mit Alternative zum 30. September

Von den 13.500 Bewerbern mit Alternative zum 30. September 2017, die sich auch aktuell weiter um eine Ausbildungsstelle bemühen, sind bis Mitte Dezember 93 Prozent in ihrer Alternative verblieben oder haben ein neues Angebot angenommen. 1.000 Personen oder 7 Prozent gelten derzeit als unversorgt.

5 Prozent der Bewerber haben eine Berufsausbildung neu begonnen, 13 Prozent setzen eine bereits im Vorjahr begonnene Berufsausbildung fort. 49 Prozent befinden sich in einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme, einer Einstiegsqualifizierung oder nehmen an einem anderen Qualifizierungsangebot teil bzw. besuchen (erneut) die Schule oder studieren. Für 25 Prozent fanden sich Alternativen wie etwa eine Arbeitsstelle oder ein gemeinnütziger Dienst. Von 7 Prozent der jungen Menschen liegt keine differenzierte Rückmeldung über ihren Verbleib vor.

3. Einstiegsqualifizierungen und Assistierte Ausbildung

Um vor allem leistungsschwächere junge Menschen beim Einstieg ins Berufsausbildungssystem zu unterstützen, werden von der Wirtschaft betriebliche Einstiegsqualifizierungen (EQ) bereitgestellt. Im Dezember 2017 befanden sich nach vorläufigen, hochgerechneten Daten 13.700 junge Menschen in einer Einstiegsqualifizierung. Das waren 1.500 mehr als im Dezember des letzten Jahres (+13 Prozent). 4.200 gemeldete Stellen für Einstiegsqualifizierungen waren im Dezember noch unbesetzt.

Seit Mai 2015 gibt es das Instrument der „Assistierten Ausbildung“. Damit sollen förderungsbedürftige junge Menschen und deren Ausbildungsbetriebe während einer betrieblichen Berufsausbildung unterstützt werden, damit die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen werden kann. Die Maßnahme kann auch eine vorgeschaltete Phase zur Ausbildungsaufnahme enthalten. Hilfestellung gibt es zum Beispiel bei Lernschwierigkeiten in der Fachtheorie und der Fachpraxis, bei sprachlichen Defiziten oder bei Problemen im Betrieb oder im sozialen Umfeld. Mitte Dezember 2017 nahmen, nach vorläufigen, nicht hochgerechneten Daten, 9.800 junge Menschen an einer Maßnahme der Assistierten Ausbildung teil. Das waren 3.100 mehr als im Vorjahresmonat (+47 Prozent).

IV. Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

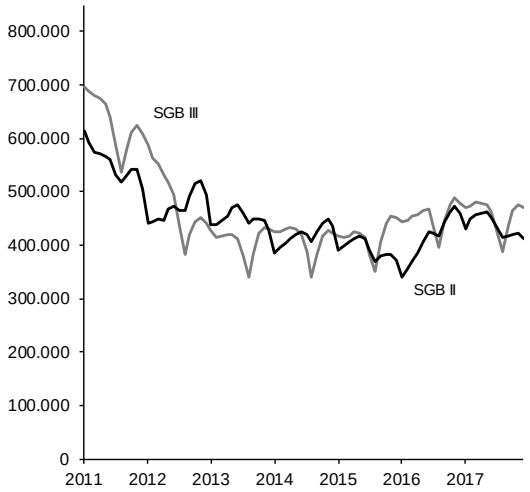
Im Dezember 2017 haben nach vorläufigen Daten 884.000 Personen an einer vom Bund oder der Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilgenommen. Das waren 6 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Die Förderung durch Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik lag damit bezogen auf die Summe der aktivierbaren Personen leicht unter dem Niveau des Vorjahres (-0,2 Prozentpunkte). 471.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gefördert, 413.000 haben an Maßnahmen teilgenommen, die aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende finanziert wurden.

1. Umfang der eingesetzten arbeitsmarktpolitischen Instrumente[38,39]

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – wie beispielsweise berufliche Fortbildung, Lohnsubventionen und öffentliche Beschäftigungsförderung – verfolgen das Ziel, Arbeitslose nachhaltig in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren. Um eine dauerhafte Beschäftigung zu sichern, sollen Beschäftigungschancen erweitert und Beschäftigungsfähigkeit erhalten werden. Die Investition in Beschäftigungsfähigkeit legt den Grundstein zur Entfaltung präventiver Wirkung gegen Arbeitslosigkeit, gleichzeitig kann ein Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs geleistet werden.

Abbildung 22 - Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik

Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nach der Kostenträgerschaft[1)]
in Tausend
Deutschland
2011 bis 2017



[1)] Vorläufige hochgerechnete Werte für die letzten drei Monate.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

1.1 Gesamtentwicklung des Fördergeschehens in der Arbeitslosenversicherung

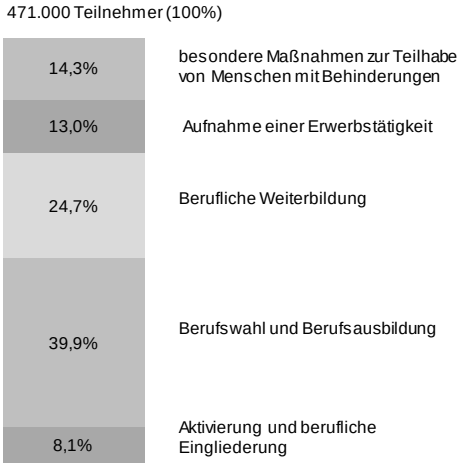
Im Dezember 2017 wurden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung insgesamt 471.000 Personen mit Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert. Mit 188.000 Teilnehmenden entfielen zwei Fünftel des Fördergeschehens in der Kostenträgerschaft der Arbeitslosenversicherung auf Instrumente zur Förderung der Berufswahl und Berufsausbildung.

38 Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von unterschiedlicher Untererfassung mit Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet. Endgültige Werte zur Förderung stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest.

39 Die arbeitsmarktbezogene Aktivierungsquote gibt den Anteil der Teilnehmenden an ausgewählten Maßnahmen an der Summe aus Arbeitslosen und diesen Maßnahmeteilnehmenden an. Vgl. Methodenbericht der Statistik der BA 07/2013. Aktivierung in den Rechtskreisen SGB III und SGB II.
http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Foerderstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-Aktivierung-Rechtskreise-SGBIII-und-SGBII-Zweite-Aktualisierung.pdf

Abbildung 23 - Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik SGB III

Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nach der Kostenträgerschaft im Rechtskreis SGB III[1)]
in Prozent
Deutschland
Dezember 2017



1) Vorläufige hochgerechnete Werte; Angaben für Freie Förderung/ Sonstige Förderung zu klein für eine grafische Anzeige.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Betrachtet man die Förderinstrumente ohne die Instrumente zur Förderung der Berufswahl und Berufsausbildung wurden im Dezember 283.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefördert, gut 3 Prozent weniger als vor einem Jahr.

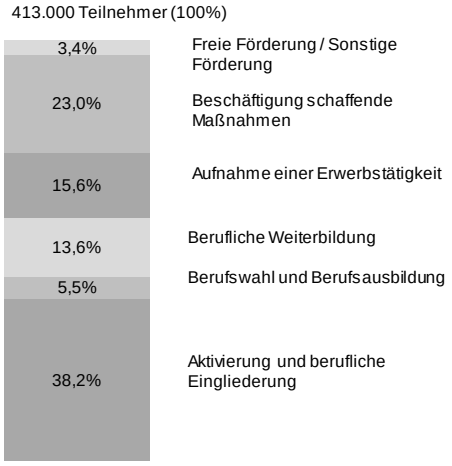
Die Aktivierungsquote im Bereich der Arbeitslosenversicherung lag im Dezember bei 23,9 Prozent. Damit wurden bezogen auf die Zahl der aktivierbaren Personen etwas weniger Menschen gefördert als im Jahr zuvor (-0,8 Prozentpunkte).

1.2 Gesamtentwicklung des Fördergeschehens in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Jobcenter sind verantwortlich für die Einrichtung und Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Für diesen Personenkreis können die klassischen arbeitsmarktpolitischen Instrumente des SGB III – mit Ausnahme des Gründungszuschusses – eingesetzt werden. Hinzu kommen das Einstiegsgeld, Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen, Beschäftigung schaffende Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten), die Freie Förderung sowie die Förderung von Arbeitsverhältnissen, soweit sie für die individuelle Eingliederung in das Erwerbsleben erforderlich sind. Daneben stehen für diese Personen kommunale Eingliederungsleistungen (sozial-integrative Leistungen) zur Verfügung (z.B. Kinderbetreuung).

Abbildung 24 - Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik SGB II

Teilnehmer in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik nach der Kostenträgerschaft im Rechtskreis SGB II[1)]
in Prozent
Deutschland
Dezember 2017



1) Vorläufige hochgerechnete Werte; Angaben für besondere Maßnahmen zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu klein für eine grafische Anzeige.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im Dezember 2017 wurden 413.000 Personen mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende gefördert. Davon befanden sich rund 6 Prozent (23.000) in Maßnahmen zur Förderung der Berufswahl und Berufsausbildung. Das sind vor allem außerbetriebliche Berufsausbildungen, Einstiegsqualifizierung und ausbildungsbegleitende Hilfen.

Nimmt man die Förderung der Berufsausbildung aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende aus, befanden sich 390.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Maßnahmen in Kostenträgerschaft des Rechtskreises SGB II. Das waren 11 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

Die Aktivierungsquote, also die Förderung durch Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik bezogen auf die Summe der aktivierbaren Personen, lag in der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Dezember 2017 bei 19,7 Prozent und damit im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

2. Entwicklung des Einsatzes der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik

Aufgrund der Besonderheiten der jeweils zu betreuenden Personenkreise werden in den beiden Rechtskreisen arbeitsmarktpolitische Instrumente mit unterschiedlichem Schwerpunkt eingesetzt. Kundinnen und Kunden in der Arbeitslosenversicherung verfügen in der Regel über aktuellere Erfahrungen im Berufsleben. Für sie kommen daher vermehrt arbeitsmarktpolitische Instrumente in Frage, die auf eine Verbesserung bereits vorhandener Qualifikationen oder eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt abzielen. Bei Arbeitslosen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende liegt eine Beschäftigung in der Regel schon länger zurück oder wurde zum Teil noch nie ausgeübt, daher kann die Integration oft nur durch die Kombination verschiedener Instrumente und eine stufenweise Heranführung an den Arbeitsmarkt gelingen.

2.1 Aktivierung und berufliche Eingliederung

Mit Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung können Ausbildungsuchende, von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitsuchende und Arbeitslose eine individuelle Förderung erhalten, die ihre passgenaue Eingliederung unterstützt. Diese Maßnahmen können bei einem externen Träger, der durch eine fachkundige Stelle zugelassen ist, oder bei einem Arbeitgeber durchgeführt werden.

Mit 195.000 Personen befand sich im Dezember gut ein Fünftel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an aktiver Arbeitsmarktpolitik im Bereich der Aktivierung und beruflichen Eingliederung. Das waren 43.000 weniger als ein Jahr zuvor (-18 Prozent). Davon haben 19 Prozent an Maßnahmen in Kostenträgerschaft der Arbeitslosenversicherung teilgenommen, 81 Prozent an Maßnahmen, die aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende finanziert wurden.

In den vergangenen zwölf Monaten sind – nach vorläufigen, hochgerechneten Werten – 1.453.000 Personen in eine Maßnahme zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung eingetreten, 80.000 oder 5 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Zudem hatten in den vergangenen zwölf Monaten in 1.098.000 Fällen Menschen eine einmalige Förderung im Rahmen des Vermittlungsbudgets (z.B. Bewerbungskosten oder Reisekosten zum Vorstellungsgespräch) erhalten, 14 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

2.2 Berufliche Weiterbildung

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Prävention vor längerfristiger Arbeitslosigkeit. Fast die Hälfte der Arbeitslosen verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung – in der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind es sogar knapp drei Fünftel. Die schnellen technischen und gesellschaftlichen Entwicklungen erfordern zudem ein ständiges Weiterlernen. Daher ist die berufliche Qualifizierung durch den Erwerb von Teilqualifikationen oder von Berufsabschlüssen fester Bestandteil der Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Im Dezember 2017 haben 155.000 Personen an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme[40] teilgenommen. Das waren 18 Prozent aller Maßnahmeteilnehmerinnen und -teilnehmer. Die

[40] Einschließlich Rehabilitationsmaßnahmen in der beruflichen Weiterbildung

Zahl der Geförderten hat im Vergleich zum Vorjahr um gut 7.000 Personen abgenommen (-4 Prozent). 64 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen wurden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gefördert.

In den vergangenen zwölf Monaten haben 315.000 Personen eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme begonnen – und damit -3 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Im Dezember 2017 wurde zusätzlich an die Arbeitgeber von 18.000 Geförderten ein Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter gezahlt.

2.3 Qualifizierung über das Programm Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU)

Die Weiterbildung beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist grundsätzlich Aufgabe der Unternehmen und der Beschäftigten selbst. Das Programm WeGebAU zielt auf Mitarbeiter in kleineren und mittleren Unternehmen, Ältere und Geringqualifizierte ab. Gerade in kleinen und mittleren Unternehmen ist die Beteiligung an Weiterbildung oftmals gering. Die Förderung im Rahmen von WeGebAU soll daher einen Anreiz für die Weiterbildung insbesondere in kleineren und mittleren Unternehmen darstellen. Gefördert werden können Personen, die von ihren Arbeitgebern für die Dauer einer Qualifizierung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts freigestellt werden.

Im September 2017 – aktuellere endgültige Werte liegen nicht vor – wurden rund 17.000 beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen des Programms WeGebAU bei ihrer beruflichen Weiterbildung gefördert. Im Vergleich zum Vorjahresmonat waren es 2.000 mehr (+14 Prozent). Zeitgleich haben Betriebe für knapp 15.000 Personen einen Arbeitsentgeltzuschuss erhalten – im September 2016 waren es noch gut 13.000.

Im Zeitraum Oktober 2016 bis September 2017 sind fast 17.000 Förderungen im Programm WeGebAU (FbW) neu bewilligt worden, 2.400 mehr als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor. Für über 10.000 Geförderte wurde in diesen 12 Monaten erstmalig ein Arbeitsentgeltzuschuss gewährt, 13 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum.

2.4 Eingliederungszuschüsse

Arbeitgeber können zur Eingliederung von förderungsbedürftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt als Ausgleich einer erwarteten Minderleistung erhalten. Die Höhe und Dauer der Förderung richten sich nach dem Umfang der Einschränkung der Arbeitsleistung und nach den Anforderungen des jeweiligen Arbeitsplatzes.

Mit Hilfe solcher Eingliederungszuschüsse wurde im Dezember die Beschäftigung von 59.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Vermittlungshemmnissen gefördert, -4 Prozent weniger als vor einem Jahr. In den vergangenen zwölf Monaten wurde 148.000 Personen ein Eingliederungszuschuss bewilligt und damit 3.700 weniger als im Vorjahreszeitraum (-2 Prozent).

2.5 Gründungszuschuss

Der Gründungszuschuss ist ein Instrument zur Förderung der Selbständigkeit, das ausschließlich in der Arbeitslosenversicherung eingesetzt wird und an Empfänger von Arbeitslosengeld gezahlt werden kann, die sich hauptberuflich selbständig machen und damit ihre Arbeitslosigkeit beenden.

Mit dem Gründungszuschuss wurden im Dezember 22.000 Existenzgründerinnen und -gründer gefördert. Damit erhielten 5 Prozent der aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung

Geförderten einen Gründungszuschuss. In den vergangenen zwölf Monaten wurde in 27.000 Fällen ein Gründungszuschuss gewährt; 500 weniger als im Vorjahreszeitraum.

2.6 Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen nach § 16c SGB II

Im Zuge der Instrumentenreform wurde eine neue Fördermöglichkeit für Existenzgründerinnen und Existenzgründer in der Grundsicherung für Arbeitsuchende geschaffen. Leistungen können nur dann gewährt werden, wenn zu erwarten ist, dass die selbständige Tätigkeit wirtschaftlich tragfähig ist und die Hilfebedürftigkeit durch die selbständige Tätigkeit innerhalb eines angemessenen Zeitraums dauerhaft überwunden oder verringert wird.

Im Dezember wurden nach vorläufigen, untererfassten Werten 1.700 Personen mit diesem Instrument gefördert, gut ein Viertel weniger als vor einem Jahr. In den vergangenen zwölf Monaten wurden fast 9.000 Personen die Förderung zur Eingliederung Selbständiger gewährt. Im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres gab es damit weniger Bewilligungen (-17 Prozent).

2.7 Einstiegsgeld

Das Einstiegsgeld kommt ausschließlich in der Grundsicherung für Arbeitsuchende zum Einsatz und wird als Zuschuss zum Arbeitslosengeld II gezahlt.

Im Dezember wurden rund 18.000 Personen durch ein Einstiegsgeld unterstützt – davon rund 17.000 bei der Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und rund 1.500 bei einer Existenzgründung. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Zahl der Geförderten damit in der Summe dieser beiden Instrumente um 4.900 Personen gesunken (-21 Prozent).

In den vergangenen zwölf Monaten wurden 49.000 Personen mit dem Einstiegsgeld neu gefördert, 3.000 weniger als im Vorjahreszeitraum (-6 Prozent).

2.8 Arbeitsgelegenheiten

Arbeitsgelegenheiten sind für arbeitsmarktferne Leistungsempfänger oft ein erster Schritt in Richtung Arbeitsmarkt und dienen vorrangig der Herstellung oder dem Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit. Dabei handelt es sich um eine sozialversicherungsfreie Beschäftigung bei einem geeigneten Maßnahmeträger. Die auszuführenden Arbeiten müssen zusätzlich, im öffentlichen Interesse und wettbewerbsneutral sein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten vom Jobcenter eine Mehraufwandsentschädigung als Zuschuss zum Arbeitslosengeld II.

Auf Beschäftigung schaffende Maßnahmen entfällt fast ein Viertel der Geförderten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende – drei Viertel der Förderung richten sich auf Instrumente mit arbeitsmarktnäheren Wirkungen.

Im Dezember befanden sich 72.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer Arbeitsgelegenheit, 8.000 weniger als noch vor einem Jahr (-9 Prozent). In den vergangenen zwölf Monaten haben 201.000 Personen eine Arbeitsgelegenheit angetreten (9 Prozent weniger als vor einem Jahr).

2.9 ESF-Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter

Seit Mitte 2015 wird das ESF-Bundesprogramm für arbeitsmarktferne langzeitarbeitslose Leistungsberechtigte im SGB II in den gemeinsamen Einrichtungen umgesetzt. Das Förderprogramm wird aus Mitteln des Bundes (Eingliederungsbudget SGB II) und des Europäischen Sozialfonds finanziert. Ziel des ESF-Bundesprogrammes ist es, für langzeitarbeitslose Menschen über sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse Perspektiven für

eine nachhaltige berufliche Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu schaffen.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen die gezielte Ansprache und Beratung von Arbeitgebern durch Betriebsakquisiteure, um gezielt passende Stellen für die Zielgruppe zu gewinnen. Nach Aufnahme der Beschäftigung werden die Teilnehmenden durch einen Coach begleitet und unterstützt. Bei Bedarf können auch Qualifizierungen – arbeitsplatzbezogene, berufliche Qualifizierungen und Qualifizierungen zur Verbesserung von Grundkompetenzen (Lesen, Schreiben etc.) – für die Teilnehmenden gefördert werden. Arbeitgeber erhalten zum Ausgleich der Minderleistung der Teilnehmenden degressiv ausgestaltete Lohnkostenzuschüsse.

Im Dezember 2017 wurden nach vorläufigen, untererfassten Werten rund 12.000 Personen im Rahmen des Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter gefördert.

2.10 Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt

Das Programm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt" ist Teil des Konzepts „Chancen eröffnen – soziale Teilhabe sichern" des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit. Bei einer Laufzeit bis Ende 2018 stehen für die Förderung von rund 20.000 Plätzen insgesamt bis zu 750 Millionen Euro zur Verfügung.

Ziel des Programms Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt ist die Schaffung von Teilhabe für sehr arbeitsmarktferne Personen. Außerdem sollen deren Chancen auf Beschäftigung am allgemeinen Arbeitsmarkt verbessert werden. Gefördert werden Arbeitsverhältnisse, die zusätzlich und wettbewerbsneutral sind und im öffentlichen Interesse liegen.

Im Dezember 2017 wurden nach vorläufigen, untererfassten Werten 15.000 Personen im Rahmen des Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter gefördert.

3. Förderung der Berufswahl und der Berufsausbildung[41]

Ein gelungener Übergang zwischen Schule und Berufsausbildung ist ein entscheidender Baustein für die Prävention von Arbeitslosigkeit und trägt wesentlich zur Deckung zukünftiger Fachkräftebedarfe bei. Auch wenn sich die Situation bei der Suche nach Ausbildungsstellen verbessert hat, können vor allem individuelle Probleme diesen Übergang an der ersten Schwelle erschweren. Die Maßnahmen zur Vorbereitung und Unterstützung einer Berufsausbildung helfen daher vor allem denjenigen jungen Menschen, die nach der Beendigung der Schule ohne weitere Hilfen eine Ausbildung nicht aufnehmen oder erfolgreich absolvieren könnten.

Im Dezember 2017 wurden nach aktuellen, untererfassten Werten 211.000 zumeist junge Menschen bei der Berufswahl und Berufsausbildung mit Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert – knapp 5.000 mehr als ein Jahr zuvor.

188.000 (89 Prozent) der bei der Berufswahl und Berufsausbildung geförderten Jugendlichen haben an Maßnahmen teilgenommen, die aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung getragen wurden, 23.000 (11 Prozent) waren in Maßnahmen, die aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende finanziert wurden.

In den vergangenen zwölf Monaten sind 184.000 Menschen neu in eine Maßnahme zur Förderung der Berufsausbildung eingetreten. Das waren 6.000 weniger Bewilligungen als im Vorjahreszeitraum (-3 Prozent).

[41] Eine Hochrechnung der Zahl der Maßnahmeteilnehmer in der Förderung der Berufsausbildung ist nur teilweise möglich. Daher ist beim Vorjahresvergleich zu berücksichtigen, dass der aktuelle Rand untererfasst ist.

Teil B: Jahresrückblick 2017

I. Jahresrückblick 2017 – Sehr gute Entwicklung des Arbeitsmarktes

Die deutsche Wirtschaft erlebte im Jahr 2017 einen kräftigen Aufschwung. Das reale Bruttoinlandsprodukt ist nach aktuellen Schätzungen der Deutschen Bundesbank um 2,3 Prozent gestiegen, nach +1,9 Prozent im Jahr 2016. Der Konjunkturaufschwung ist breit angelegt und wird vor allem von binnenwirtschaftlichen Kräften getragen. Auch der Arbeitsmarkt entwickelte sich sehr gut. Die Erwerbstätigkeit hat wegen des Aufbaus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung kräftig zugenommen. Das Plus resultiert zum größeren Teil aus Zuwanderung und gestiegener Erwerbsneigung, kam aber auch inländischen Arbeitslosen zugute. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind jahresdurchschnittlich gesunken, obwohl mehr geflüchtete Menschen in Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gezählt wurden.

1. Wirtschaftliche Entwicklung und realisierte Arbeitskräftenachfrage

Bei kräftigem Wirtschaftswachstum sind Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiter deutlich gestiegen. Trotz Rückgängen bei der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit pro Arbeitnehmer hat auch das Arbeitsvolumen zugenommen.

1.1 Wirtschaftliche Entwicklung

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland hat 2017 an Schwung gewonnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist bis in das dritte Quartal kräftig gewachsen. Auch für das vierte Quartal lassen die Konjunkturindikatoren eine Fortsetzung dieser Entwicklung erwarten. Über das gesamte Jahr 2017 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt nach aktuellen Schätzungen der Deutschen Bundesbank[42] um 2,3 Prozent zugenommen haben, nach +1,9 Prozent 2016 und +1,7 Prozent 2015.

Die Weltwirtschaft entwickelte sich positiv. Die Eurozone wuchs auf gutem Niveau. Das Votum des Vereinigten Königreiches für einen Austritt aus der EU führte zwar zu Unsicherheiten, hatte aber keine erkennbaren Auswirkungen auf das Wachstum der EU. Noch mehr wirtschaftliche Dynamik gab es in den USA. Schwellenländer mit krisenhaften Entwicklungen wie Brasilien oder Russland haben sich wieder gefangen. Die Wachstumsraten in China flachten sich zwar ab, blieben aber stabil.

Die Exporte profitierten von dem weltwirtschaftlichen Aufschwung und dürften 2017 kräftig zugelegt haben. Weil die Importe aber in ähnlichem Umfang gestiegen sind, dürfte es vom Außenhandel im Saldo nur einen geringen Beitrag zum BIP-Wachstum gegeben haben.

Die wichtigsten Wachstumsimpulse kamen aus dem Inland: Der private und öffentliche Konsum sowie die Investitionen legten deutlich zu. Der private Konsum profitierte von der guten Lage am Arbeitsmarkt, wachsenden Reallöhnen und niedrigen Zinsen. Durch steigende Steuereinnahmen und geringere Ausgaben für den Schuldendienst entstanden Handlungsspielräume für eine Ausweitung der Staatsausgaben. Die verstärkten Investitionen wurden vor allem von der kräftigen Baukonjunktur getragen. Wegen des außerordentlich niedrigen Zinsniveaus waren die Investitionsbedingungen sehr günstig. Zudem produzierten die Unternehmen mit stark ausgelasteten Kapazitäten.

1.2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts hat die Erwerbstätigkeit (nach dem

[42] Beitrag zu den Perspektiven der deutschen Wirtschaft im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom Dezember 2017. Erste vorläufige Berechnungen zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts 2017 werden vom Statistischen Bundesamt am 11. Januar 2018 veröffentlicht.

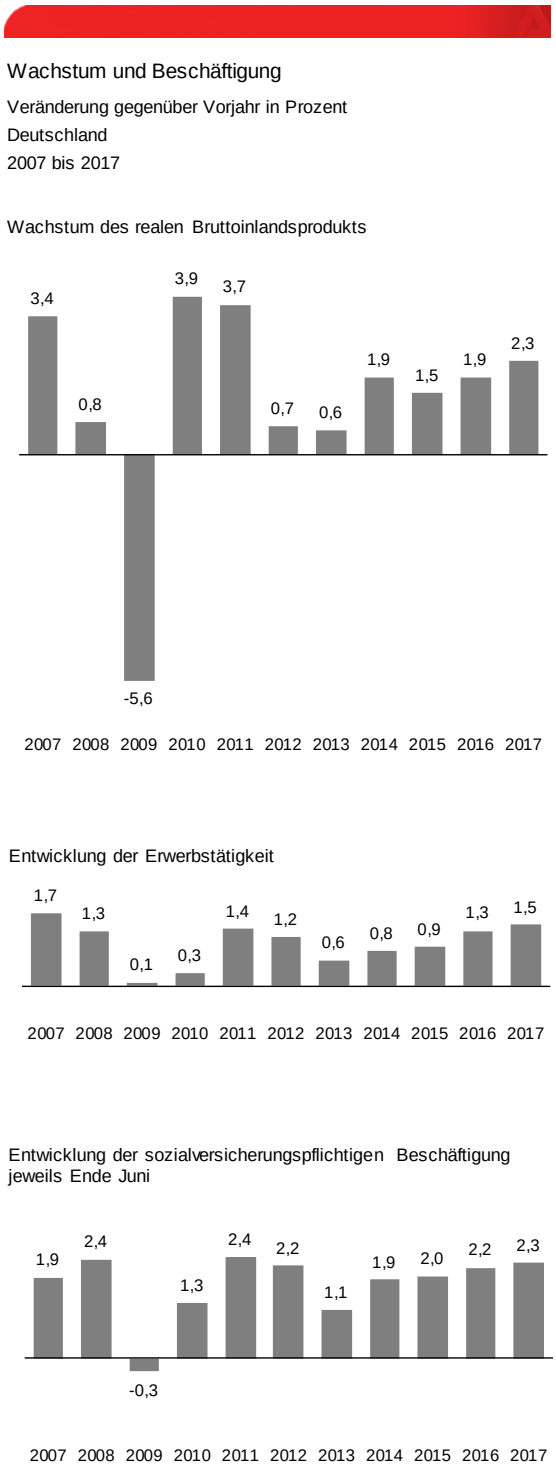
Inlandskonzept)[43] im Jahresdurchschnitt 2017 um 638.000 oder 1,5 Prozent auf 44,28 Mio zugenommen, nach +569.000 oder +1,3 Prozent im Jahr 2016. Damit erreicht die Erwerbstätigkeit ihren höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Wie schon in den Vorjahren hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung 2017 stärker zugenommen als die Erwerbstätigkeit. Im Juni[44] waren 32,16 Mio Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 722.000 oder 2,3 Prozent mehr als vor einem Jahr. Im Juni 2016 hatte es einen Zuwachs von 672.000 oder 2,2 Prozent gegeben.[45]

Die gute Konjunktur erklärt den kräftigen Beschäftigungsanstieg nur zum Teil. Seit der Großen Rezession 2008/09 haben sich Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung stärker entkoppelt. Andere Faktoren wie der sektorale Wandel, eine hohe Arbeitsmarktanspannung und Zuwanderung gewannen an Bedeutung für die Beschäftigung und führten zu einem stabilen Aufwärtstrend.[46]

Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beruht sowohl auf mehr Vollzeit- als auch auf mehr Teilzeitbeschäftigung. Die Vollzeitbeschäftigung ist im Juni 2017 gegenüber dem Vorjahr um 349.000 oder 1,5 Prozent auf 23,22 Mio und die Teilzeitbeschäftigung um 374.000 oder 4,4 Prozent auf 8,94 Mio gestiegen.

Abbildung 25 - Wachstum und Beschäftigung



Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank; BIP für 2017 Schätzung.

[43] Zum Unterschied zwischen Inlands- und Inländerkonzept vgl. „Wichtige statistische Hinweise“ in Teil V des Berichts.

[44] Als Jahreswerte werden in der Arbeitsmarkberichterstattung der BA für die Beschäftigung die Juni-Werte herangezogen, die in der Regel nahe beim Jahresdurchschnitt liegen.

[45] Die Beschäftigungsstatistik wurde zum 3. Januar 2017 revidiert, deshalb können die Angaben von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.

[46] Vgl. hierzu Sabine Klinger, Enzo Weber: Seit der Großen Rezession: schwächerer Zusammenhang von Konjunktur und Beschäftigung. Wirtschaftsdienst 10/2014, Seite 256 ff.

Der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung hat sich weiter erhöht; 2017 lag er bei 27,8 Prozent, nach 27,3 Prozent im Jahr 2016. 2007 hatte der Anteil 19,0 Prozent und 1997 noch 13,3 Prozent betragen.[47]

Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stellen mit 72,6 Prozent den größten Teil der Erwerbstätigen. In der letzten Dekade nahm der Anteil zu, nachdem er zuvor jahrelang gesunken war: 2016 lag der Anteil bei 72,1 Prozent und 2007 bei 67,1 Prozent, 1997 aber noch bei 71,9 Prozent.[48]

Die Selbständigkeit hat 2017 weiter abgenommen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der selbständig Tätigen (einschließlich mithelfender Familienangehöriger) jahresdurchschnittlich um 26.000 oder 0,6 Prozent auf 4,31 Mio gesunken. Damit übten 2017 im Jahresdurchschnitt 9,7 Prozent der Erwerbstätigen eine selbständige Tätigkeit aus, nach 9,9 Prozent 2016. Im Jahr 2007 betrug der Anteil 11,2 Prozent und 1997 10,3 Prozent.

Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten hat sich ebenfalls verringert. Im Juni 2017 waren 4,80 Mio Personen ausschließlich als Minijobber beschäftigt, gegenüber dem Vorjahr war das ein Minus von 63.000 oder 1,3 Prozent, nach -37.000 oder -0,8 Prozent 2016. Der Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten an allen Erwerbstätigen beläuft sich nun auf 10,8 Prozent, nach 11,1 Prozent im Vorjahr und 12,4 Prozent im Jahr 2007.

Gleichzeitig ist im Juni 2017 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob ausüben, gegenüber dem Vorjahr um 112.000 oder 4,3 Prozent auf 2,70 Mio gestiegen, nach +105.000 oder +4,2 Prozent im Vorjahr. 8,4 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben einen solchen Nebenjob; 2016 hatte der Anteil 8,2 Prozent betragen, während es 2007 lediglich 6,4 Prozent waren. In die Erwerbstätigenrechnung gehen allerdings allein die ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten ein, weil die Nebenjobber schon mit ihrer Hauptbeschäftigung gezählt werden.

Die durch Arbeitsmarktpolitik geförderte Erwerbstätigkeit hat sich 2017 im Saldo erhöht, und zwar jahresdurchschnittlich um 14.000 oder 6 Prozent auf 232.000 geförderte Erwerbstätige.[49] Dabei war die Entwicklung in den einzelnen Instrumentengruppen unterschiedlich. Zuwächse gab es bei der Förderung abhängiger Beschäftigung auf dem 1. Arbeitsmarkt (+10.000 auf 105.000), vor allem wegen des Bundesprogramms zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter (+6.000) und des Einstiegsgelds (+3.000). Dagegen war die Förderung der Selbständigkeit weiter rückläufig (-2.000 auf 27.000). Die Zahl der Erwerbstätigen, die in einer Beschäftigung schaffenden Maßnahme gefördert wurden, nahm etwas zu (+5.000 auf 100.000). In dieser Instrumentengruppe stand einem Aufbau im Rahmen des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (+6.000) ein Rückgang bei Arbeitsgelegenheiten (-300) und der Förderung von Arbeitsverhältnissen (-700) gegenüber.

[47] Vergleiche mit früheren Jahren sind wegen der Umstellung des Erhebungsverfahrens in der Beschäftigungsstatistik nur eingeschränkt möglich; vgl. hierzu den Methodenbericht der Statistik der BA; Neue Erhebungsinhalte „Arbeitszeit“, „ausgeübte Tätigkeit“ sowie „Schul- und Berufsabschluss“ in der Beschäftigungsstatistik, Nürnberg im Oktober 2013, im Internet unter: https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Grundlagen/Methodenberichte/Beschaeftigungsstatistik/Generische-Publikationen/Methodenbericht-TS-BST.pdf

[48] Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vom Juni aus der Beschäftigtenstatistik wurden in Beziehung gesetzt zur Zahl der jahresdurchschnittlichen Erwerbstätigen aus der Erwerbstätigenrechnung des Statistischen Bundesamtes (jeweils nach dem Arbeitsort).

[49] Bei den Angaben zur Arbeitsmarktpolitik handelt es sich um vorläufig hochgerechnete Werte.

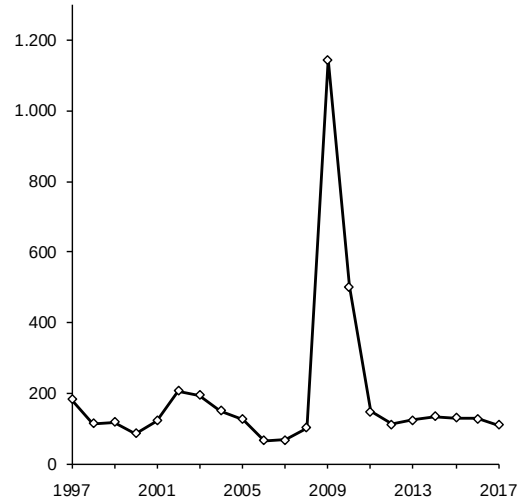
1.3 Arbeitszeit und Kurzarbeit

Nach vorläufigen Einschätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist die durchschnittliche Pro-Kopf-Arbeitszeit im Jahr 2017 für beschäftigte Arbeitnehmer um 0,2 Prozent auf 1.290 Stunden und für Selbständige um 1,0 Prozent auf 1.938 Stunden gesunken.[50] Die Abnahmen beruhen vor allem auf der geringeren Zahl von Arbeitstagen im Vergleich zum Vorjahr. Das Arbeitsvolumen aller Erwerbstätigen, das sich als Produkt aus der Zahl abhängiger und selbständiger Erwerbstätiger und der Pro-Kopf-Arbeitszeit ergibt, ist um 1,1 Prozent gewachsen. Der Anstieg erklärt sich damit allein aus einer gestiegenen Zahl der Erwerbstätigen.

Die Inanspruchnahme von Kurzarbeit blieb 2017 auf einem im langjährigen Vergleich niedrigen Niveau. Nach einer ersten Schätzung der Statistik der Bundesagentur für Arbeit hat sich die gesamte Kurzarbeiterzahl gegenüber 2016 jahresdurchschnittlich von 128.000 auf 110.000 verringert. Der durchschnittliche Arbeitszeitausfall betrug 2017 etwa 40 Prozent der normalen Arbeitszeit; daraus errechnet sich ein Beschäftigtenäquivalent von rund 44.000 Arbeitskräften, nach 48.000 vor einem Jahr.

Abbildung 26 - Kurzarbeit

Kurzarbeit [1)]
in Tausend
Deutschland
1997 bis 2017



[1)] Kurzarbeiterdaten auf Basis der Abrechnungslisten der Betriebe (bis 2009 Betriebsmeldungen); Wert für 2017 vorläufig und geschätzt.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

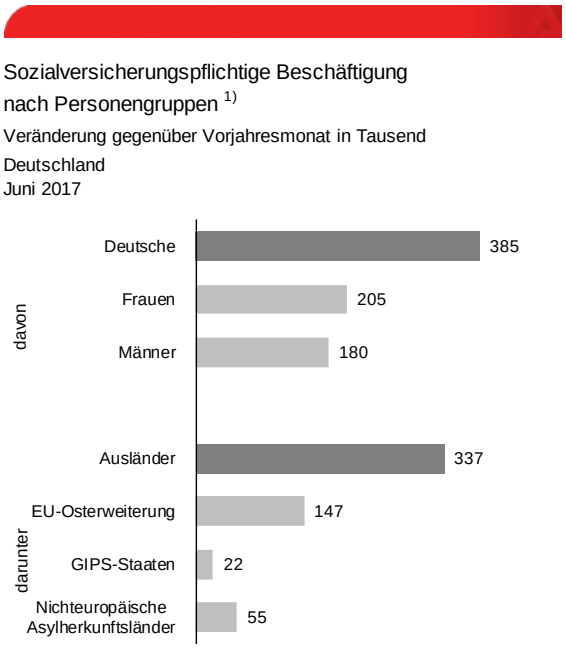
1.4 Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach Ländern, Personengruppen und Wirtschaftszweigen

Das Wachstum der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung fiel im Westen geringfügig stärker aus als im Osten. So nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Juni 2016 auf Juni 2017 in Westdeutschland um 2,3 Prozent auf 26,16 Mio und in Ostdeutschland um 2,1 Prozent auf 6,00 Mio zu. In der Differenzierung nach Bundesländern zeigen sich durchweg Zunahmen. Am stärksten erhöhte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin mit +4,3 Prozent. In den ostdeutschen Flächenländern fielen die Anstiege dagegen deutlich kleiner aus; die Spanne reichte von jeweils +1,1 Prozent in Sachsen-Anhalt und Thüringen bis +2,0 Prozent in Brandenburg. In den westdeutschen Ländern verzeichnete Bayern mit +2,7 Prozent den größten und das Saar-

[50] Vgl. IAB-Kurzbericht 21/2017 vom September 2017.

land mit +1,2 Prozent den kleinsten Zuwachs gegenüber Juni 2016.

Abbildung 27 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Personengruppen



1) EU-Osterweiterung umfasst die osteuropäischen EU-Länder. GIPS-Staaten umfasst Griechenland, Italien, Portugal und Spanien. Nichteuropäische Asylherkunftsländer umfasst die 8 Länder mit den meisten Asylanträgen in den vergangenen Jahren: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wurde knapp zur Hälfte von Ausländern getragen.[51] Ihre Zahl hat um 337.000 oder 10,7 Prozent auf 3,49 Mio zugenommen. Ausschlaggebend dafür waren mehr beschäftigte Staatsangehörige aus den aktuellen Zuwanderungsländern und hier insbesondere aus den osteuropäischen EU-Staaten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Deutschen hat sich um 385.000 oder 1,4 Prozent auf 28,68 Mio erhöht. Dabei fiel der Zuwachs bei deutschen Frauen mit +205.000 oder +1,5 Prozent auf 13,59 Mio etwas stärker aus als bei deutschen Männern, deren Beschäftigung um 180.000 oder 1,2 Prozent auf 15,08 Mio gestiegen ist. Eine steigende Erwerbsneigung von Frauen und Älteren wirkte dem demografisch bedingten Rückgang und der Alterung der inländischen erwerbsfähigen Bevölkerung entgegen. Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots durch Zuwanderung und steigende Erwerbsneigung erklärt, warum Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung nicht im gleichen Umfang abnehmen, wie die Beschäftigung steigt. Dass auch arbeitslose Inländer vom Beschäftigungsaufbau deutlich profitieren, zeigt der jahresdurchschnittliche Rückgang der arbeitslosen Deutschen um 185.000 oder 9 Prozent. Der Anstieg der arbeitslosen Ausländer von +26.000 oder +4 Prozent hängt vor allem mit mehr arbeitslosen geflüchteten Menschen zusammen, deren Integration in den Arbeitsmarkt längere Zeit in Anspruch nehmen wird (vgl. Kapitel 4.3).

Abbildung 28 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[51] Zu den Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt vergleiche die Informationen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Internet unter folgendem Link:
https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Analytikreports/Analytikreports-zentral-nav.html

Die Betrachtung nach Branchen zeigt fast durchweg Anstiege in der Beschäftigung. Die größten absoluten Zuwächse verzeichneten Qualifizierte Unternehmensdienstleistungen (+98.000 oder +4,3 Prozent), Pflege und Soziales (+85.000 oder +3,9 Prozent) und Handel (+62.000 oder +1,4 Prozent). Einen Beschäftigungsverlust gab es allein bei Finanz- und Versicherungsdienstleistungen
(-17.000 oder -1,7 Prozent).

Die Verteilung der Beschäftigten hat sich 2017 weiter zum Dienstleistungssektor verschoben, weil die relativen Anstiege dort stärker ausfielen als im Produzierenden Sektor. Im Juni 2017 arbeiteten 70,8 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Dienstleistungsbranche, nach 70,6 Prozent im Jahr zuvor. 28,4 Prozent der Beschäftigten waren im Produzierenden Gewerbe tätig, nach 28,7 Prozent 2016. Im Jahr 2008, das ist das erste Jahr, für das Angaben aus derselben Wirtschaftszweigklassifikation zur Verfügung stehen, waren 68,0 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe und 31,2 Prozent im Produzierenden Gewerbe angestellt.

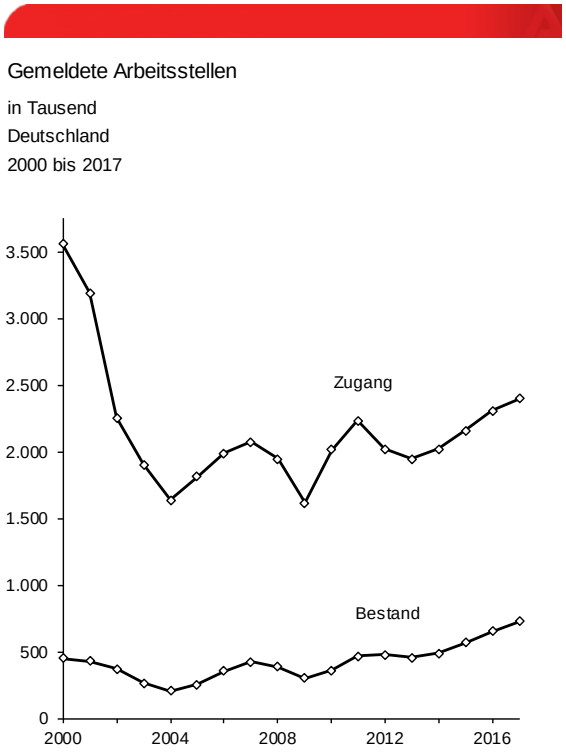
2. Nicht realisierte Arbeitskräftenachfrage

Der Bestand gemeldeter Arbeitsstellen hat im Jahresdurchschnitt 2017 weiter deutlich zugelegt. Auch das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot, das zusätzlich die Stellen erfasst, die nicht den Arbeitsagenturen gemeldet sind, hat den letzten verfügbaren Vorjahreswert überschritten.

2.1 Gemeldete Arbeitsstellen

Im Jahr 2017 waren im Jahresdurchschnitt 731.000 Arbeitsstellen gemeldet, 75.000 oder 12 Prozent mehr als vor einem Jahr. Von den gemeldeten Arbeitsstellen entfielen jahresdurchschnittlich 93 Prozent auf Stellen, die sofort zu besetzen waren.

Abbildung 29 - Gemeldete Arbeitsstellen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Der Stellenbestand schlägt sich relativ schnell um. So wurden im Jahresverlauf 2.397.000 Stellen an- und 2.289.000 Angebote abgemeldet. Die Dynamik war 2017 größer als vor einem Jahr; so gingen im Vergleich zum Vorjahr 4 Prozent mehr Stellen ein und 2 Prozent mehr Stellen ab.

Der hohe Bestand und die Dynamik von Arbeitsstellen sind nicht gleichzusetzen mit einem Mangel an Arbeitskräften oder Fachkräften. Denn der Bestand an unbesetzten Stellen ist zunächst nur eine Momentaufnahme der laufenden Entstehung und Besetzung offener Stellen und signalisiert für sich allein noch keinen Mangel oder Engpass. Ein Engpass zeigt sich erst dann, wenn die Suche deutlich länger dauert als üblich oder mangels Erfolgsaussichten ganz aufgegeben wird. Als statistische Messgröße

kann hierfür die Vakanzzeit herangezogen werden; sie wird gemessen vom gewünschten Besetzungstermin bis zum Abgang der Stelle und erfasst damit etwa die Zeitspanne, in der ein Arbeitsplatz auch tatsächlich zu besetzen war. Die 2017 abgemeldeten Arbeitsstellen hatten eine durchschnittliche Vakanzzeit von 99 Tagen, das waren 6 Tage mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil der abgemeldeten Stellen, die länger als drei Monate vakant waren, hat sich leicht von 36 auf 37 Prozent erhöht. Dass die Besetzungsprozesse schwieriger geworden sind, zeigt sich auch daran, dass die Relation von Arbeitslosen zu gemeldeten Stellen von 4,1 auf 3,5 abgenommen hat.

Die Entwicklung der Vakanzzeit und die Relation von jahresdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit zu gemeldetem und gesamtwirtschaftlichem Stellenangebot im Jahr 2017 erlauben es nach wie vor nicht, von einem flächendeckenden Kräfte- oder Fachkräftemangel zu sprechen. Gleichwohl zeigen sich eine allgemeine Anspannung und Engpässe in einzelnen technischen Berufsfeldern, bei Bauberufen sowie in Gesundheits- und Pflegeberufen.[52]

2.2 Gesamtwirtschaftliches Stellenangebot[53]

Einen umfassenden Überblick über die nicht realisierte Arbeitskräftenachfrage geben repräsentative Betriebsbefragungen des IAB zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot, die vierteljährlich durchgeführt werden. In diesen Erhebungen werden auch jene Stellen erfasst, die den Arbeitsagenturen nicht gemeldet wurden.

Angaben dazu liegen bis zum dritten Quartal 2017 vor. In diesem Quartal lag das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot bei 1.098.000 Stellen. Von diesen Stellen waren 837.000 oder 76 Prozent sofort zu besetzen. Im Vergleich zum Vorjahresquartal hat sich das Stellenangebot um 174.000 oder 19 Prozent erhöht. Von den Stellen waren nach den Ergebnissen der Betriebsbefragung 53 Prozent den Arbeitsagenturen gemeldet, nach 58 Prozent vor einem Jahr.

3. Arbeitskräfteangebot

Das Angebot an Arbeitskräften in Deutschland hat nach vorläufigen Einschätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2017 weiter zugenommen.[54] Auf das Arbeitskräfteangebot wirken drei Einflussfaktoren: Demografie, Erwerbsverhalten und Wanderung. Aufgrund der demografischen Entwicklung wäre das Erwerbspersonenpotenzial isoliert um 300.000 zurückgegangen, weil die erwerbsfähige Bevölkerung älter wird und mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben ausscheiden als junge nachrücken. Diesem demografisch bedingten Rückgang des Arbeitskräfteangebots wirken aber zum einen die zunehmende Erwerbsneigung von Frauen und Älteren (Verhaltenseffekt) und zum anderen mehr Zuwanderung – insbesondere aus Süd- und Osteuropa und von Asylsuchenden – entgegen (Wanderungseffekt). Der Verhaltenseffekt wird auf +470.000 und der Wanderungseffekt auf +400.000 geschätzt. Dabei erklärt sich der hohe Verhaltenseffekt auch damit, dass Flüchtlinge, die in früheren Jahren in Deutschland eingereist sind, nun in den Arbeitsmarkt eintreten. In der Summe dieser Einflüsse hat sich das Erwerbspersonenpotenzial 2017 gegenüber dem Vorjahr um 570.000 auf 47,05 Mio erhöht.

4. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung haben 2017 jahresdurchschnittlich weiter abgenom-

[52] Ergebnisse der Fachkräfteengpassanalyse vom Juni 2017; die nächste Analyse erscheint Mitte Januar 2018. Informationen zur Fachkräfte-Engpass-Situation in Deutschland sind zu finden unter: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Arbeitsmarktberichte/Fachkraeftebedarf-Stellen/Fachkraeftebedarf-Stellen-Nav.html

[53] Die Ergebnisse stehen im Internet unter: http://www.iab.de/de/befragungen/stellenangebot/aktuelle-ergebnisse.aspx

[54] Vgl. IAB-Kurzbericht 21/2017 vom September 2017.

men. Das Risiko, aus Beschäftigung arbeitslos zu werden, ist auf niedrigem Niveau weiter gesunken. Die Chance, durch eine Beschäftigungsaufnahme die Arbeitslosigkeit zu beenden, hat sich erhöht (vgl. 4.4).

4.1 Entwicklung im Bund und in den Ländern

Im Jahresdurchschnitt 2017 waren in Deutschland 2.533.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 158.000 oder 6 Prozent weniger als vor einem Jahr. Weil insbesondere für geflüchtete Menschen mehr entlastende Arbeitsmarktpolitik eingesetzt wurde, ist die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit), die solche Effekte berücksichtigt, weniger gesunken als die Arbeitslosigkeit; im Jahresdurchschnitt 2017 hat sie sich um 60.000 oder 2 Prozent auf 3.517.000 verringert. Für Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung werden die niedrigsten Stände seit der Wiedervereinigung ausgewiesen.

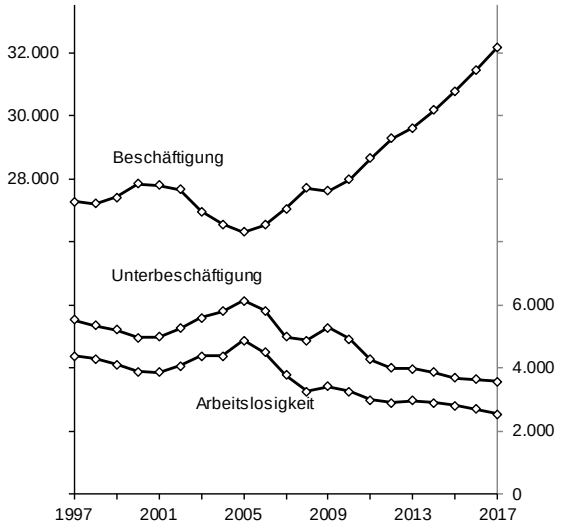
Die Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung war auch 2017 in spürbarem Ausmaß von den Auswirkungen der Fluchtmigration beeinflusst. So hat für Staatsangehörige aus den acht zugangsstärksten nichteuropäischen Asylherkunftsländern die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit um 43.000 oder 29 Prozent auf 192.000 und die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) um 145.000 oder 52 Prozent auf 426.000 zugenommen. Rechnet man für analytische Zwecke die Personen aus den Asylherkunftsländern heraus, hat sich die Arbeitslosigkeit um 201.000 oder 8 Prozent und die Unterbeschäftigung um 205.000 oder 6 Prozent verringert.

Der Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit war in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland. Die Arbeitslosenzahl hat sich dort um 10 Prozent oder 74.000 auf 639.000 verringert. In Westdeutschland ist die Arbeitslosigkeit um 4 Prozent oder 84.000 auf 1.894.000 gesunken. Die Unterschiede erklären sich damit, dass das Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland ab- und in Westdeutschland zugenommen hat.

Im Jahresdurchschnitt ist die Arbeitslosigkeit in allen Ländern gesunken. Die stärksten Rückgänge verzeichneten Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils -12 Prozent). Die geringsten Abnahmen gab es in Hamburg und Bremen (-2 Prozent).

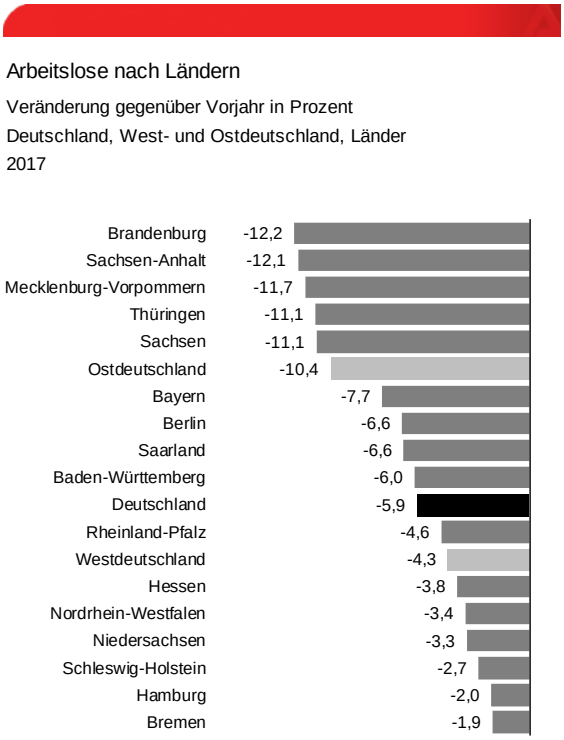
Abbildung 30 - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung[1)],
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
in Tausend
Deutschland
1997 bis 2017



[1)] Jeweils Ende Juni.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 31 - Arbeitslose nach Ländern



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

4.2 Entwicklung nach Rechtskreisen

Von den 2.533.000 Arbeitslosen wurden jahresdurchschnittlich 855.000 oder 34 Prozent im Rechtskreis SGB III von einer Agentur für Arbeit und 1.677.000 oder 66 Prozent im Rechtskreis SGB II von einem Jobcenter betreut.

Der Vergleich der Arbeitslosen nach Rechtskreisen mit den Vorjahreswerten ist aufgrund des 9. Änderungsgesetzes SGB II vorübergehend nicht sinnvoll. Seit dem 1. Januar 2017 werden die sogenannten „Aufstocker“, also Personen, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld auch Arbeitslosengeld II beziehen, vermittlerisch durch die Arbeitsagenturen im Rechtskreis SGB III betreut. Bis zum 31. Dezember 2016 waren für diesen Personenkreis die Jobcenter im Rechtskreis SGB II zuständig. Ab Januar 2017 werden Aufstocker deshalb auch statistisch nicht mehr im Rechtskreis SGB II, sondern im Rechtskreis SGB III erfasst. Durch diese Umstellung fällt die Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III schätzungsweise um 60.000 Arbeitslose höher und im Rechtskreis SGB II um 60.000 niedriger aus.

4.3 Entwicklung nach Personengruppen

Der markanteste Unterschied zeigt sich in der Entwicklung bei Ausländern und Deutschen. So ist die Arbeitslosigkeit von Ausländern im Jahresdurchschnitt um 4 Prozent oder 26.000 auf 655.000 gestiegen, während die der Deutschen um 9 Prozent oder 185.000 auf 1.871.000 abgenommen hat. Der Anstieg bei den Ausländern erklärt sich fast allein mit der Zuwanderung von geflüchteten Menschen. So hat die Arbeitslosigkeit von Personen aus den wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern jahresdurchschnittlich um 43.000 oder 29 Prozent auf 192.000 zugenommen. Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen wird aufgrund der fehlenden Sprachkenntnisse und formalen Qualifikationen mehrere Jahre in Anspruch nehmen.[55]

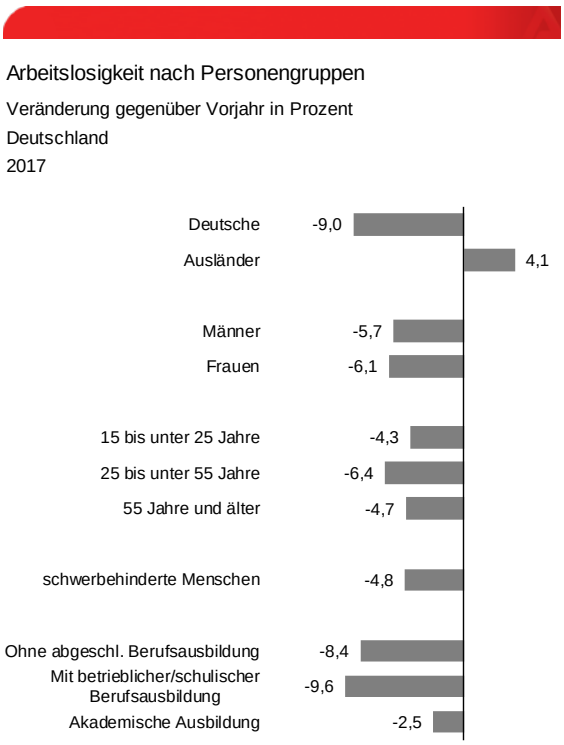
Aus strukturellen Gründen sind Ausländer wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche. Ihre Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) war im Jahresdurchschnitt mit 14,6 Prozent beinahe dreimal so hoch wie die der Deutschen mit 4,7 Prozent. Beide Quoten haben im Vergleich zum Vorjahr abgenommen, die der Deutschen um 0,5 Prozentpunkte und die der Ausländer um 0,7 Prozentpunkte. Der Rückgang der Arbeitslosenquote bei den Ausländern erklärt sich damit, dass die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften noch stärker gestiegen ist als ihre Arbeitslosigkeit.

In der Differenzierung nach Frauen und Männern fiel der jahresdurchschnittliche Rückgang

[55] Zu den Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt vergleiche die Informationen der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Internet unter folgendem Link: https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Migration/Migration-Nav.html

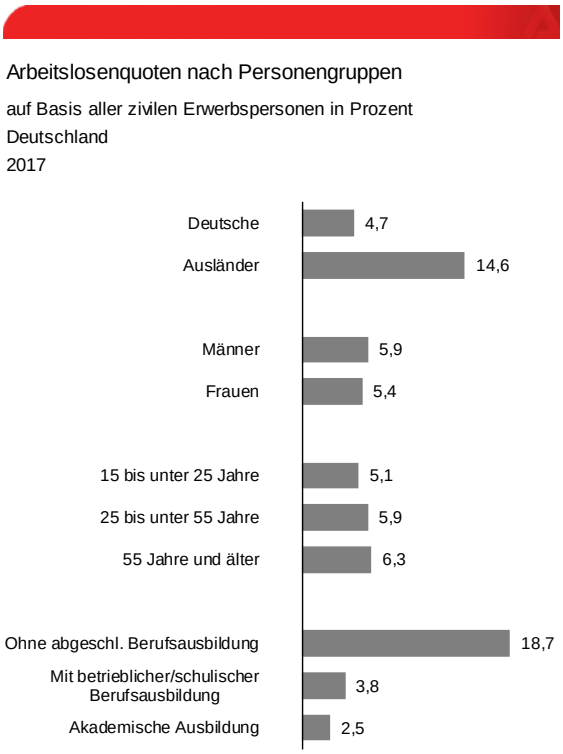
der Arbeitslosigkeit identisch aus. Die Arbeitslosigkeit der Frauen hat sich im Jahresdurchschnitt um 6 Prozent auf 1.135.000 und die der Männer um ebenfalls 6 Prozent auf 1.398.000 verringert. Der Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen blieb unverändert bei 45 Prozent. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) der Frauen ist um 0,4 Prozentpunkte auf 5,4 Prozent und die der Männer um 0,5 Prozentpunkte auf 5,9 Prozent gesunken. Die Quote der Frauen liegt damit weiterhin unter der der Männer.

Abbildung 32 - Arbeitslosigkeit nach Personengruppen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 33 - Arbeitslosenquoten nach Personengruppen



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

In allen Altersgruppen gab es im Vorjahresvergleich weniger Arbeitslose. Bei den Jüngeren bis 25 Jahren hat die Arbeitslosenzahl jahresdurchschnittlich um 4 Prozent auf 231.000 und ihre Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent abgenommen. In der mittleren Altersgruppe von 25 bis unter 55 Jahren ist die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit um 6 Prozent auf 1.773.000 und die Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf 5,9 Prozent gesunken. Rückläufig war auch die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe 55 Jahre und älter, die um 5 Prozent auf 529.000 abnahm. Weil gleichzeitig die Erwerbsbeteiligung von Älteren gestiegen ist, hat sich die Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe am stärksten verringert, nämlich um 0,5 Prozentpunkte auf 6,3 Prozent.

Die jahresdurchschnittliche Zahl der schwerbehinderten arbeitslosen Menschen hat 2017 um

5 Prozent auf 162.000 abgenommen. Der Anteil der schwerbehinderten Menschen an allen Arbeitslosen blieb unverändert bei 6 Prozent. Bei der Interpretation der Entwicklung muss berücksichtigt werden, dass die Zahl der schwerbehinderten Menschen wegen der Alterung der Erwerbsbevölkerung zunimmt.

Die Arbeitslosigkeit nach Qualifikationsgruppen entwickelte sich unterschiedlich.[56] Etwa gleich große Rückgänge gab es bei Arbeitslosen mit einer betrieblichen oder schulischen Ausbildung, deren Arbeitslosenzahl sich um 7 Prozent auf 1.095.000 verringert hat, und den Arbeitslosen ohne Berufsabschluss, deren Zahl um 6 Prozent auf 1.232.000 gesunken ist. Die Zahl der Arbeitslosen mit einem akademischen Abschluss blieb dagegen nahezu unverändert bei 206.000. Die schwächere Entwicklung hängt mit mehr ausländischen arbeitslosen Akademikern zusammen. Von allen Arbeitslosen konnten 43 Prozent eine betriebliche oder schulische und 8 Prozent eine akademische Ausbildung vorweisen. Ohne abgeschlossene Berufsausbildung waren 49 Prozent der Arbeitslosen.

Je geringer die Qualifikation, desto höher ist das Risiko, arbeitslos zu sein. So war die Arbeitslosenquote von Personen ohne Berufsabschluss im Jahr 2017 mit 18,7 Prozent etwa fünfmal so hoch wie für Personen mit einer betrieblichen bzw. schulischen Berufsausbildung, deren Quote bei 3,8 Prozent lag. Die niedrigste Arbeitslosenquote weisen Akademiker auf, von denen nur 2,5 Prozent arbeitslos waren. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Arbeitslosenquote für Ungelernte um 1,3 Prozentpunkte gesunken. Für Personen mit betrieblicher bzw. schulischer Berufsausbildung hat sich die Quote um 0,3 Punkte und für Akademiker um 0,1 Punkte verringert.[57] Die Unterschiede zwischen den Qualifikationsgruppen haben sich damit etwas verringert.

4.4 Arbeitslosigkeit – Zu- und Abgänge sowie Dauern

Arbeitslosigkeit ist kein fester Block, vielmehr gibt es viel Bewegung. So meldeten sich im Jahresverlauf 7.554.000 Menschen bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter arbeitslos, während gleichzeitig 7.737.000 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Zugänge um 150.000 oder 2 Prozent und die Abgänge um 80.000 oder 1 Prozent verringert.

Ausschlaggebend dafür war, dass die Übergänge zwischen Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im Jahr 2017 in absoluten Zahlen geringer als vor einem Jahr waren. So meldeten sich im Jahresverlauf 2.434.000 Personen aus abhängiger Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt (ohne Auszubildende) arbeitslos, das waren 80.000 oder 3 Prozent weniger als vor einem Jahr.

Gleichzeitig konnten 2.091.000 Personen ihre Arbeitslosigkeit durch Aufnahme einer Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt beenden[58], 36.000 oder 2 Prozent weniger als vor einem Jahr. Außerdem gab es 125.000 Abmeldungen in Selbständigkeit, 7.000 oder 6 Prozent weniger als vor einem Jahr. Ihnen standen 102.000 Arbeitslosmeldungen von zuvor Selbständigen gegenüber, 8.000 oder 8 Prozent weniger.

56 Die Angaben zur abgeschlossenen Berufsausbildung von Arbeitslosen sind nicht vollständig, weil nicht zu allen Arbeitslosen der Berufsabschluss erfasst wurde. Die Angabenausfälle variieren zudem im Zeitverlauf. Um sinnvolle Zeitreihenvergleiche zu ermöglichen, wurden die Datenausfälle durch ein Schätzverfahren ausgeglichen. Die Angaben im Text können deshalb von Angaben in Tabellen abweichen, in denen keine Schätzung vorgenommen wurde.

57; Das Statistikheft zu den aktuellen qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten in regionaler Differenzierung wird an 20. Januar 2018 veröffentlicht.

58 Die Zahl der Beschäftigungsaufnahmen fällt niedriger aus als die Zahl der Zugänge aus Beschäftigung in Arbeitslosigkeit. Ein Grund liegt darin, dass zahlreiche Beschäftigungsaufnahmen in den Abgängen nicht enthalten sind, weil sie nicht direkt, sondern nach einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme oder nach einer anderen Abmeldung, zum Beispiel wegen kurzfristiger Arbeitsunfähigkeit oder fehlender Verfügbarkeit/Mitwirkung, zeitverzögert zum Abgang erfolgen.

Der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung kann mit Indikatoren zum Zugangsrisiko und zu den Abgangschancen beschrieben werden.[59] Danach ist das durchschnittliche Risiko, aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung arbeitslos zu werden, sehr niedrig und weiter rückläufig. Im gleitenden Jahreszeitraum Dezember 2016 bis November 2017 – jüngere Daten liegen nicht vor – meldeten sich monatsdurchschnittlich 0,69 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitslos. Im Kalenderjahr 2016 hatte das Risiko 0,72 Prozent und 2011 noch 0,88 Prozent betragen. Die Chancen, durch Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung am Arbeitsmarkt die Arbeitslosigkeit zu beenden, waren größer als im Vorjahr. 2017 belief sich die Abgangsrate in Beschäftigung (einschließlich Auszubildender) auf 7,06 Prozent, im Vergleich zu 6,77 Prozent 2016 und 7,20 Prozent 2011.

Im Rechtskreis SGB III sind die Bewegungen deutlich größer als im Rechtskreis SGB II. Insbesondere die Abgangsrate in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt (einschließlich Auszubildender) war 2017 mit 14,84 Prozent erheblich größer als im Rechtskreis SGB II mit 3,13 Prozent. Während sich im Rechtskreis SGB III die Chancen, durch Arbeitsaufnahme die Arbeitslosigkeit zu beenden, erhöht haben, sind sie im Rechtskreis SGB II gesunken – auch deshalb, weil die arbeitsmarktnäheren Aufstocker, also Personen, die sowohl Arbeitslosengeld als auch Arbeitslosengeld II beziehen, nicht mehr im Rechtskreis SGB II geführt werden.

Zu- und Abgänge waren auch von dem größeren Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen insbesondere für geflüchtete Menschen beeinflusst. So mündeten 2.035.000 Arbeitslose in eine geförderte Maßnahme ein, das waren 41.000 oder 2 Prozent mehr als vor einem Jahr. Gleichzeitig meldeten sich 1.802.000 Personen nach Abschluss einer Maßnahme wieder arbeitslos, 169.000 oder 10 Prozent mehr.

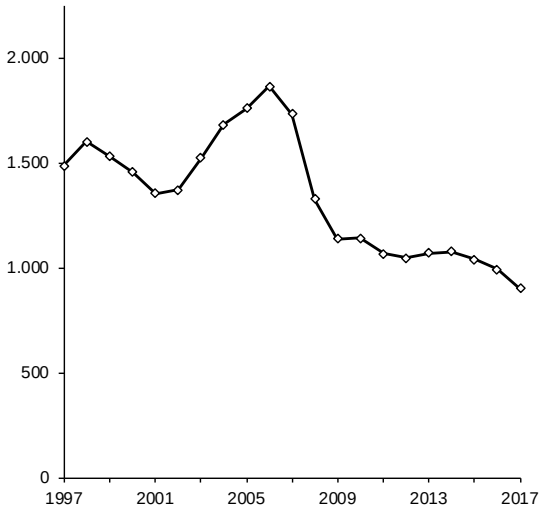
Die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit hat sich 2017 etwas verringert. Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf beendeten, waren durchschnittlich 262 Tage arbeitslos, im Vergleich zu 268 Tagen 2016. Im Rechtskreis SGB III sind die abgeschlossenen Arbeitslosigkeitsdauern deutlich kürzer als im Rechtskreis SGB II. Personen, die 2017 ihre Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III beendeten, brauchten dazu durchschnittlich 118 Tage. Dagegen waren Personen, die ihre Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II beendeten, durchschnittlich 397 Tage arbeitslos. Im Rechtskreis SGB III ist die Dauer um 4 Tage gesunken, während sie im Rechtskreis SGB II um 8 Tage zunahm.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat jahresdurchschnittlich weiter abgenommen. Langzeitarbeitslose sind Personen, die zum jeweiligen Stichtag länger als 12 Monate arbeitslos waren (bisherige Dauer im Unterschied zur abgeschlossenen Dauer). Im Jahresdurchschnitt 2017 gab es 901.000 Langzeitarbeitslose, das waren 92.000 oder 9 Prozent weniger als vor einem Jahr. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 36,9 Prozent auf 35,6 Prozent verringert.

[59] Das Zugangsrisiko bezieht den Zugang aus Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt einschl. (außer-)betrieblicher Ausbildung eines Monats auf den Bestand an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung des Vormonats. Die Abgangschance bezieht den Abgang eines Monats in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt einschl. (außer-)betrieblicher Ausbildung auf den Bestand an Arbeitslosen aus dem Vormonat.

Abbildung 34 - Langzeitarbeitslose

Langzeitarbeitslose[1)]
in Tausend
Deutschland
1997 bis 2017



[1)] 1997, 2005 und 2006 Schätzung

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

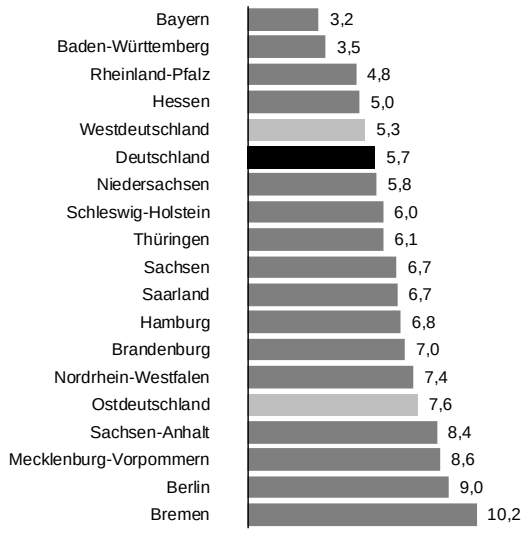
Langzeitarbeitslose werden weit überwiegend im Rechtskreis SGB II betreut, aber nicht alle Arbeitslosen in diesem Rechtskreis sind länger als ein Jahr arbeitslos. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen belief sich dort 2017 jahresdurchschnittlich auf 48,2 Prozent, im Vergleich zu 48,0 Prozent vor einem Jahr. Gleichzeitig gab es auch im Rechtskreis SGB III Langzeitarbeitslose, ihr Anteil war allerdings mit 10,8 Prozent beträchtlich kleiner als im Rechtskreis SGB II; im Vorjahr hatte der Anteil 11,8 Prozent betragen. Langzeitarbeitslose im Rechtskreis SGB III sind zum größeren Teil Nicht-Leistungsempfänger, die entweder nie einen Anspruch hatten (z.B. schulische Berufseinsteiger) oder die nach Auslaufen des Arbeitslosengeld-Anspruchs wegen mangelnder Bedürftigkeit kein Arbeitslosengeld II erhalten. Außerdem sind hier ältere Arbeitslosengeld-Empfänger enthalten, die Leistungsansprüche von mehr als 12 Monaten haben.

4.5 Arbeitslosenquoten

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote, auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen, belief sich 2017 auf 5,7 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr nahm sie um 0,4 Prozentpunkte ab. In Ostdeutschland war die Quote mit 7,6 Prozent deutlich größer als im Westen mit 5,3 Prozent. Der Abstand zwischen den Quoten hat sich aber in den letzten Jahren deutlich verkleinert. Auf der Ebene der Bundesländer reicht die Spanne in Westdeutschland von 3,2 Prozent in Bayern bis zu 10,2 Prozent in Bremen und in Ostdeutschland von 6,1 Prozent in Thüringen bis zu 9,0 Prozent in Berlin. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Quote in Ostdeutschland um 0,9 Prozentpunkte und in Westdeutschland um 0,3 Prozentpunkte verringert.

Abbildung 35 - Arbeitslosenquoten nach Ländern

Arbeitslosenquoten nach Ländern
auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen in Prozent
Deutschland, West- und Ostdeutschland, Länder
2017



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

4.6 Unterbeschäftigung

In der Unterbeschäftigungsrechnung nach dem Konzept der BA sind neben den Arbeitslosen die

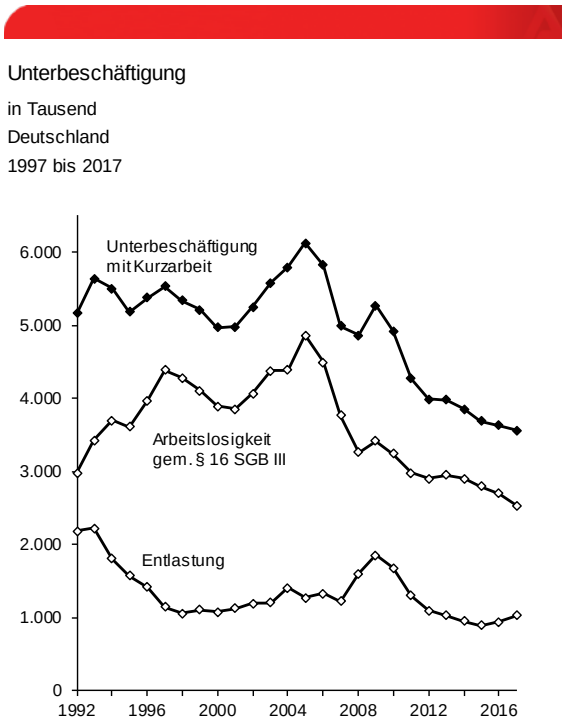
Personen enthalten, die an entlastenden Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder zeitweise arbeitsunfähig erkrankt sind und deshalb nicht als arbeitslos gezählt werden. Damit wird ein umfassenderes Bild über die Zahl derjenigen Menschen gezeichnet, die ihren Wunsch nach einer Beschäftigung nicht realisieren können. Realwirtschaftlich (insbesondere konjunkturell) bedingte Einflüsse können besser erkannt werden, weil der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik zwar die Arbeitslosigkeit, nicht aber die Unterbeschäftigung verändert (zur Unterbeschäftigungs- und Entlastungsrechnung vergleiche die Methodischen Hinweise in Kapitel V).

Im Jahresdurchschnitt 2017 belief sich die Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit) auf 3.517.000. Gegenüber dem Vorjahr hat sie sich um 60.000 oder 2 Prozent verringert. Rechnet man für analytische Zwecke die Personen aus den acht zugangsstärksten Asylherkunftsländern heraus, ist die Unterbeschäftigung deutlich stärker zurückgegangen, nämlich um 205.000 oder 6 Prozent.

Dass die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt stärker abgenommen hat als die Unterbeschäftigung, erklärt sich mit der zunehmenden Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Instrumente (ohne Kurzarbeit) insbesondere für geflüchtete Menschen. Einen kräftigen Zuwachs verzeichneten vor allem Maßnahmen der sogenannten Fremdförderung (+93.000), in der die Teilnahme an Integrationskursen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erfasst wird.

In den oben genannten Zahlen zur Unterbeschäftigung ist die Entlastung durch Kurzarbeit nicht enthalten, weil Angaben hierzu nur bis Oktober vorliegen. Nach einer ersten Schätzung dürfte sich die Entlastung durch Kurzarbeit jahresdurchschnittlich auf ein Beschäftigtenäquivalent von rund 44.000 belaufen. Einschließlich dieses Beschäftigtenäquivalents sinkt die Unterbeschäftigung dann jahresdurchschnittlich um 64.000 oder 2 Prozent auf 3.561.000. Im langfristigen Vergleich ist das der niedrigste Wert für die Unterbeschäftigung seit der Wiedervereinigung.

Abbildung 36 - Unterbeschäftigung



Vorläufige hochgerechnete Werte für 2017.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

II. Jahresrückblick 2017 - Soziale Sicherung

Im Jahresdurchschnitt 2017 ist die Zahl der erwerbsfähigen Menschen, die Lohnersatzleistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld) oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Arbeitslosengeld II) bezogen haben, auf 5.027.000 gestiegen. Dabei haben rund 745.000 Menschen Arbeitslosengeld erhalten und 4.365.000 waren Arbeitslosengeld II berechtigt.Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger auch aufgrund der guten Lage am Arbeitsmarkt abgenommen. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten hat dagegen – vor allem aufgrund mehr leistungsberechtigter Schutzsuchender – zugenommen.

1. Überblick

Arbeitslosengeld-Empfänger werden als einzelne Personen mit Ansprüchen an die Arbeitslosenversicherung erfasst. Personen, die mit Arbeitslosengeld-Empfängern zusammen leben, also z.B. Partner oder Kinder, und keinen eigenen Anspruch haben, werden nicht erhoben.

Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten hingegen Personen, die hilfebedürftig sowie erwerbsfähig sind und das 15. Lebensjahr vollendet aber die Regelaltersgrenze noch nicht erreicht haben. Als hilfebedürftig gilt, wer zusammen mit den im Haushalt lebenden Personen den gemeinsamen Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten kann. In der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden daher alle in einer Bedarfsgemeinschaft gemeinsam lebenden Personen als Leistungsempfänger erfasst. Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende setzen sich zusammen aus dem Arbeitslosgengeld II für erwerbsfähige Leistungsberechtigte und dem Sozialgeld, das die mit einem Erwerbsfähigen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten (zumeist Kinder unter 15 Jahren) erhalten. Diese Unterschiede zwischen einem System mit individuellen Leistungsanspruch und einem System, das den Haushaltskontext als Ganzen betrachtet, müssen bei einem Vergleich berücksichtigt werden.

Nach vorläufiger Hochrechnung[60] haben im Jahr 2017 5.027.000 erwerbsfähige Menschen Lohnersatzleistungen nach dem SGB III oder Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II erhalten. Das waren knapp 13.000 weniger als im Durchschnitt des Vorjahres.

Auswertungen zu Leistungsbezug und Arbeitslosigkeit können erst nach einer Wartezeit vorgenommen werden. Es liegen damit Daten bis einschließlich August 2017 vor. Im 12-Monatsdurchschnitt von September 2016 bis August 2017 war die fast Hälfte (2.288.000) der 5.050.000 Leistungsempfänger auch arbeitslos gemeldet. 2.762.000 Menschen haben in diesem Zwölfmonatszeitraum Leistungen bezogen, ohne arbeitslos zu sein. Die Gründe dafür können sein: vorübergehende Arbeitsunfähigkeit aufgrund einer Erkrankung, die Teilnahme an Maßnahmen der Arbeitsförderung, die Inanspruchnahme von Sonderregelungen für Ältere (§ 53a SGB II), die Ausübung einer Erwerbstätigkeit von mehr als 15 Wochenstunden oder eine zulässige Einschränkung der Verfügbarkeit insbesondere wegen § 10 SGB II (z. B. Kindererziehung und Schulbesuch).

Von den Leistungsempfängern haben im Durchschnitt der zwölf Monate September 2016 bis August 2017 knapp 77.000 Leistungsberechtigte

[60] Eckwerte zu den Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld II-Empfängern werden am aktuellen Rand hochgerechnet, Strukturdaten liegen für Arbeitslosengeld-Empfänger nach zwei und für die Grundsicherungsstatistik nach drei bzw. vier Monaten vor. Siehe auch Kapitel V. Wichtige statistische Hinweise.

ergänzend zum Arbeitslosengeld auch Arbeitslosengeld II erhalten (so genannte Aufstocker).

Außer den Leistungsempfängern gab es 299.000 Arbeitslose, die keine Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung oder der Grundsicherung bezogen haben.

2. Arbeitslosenversicherung

2017 haben jahresdurchschnittlich knapp 745.000 Personen Arbeitslosengeld nach dem SGB III (ohne Arbeitslosengeld für Weiterbildung) erhalten, das waren 42.000 weniger als vor einem Jahr (-5 Prozent).

Von den Arbeitslosengeldempfängern waren 2017 641.000 (86 Prozent) arbeitslos. Etwa 104.000 Arbeitslosengeldempfänger wurden nicht als arbeitslos geführt, z.B. weil für sie Sonderregelungen für Ältere galten, sie arbeitsunfähig erkrankt waren oder an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung teilgenommen haben.

Abbildung 37 - Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug

Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug[1)]

Angaben in Tausend
Deutschland
2017

	2017	2016	Veränderung zum Vorjahreszeitraum absolut	in %
Leistungsempfänger[2)]	5.027	5.015	13	0,2
davon:				
Arbeitslosengeld	745	787	-42	-5,3
Arbeitslosengeld II[3)]	4.365	4.312	53	1,2

1) Daten für 2017 hochgerechnet.
2) Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II abzüglich Personen mit gleichzeitigem Bezug beider Leistungen.
3) erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)

3. Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) belief sich im Jahresdurchschnitt 2017 nach vorläufiger Hochrechnung auf 4.365.000. Nach den Rückgängen in den vergangenen Jahren ist 2017 damit die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten wieder leicht gestiegen. Dabei geht der Anstieg hauptsächlich auf Staatsangehörige der häufigsten Herkunftsländer von Schutzsuchenden zurück.

Gegenüber 2016 ist die Zahl um gut 53.000 oder 1 Prozent gestiegen.

Trotz des Anstiegs im abgelaufenen Jahr ist die Zahl im Vergleich zu 2006 - dem Jahr, mit der bisher höchsten Zahl an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten – um rund 1 Million gesunken.

3.1 Gründe für die Nicht-Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Leistungsberechtigter

Informationen zum Arbeitslosenstatus und zu weiteren Strukturmerkmalen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten stehen erst zeitverzögert zur Verfügung.[61] Im Durchschnitt der zwölf Monate von September 2016 bis August 2017 waren 39 Prozent (1.701.000) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten arbeitslos. 61 Prozent (2.671.000) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erhielten Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende, ohne arbeitslos zu sein.

Am häufigsten waren im Berichtszeitraum eine ungeförderte Erwerbstätigkeit von mindestens 15 Wochenstunden (660.000) und die Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (594.000) die Gründe weshalb die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht arbeitslos waren.

61 Eine nennenswerte Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II bezieht keine Leistungen aus der Grundsicherung. Daher ist die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II größer als die Zahl der arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (um 4 Prozent). Grund dafür sind zeitverzögert erfasste Rechtskreiswechsel und kurzzeitige Leistungsunterbrechungen. Siehe hierzu auch den Methodenbericht „Zur Messung der Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II“, https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodenberichte/Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII/Methodenberichte-Grundsicherung-Arbeitsuchende-SGBII-Nav.html

3.2 Erwerbstätige Leistungsberechtigte

Im Durchschnitt der zwölf Monate September 2016 bis August 2017 waren 27 Prozent (1.165.000) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erwerbstätig. Die Anzahl aber auch der Anteil erwerbstätiger Leistungsbezieher hat sich damit im Vergleich zum Vorjahr verringert. 25 Prozent (1.077.000) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten haben eine abhängige Beschäftigung ausgeübt, 2 Prozent (97.000) sind ausschließlich oder zusätzlich einer selbständigen Tätigkeit nachgegangen.

Abbildung 38 - Bedarfsgemeinschaften und hilfebedürftige Personen

Bedarfsgemeinschaften und Regelleistungsberechtigte [1)]

Angaben in Tausend
Deutschland
2017

	2017	2016	Veränderung Vorjahreszeitraum absolut	Veränderung Vorjahreszeitraum in %
Bedarfsgemeinschaften	3.265	3.267	-3	-0,1
Regelleistungsberechtigte	6.067	5.925	142	2,4
davon:				
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	4.365	4.312	53	1,2
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.702	1.613	88	5,5
SGB II-Quote[2)]	9,4	9,2	0,2	x
ELB-Quote[3)]	8,0	7,9	0,1	x

1) Daten für 2017 hochgerechnet.
2) Leistungsberechtigte bezogen auf die Bevölkerung bis zur Regelaltersgrenze.
3) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) bezogen auf die Bevölkerung von 15 bis zur Regelaltersgrenze.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3.3 Bedarfsgemeinschaften und leistungsberechtige Personen

Im Jahr 2017 lebten in 3.265.000 Bedarfsgemeinschaften 6.067.000 Regelleistungsberechtigte. Knapp drei Viertel von ihnen waren erwerbsfähig (4.365.000) und 1.702.000 zählten als nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte sind vor allem Kinder unter 15 Jahren, ihr Anteil an dieser Gruppe belief sich zuletzt auf 97 Prozent.

Im Vergleich zum Durchschnittswert des Vorjahres hat die Zahl der regelleistungsberechtigten Personen deutlich zugenommen (+142.000; +2 Prozent). Der Anstieg ist hauptsächlich mit der hohen Zahl an neuen Hilfebedürftigen aus den Fluchtländern begründet.

2017 hat jeder zehnte Haushalt in Deutschland Leistungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen. Die Hilfequote der Bedarfsgemeinschaften liegt damit auf dem Niveau des Vorjahrs.

3.4 Höhe der Geldleistungen

Im Durchschnitt der zwölf Monate September 2016 bis August 2017 erhielt eine durchschnittliche Bedarfsgemeinschaft mit 1,9 Personen 931 Euro an Geldleistungen aus der Grundsicherung. In diesem Betrag sind alle Leistungen der Grundsicherung zum Lebensunterhalt enthalten.

Rechnet man die Sozialversicherungsbeiträge bzw. -zuschüsse und einmalige Leistungen heraus, erhielt eine Bedarfsgemeinschaft im Durchschnitt 773 Euro Gesamtregelleistung ausgezahlt. Die Gesamtgeldleistungen variieren deutlich nach Haushaltsform. Sie reichen von durchschnittlich 751 Euro für Alleinstehende bis zu 1.450 Euro für Paare mit einem oder mehreren Kindern.

Aber auch bei gleicher Größe und Typ der Bedarfsgemeinschaft gibt es Unterschiede. So variiert etwa das Mietniveau, außerdem liegen nicht bei allen Bedarfsgemeinschaften die Voraussetzungen zur Gewährung der Mehrbedarfe z.B. bei Alleinerziehung, Schwangerschaft oder Behinderung vor. Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass eigenes Einkommen den Bedarf in unterschiedlich großem Umfang verringert. Im Berichtszeitraum stand 58 Prozent (1.885.000) der Regel-Bedarfsgemeinschaften ein eigenes Einkommen zur Verfügung, darunter bei 36 Prozent aus Kindergeldzahlungen und bei

33 Prozent aus Erwerbstätigkeit. 9 Prozent hatten ein Einkommen aus Unterhalt und 7 Prozent andere erhielten Sozialleistungen (u.a. Arbeitslosengeld).

III. Jahresrückblick 2017 - Ausbildungsmarkt

Stabile Gesamtsituation bei zunehmenden Ungleichgewichten

Die Situation am Ausbildungsmarkt zeigte sich im Beratungsjahr 2016/17 stabil. Sowohl die Zahl der von Oktober 2016 bis September 2017 gemeldeten Ausbildungsstellen als auch die Bewerberzahl fielen ähnlich aus wie im Vorjahr. Bundesweit waren Ausbildungsstellen- und Bewerberzahl zwar rechnerisch nahezu ausgeglichen. Der Marktausgleich wurde aber wie in den Vorjahren durch teilweise erhebliche Ungleichgewichte erschwert, die je nach Region, Berufswunsch oder Qualifikation sehr unterschiedliche Chancen zur Folge haben konnten. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Verstärkung dieser Disparitäten auszumachen: So waren am 30. September 2017 mehr gemeldete Ausbildungsstellen noch unbesetzt als im vorangegangen September. Gleichzeitig lag auch die Zahl der unversorgten Bewerber über der des Vorjahres.

1. Gemeldete Berufsausbildungsstellen[62]

Von Oktober 2016 bis September 2017 wurden dem Arbeitgeberservice der Bundesagentur für Arbeit und den Jobcentern in gemeinsamen Einrichtungen insgesamt 549.800 Berufsausbildungsstellen gemeldet. Das waren ähnlich viele wie im Vorjahr (+2.800; +0,5 Prozent). Rund 521.900, also 95 Prozent aller gemeldeten Ausbildungsplatzangebote, waren betriebliche Berufsausbildungsstellen und nur 27.900 oder 5 Prozent waren außerbetriebliche Angebote. Die betrieblichen Ausbildungsstellen haben im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen (+4.100; +1 Prozent), während die Zahl der außerbetrieblichen Ausbildungsstellen abgenommen hat.[63]

Am deutlichsten fiel das Plus an gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen, prozentual betrachtet, in Brandenburg und Schleswig-Holstein aus. Einen merklichen Rückgang gab es dagegen in Sachsen-Anhalt und Bremen.

Berufsfachlich betrachtet wurden deutschlandweit die meisten Ausbildungsstellen gemeldet für angehende Kaufleute im Einzelhandel (32.500 Ausbildungsangebote), Kaufleute für Büromanagement (25.500) und Verkäuferinnen und Verkäufer (24.900). Es folgten Ausbildungsstellen für Industriekaufleute (14.900), Fachkräfte für Lagerlogistik (14.200), Zahnmedizinische Fachangestellte (13.700), Köchinnen und Köche (13.000), Medizinische Fachangestellte (12.600), Kaufleute im Groß- und Außenhandel (12.400) sowie für Industriemechanikerinnen und -mechaniker (12.300).

2. Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

Laut Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) wurden bis zum 30. September 2017 rund 523.300 Ausbildungsverträge neu geschlossen. 507.400 oder 97 Prozent der Ausbildungsverhältnisse waren betrieblich finanziert. Das waren 4.600 mehr als im Vorjahr (+1 Prozent). Die überwiegend öffentlich finanzierten Ausbildungsverhältnisse fielen mit 15.900 erneut etwas niedriger aus als im Jahr zuvor (-1.700; -10 Prozent). Insgesamt ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge erstmals seit 2010 wieder leicht gegenüber dem Vorjahr gestiegen (+3.000; +1 Prozent).

In zehn Ländern fiel die Zahl der neuen Ausbildungsverträge höher aus als im Vorjahr. Am kräftigsten war der Anstieg in Sachsen und Thüringen (+5 bzw. +3 Prozent. Weniger Ausbildungsverträge als im Vorjahr gab es vor allem

62 Die Angaben zu den gemeldeten Ausbildungsstellen enthalten keine Daten von Jobcentern in kommunaler Trägerschaft (JC zkT).

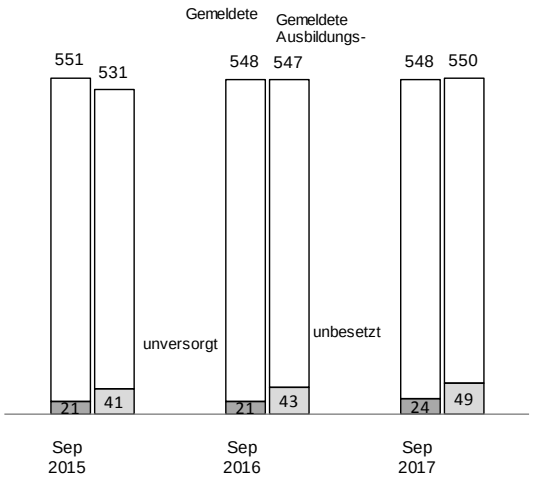
63 Die Vorjahresveränderungen sind bei den außerbetrieblichen Ausbildungsstellen aufgrund technischer Probleme verzerrt. Deshalb wird nur auf die Entwicklung der von Betrieben gemeldeten Ausbildungsstellen näher eingegangen.

im Saarland und in Sachsen-Anhalt (-6 bzw. -4 Prozent), aber zum Beispiel auch in Berlin und Bayern (-2 bzw. -1 Prozent).

Nach Zuständigkeitsbereichen betrachtet hat sich im Bereich von Industrie und Handel die Zahl der Ausbildungsverträge nicht verändert. Wie im Vorjahr wurden hier 304.300 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Im Handwerk war dagegen ein Plus von 2.000 auf 143.700 neue Ausbildungsverträge zu verzeichnen (+1 Prozent). Bei den Freien Berufen gab es mit 45.100 neuen Ausbildungsverträgen einen Zuwachs von 500 oder 1 Prozent. Der größte prozentuale Zuwachs war im Öffentlichen Dienst mit knapp 500 Verträgen auszumachen (+3 Prozent). Insgesamt wurden dort 14.300 Ausbildungsverträge abgeschlossen.

Abbildung 39 - Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen

Gemeldete Bewerber und gemeldete Berufsausbildungsstellen[1)]
in Tausend
Deutschland
2015 bis 2017 (jeweils September)



[1)] Bei Agenturen für Arbeit und gemeinsamen Einrichtungen gemeldete Berufsausbildungsstellen.
Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

3. Gemeldete Bewerber[64]

Die Zahl der gemeldeten Bewerber blieb trotz rückläufiger Schulabgängerzahlen stabil. Seit Beginn des Beratungsjahres am 1. Oktober 2016 haben insgesamt 547.800 Bewerber die Ausbildungsvermittlung der Arbeitsagenturen und der Jobcenter bei der Suche nach einer Ausbildungsstelle in Anspruch genommen.[65] Die Zahl deckt sich nahezu mit der des Vorjahres (+100; +0,0 Prozent).

Es gab sowohl Länder mit einem Anstieg der Bewerberzahl als auch Länder mit einem Rückgang. Prozentual am stärksten zurückgegangen ist die Bewerberzahl im Saarland, gefolgt von Sachsen-Anhalt und Berlin. Die prozentual größten Zuwächse waren in Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen zu verzeichnen.

Die Zahl der gemeldeten Bewerber wird vor allem beeinflusst durch die jährliche Gesamtzahl der Schulabgänger, die die allgemeinbildenden Schulen mit Haupt- und Realschulabschlüssen verlassen. Ihre Anzahl ist, demografisch bedingt, tendenziell rückläufig. Daneben gibt es aber weitere Nachfragepotenziale, die sich kompensierend auswirken:

Seit einigen Jahren steigt die Zahl der gemeldeten Bewerber mit Hochschulzugangsberechtigung: 2016/17 verfügte etwas mehr als jeder vierte gemeldete Bewerber über die Fachhochschul- oder Hochschulreife. Insgesamt waren in diesem Beratungsjahr 150.500 Bewerber mit Hochschulzugangsberechtigung gemeldet (+2.400; +2 Prozent gegenüber Vorjahr). Darunter waren 29.500 Bewerber, die zuletzt eine

64 Bei Arbeitsagenturen und Jobcentern einschließlich Jobcentern in kommunaler Trägerschaft gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen.

65 Die Gesamtsumme der bei Arbeitsagenturen und Jobcentern in gemeinsamen Einrichtungen (JC gE) sowie bei Jobcentern in kommunaler Trägerschaft (JC zkT) gemeldeten Bewerber enthält 3.900 Überschneidungen, d. h. Bewerber, die sowohl von AA/ JC gE als auch von JC zkT bei der Ausbildungsstellensuche unterstützt und im Gesamtergebnis doppelt nachgewiesen werden. Solche Doppelnennungen entstehen etwa in Folge des Eintretens von Hilfebedürftigkeit i. S. des SGB II, nachdem der Bewerber über eine AA eine Ausbildung suchte, bzw. umgekehrt bei Wegfall der Bedürftigkeit. Sie sind somit durchaus systemkonform.

Hochschule oder Akademie besucht haben und das Studium abbrechen wollten oder abgebrochen haben. Die Zahl dieser (potenziellen) Studienabbrecher war um 2.400 höher als im Vorjahresmonat (+9 Prozent).

Daneben waren auch Bewerber gemeldet, die bereits in früheren Jahren eine Ausbildung gesucht haben (sogenannte „Altbewerber“). So waren im Beratungsjahr 2016/17 183.700 Bewerber registriert, die bereits in mindestens einem der letzten fünf Jahre bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter als Bewerber registriert waren. Ihre Zahl ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken (-1.400; -0,8 Prozent). Etwas mehr als jeder dritte gemeldete Bewerber war damit ein „Altbewerber“ (34 Prozent). Der Personenkreis ist heterogen. Es sind darunter junge Menschen, die in den Vorjahren unversorgt geblieben waren, auf Alternativen ausgewichen sind (z. B. FSJ, weiterer Schulbesuch) oder eine Ausbildung abgebrochen haben. Dazu gehören auch junge Menschen über 24 Jahre, die im Rahmen der Initiative „Zukunftsstarter“ eine Berufsausbildung anstreben.

Auch die Zuwanderung geflüchteter junger Menschen hat zu einer insgesamt stabilen Bewerberzahl beigetragen. Von Oktober 2016 bis September 2017 waren 26.400 junge Menschen, die nach Deutschland geflüchtet waren, als Bewerber gemeldet, um mit Unterstützung einer Arbeitsagentur oder eines Jobcenters eine Ausbildungsstelle zu finden.[66] Das waren 16.200 mehr als im Jahr zuvor (+158 Prozent). Voraussetzung für die Meldung als Ausbildungsstellenbewerber ist, wie bei allen jungen Menschen, die sogenannte Ausbildungsreife. Diese beinhaltet ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache sowie die für eine Ausbildung notwendigen schulischen Grundlagen.

4. Gesamtbetrachtung gemeldete Ausbildungsstellen und Bewerber bis September 2017[67]

Angebot und Nachfrage zeigten sich bundesweit rein rechnerisch nahezu ausgeglichen: Den insgesamt 547.800 Bewerbern standen im abgelaufenen Berufsberatungsjahr 549.800 gemeldete Ausbildungsstellen gegenüber, darunter 521.900 betriebliche Ausbildungsstellen. Auf 100 gemeldete betriebliche Ausbildungsstellen kamen 105 gemeldete Bewerber.

Trotz der rechnerisch nahezu ausgeglichenen Situation wurden wiederum erhebliche regionale, berufsfachliche und qualifikatorische Disparitäten sichtbar, die ganz unterschiedliche Chancen zur Folge haben konnten.

Regional betrachtet waren in Süddeutschland, dem Saarland und Hamburg sowie den zwei ostdeutschen Ländern Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern deutlich mehr Ausbildungsstellen als Bewerber gemeldet. Dagegen fehlten Ausbildungsstellen vor allem in den Ländern Berlin, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Aber auch in Sachsen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen kamen rechnerisch mehr als 110 gemeldete Bewerber auf 100 gemeldete betriebliche Ausbildungsstellen. Annähernd die Waage hielten sich gemeldete Bewerber und gemeldete Ausbildungsstellen zahlenmäßig in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz.

66 "Personen im Kontext von Fluchtmigration" umfassen Ausländer mit einer Aufenthaltsgestattung, einer Aufenthaltserlaubnis Flucht oder einer Duldung. Die Abgrenzung dieser "Personen im Kontext von Fluchtmigration" im Sinne der BA-Statistik entspricht nicht notwendigerweise anderen Definitionen von "Flüchtlingen" (z. B. juristischen Abgrenzungen). Für den statistischen Begriff ist über das Asylverfahren hinaus der Bezug zum Arbeitsmarkt ausschlaggebend. Von 3 Prozent der Drittstaatsangehörigen liegen keine Angaben zum Fluchtkontext vor. Weitere Informationen zu den Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeits- und Ausbildungsmarkt: https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Migration/Migration-Nav.html

67 Bei der Gesamtbetrachtung wird die Bewerberzahl (inklusive Daten der JC zkT) der Zahl der bei den AA/JC gE gemeldeten Ausbildungsstellen (ohne zkT) gegenüber gestellt. Nach Einschätzung der Statistik der BA dürften bei den JC zkT nur wenige ungeförderte Ausbildungsstellen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) gemeldet sein, die nicht gleichzeitig bei den Agenturen und Jobcentern in gemeinsamen nrichtungen (AA/JC gE) erfasst sind. Insoweit tritt auch auf regionaler Ebene keine nennenswerte Verzerrung ein.

Berufsfachlich gesehen fehlten Bewerber vor allem für Hotel- und Gaststättenberufe sowie für viele Handwerksberufe, zum Beispiel im Lebensmittelhandwerk und im Lebensmittelverkauf (Fleischerei und Bäckerei), in der Orthopädie- und Rehatechnik oder in Bau- und Ausbauberufen. Auch bei Ausbildungen im Berufskraftverkehr oder in der Feinwerk- und Werkzeugtechnik war die Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen deutlich höher als die Zahl der gemeldeten Bewerber.[68] Im Gegensatz dazu gab es viel weniger Ausbildungsstellen als Bewerber zum Beispiel in Büro- und Verwaltungsberufen, in der Kfz-Technik, der Informatik oder in der Zahn-Medizinischen Fachassistenz. Auch in der Tierpflege, im Sport- und Veranstaltungsmanagement oder in künstlerisch-kreativen Berufen wie der Mediengestaltung und der Tischlerei waren die Aussichten auf eine Ausbildungsstelle rechnerisch gering.

Die Chancen auf einen Ausbildungsplatz hängen auch von der Art des Schulabschlusses ab. Erstmals seit diesem Berichtsjahr können in der Ausbildungsmarktstatistik Angaben über die von den Ausbildungsbetrieben mindestens erwarteten Schulabschlüsse ausgewiesen werden. Dabei zeigte sich, dass für Bewerber in der Regel die Auswahl an Ausbildungsstellen umso größer ausfällt je höher der vorhandene Schulabschluss ist.

Darüber hinaus können weitere Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage auftreten, die statistisch nicht abbildbar sind. Hierzu zählen zum Beispiel Aspekte wie Schulnoten, das Sozialverhalten sowie kognitive oder handwerkliche Kompetenzen. Auch die Erreichbarkeit von Ausbildungsstellen mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die Arbeitszeiten, die Vergütung oder die Perspektiven nach dem Abschluss der Ausbildung spielen eine Rolle.

Die geschilderten Ungleichgewichte erklären zumindest teilweise, warum zum Ende des Beratungsjahres Bewerber ohne Ausbildungsplatz geblieben sind, während gleichzeitig viele gemeldete Ausbildungsstellen noch frei waren.

5. Unbesetzte Ausbildungsstellen

Die Zahl der am 30. September 2017 noch zu vermittelnden, unbesetzten Ausbildungsstellen lag mit 48.900 wiederholt über dem Stand des Vorjahres (+5.500; +13 Prozent).

Am meisten waren im September 2017 noch Ausbildungsstellen unbesetzt für angehende Kaufleute im Einzelhandel (3.400 unbesetzte Ausbildungsstellen), Verkäuferinnen und Verkäufer (2.400) sowie Köchinnen und Köche (2.200). Es folgten Ausbildungsstellen für Bäckerei-Fachverkäuferinnen und -verkäufer (1.800), Fleischerei-Fachverkäuferinnen und -verkäufer (1.700), Hotelfachleute (1.500), Zahnmedizinische Fachangestellte (1.500), Restaurantfachleute (1.400), Frisörinnen und Frisöre (1.400) sowie für Kaufleute für Büromanagement (1.100).

Anteilig betrachtet waren zum 30. September 2017 9 Prozent der gemeldeten Ausbildungsstellen unbesetzt. Bei vielen Berufen mit einer ungünstigen Bewerber-Stellen-Relation (vgl. Kapitel 3) fiel dieser Anteil deutlich höher aus und man muss von ausgeprägten Besetzungsschwierigkeiten sprechen. Dazu gehören zum Beispiel Ausbildungsstellen in der Gastronomie und Hotellerie, im Bäcker- und Fleischerhandwerk, im Lebensmittelverkauf, in Reinigungsberufen, im Berufskraftverkehr sowie in Bau- und Ausbauberufen.

Regional gesehen war der Anteil unbesetzter Ausbildungsstellen besonders hoch in Bayern, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

[68] Bei den gemeldeten Bewerbern wird statistisch nur der Hauptberufswunsch ausgewertet.

6. Verbleib der gemeldeten Bewerber und unversorgte Bewerber

Bis 30. September 2017 teilten 265.300 Bewerber der Ausbildungsvermittlung mit, dass sie eine Ausbildungsstelle gefunden haben. Im Vergleich zum September des Vorjahres waren 900 mehr gemeldete Bewerber in eine Berufsausbildung eingemündet (+0,3 Prozent).

Damit hat, genauso wie im Vorjahr, rund jeder zweite gemeldete Bewerber eine Ausbildung angetreten (48 Prozent). 45 Prozent begannen dabei eine ungeförderte Ausbildung, während die Übrigen eine geförderte Ausbildung aufnahmen. Hinzu kamen weitere 2 Prozent, die eine bereits vor dem aktuellen Berichtsjahr begonnene Berufsausbildung fortsetzten.

17 Prozent der gemeldeten Bewerber haben sich für einen weiteren (Berufs-) Schulbesuch, ein Praktikum oder ein Studium entschieden und 3 Prozent für eine Fördermaßnahme wie zum Beispiel eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme oder eine Einstiegsqualifizierung. Weitere 7 Prozent haben eine Arbeit aufgenommen und 4 Prozent haben sich arbeitslos gemeldet. Von 13 Prozent der gemeldeten Bewerber liegen keine Informationen zum Verbleib vor. Die Verbleibsanteile sind ähnlich wie im Vorjahr.

Als noch unversorgt zählten zum selben Zeitpunkt 23.700 Bewerber. Das waren 3.200 mehr als im Vorjahr (+15 Prozent).[69]

Nach Ländern betrachtet waren im September 2017 insbesondere im Saarland, in Bremen und in Berlin mehr Bewerber unversorgt als im Vorjahresmonat. Weniger Unversorgte als vor einem Jahr gab es nur in Thüringen und Baden-Württemberg.

Anteilig hatten am 30. September 2017 deutschlandweit 4 Prozent der gemeldeten Bewerber weder eine Ausbildung noch eine Alternative gefunden. Überdurchschnittlich viele unversorgte Bewerber waren dabei vor allem in Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein und Brandenburg zu verzeichnen. In Bayern und Baden-Württemberg war der Anteil unversorgter Bewerber am kleinsten.

Ein Fokus liegt derzeit u. a. auf der Integration von jungen Geflüchteten. Von den insgesamt 26.400 gemeldeten Bewerbern mit Fluchthintergrund haben 9.500 eine Berufsausbildung angetreten. Das entspricht einem Anteil von 36 Prozent, wobei 1 Prozent der Bewerber mit Fluchtkontext eine geförderte Berufsausbildung begann. 2.400 gemeldete Bewerber galten noch als unversorgt (9 Prozent). 13 Prozent absolvierten eine (Berufs-)Schule, ein Studium oder ein Praktikum und 4 Prozent befanden sich in einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme oder einer Einstiegsqualifizierung. 9 Prozent übten eine Erwerbstätigkeit aus und 8 Prozent waren arbeitslos gemeldet. Von insgesamt 20 Prozent lagen keine Informationen zum Verbleib vor.

7. Bewerber mit Alternative

Neben den unversorgten Bewerbern waren im September 2017 noch weitere 56.500 junge Menschen auf Ausbildungssuche (sog. „Bewerber mit Alternative zum 30. September“). Im Unterschied zur Gruppe der unversorgten Bewerber haben diese Bewerber eine Alternative, suchen aber gleichzeitig weiterhin eine duale Berufsausbildung zum sofortigen Eintritt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Bewerber mit Alternative um 3.500 geringer (-6 Prozent).

43 Prozent der 56.500 Bewerber mit Alternative besuchten am 30. September 2017 eine (Berufs-)Schule. 18 Prozent hatten einen Platz in einer Berufsvorbereitungsmaßnahme oder einer Einstiegsqualifizierung. 20 Prozent übten eine Erwerbstätigkeit aus, 12 Prozent setzen eine Berufsausbildung fort (2 Prozent ungefördert,

[69] Die Vorjahresvergleiche können leicht überzeichnet sein – siehe Kasten „Bewerber für Berufsausbildungsstellen – Statistische Neuordnung der Versorgungsrelevanz von Maßnahmen und Praktika“.

9 Prozent gefördert) und 7 Prozent haben einen gemeinnützigen oder sozialen Dienst begonnen.

Zusammen mit den 23.700 unversorgten Bewerbern waren am 30. September 2017 noch insgesamt 80.200 gemeldete Bewerber auf Ausbildungssuche. Das waren 400 weniger als im September 2016 (-0,5 Prozent).

8. Gesamtbetrachtung zum Bilanzstichtag am 30. September 2017[70]

Insgesamt standen im September 2017 bundesweit 48.900 unbesetzten Ausbildungsstellen 23.700 noch unversorgte Bewerber gegenüber. Rechnerisch gab es damit 25.200 mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. Dies entspricht einer Relation von 48 unversorgten Bewerbern zu 100 unbesetzten Ausbildungsstellen (Vorjahr 47).

Bezieht man die Zahl der „Bewerber mit Alternative“, die zusätzlich zu den unversorgten Bewerbern noch eine Ausbildung suchten, in diese Gegenüberstellung ein, waren deutschlandweit im September 2017 31.300 mehr gemeldete Bewerber auf Ausbildungssuche als unbesetzte Ausbildungsstellen gemeldet waren (Vorjahr 37.100).

[70] Bei der Gegenüberstellung von unversorgten Bewerbern und unbesetzten Stellen auf dem Ausbildungsmarkt wird die Gesamt-Bewerberzahl (inklusive Daten der JC zkT) der Zahl der bei AA/JC gE gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber gestellt.

Bewerber für Berufsausbildungsstellen – Statistische Neuordnung der Versorgungsrelevanz von Maßnahmen und Praktika

Bewerber für Berufsausbildungsstellen werden als versorgt gezählt, wenn sie eine Berufsausbildung oder eine Alternative zu einer Berufsausbildung aufweisen. Zu den Alternativen zählen u. a. bestimmte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Praktika. Ab dem Berichtsjahr 2016/2017 zählen nur noch diejenigen Maßnahmen als versorgungsrelevant, die

- einen Bildungscharakter aufweisen, indem sie die Chancen des Bewerbers auf dem Ausbildungsmarkt erhöhen oder
- auf eine Ausbildung vorbereiten oder
- eine Ausbildung ersetzen oder
- das Ziel eines Berufsabschlusses haben.

Bei Maßnahmen, die nicht das Ziel eines Berufsabschlusses aufweisen, muss eine Teilnahme von mindestens sechs Monaten vorliegen, damit die Maßnahmen als versorgungsrelevant berücksichtigt werden. Bei Praktika gilt ebenfalls eine Mindestdauer von sechs Monaten für die Zählung als Versorgungstatbestand.

Die Änderung erfolgt für die Daten ab dem 1. Oktober 2016, rückwirkende Datenänderungen werden nicht vorgenommen. Bei einer simulierten Anwendung der Änderung für das Ausbildungsjahr 2016/2017 ergibt sich zum Berichtsjahresende (September 2017) eine Zunahme um ca. 800 unversorgten Bewerbern, die bislang als Bewerber mit Alternative berücksichtigt wurden. Des Weiteren ergeben sich geringfügige Verschiebungen bei dem Verbleib von geförderten zu ungeförderten Berufsausbildungen. Die Gesamtzahl der Bewerber und weitere Merkmale sind von der Änderung nicht betroffen.

IV. Jahresrückblick 2017 – Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente

Im Jahresdurchschnitt 2017 befanden sich nach hochgerechneten und zum Teil untererfassten Werten 894.000 Personen in einer von Bund oder der Bundesagentur für Arbeit geförderten arbeitsmarktpolitischen Maßnahme. Das waren 26.000 (+3 Prozent) Förderungen mehr als im Jahr zuvor. 458.000 der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurden aus Mitteln der Arbeitslosenversicherung gefördert, 436.000 haben an Maßnahmen teilgenommen, die aus Mitteln der Grundsicherung für Arbeitsuchende getragen wurden.

1. Umfang der eingesetzten arbeitsmarktpolitischen Instrumente[71]

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen verfolgen das Ziel, Arbeitslose nachhaltig in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren. Um eine dauerhafte Beschäftigung zu sichern, sollen Beschäftigungschancen erweitert und Beschäftigungsfähigkeit erhalten werden. Die Investition in Beschäftigungsfähigkeit legt den Grundstein zur Entfaltung präventiver Wirkung gegen Arbeitslosigkeit, gleichzeitig kann ein Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs geleistet werden.

1.1 Gesamtentwicklung des Fördergeschehens im SGB III

Im Bereich SGB III wurden 2017 insgesamt 459.000 Personen mit Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert. Im Vergleich zum Durschnitt des Vorjahres lässt sich nur ein geringfügiger Anstieg beobachten (+4.000; +1 Prozent).

Mit 172.000 Teilnehmenden entfielen knapp zwei Fünftel des Fördergeschehens in der Kostenträgerschaft des SGB III auf Instrumente zur Förderung der Berufswahl und Berufsausbildung.

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung war ebenfalls eins der wichtigsten Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik. Im Durchschnitt des Jahres befanden sich 95.000 in einer solchen Fördermaßnahme. Und über das gesamte Jahr gerechnet haben die Agenturen für Arbeit 197.000 Förderungen genehmigt – 12.000 mehr als im Jahr zuvor.

1.2 Gesamtentwicklung des Fördergeschehens im SGB II

Die Jobcenter sind verantwortlich für die Einrichtung und Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Für diesen Personenkreis können die klassischen arbeitsmarktpolitischen Instrumente des SGB III – mit Ausnahme des Gründungszuschusses – eingesetzt werden. Hinzu kommen das Einstiegsgeld, Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen, Beschäftigung schaffende Maßnahmen (Arbeitsgelegenheiten, Beschäftigungsphase der Bürgerarbeit), die Freie Förderung sowie die Förderung von Arbeitsverhältnissen, soweit sie für die individuelle Eingliederung in das Erwerbsleben erforderlich sind. Daneben stehen für diese Personen kommunale Eingliederungsleistungen (sozialintegrative Leistungen) zur Verfügung (z.B. Kinderbetreuung).

Im Jahr 2017 wurden durchschnittlich 436.000 Personen mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten in Kostenträgerschaft des SGB II gefördert. Damit wurden im Durchschnitt mehr Menschen

[71] Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von Erfahrungswerten hochgerechnet. Dies gilt jedoch nicht für die Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zkT), was den Vorjahresvergleich ebenso einschränkt wie die unterschiedliche Vollständigkeit der von den zkT übermittelten Daten. Endgültige Werte zur Förderung stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest.

gefördert als ein Jahr zuvor (+22.000; +5 Prozent).

Mit 169.000 Teilnehmenden entfielen zwei Fünftel des Fördergeschehens in der Kostenträgerschaft des SGB II auf Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung.

Etwa ein Viertel der Teilnehmenden (100.000) wurde 2017 in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen gefördert. Dabei war die Zahl (80.000) der Geförderten in Arbeitsgelegenheiten leicht rückläufig während die Teilnehmerzahl in dem Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt 2017 einen Anstieg von knapp 7.000 auf durchschnittlich 13.000 verzeichnen konnte.

V. Wichtige statistische Hinweise zur Interpretation

1. Allgemeine statistische Hinweise

Altersgrenze

In dem Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung wurde eine sukzessive Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre beschlossen. Beginnend im Jahr 2012 mit dem Geburtsjahrgang 1947 wird die Altersgrenze zunächst sukzessive um einen Monat pro Geburtsjahrgang und dann ab 2024 mit dem Geburtsjahrgang 1959 sukzessive um zwei Monate pro Geburtsjahrgang bis zur Regelaltersgrenze von 67 Jahren angehoben. Von der Änderung sind somit alle Geburtsjahrgänge ab dem Geburtsjahrgang 1947 betroffen. Für alle ab 1964 Geborenen gilt die Regelaltersgrenze von 67 Jahren.

Die Datenaufbereitungsverfahren und Veröffentlichungen der Statistik waren auf die feste Altersgrenze von 65 Jahren ausgelegt und wurden – wo nötig – an die oben beschriebene flexible Altersgrenze angepasst. In allen betroffenen Statistiken werden Personen bis zur neuen flexiblen Regelaltersgrenze erfasst. Anpassungen waren insbesondere für die Arbeitslosenstatistik und die Grundsicherungsstatistik notwendig.

Darüber hinaus wurden die Arbeitslosen- und Grundsicherungsstatistik ab Berichtsmonat Januar 2012 dahingehend verändert, dass Arbeitslose und erwerbsfähige Leistungsberechtigte nicht wie früher taggenau beim Erreichen der Regelaltersgrenze, sondern erst nach Ablauf des Monats abgemeldet werden, in dem die Regelaltersgrenze vollendet wurde („Monatsendregel“). Die Monatsendregel wird später auch rückwirkend realisiert. Die Regelung folgt den leistungsrechtlichen Bestimmungen, nach denen Bezieher von Arbeitslosengeld oder Grundsicherungsleistungen die Leistungen bis zum Ablauf des Monats erhalten, in dem das für die Regelaltersgrenze erforderliche Lebensalter vollendet wurde. Auf diese Weise ist eine lückenlose Absicherung beim Übergang in die Rente gewährleistet.

Alle Gesamtgrößen – also insbesondere Arbeitslose, erwerbsfähige Leistungsberechtigte und Arbeitslosengeld-Empfänger – enthalten ab Februar 2012 Personen bis zur neuen flexiblen Regelaltersgrenze. In den Altersgliederungen wird bei der Angabe von absoluten Zahlen die letzte Altersklasse mit offener Grenze dargestellt, also beispielsweise „50 Jahre und älter“. Die geschlossene Altersklasse wird nur noch für die Arbeitslosen- und Hilfequoten nach Alter verwendet, also beispielsweise für „50 Jahre bis unter 65 Jahre“, weil auch die Bezugsgröße weiterhin so abgegrenzt wird. Die Umstellung erfolgte im Januar und Februar 2012. Im Januar wurde die oben beschriebene „Monatsendregel“ angewendet, ab Februar wurden dann erstmals Personen in der verlängerten Regelaltersgrenze erfasst und die Altersklassen umbenannt.

Erhebungsstichtag

Der Erhebungsstichtag der Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) liegt seit 2005 in der Monatsmitte, davor wurden statistische Erhebungen jeweils am Monatsende durchgeführt. Somit kann in der Regel schon am Ende des Berichtsmonats über den Arbeitsmarkt berichtet werden, zudem passen die Monatsdurchschnittswerte der ILO-Erwerbsstatistik dadurch besser zu den Monatsmittezahlen der BA-Statistiken. Der Vergleich mit den Jahren vor 2005 ist wegen der unterschiedlichen Lage der Stichtage etwas verzerrt. Bei der Interpretation von Zu- und Abgängen des jeweiligen Berichtsmonats ist zu beachten, dass der Erfassungszeitraum stets die Hälften zweier Monate umfasst, also z. B. die Arbeitslosmeldungen von Mitte Januar bis Mitte Februar.

Saisonbereinigung

Um die von monatlichen Schwankungen unabhängige Entwicklung abzubilden, werden eine Vielzahl von Zeitreihen aus der Arbeitsmarkt- und Grundsicherungsstatistik saisonbereinigt. Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die Saisonbereinigung der Arbeitslosenzahlen. Die Aussagen sind jedoch auch auf andere Zeitreihen übertragbar.

Die Zahl der Arbeitslosen eines Monats lässt sich als Summe aus drei Komponenten auffassen: Trend, saisonale Komponente und außergewöhnliche Effekte („irreguläre Komponente"). Diese Komponenten existieren nicht real, sondern sind zweckmäßige gedankliche Konstrukte. Es wird also nicht jeder einzelne Arbeitslose in genau eine dieser drei Kategorien eingeteilt, stattdessen bilden diese drei Komponenten bestimmte inhaltliche Vorstellungen über die Struktur der Zeitreihe ab:

Der Trend soll dabei eine im Zeitverlauf möglichst „glatte" Beschreibung der Arbeitslosenzeitreihe sein, die eine von monatlichen Sondereinflüssen oder jahreszeitlichen Schwankungen unabhängige Tendenz in der Entwicklung beschreibt. Der Trend ist damit hauptsächlich von der konjunkturellen Entwicklung abhängig, allerdings können auch Änderungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder Gesetzesänderungen zu Trendänderungen führen (z.B. ergab die Einführung des SGB II und die damit verbundene Ausweitung der Arbeitslosendefinition auf erwerbsfähige Leistungsberechtigte Anfang 2005 einen Niveausprung, der keine konjunkturellen Ursachen hatte).

Die saisonale Komponente eines bestimmten Kalendermonats soll die in diesem Monat üblichen Abweichungen der Arbeitslosigkeit vom Trend beschreiben. In den Wintermonaten ist die Arbeitslosigkeit z.B. regelmäßig höher als der Trend, in den Sommermonaten ist es umgekehrt. Diese regelmäßigen, im Jahreszyklus wiederkehrenden Effekte in jedem Kalendermonat („Saisonmuster") werden im Wesentlichen vom Wetter, aber auch von institutionellen Terminen (z.B. Schuljahresende, Quartalsende, Urlaubszeit, Feiertage) bestimmt. Wichtig ist dabei, dass die saisonale Komponente der Arbeitslosigkeit nur die *üblichen* Effekte eines Kalendermonats beschreibt und beschreiben soll. Ist ein Wintermonat z. B. ganz außergewöhnlich kalt und steigt die Arbeitslosigkeit in diesem Monat daher besonders stark an, wird nur der sonst übliche Anstieg in diesem Kalendermonat als saisonale Komponente betrachtet.

Die irreguläre Komponente besteht als Restgröße per Definition aus den Abweichungen von Trend und Saisonkomponente. Diese können durch außergewöhnliche Ereignisse in einem bestimmten Monat hervorgerufen sein (z.B. Streiks), durch ungewöhnliche Wettereinflüsse (z.B. ein besonders milder Wintermonat oder ein besonders kalter April) oder durch Gesetzesänderungen (z.B. die Einführung des Saison-Kurzarbeitergeldes).

Eines der wichtigsten Ziele der Arbeitsmarktanalyse ist die Schätzung der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit (und ihrer Veränderung) am aktuellen Rand. Dazu muss der Trend geschätzt und dann der konjunkturelle Anteil am Trend bestimmt werden. Um aber den Trend überhaupt schätzen zu können, müssen zunächst die saisonalen Effekte, deren Schwankungen viel größer sind als die kurzfristigen Trendänderungen, berechnet und die Arbeitslosenzeitreihe um diese Effekte bereinigt werden (d.h. die saisonale Komponente muss von der Arbeitslosenzahl subtrahiert werden). Dieses Vorgehen nennt man Saisonbereinigung. Ergebnis der Saisonbereinigung ist somit *nicht* der (glatte) Trend, sondern das Aggregat aus Trend und irregulärer Komponente (das wegen der irregulären Komponente insbesondere nicht vollständig „glatt" ist).

Weil die Saisonkomponenten die regelmäßigen Ausschläge eines Kalendermonats sind, stellen sie langfristige Durchschnittswerte dar, die deswegen auch für den aktuellen Rand ziemlich genau bestimmt werden können. Die Schätzung des Trends am aktuellen Rand ist ungleich schwieriger und mit rein statistischen Mitteln nicht zu leisten. Die Saisonbereinigung ist also im Wesentlichen eine mathematisch-statistische Aufgabe, während die Einschätzung des Trends (und insbesondere der konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit und ihrer Veränderung) am aktuellen Rand von volkswirtschaftlichen Analysten (Arbeitsmarktanalyse und Arbeitsmarktberichterstattung der BA) aufgrund ergänzender statistischer Größen und Modelle, inhaltlicher Erwägungen und genauer Kenntnis der Vorgänge am Arbeitsmarkt zu erfolgen hat; die saisonbereinigten Zahlen sind dafür die notwendige Basis.

Vormonatsvergleiche der saisonbereinigten Zeitreihe sind nicht ohne weiteres geeignet, um Trendänderungen zu bestimmen. Da die saisonbereinigte Zeitreihe das Aggregat aus Trend und irregulärer Komponente darstellt, sind Vormonatsveränderungen das Aggregat aus Trendänderungen und Veränderungen der irregulären Komponente. Insbesondere entgegengesetzte irreguläre Komponenten in aufeinanderfolgenden Monaten können erhebliche Auswirkungen haben. Sinnvoller ist es daher, den Verlauf der saisonbereinigten Reihe über mehrere der jeweils letzten Monate zu betrachten.

Saisonale Einflüsse bleiben im Zeitverlauf nicht konstant, sondern können sich langfristig ändern. Daher stellt die Bestimmung der Saisonkomponenten zwangsläufig nur eine (allerdings in der Regel ziemlich präzise) Schätzung dar. Grundsätzlich lernt das Verfah-

ren der Saisonbereinigung mit jeder neuen Zahl am aktuellen Rand; die Schätzung der Saisonkomponenten wird mit jedem neuen Monat verbessert. Daher wird auch die saisonbereinigte Zeitreihe in jedem Monat vollständig neu berechnet; bereits veröffentlichte Werte aus den vorangegangenen Monaten können sich dann verändern (so genannte Revisionen).

Üblicherweise fallen Revisionen sehr gering aus; größere Revisionen treten dann auf, wenn es abrupte Änderungen im Saisonmuster gibt, die vom Verfahren erst im Laufe der Zeit erkannt werden können. Aktuelles Beispiel für eine solche Änderung ist die plötzliche Dämpfung der Winterarbeitslosigkeit durch das im Winter 2006/2007 eingeführte Saison-Kurzarbeitergeld. Die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen der Wintermonate wurden seitdem rückwirkend nach oben korrigiert, weil das Verfahren erkannt hat, dass der Saisoneinfluss jetzt geringer ist als in der Vergangenheit.

2. Statistische Hinweise zum Arbeitsmarkt

2a Beschäftigungsstatistik

Der Bestand an sozialversicherungspflichtigen und geringfügig entlohnt Beschäftigten wird auf Basis der Meldungen von Arbeitgebern zur Sozialversicherung ermittelt. Aufgrund der Abgabefristen und des Meldeflusses sind stabile statistische Ergebnisse erst nach sechs Monaten Wartezeit zu erwarten. Um zeitnähere Ergebnisse zu erhalten, wird monatlich der Bestand an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit zwei und drei Monaten Wartezeit ermittelt und auf einen 6-Monatswert hochgerechnet. Der Fehler dieser Hochrechnung liegt bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung deutlich unter einem Prozent, bei der geringfügig entlohnten Beschäftigung bei über 2 Prozent. Dabei ist zu beachten, dass die mit den hochgerechneten Beständen errechneten Veränderungsraten mit höheren Unsicherheiten verbunden sind als die Bestände selbst.

In der Arbeitsmarktberichterstattung der BA steht die Erwerbstätigkeit und die Beschäftigung nach dem Inlandskonzept im Vordergrund, insbesondere wegen der engeren Anbindung an Konjunktur und Arbeitskräftenachfrage als beim alternativen Inländerkonzept. Nach dem Inlandskonzept gehören Einpendler, die in Deutschland arbeiten, ihren Wohnsitz aber im Ausland haben, zu den Erwerbstätigen bzw. Beschäftigten, während Auspendler nicht mitgezählt werden. Beim Inländerkonzept ist es entsprechend umgekehrt. Somit erklären Höhe und Veränderung des Saldos zwischen Ein- und Auspendlern den Unterschied in Niveau und Veränderung der Erwerbstätigkeit bzw. Beschäftigung nach Inlands- und Inländerkonzept

Die nationale Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) wurde in Folge der Revision der "Statistischen Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft" (NACE) ab dem Berichtsjahr 2008 von der WZ 2003 auf WZ 2008 umgestellt. Die Angaben über die sozialversicherungspflichtig und geringfügig entlohnten Beschäftigten und die Betriebe werden für die Stichtage ab Januar 2008 nach der WZ 2008 veröffentlicht. Für Vergleiche (Vorjahr/Vorquartal/Vormonat) stehen für das Jahr 2007 grundsätzlich jedoch beide Klassifikationen zur Verfügung. Die Hochrechnung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für den aktuellen Rand wurde zum Berichtsmonat Januar 2009 auf WZ 2008-Wirtschaftsabschnitte umgestellt, da dann eine hinreichend lange Zeitreihe zur Ermittlung der Hochrechnungsfaktoren vorlag.

2b Arbeitslosenstatistik

Definition der Arbeitslosigkeit

Die Definition der Arbeitslosigkeit findet sich im § 16 SGB III. Danach sind Arbeitslose Personen, die wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld

1. vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen,
2. eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und
3. sich bei einer Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben.

Außerdem gelten nach § 16 Abs. 2 SGB III Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik als nicht arbeitslos.

In den §§ 138 ff SGB III wird der Arbeitslosenbegriff im Zusammenhang mit der Regelung des Anspruch auf Arbeitslosengeld weiter präzisiert.

Für leistungsberechtigte Personen nach dem SGB III findet nach § 53a Abs. 1 SGB II die Definition der Arbeitslosigkeit nach dem SGB II sinngemäß Anwendung. Im SGB II gibt es folgende typische Fallkonstellationen, in denen erwerbsfähige Leistungsberechtigte nicht als arbeitslos geführt werden:

a. Beschäftigte Personen, die mindestens 15 Stunden in der Woche arbeiten, aber wegen zu geringem Einkommen bedürftig nach dem SGB II sind und deshalb Arbeitslosengeld II erhalten, werden nicht als arbeitslos gezählt, weil das Kriterium der Beschäftigungslosigkeit nicht erfüllt ist.
b. Erwerbsfähige leistungsberechtigte Personen, denen Arbeit nach § 10 SGB II nicht zumutbar ist, werden wegen mangelnder Verfügbarkeit nicht als arbeitslos gezählt. Darunter fallen insbesondere Leistungsberechtigte, die Kinder erziehen, Angehörige pflegen oder zur Schule gehen.
c. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die nach Vollendung des 58. Lebensjahres mindestens für die Dauer von zwölf Monaten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende bezogen haben, gelten nach § 53a Abs. 2 SGB II dann nicht als arbeitslos, wenn ihnen in diesem Zeitraum keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten werden konnte.

Konzept der Unterbeschäftigung

In der Unterbeschäftigungsrechnung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teilnehmer an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik oder einen arbeitsmarktbedingten Sonderstatus besitzen. Es wird unterstellt, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen die Arbeitslosigkeit entsprechend höher ausfallen würde. Mit dem Konzept der Unterbeschäftigung wird zweierlei geleistet: (1) Es wird ein möglichst umfassendes Bild vom Defizit an regulärer Beschäftigung in einer Volkswirtschaft gegeben. (2) Realwirtschaftliche (insbesondere konjunkturell) bedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt können besser erkannt werden, weil der Einsatz entlastender Arbeitsmarktpolitik zwar die Arbeitslosigkeit, nicht aber die Unterbeschäftigung verändert.

Es werden folgende Begriffe unterschieden:

Arbeitslosigkeit = Zahl der Personen, die die Arbeitslosenkriterien des § 16 Abs. 1 SGB III (Beschäftigungslosigkeit, Verfügbarkeit, Arbeitssuche) und des § 16 Abs. 2 SGB III (keine Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme) erfüllen und deshalb als arbeitslos zählen.

Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne (i.w.S.) = Zahl der Arbeitslosen nach § 16 SGB III plus Zahl der Personen, die die Arbeitslosenkriterien des § 16 Abs. 1 SGB III erfüllen (Beschäftigungslosigkeit, Verfügbarkeit und Arbeitssuche) und allein wegen des § 16 Abs. 2 SGB III (Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme) oder wegen des § 53a Abs. 2 SGB II (erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Vollendung des 58. Lebensjahres, denen innerhalb eines Jahres keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten werden konnte) nicht arbeitslos sind.

Unterbeschäftigung im engeren Sinne (i.e.S.) = Zahl der Arbeitslosen i.w.S. plus Zahl der Personen, die an bestimmten entlastend wirkenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen oder zeitweise arbeitsunfähig sind und deshalb die Kriterien des § 16 Abs. 1 SGB III (Beschäftigungslosigkeit, Verfügbarkeit und Arbeitssuche) nicht erfüllen. Personen in der Unterbeschäftigung im engeren Sinne haben ihr Beschäftigungsproblem (noch) nicht gelöst; ohne diese Maßnahmen wären sie arbeitslos.

Unterbeschäftigung = Unterbeschäftigung i.e.S. plus Zahl der Personen in weiteren entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die fern vom Arbeitslosenstatus sind und ihr Beschäftigungsproblem individuell schon weitgehend gelöst haben (z.B. Personen in geförderter Selbständigkeit und Altersteilzeit); sie stehen für Personen, die ohne diese arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen arbeitslos wären.

Das Messkonzept der Unterbeschäftigung wird an Veränderungen beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente angepasst, d.h. Maßnahmen fallen weg oder neue kommen hinzu. So konnten mit der BA-IT-Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen ab Mai 2011 rückwirkend bis 2008 Datenlücken geschlossen und so die Entlastungs- und Unterbeschäftigungsrechnung verbessert werden. Eine weitere Anpassung der Berechnung erfolgte zum März 2013. Die Unterbeschäftigungskomponenten Vorruhestandsähnliche Regelungen, Fremdförderung und kurzfristige Arbeitsunfähigkeit wurden rückwirkend ab Januar 2008 auf eine integrierte Statistik umgestellt, die auch Daten von zugelassenen kommunalen Trägern umfasst. Ab Januar 2011 wird bei Datenausfällen ein Schätzverfahren eingesetzt, so dass Zeitreihenvergleiche in diesem Zeitraum nun uneingeschränkt möglich sind (siehe Methodenbericht "Vervollständigung der Datenbasis für die Unterbeschäftigung".

Vgl. ausführlich dazu die Methodenberichte „Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung“ vom Mai 2009, „Weiterentwicklung des Messkonzepts der Unterbeschäftigung“ vom Mai 2011 und „Vervollständigung der Datenbasis für die Unterbeschäftigung“ vom März 2013 (siehe http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodenberichte/Methodenberichte-Nav.html)

Berechnung der Arbeitslosenquoten

Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die (registrierten) Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (EP = Erwerbstätige + Arbeitslose) in Beziehung setzen. Der Kreis der Erwerbstätigen als Teilgröße der Erwerbspersonen wird in zwei Varianten abgegrenzt: entweder werden alle zivilen oder nur die abhängigen zivilen Erwerbstätigen (ohne die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen) einbezogen und entsprechend Quoten auf Basis aller zivilen oder auf Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen berechnet. Ansonsten werden alle Erwerbstätigen (für die statistische Quellen vorliegen) unabhängig von Alter und Art der Erwerbstätigkeit einbezogen.

Die Bezugsgrößen für die Berechnung der Arbeitslosenquoten werden einmal jährlich bis auf Kreis-, Geschäftsstellen- und Trägerebene aktualisiert. Dies geschieht üblicherweise im Berichtsmonat Mai; Rückrechnungen werden nicht vorgenommen. Die Bezugsgrößen sind zweckgebundene Berechnungsgrößen, für die auf verschiedene Statistiken (Beschäftigungsstatistik, Arbeitslosen- und Förderstatistik, Personalstandsstatistik und Mikrozensus) zugegriffen wird, deren Ergebnisse erst mit einer gewissen Wartezeit zur Verfügung stehen. Deshalb beruht die Bezugsbasis z. B. für 2016 überwiegend auf Daten aus dem Jahr 2015.

Weil die Bezugsgröße auf Basis zurückliegender Daten einmal jährlich festgeschrieben und damit die aktuelle Arbeitslosenzahl im Zähler einer älteren Bezugsgröße im Nenner gegenübergestellt wird, kommt es aufgrund der starken Zuwanderung derzeit insbesondere bei der Ausländerarbeitslosenquote zu systematischen Verzerrungen. Wenn zum Beispiel aufgrund der Zuwanderung die Zahl der arbeitslosen Ausländer steigt, wirkt sich das sofort im Zähler, aber erst zeitversetzt in der Bezugsgröße der Arbeitslosenquote aus. In einzelnen Regionen können sich deshalb Ausländerarbeitslosenquoten von über 100% errechnen, die wegen mangelnder Aussagekraft nicht ausgewiesen werden. Vergleiche hierzu den Methodenbericht der BA, Ergänzende Arbeitslosen-, Beschäftigungs- und Hilfequoten für Ausländer in der Migrationsberichterstattung, Nürnberg März 2016.

(siehe unter http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Methodenberichte/Methodenberichte-Nav.html).

Erhebungsmethode

Die Arbeitslosenstatistik wird aus den Geschäftsdaten der Arbeitsagenturen und Jobcentern gewonnen. Sie ist eine Sekundärstatistik in Form einer Vollerhebung. Basis sind die Daten der Personen, die sich bei den Arbeitsagenturen und den Jobcentern gemeldet haben.

Mit der Einführung des Sozialgesetzbuches II änderten sich die Grundlagen der Arbeitsmarktstatistik in Deutschland. Bis Ende 2004 basierten die Statistiken allein auf den Geschäftsdaten der Agenturen für Arbeit. Nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sind die Agenturen nur noch für einen Teil der Arbeitslosen zuständig. Mit den Arbeitsgemeinschaften von Arbeitsagenturen und Kommunen (ARGE) und den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) traten weitere Akteure auf den Arbeitsmarkt; durch die Neuorganisation des SGB II zum Januar 2011 wurden diese in Jobcenter (JC) umgewandelt, die in Form von gemeinsamen Einrichtungen bzw. in zugelassener kommunaler Trägerschaft arbeiten. Zur Sicherung der Vergleichbarkeit und Qualität der Statistik wurde die Bundesagentur für Arbeit gem. § 53 i.V.m. § 51 b SGB II beauftragt, die bisherige Arbeitsmarktstatistik unter Einbeziehung der Grundsicherung für Arbeitsuchende weiter zu führen. Dabei wurde die Definition der Arbeitslosigkeit aus dem SGB III beibehalten. Mit den zugelassenen kommunalen Trägern wurden Datenlieferungen und Datenstandards vereinbart, um deren Daten in die Datenstruktur der BA Statistik einbinden zu können.

Die statistischen Daten zur Arbeitslosigkeit speisen sich seit Januar 2005 aus dem IT-Fachverfahren der Bundesagentur für Arbeit, aus Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und – sofern keine verwertbaren bzw. plausiblen Daten geliefert wurden – aus ergänzenden Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit. Die Datengrundlagen im Einzelnen:

(1) Das operative Fachverfahren der BA: Grundlage für die Erstellung der Arbeitslosenstatistiken ist seit Juli 2006 flächendeckend VerBIS (Vermittlungs-, Beratungs- und Informations-System der BA), welches das bisherige operative Verfahren coArb (computerunterstützte Arbeitsvermittlung) in Arbeitsagenturen und Arbeitsgemeinschaften ablöste. In VerBIS werden alle vermittlungsrelevanten Informationen über arbeitsuchende und arbeitslose Personen im Rahmen der Geschäftsprozesse erfasst und laufend aktualisiert.

(2) Der Datenstandard XSozial-BA-SGB II: Zugelassene kommunale Träger übermitteln einzelfallbezogene Daten aus ihren Geschäftsverfahren nach § 51 b SGB II an die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Datenübermittlung erfolgt über eine XML-Schnittstelle nach dem Datenaustauschstandard XSozial-BA-SGB II, der zwischen BA und kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt ist. Datenlücken in der Vergangenheit wurden mit Schätzwerten auf Basis eines linearen Regressionsmodells gefüllt. Für kurzfristige Datenausfälle wird seit Februar 2006 ein Fortschreibungsmodell verwendet, das neben den letzten valide gemeldeten Werten auch die durchschnittliche Entwicklung von Kreisen mit ähnlicher Arbeitsmarktstruktur nutzt.

(3) Zusammenführung der Daten: Die Daten werden bei der Statistik der BA in Nürnberg in zentralen statistischen IT-Verfahren aufbereitet.

(a) Bis Dezember 2006 wurden die Ergebnisse über Arbeitslose und Arbeitsuchende getrennt für XSozial und BA-Verfahren ausgewertet und anschließend addiert. Möglich blieb dabei eine potenzielle Doppelzählung durch überlappende Arbeitslosigkeits-/Arbeitsuchend-Perioden bei Trägern mit jeweils anderem Erfassungssystem, weil in diesen Fällen ein Rechts kreiswechsel nicht ermittelt werden konnte.

(b) Ab Januar 2007 Einführung einer integrierten Arbeitslosenstatistik. Die in den getrennten Verfahren erfassten bzw. über mittelten Arbeitslosigkeits-/Arbeitsuchend-Episoden werden in der BA-Statistik so zusammengeführt, dass ein überschneidungsfreier und stimmiger Verlauf der einzelnen Episoden von Arbeitslosigkeit und Arbeitsuche entsteht.

In aller Regel liefern die Jobcenter der zugelassene kommunale Träger ihre Daten zur Arbeitslosigkeit an die BA-Statistik. Dennoch können - aus unterschiedlichen Gründen - einzelne Monatsdaten nicht im plausiblen Bereich liegen. Zum Teil sind auch vollständige Datenausfälle zu verzeichnen. Um diese Informationslücken zu füllen, setzt die BA-Statistik ein Schätzmodell ein, das neben den Kennzahlen zur Arbeitslosigkeit auch ein begrenztes Merkmalsspektrum bereitstellt. Schätzwerte werden für Bestand bzw. Bewegungen (Zu- und Abgang) Arbeitsloser bzw. Arbeitsuchender auf Basis eines Fortschreibungsmodells ermittelt. Folgende Untergliederungen werden berücksichtig: Rechtskreis, Geschlecht, Alter (in 5-Jahresklassen), Staatsangehörigkeit (Deutsche/Ausländer), Schwerbehinderung (Ja/Nein) und Langzeitarbeitslosigkeit (Ja/Nein).

ILO-Erwerbsstatistik und SGB-Arbeitsmarktstatistik

Die ILO-Erwerbsstatistik des Statistischen Bundesamtes setzt die von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) formulierten, international anerkannten und angewandten Kriterien für die Differenzierung von Personen nach dem Erwerbsstatus um. Die Quelle der Erwerbslosendaten ist die Arbeitskräfteerhebung, die in Deutschland in den Mikrozensus integriert ist. Bei der Arbeitskräfteerhebung handelt es sich um eine Stichprobenerhebung (monatliche Befragung von 35.000 Personen), entsprechend sind die Hochrechnungsergebnisse mit einem Stichprobenzufallsfehler behaftet, der bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen ist. Die Originalergebnisse aus der Arbeitskräfteerhebung können erst ab Januar 2007 veröffentlicht werden. Da die Zeitreihe keine durchgehend regelmäßigen saisonalen Muster aufweist, wird vom Statistischen Bundesamt statt einer vollständigen Saisonbereinigung eine Trendschätzung durchgeführt. Eine Trendschätzung bereinigt die Zeitreihe nicht nur um saisonale, d.h. regelmäßig wiederkehrende, Schwankungen, sondern auch um irreguläre Effekte sowie zufallsbedingte und methodische Schwankungen.

Die Statistik nach dem ILO-Erwerbsstatuskonzept und die Arbeitsmarktstatistik nach dem Sozialgesetzbuch (SGB-Arbeitsmarktstatistik) haben eine auf den ersten Blick ähnliche Beschreibung von Erwerbslosigkeit bzw. Arbeitslosigkeit. In beiden Statistiken gelten jene Personen als arbeitslos oder erwerbslos, die ohne Arbeitsplatz sind, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und Arbeit suchen. Dass trotzdem die Erwerbslosigkeit des ILO-Erwerbsstatuskonzepts deutlich niedriger ausfällt als die Arbeitslosigkeit der SGB-Arbeitsmarktstatistik folgt daraus, dass die Begriffsmerkmale unterschiedlich konkretisiert und mit verschiedenen Methoden erhoben werden (vgl. Schaubild).

Ausführliche Informationen des Statistischen Bundesamtes zur ILO-Erwerbsstatistik sind unter http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Statistiken/Arbeitsmarkt/Arbeitsmarkt.psml zu finden.

Unterschiede von ILO-Erwerbsstatistik und SGB-Arbeitsmarktstatistik im Überblick

	ILO	SGB
Erhebung	- Bevölkerungsbefragung - Stichprobe - Monatsdurchschnitt - Plausibilitätsprüfung - zeitnahe Befragung durch Interviewer/in	- Meldung und Angaben bei einer Agentur für Arbeit, einer Arbeitsgemeinschaft oder einer optierenden Kommune - Totalerhebung - Stichtagswert - Angaben werden von einem Vermittler geprüft und beurteilt - Gespräch mit Vermittler kann länger zurückliegen
Aktive Suche, wenn	- eine Beschäftigung von mindestens einer Wochenstunde gesucht wird und - der Arbeitsuchende in den letzten vier Wochen spezifische Suchschritte unternommen hat	- eine Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden gesucht wird und - der Vermittler zu dem Ergebnis kommt, dass der Arbeitsuchende alle Möglichkeiten nutzt oder nutzen will, Beschäftigungslosigkeit zu beenden
Verfügbarkeit, wenn	- der Arbeitsuchende in den nächsten zwei Wochen eine neue Tätigkeit aufnehmen kann	- der Arbeitsuchende arbeitsbereit und arbeitsfähig ist, insbesondere Vermittlungsvorschlägen zeit- und ortsnah Folge leisten kann
Beschäftigungslosigkeit	- keine Beschäftigung ausgeübt wird (bzw. weniger als eine Wochenstunde)	- eine Beschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden ausgeübt wird

2c Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen

Die Statistik der BA zu den gemeldeten Arbeitsstellen umfasst die Arbeitsstellen für den ersten Arbeitsmarkt, die den Arbeitsagenturen und Jobcentern von den Arbeitgebern zur Vermittlung gemeldet wurden. Die gemeldeten Arbeitsstellen werden monatlich für den Stichtag und den Monatszeitraum erhoben. Dabei folgt die Statistik dem Konzept eines Stock-Flow-Modells. Zugänge, Bestände und Abgänge bilden konsistente Messgrößen, die im zeitlichen Verlauf der Beziehung folgen: < Bestand (t) = Bestand (t-1) + Zugang (t) – Abgang (t) >.

Die Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen ist eine Vollerhebung, in der alle Arbeitsstellen ausgezählt werden, die Arbeitgeber den Arbeitsagenturen und Jobcentern in gemeinsamen Einrichtungen gemeldet haben. Grundlage für die Statistik ist das Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem der BA (VerBIS), in das alle Informationen über Arbeitsstellenangebote im Rahmen der Geschäftsprozesse eingehen. Das operative Verfahren bietet Arbeitgebern verschiedene Möglichkeiten ihre Arbeitsstelle zu melden. Die Übermittlung von Stellenangeboten kann optional entweder (1) direkt, z.B. per e-mail, Telefon oder Fax, (2) über ein eigenes Nutzerkonto auf der JOBBÖRSE-Internetseite der BA und (3) schließlich über einen automatisierten Datenaustausch mittels der sogenannten HR-BA-XML-Schnittstelle erfolgen. Stellenangebote, die auf dem dritten Übertragungsweg via HR-BA-XML-Schnittstelle zur Vermittlung beauftragt sind, werden seit Januar 2013 in der Statistik berücksichtigt, nachdem durch vertragliche, prozessuale und technische Weiterentwicklungen die Datenqualität gesichert wurde.

BA-Registerstatistik zu den gemeldeten Arbeitsstellen und IAB-Stellenerhebung zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot

Die BA-Registerstatistik zu den gemeldeten Arbeitsstellen ist zu unterscheiden von der Stellenerhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die IAB-Stellenerhebung gibt einen umfassenderen Einblick in die gesamtwirtschaftlichen Such- und Besetzungsvorgänge. Sie umfasst auch die Stellen, die den Arbeitsagenturen und Jobcentern von den Betrieben nicht gemeldet werden. Informationen über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot und den davon gemeldeten Teil werden in der IAB-Stellenerhebung durch eine repräsentative Befragung von Betrieben gewonnen. Da sich die Befragung nur an eine Stichprobe von Betrieben richten kann, müssen die Ergebnisse hochgerechnet werden.

Das IAB setzt bei der Erhebung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots ab dem vierten Quartal 2015 ein neues, verbessertes Hochrechnungsverfahren ein. Die bisherigen Ergebnisse wurden rückwirkend bis zum Jahr 2000 revidiert. Im alten Hochrechnungsverfahren erfolgte eine Anpassung an die gemeldeten Stellen aus der BA-Registerstatistik, so dass die Zahl der als gemeldet angegebenen Stellen aus der IAB-Stellenerhebung und die Zahl der gemeldeten Stellen aus der BA-Registerstatistik verfahrensbedingt immer identisch sein mussten. Das neue Hochrechnungsverfahren verzichtet auf diese Anpassung.

Die hochgerechnete Zahl der als gemeldet angegebenen Stellen aus der IAB-Stellenerhebung liegt nach der neuen Hochrechnung unter der Zahl der gemeldeten Stellen aus der BA-Registerstatistik. Die Differenz zwischen IAB-Stellenerhebung und BA-Registerstatistik basiert auf methodischen Unterschieden in den beiden Erhebungen und auf Besonderheiten in der Zeitarbeitsbranche. In allen Wirtschaftsbereichen mit Ausnahme der Zeitarbeitsbranche liegen die Abweichungen im normalen Bereich und erklären sich vor allem durch unterschiedliche Stichtagskonzepte, den üblichen Stichprobenfehler und eine quasi-natürliche Zeitverzögerung bei der Abmeldung von Stellen aus dem Register (vgl. den nachfolgenden Überblick). Der wesentliche Teil der abweichenden Ergebnisse tritt in der Zeitarbeitsbranche auf und beruht auf deren besonderen Rekrutierungsverhalten. Stellenmeldungen aus der Zeitarbeitsbranche richten sich stärker auf erwartete Aufträge in der Zukunft. Es werden den Arbeitsagenturen oder Jobcentern auch Stellen gemeldet, wenn dahinter keine aktuell zu besetzende Stelle steht, oder Stellenangebote werden verzögert abgemeldet. Solche potenziellen Besetzungsbedarfe werden ordnungsgemäß als Aufträge zur Arbeitsvermittlung registriert, decken sich aber nicht mit den Befragungsergebnissen aus der IAB-Stellenerhebung.

Unterschiede zwischen BA-Registerstatistik und IAB-Stellenerhebung im Überblick

	BA-Registerstatistik	IAB-Stellenerhebung
Definition „gemeldete Stelle“	Meldung einer Suche nach neuen Mitarbeitern mit Vermittlungsauftrag an Arbeitsagentur oder Jobcenter	Aktuelle Suche nach neuen Mitarbeitern, Stelle zur Vermittlung bei Arbeitsagentur oder Jobcenter gemeldet
Erhebungsform	Totalerhebung - Meldung eines Betriebs	Stichprobe - Befragung eines Betriebs
Mögliche Gründe für Abweichungen	- Zeitverzögerte Ab-/Anmeldung - Stichtagsbezogene Verarbeitung der gemeldeten Stellen - Bildung von Bewerberpools oder ähnliches	- Stichprobenfehler - Non-Response - Befragungszeitpunkte sind über das jeweilige Quartal verteilt

In der IAB-Stellenerhebung wird auch die sogenannte Meldequote berechnet. Sie weist den Anteil der den Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldeten Stellen am gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot aus und ist ein Maß für die Einschaltung der Agenturen und Jobcenter in die Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt. Die Meldequote wird auf Basis der IAB-Stellenerhebung konsistent berechnet, indem die in der Befragung ermittelten gemeldeten Stellen auf das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot bezogen werden. Weil die Zahl der als gemeldet angegebenen Stellen aus der IAB-Erhebung von der Zahl der gemeldeten Stellen aus der BA-Registerstatistik abweicht, können die gemeldeten Stellen aus der BA-Registerstatistik nicht einfach mit der inversen Meldequote zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot hochgerechnet werden.

Ausführliche Informationen zur IAB-Stellenerhebung und zu den methodischen Unterschieden zwischen IAB-Stellenerhebung und BA-Registerstatistik sind enthalten im IAB-Forschungsbericht 4/2016: Revision der IAB-Stellenerhebung. Hintergründe, Methode und Ergebnisse. Weitere Informationen und laufende Ergebnisse sind über folgenden Link zu finden: http://www.iab.de/de/befragungen/stellenangebot.aspx

3. Statistische Hinweise zur Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Die Grundsicherungsstatistik und ihre Angaben zu leistungsberechtigten Personen und ihren Leistungen nach dem SGB II beruhen auf den operativen Daten der **IT-Fachverfahren** der gemeinsamen Einrichtungen und kommunalen Trägern. Die Daten zur Grundsicherung werden nach einer Wartezeit von drei Monaten festgeschrieben. Diese Wartezeit ist vor allem deshalb notwendig, weil so nachträgliche Bewilligungen, aber auch rückwirkende Aufhebungen von Leistungen noch berücksichtigt werden können. Damit für die Entwicklung zeitnahe Informationen zur Verfügung stehen, werden die Eckwerte für Bedarfsgemeinschaften sowie erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte auf einen erwarteten 3-Monatswert hochgerechnet. Im IT-Fachverfahren ALLEGRO (ALG II–Leistungsverfahren Grundsicherung Online) werden alle für die Gewährung von Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende relevanten Sachverhalte festgehalten. Daten, die für den Integrationsprozess wichtig sind, werden in dem operativen Vermittlungs-, Beratungs- und Informationssystem der BA **VerBIS** erfasst, darunter insbesondere der Kundenstatus „Arbeitslosigkeit“ oder künftig auswertbar auch die Gründe für Nichtaktivierung nach § 10 SGB II. Bewerber werden in VerBIS je nach Zuständigkeit entweder dem Rechtskreis SGB II oder dem Rechtskreis SGB III zugeordnet. VerBIS ist zusammen mit Datenlieferung von kommunalen Trägern über XSozial die Grundlage für die Arbeitslosenstatistik. Dabei erfolgt die statistische Aufbereitung von VerBIS- und XSozial-Daten jeweils zum Zähltag ohne Wartezeit.

Die Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II wird in der **Arbeitslosenstatistik** ermittelt. Die Arbeitslosen werden dort den beiden Rechtskreise SGB II und SGB III zugeordnet, die Summe ergibt die gesamte rechtskreisübergreifende Arbeitslosigkeit. Informationen zum Arbeitslosenstatus von Leistungsberechtigten in der Grundsicherung werden über die **kombinierte Auswertung von Grundsicherungs- und Arbeitslosenstatistik** ermittelt. Die Informationen aus beiden Systemen werden zusammengespielt, so dass für jeden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) der Bewerberstatus und weitere vermittlungsrelevante Sachverhalte festgestellt und in der Grundsicherungsstatistik ausgewiesen werden können. Allerdings ist diese Integration zurzeit nur auf Basis

von ALLEGRO und VerBIS und nicht für XSozial möglich; die Ergebnisse aus ALLEGRO und VerBIS werden deshalb proportional hochgerechnet. Vergleicht man die beiden Auswertungen, ergeben sich unterschiedliche Werte zu **Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und arbeitslose erwerbsfähigen Leistungsberechtigten**. Die Gründe dafür sind zeitverzögerte Erfassungen von Rechtskreiswechslern und kurzzeitige Leistungsunterbrechungen im Rechtskreis SGB II. Aus diesem Grund sind die beiden Begriffe „Arbeitslose im Rechtskreis SGB II“ und „arbeitslose erwerbsfähige Leistungsberechtigte“ nicht synonym zu verwenden. Auswertungen zu Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II dokumentieren, wie viele Arbeitslose im Rechtskreis SGB II betreut werden – unabhängig vom Leistungsstatus. Auswertungen zu erwerbsfähigen Leistungsberechtigten dokumentieren, wie viele dieser Personen arbeitslos sind. Ausführliche Erläuterungen finden sich in dem Methodenbericht „Messung der Arbeitslosigkeit in der Grundsicherung für Arbeitsuchende im SGB II“.

Begriffe aus dem Sozialgesetzbuch II

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) sind Personen im Alter von 15 Jahren bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze (sukzessive Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre), die erwerbsfähig und hilfebedürftig sind sowie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben. Erwerbsfähig ist, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der in der Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht aus eigenen Mitteln und vor allem nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit sichern kann. Erwerbsfähige Leistungsberechtigte umfassen Erwerbstätige, deren Einkommen nicht zur Deckung des Lebensunterhalts ausreicht, Arbeitslose und Personen, die aufgrund berechtigter Einschränkungen (z. B. Kinderbetreuung, Pflege eines Angehörigen, Schulbesuch) derzeit nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Eine **Bedarfsgemeinschaft (BG)** bezeichnet eine Konstellation von Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Von jedem Mitglied der Bedarfsgemeinschaft wird erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller Angehörigen der BG einsetzt (Ausnahme: Kinder). Es besteht eine sog. bedingte Einstandspflicht. Eine BG hat mindestens einen Leistungsberechtigten (LB) und kann aus mehreren Mitgliedern bestehen, wie z. B. Ehegatten bzw. Lebenspartner und Kinder soweit sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dabei ist zu beachten: Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft, zu der alle Personen gehören, die auf Dauer mit einer Bedarfsgemeinschaft in einem Haushalt leben. So zählen z. B. Großeltern und Enkelkinder sowie sonstige Verwandte und Verschwägerte nicht zur Bedarfsgemeinschaft.

Die **Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts** setzen sich zusammen aus Arbeitslosengeld II für erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) und Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) und umfassen den Regelbedarf, Leistungen für Mehrbedarfe, Kosten der Unterkunft sowie den bis zum 31.12.2010 befristeten Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld. Des Weiteren können noch Sozialversicherungsleistungen und weitere Leistungen in besonderen Lebenssituationen gewährt werden Die Höhe der jeweiligen Leistung richtet sich nach dem Gesamtbedarf abzüglich der jeweils anrechenbaren Einkommen und Vermögen.

Die **Leistungen zur Eingliederung in Arbeit** umfassen die meisten Leistungen der Arbeitsförderung aus dem SGB III, wie z. B. berufliche Weiterbildung, Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung und Eingliederungszuschüsse (aber nicht: Gründungszuschuss und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen). Für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die keine Arbeit finden, können Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden.

4. Hinweise zum Verständnis der Statistiken über den Ausbildungsstellenmarkt

4a. Allgemeines

Die Statistiken der BA sind die einzigen monatlich verfügbaren Informationen über Angebot und Nachfrage am Ausbildungsstellenmarkt, und zwar für beide Seiten des Marktes. Die Daten liegen in tiefer berufsfachlicher und regionaler Gliederung vor. Sowohl die Agenturen für Arbeit (AA) als auch die Träger der Grundsicherung (Jobcenter, JC) haben Ausbildungsvermittlung nach § 35 SGB III durchzuführen. Träger der Grundsicherung können diese Aufgabe durch die Arbeitsagenturen wahrnehmen lassen (§ 16 Abs. 4 SGB II). Die Ausbildungsmarktstatistik basiert auf Prozessdaten aus den operativen IT-Verfahren der BA und aus Datenlieferungen zugelassener kommunaler Trägern (zkT) über den Datenstandard XSozial-BA-SGB II.

Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass der Einschaltungsgrad (gemeldete Ausbildungsstellen und gemeldete Bewerber) gemessen an Gesamtangebot und Gesamtnachfrage sehr hoch ist. Ein nicht quantifizierbarer Teil der Inanspruchnahme durch Arbeitgeber und Jugendliche – insbesondere der freiwilligen Inanspruchnahme nach dem SGB III – richtet sich nach den jeweiligen Verhältnissen auf dem Ausbildungsmarkt. Bei wachsendem Nachfrageüberhang nutzen Ausbildungsbetriebe die Ausbildungsvermittlung seltener und später, die Jugendlichen jedoch häufiger und früher. Bei einem Angebotsüberhang verhält es sich umgekehrt. Daher sind direkte Rückschlüsse auf die absoluten Zahlen von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage nicht möglich.

Der absolute Umfang der Differenz zwischen gemeldeten Bewerbern und gemeldeten Ausbildungsstellen, der während des laufenden Berichtsjahres errechnet werden kann, sagt als solcher nichts über die Größe eines evtl. Defizits oder Überhangs an Ausbildungsstellen aus. Denn im Gegensatz zum Arbeitsmarkt ist der Ausbildungsmarkt nicht auf einen umgehenden Ausgleich von Angebot und Nachfrage gerichtet. Vielmehr orientieren sich Jugendliche und Ausbildungsbetriebe am regulären Beginn der Ausbildung im August und September. Deshalb liegen im Frühjahr in der Regel die Zahl der gemeldeten Bewerber und die der gemeldeten Ausbildungsstellen noch deutlich auseinander, was sich im Laufe des Vermittlungsjahres stark verändern kann. Verstärkt wird dies durch das erwähnte marktabhängige Meldeverhalten von Betrieben und Jugendlichen. Die rechnerische Differenz zwischen (unversorgten) Bewerbern und (unbesetzten) Ausbildungsstellen im Laufe des Berichtsjahres mit der Zahl der am Ende des Berichtsjahres voraussichtlich fehlenden oder unbesetzt bleibenden Ausbildungsplätzen gleichzusetzen, ist also nicht sachgerecht.

Viele Bewerber, die zunächst eine betriebliche Ausbildung anstreben (sei es ausschließlich oder vorrangig oder als eine von verschiedenen Möglichkeiten), schlagen letztlich andere Wege (Alternativen) ein. Selbst in Zeiten für Bewerber günstiger Ausbildungsplatzsituationen ist dies der Fall. Mangelt es an passenden Ausbildungsplätzen, weicht verständlicherweise ein wachsender Teil der Bewerber auf Ersatzlösungen aus. Eindeutige Zuordnungen und qualifizierte Differenzierungen nach den Ursachen für den alternativen Verbleib sind mit statistischen Mitteln nicht möglich.

Auch in einer schwierigen Situation auf dem Ausbildungsmarkt kann ein Teil der Ausbildungsstellen nicht besetzt werden, weil Angebot und Nachfrage in berufsfachlicher, regionaler und qualifikationsspezifischer Sicht divergieren. Infrastrukturelle Schwierigkeiten, insbesondere ungünstige Verkehrsbedingungen, spielen ebenfalls eine Rolle. Hinzu kommen Vorbehalte seitens der Jugendlichen gegenüber Ausbildungsbetrieben oder Branchen, aber auch Einstellungsverzichte von Arbeitgebern mangels aus ihrer Sicht geeigneter Bewerber. Zum Teil treten Jugendliche die ihnen zugesagte Lehrstellte aber auch nicht an oder sagen sie nicht rechtzeitig ab. Einige Betriebe finden dann nicht rechtzeitig einen passenden Nachfolger.

Auch nach dem 30.9., dem Beginn des Ausbildungsjahres, suchen zahlreiche Jugendliche weiterhin kurzfristig eine Ausbildung oder Alternative dazu. Die Gründe dafür sind vielfältig (z. B. keine Ausbildung gefunden oder eine Ausbildung abgebrochen). Im Rahmen der Nachvermittlungsaktion von Oktober bis Dezember sollen den Bewerbern noch Ausbildungsstellen, berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierungen oder andere Alternativen angeboten werden. Das Hauptaugenmerk der Berichterstattung liegt in diesem Zeitraum auf der aktuellen Situation der Bewerber und deren Verbleib zu den Stichtagen im November, Dezember und Januar.

Ausführliche Erläuterungen zu den Statistiken über die Ausbildungsvermittlung finden sich in den aktuellen Monatsheften der Statistik der Bundesagentur über den Ausbildungsstellenmarkt.

4b. Veröffentlichung von Gesamtergebnissen über Bewerber für Berufsausbildungsstellen

Ab dem Berichtsjahr 2008/2009 werden in der Statistik über Bewerber für Berufsausbildungsstellen Gesamtergebnisse publiziert, die durch Aufaddierung der Ergebnisse aus den Daten des BA-Verfahrens und den über den Datenstandard XSozial-BA-SGB II gemeldeten Daten der zugelassenen kommunalen Träger gewonnen werden. Eine alleinige Auswertung der Ergebnisse aus XSozial-BA-SGB II ist aufgrund der kleinen Fallzahlen auf regionaler Ebene für den Ausbildungsstellenmarkt nicht aussagekräftig.

Es sind zwischen dem BA-Verfahren und XSozial Überschneidungen möglich, die in ganz normalen und völlig richtigen Prozessen entstehen können, z. B. dann, wenn ein Bewerber von einer Agentur für Arbeit und zeitgleich oder zuvor oder danach von einem zugelassenen kommunalen Träger betreut wird. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bewerber ist die Zahl der Überschneidungsfälle gering.

Im Rahmen der Statistik der gemeldeten Berufsausbildungsstellen können ab Berichtsmonat März 2014 auch solche Stellen nachgewiesen werden, die Arbeitgeber in einer besonderen Kooperationsform direkt aus ihrem IT-System über eine XML-Schnittstelle in die Datenbank der BA übermitteln. Ein Methodenbericht erläutert die ersten statistischen Ergebnisse hierzu. Er ist im Internet über abrufbar: http://statistik.arbeitsagentur.de/ - Grundlagen – Methodenberichte – Ausbildungsstellenmarkt.

Die operativen Prozesse sowie die statistische Konzeption entsprechen denen für die Arbeitsstellen bzw. die Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen. Beschreibungen dazu sind in einem weiteren Methodenbericht „Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen - Berücksichtigung von Stellen aus dem automatisierten BA-Kooperationsverfahren“ im Internet abrufbar unter: http://statistik.arbeitsagentur.de/ - Grundlagen – Methodenberichte – Arbeitsmarkt.

Die Angaben zu den gemeldeten Ausbildungsstellen enthalten keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern. Nach Einschätzung der Statistik der BA dürften bei den zugelassenen kommunalen Träger nur wenig ungeförderte Ausbildungsstellen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) gemeldet sein, die nicht gleichzeitig bei den Jobcentern in gemeinsamer Einrichtung und Arbeitsagenturen erfasst sind. Deshalb wird der Bewerberzahl einschließlich zugelassener kommunaler Träger die Zahl der Ausbildungsstellen ohne zugelassene kommunale Träger gegenübergestellt. Die Statistik der BA beabsichtigt, über die bei den zugelassenen kommunalen Trägern gemeldeten Ausbildungsstellen ergänzende Informationen zur Verfügung zu stellen.

5. Statistische Hinweise zur Arbeitsmarktpolitik

Statistische Erfassung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen

Die statistische Erfassung der Inanspruchnahme arbeitsmarktpolitischer Leistungen wird erst nach drei Monaten endgültig abgeschlossen. Damit wird die Qualität der Daten deutlich verbessert, weil Nacherfassungen und Datenkorrekturen bis zu drei Monaten nach dem Berichtsmonat noch berücksichtigt werden können. Um trotzdem monatlich aktuell berichten zu können, werden die Ergebnisse des Berichtsmonats hochgerechnet, und zwar nach dem Verhältnis von vorläufigen zu endgültigen Werten in den zurückliegenden Monaten. Die aktuellen Ergebnisse sind deshalb für drei Monate als vorläufig anzusehen.

Aktivierungsquoten

Aktivierungsquoten erlauben einen Vergleich des Anteils der Geförderten zwischen verschiedenen Regionen oder Zeitpunkten. Die im Monatsbericht verwendete arbeitsmarktorientierte Aktivierungsquote setzt die Teilnehmenden an bestimmten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu den Maßnahmeteilnehmern plus Arbeitslosen in Beziehung. Sie kann nach den beiden Rechtskreisen SGB III und SGB II differenziert werden. Die Rechtskreiszuordnung richtet sich bei den Arbeitslosen nach dem jeweiligen Träger, der für die Betreuung des Arbeitslosen zuständig ist.

(vgl. Methodenbericht der Statistik der BA 2011/11. Aktivierung in den Rechtskreisen SGB III und SGB II. http://statistik.arbeitsagentur.de > Grundlagen > Methodenberichte > Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik).

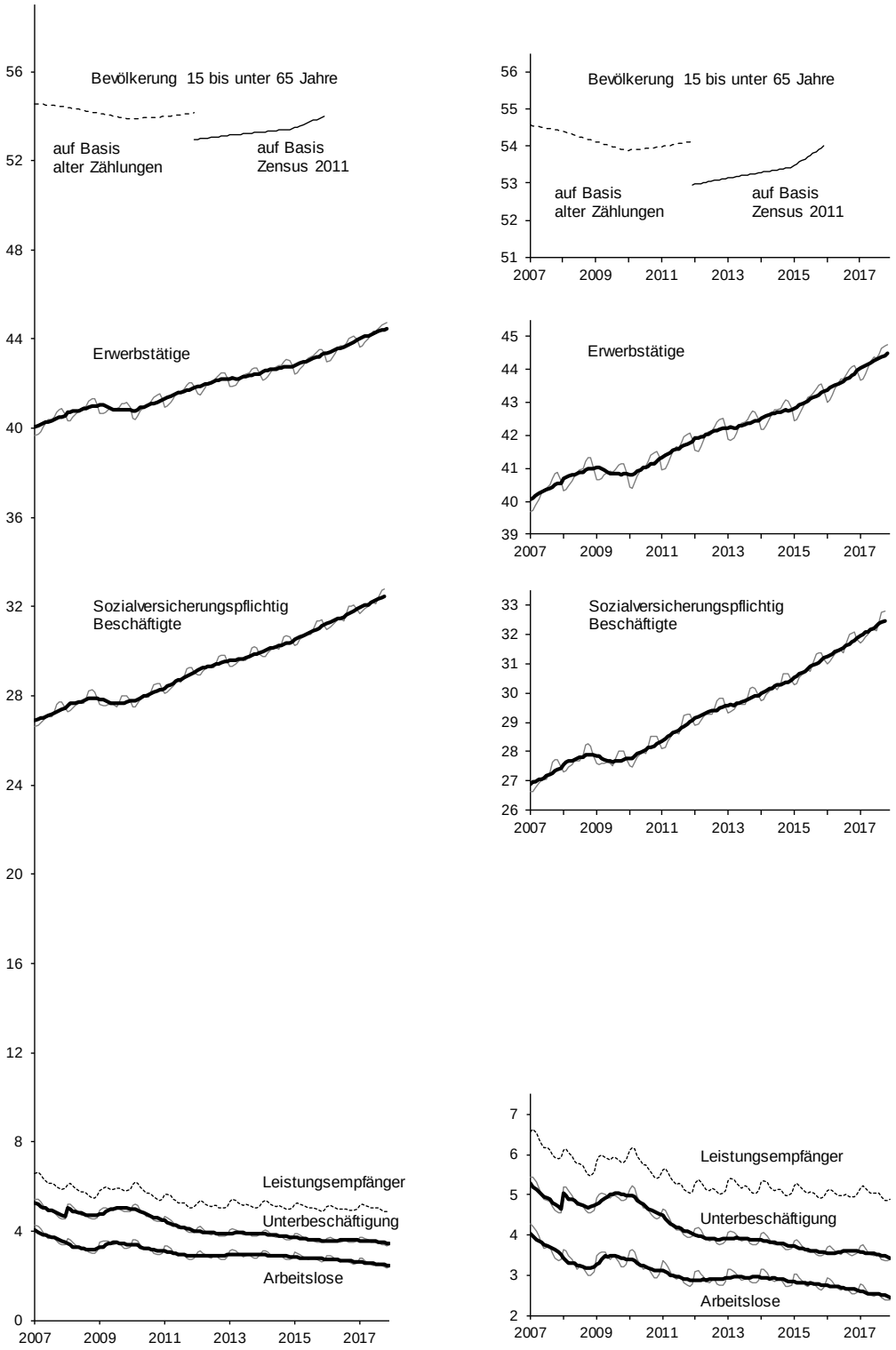
VI. Arbeitsmarkt Gesamtübersicht

Wichtige Größen des Arbeitsmarktes im Überblick

in Millionen

Deutschland

2007 bis 2017



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

VII. Tabellenanhang

Tabellen

Eckwerte des Arbeitsmarktes
1.1 Deutschland
1.2 Westdeutschland
1.3 Ostdeutschland
Erwerbstätigkeit
2 Deutschland
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte
3.1 Deutschland nach Ländern
3.2 Wirtschaftsabschnitte - Deutschland
Kurzarbeit
4.1 Bestand an Kurzarbeitern - Deutschland, West-, Ostdeutschland
4.2 Personen in Anzeigen zur konjunkturellen Kurzarbeit - Deutschland, West-, Ostdeutschland
Stellenangebot
5.1 Bestand gemeldete Arbeitsstellen - Deutschland
5.2 Bestand gemeldete Arbeitsstellen - Westdeutschland
5.3 Bestand gemeldete Arbeitsstellen - Ostdeutschland
Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
6.1 Bestand an Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten - Deutschland
6.2 Bestand an Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten - Westdeutschland
6.3 Bestand an Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten - Ostdeutschland
6.4 Zugang in Arbeitslosigkeit - Deutschland, West-, Ostdeutschland
6.5 Abgang aus Arbeitslosigkeit - Deutschland
6.6 Abgang aus Arbeitslosigkeit - West-, Ostdeutschland
6.7 Unterbeschäftigung - Deutschland
6.8 Unterbeschäftigung - Westdeutschland
6.9 Unterbeschäftigung - Ostdeutschland
Leistungsempfänger
7.1 Eckwerte zu Leistungsempfängern von Arbeitslosengeld - Deutschland
7.2 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II - Deutschland
7.3 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II - Westdeutschland
7.4 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II - Ostdeutschland
Arbeitsmarktpolitik
8.1 Bestand ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente
- für Personen im Rechtskreis SGB III und SGB II - Deutschland
8.2 Zugang ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente
- für Personen im Rechtskreis SGB III und SGB II - Deutschland
8.3 Bestand ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente
- für Personen im Rechtskreis SGB III - Deutschland
8.4 Zugang ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente
- für Personen im Rechtskreis SGB III - Deutschland
8.5 Bestand ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente
- für Personen im Rechtskreis SGB II - Deutschland
8.6 Zugang ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente
- für Personen im Rechtskreis SGB II - Deutschland
Ausbildungsmarkt
9 Bewerber für Berufsausbildungsstellen - Gesamtübersicht 5. Quartal - Deutschland, West-, Ostdeutschland
Arbeitsmarktzahlen 2013 bis 2017 und Ausbildungsmakt 2015 bis 2017
10.1 Eckwerte des Arbeitsmarktes - Deutschland
10.2 Eckwerte des Arbeitsmarktes - Westdeutschland
10.3 Eckwerte des Arbeitsmarktes - Ostdeutschland
10.4 Eckwerte des Ausbildungsmarktes

1.1 Eckwerte des Arbeitsmarktes

Deutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Merkmale	2017				Veränderung zum Vorjahresmonat (Arbeitslosen-/ Unterbeschäftigungsquote Vorjahreswerte)			
	Dezember	November	Oktober	September	Dezember		November	Oktober
					absolut	in %	in %	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Erwerbstätigkeit								
Erwerbstätige (Monatsdurchschnitt; Inland) [1]	…	44.744.000	44.711.000	44.637.000	…	…	1,4	1,4
Soz.-Verspfl. Beschäftigte (Hochgerechnet) [*]	…	…	32.787.500	32.739.500	…	…	…	2,3
Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III	2.384.961	2.368.411	2.388.711	2.448.910	-183.312	- 7,1	- 6,5	- 6,0
dar. 33,4% Rechtskreis SGB III [2]	795.817	772.208	771.777	800.455	10.493	1,3	2,1	2,0
66,6% Rechtskreis SGB II [2]	1.589.144	1.596.203	1.616.934	1.648.455	-193.805	- 10,9	- 10,1	- 9,3
55,1% Männer	1.314.245	1.292.957	1.299.506	1.329.562	-106.505	- 7,5	- 6,7	- 6,1
44,9% Frauen	1.070.714	1.075.449	1.089.195	1.119.337	-76.800	- 6,7	- 6,2	- 5,8
8,4% 15 bis unter 25 Jahre	201.379	203.755	215.175	239.545	-18.183	- 8,3	- 7,4	- 6,4
1,8% dar. 15 bis unter 20 Jahre	42.970	44.129	47.272	52.769	-4.508	- 9,5	- 8,6	- 7,1
21,5% 55 Jahre und älter	512.763	505.798	504.027	508.054	-21.736	- 4,1	- 4,1	- 3,7
26,2% Ausländer	624.261	625.273	633.263	647.900	-18.439	- 2,9	- 1,3	0,4
73,6% Deutsche	1.754.383	1.736.854	1.748.881	1.794.115	-164.600	- 8,6	- 8,2	- 8,1
6,6% schwerbehinderte Menschen	157.452	157.049	158.172	159.781	-6.620	- 4,0	- 4,3	- 3,7
Arbeitslosenquoten bezogen auf								
Alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt	5,3	5,3	5,4	5,5	5,8	-	5,7	5,8
dar. Männer	5,6	5,5	5,5	5,6	6,1	-	5,9	5,9
Frauen	5,1	5,1	5,2	5,3	5,5	-	5,5	5,5
15 bis unter 25 Jahre	4,5	4,5	4,8	5,3	4,9	-	4,9	5,1
15 bis unter 20 Jahre	3,2	3,3	3,6	4,0	3,7	-	3,7	3,9
55 bis unter 65 Jahre	6,0	5,9	5,9	5,9	6,5	-	6,4	6,4
Ausländer	13,6	13,6	13,8	14,1	15,2	-	15,0	15,0
Deutsche	4,4	4,3	4,4	4,5	4,8	-	4,7	4,8
Abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt	5,9	5,9	5,9	6,1	6,5	-	6,4	6,4
Unterbeschäftigung [3]								
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	2.741.983	2.726.288	2.742.607	2.801.774	-211.392	- 7,2	- 6,8	- 6,3
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	3.353.186	3.336.698	3.342.334	3.379.976	-163.808	- 4,7	- 4,2	- 3,7
Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	3.377.138	3.360.990	3.366.829	3.404.670	-164.754	- 4,7	- 4,2	- 3,7
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	7,4	7,4	7,4	7,5	7,9	-	7,8	7,8
Leistungsempfänger [3]								
Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	706.856	685.817	668.566	664.702	-50.306	- 6,6	- 3,8	- 5,2
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	4.271.899	4.277.932	4.299.483	4.324.934	-50.938	- 1,2	- 0,7	- 0,1
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.698.817	1.699.614	1.704.646	1.704.682	48.765	3,0	3,9	4,8
Hilfequote erwerbsfähige Leistungsberechtigte	7,8	7,9	7,9	7,9	7,9	-	7,9	7,9
Gemeldete Arbeitsstellen								
Zugang im Monat	181.514	203.270	203.886	194.379	373	0,2	8,4	- 0,2
Zugang seit Jahresbeginn	2.397.146	2.215.632	2.012.362	1.808.476	89.178	3,9	4,2	3,8
Bestand [4]	761.237	772.205	779.712	773.105	102.802	15,6	13,4	12,8
Stellenindex der BA (BA-X)	256	250	246	244	x	x	x	x
Teilnehmer an ausgewählten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik [3]	884.421	896.145	885.570	854.136	-51.636	- 5,5	- 6,9	- 5,6
dar. Aktivierung und berufliche Eingliederung	195.944	198.199	195.164	194.285	-42.708	- 17,9	- 19,0	- 16,8
Berufswahl und Berufsausbildung	210.637	206.483	199.634	175.004	4.505	2,2	1,7	2,4
Berufliche Weiterbildung	172.542	173.852	168.900	159.397	-3.512	- 2,0	- 4,2	- 3,4
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonderte Maßn. zur Teilhabe von	125.612	128.154	130.268	133.574	-7.210	- 5,4	- 6,1	- 4,0
Menschen mit Behinderung	70.424	74.668	74.458	73.251	-273	- 0,4	- 1,2	- 1,2
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	94.870	99.941	102.205	103.768	-1.093	- 1,1	- 3,6	- 3,2
Freie Förderung / Sonstige Förderung	14.392	14.848	14.941	14.857	-1.345	- 8,5	- 14,6	- 10,7
Saisonbereinigte Entwicklung zum Vormonat	Dez 17	Nov 17	Okt 17	Sep 17	Aug 17	Jul 17	Jun 17	Mai 17
Erwerbstätige (Inland) [1]	…	50.000	38.000	44.000	61.000	27.000	59.000	39.000
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	…	…	69.000	46.000	68.000	65.000	52.000	75.000
Arbeitslose	-29.000	-20.000	-13.000	-24.000	-8.000	-11.000	5.000	-9.000
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	-23.000	-21.000	-11.000	-20.000	-24.000	-13.000	1.000	-10.000
Gemeldete Arbeitsstellen	18.000	10.000	9.000	11.000	10.000	11.000	9.000	6.000
Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen EP	5,5	5,5	5,6	5,6	5,7	5,7	5,7	5,7
ILO Erwerbslosenquote [1]	…	3,6	3,7	3,7	3,7	3,7	3,8	3,8

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt
[2] Seit dem 1. Januar 2017 werden die sog. "Aufstocker" (Parallelbezieher von Alg und Alg II) vermittlerisch durch die Arbeitsagenturen betreut und deshalb künftig im Rechtskreis SGB III als arbeitslos gezählt (zuvor: im SGB II). Das muss bei der Interpretation von Vergleichen mit davor liegenden Zeiträumen berücksichtigt werden.
[3] Endgültige Werte stehen erst nach einer Wartezeit fest. Am aktuellen Rand können die Daten aufgrund von Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet werden. Im Deutschlandwert ist auch die Anzahl der Leistungsempfänger enthalten, die die Alg-Leistung im Ausland beziehen.
[4] Nach der IAB-Stellenerhebung waren den Arbeitsagenturen und Jobcentern im dritten Quartal 2017 53,2 Prozent des gesamten Stellenangebots gemeldet. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte ist eine einfache Hochrechnung der gemeldeten Arbeitsstellen mit der inversen Meldequote zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot nicht möglich.
*) Aufgrund rückwirkender Revision der Beschäftigtenstatistik können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen. Siehe methodische Hinweise.

1.2 Eckwerte des Arbeitsmarktes

Westdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Merkmale	2017				Veränderung zum Vorjahresmonat (Arbeitslosen-/ Unterbeschäftigungsquote Vorjahreswerte)			
	Dezember	November	Oktober	September	Dezember		November	Oktober
					absolut	in %	in %	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Erwerbstätigkeit								
Erwerbstätige (Monatsdurchschnitt; Inland) [1]	.	.	.	.	.	.	.	.
Soz.-Verspfl. Beschäftigte (Hochgerechnet) [*]	...	...	26.682.000	26.638.400	...	...	...	2,4
Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III	1.782.734	1.778.845	1.796.805	1.847.288	-114.276	- 6,0	- 5,3	- 4,9
dar. 34,7% Rechtskreis SGB III [2]	618.967	605.493	607.329	632.263	2.691	0,4	1,2	1,0
65,3% Rechtskreis SGB II [2]	1.163.767	1.173.352	1.189.476	1.215.025	-116.967	- 9,1	- 8,3	- 7,6
54,7% Männer	975.847	965.723	972.108	997.875	-69.450	- 6,6	- 5,7	- 5,3
45,3% Frauen	806.885	813.118	824.689	849.404	-44.819	- 5,3	- 4,7	- 4,4
8,8% 15 bis unter 25 Jahre	157.082	159.351	168.962	190.036	-15.311	- 8,9	- 7,9	- 6,9
1,8% dar. 15 bis unter 20 Jahre	31.852	32.917	35.616	40.525	-3.893	- 10,9	- 9,9	- 8,4
20,8% 55 Jahre und älter	369.920	367.694	366.915	370.278	-9.275	- 2,4	- 2,4	- 2,2
29,8% Ausländer	531.839	532.954	538.871	551.672	-16.457	- 3,0	- 1,3	0,2
69,9% Deutsche	1.247.005	1.242.029	1.253.897	1.291.226	-97.764	- 7,3	- 6,9	- 6,9
6,9% schwerbehinderte Menschen	123.019	123.143	124.024	125.324	-4.055	- 3,2	- 3,3	- 2,7
Arbeitslosenquoten bezogen auf								
Alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt	4,9	4,9	5,0	5,1	5,3	-	5,3	5,3
dar. Männer	5,1	5,0	5,1	5,2	5,5	-	5,4	5,4
Frauen	4,7	4,8	4,9	5,0	5,1	-	5,1	5,1
15 bis unter 25 Jahre	4,0	4,0	4,3	4,8	4,4	-	4,4	4,6
15 bis unter 20 Jahre	2,8	2,9	3,1	3,5	3,1	-	3,2	3,4
55 bis unter 65 Jahre	5,5	5,4	5,4	5,5	5,9	-	5,8	5,8
Ausländer	12,9	13,0	13,1	13,4	14,5	-	14,3	14,2
Deutsche	3,9	3,9	3,9	4,0	4,2	-	4,2	4,2
Abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt	5,5	5,4	5,5	5,6	5,9	-	5,8	5,9
Unterbeschäftigung [3]								
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	2.058.449	2.054.383	2.069.531	2.118.569	-134.541	- 6,1	- 5,7	- 5,2
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	2.508.739	2.498.730	2.504.086	2.533.081	-87.667	- 3,4	- 2,8	- 2,3
Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	2.526.769	2.517.025	2.522.487	2.551.599	-88.362	- 3,4	- 2,8	- 2,3
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	6,9	6,9	6,9	6,9	7,2	-	7,1	7,1
Leistungsempfänger [3]								
Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	550.805	541.150	525.985	520.243	-35.547	- 6,1	- 2,7	- 5,0
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	3.131.560	3.134.511	3.148.109	3.163.254	16.389	0,5	1,1	1,9
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.294.552	1.295.086	1.298.025	1.296.354	55.627	4,5	5,6	6,7
Hilfequote erwerbsfähige Leistungsberechtigte	7,1	7,1	7,1	7,2	7,1	-	7,1	7,0
Gemeldete Arbeitsstellen								
Zugang im Monat	148.359	163.985	165.887	157.966	2.479	1,7	8,4	0,6
Zugang seit Jahresbeginn	1.945.648	1.797.289	1.633.304	1.467.417	88.213	4,7	5,0	4,7
Bestand [4]	615.660	624.844	631.953	626.418	86.776	16,4	13,7	13,2
Stellenindex der BA (BA-X)	.	.	.	.	.	.	.	.
Teilnehmer an ausgewählten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik [3]	659.146	662.878	652.273	622.290	-38.016	- 5,5	- 6,7	- 5,1
dar. Aktivierung und berufliche Eingliederung	158.555	159.586	157.596	156.364	-34.976	- 18,1	- 19,0	- 16,4
Berufswahl und Berufsausbildung	166.736	163.483	157.904	136.664	2.907	1,8	1,4	2,3
Berufliche Weiterbildung	128.426	129.283	125.268	116.958	-835	- 0,6	- 3,0	- 2,3
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonderte Maßn. zur Teilhabe von	80.578	82.102	83.511	85.390	-5.490	- 6,4	- 7,1	- 4,8
Menschen mit Behinderung	54.656	57.961	57.876	56.848	-275	- 0,5	- 1,3	- 1,4
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	57.969	57.828	57.318	57.361	1.472	2,6	1,0	2,7
Freie Förderung / Sonstige Förderung	12.226	12.635	12.800	12.705	-819	- 6,3	- 14,3	- 9,4
Saisonbereinigte Entwicklung zum Vormonat	Dez 17	Nov 17	Okt 17	Sep 17	Aug 17	Jul 17	Jun 17	Mai 17
Erwerbstätige (Inland) [1]	.	.	.	.	.	.	.	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	...	...	57.000	36.000	56.000	53.000	45.000	65.000
Arbeitslose	-20.000	-12.000	-8.000	-18.000	-5.000	-7.000	3.000	-5.000
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	-16.000	-14.000	-4.000	-13.000	-16.000	-8.000	3.000	-5.000
Gemeldete Arbeitsstellen	16.000	8.000	7.000	9.000	9.000	9.000	8.000	5.000
Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen EP	5,1	5,1	5,2	5,2	5,2	5,2	5,3	5,3

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt
[2] Seit dem 1. Januar 2017 werden die sog. "Aufstocker" (Parallelbezieher von Alg und Alg II) vermittlerisch durch die Arbeitsagenturen betreut und deshalb künftig im Rechtskreis SGB III als arbeitslos gezählt (zuvor: im SGB II). Das muss bei der Interpretation von Vergleichen mit davor liegenden Zeiträumen berücksichtigt werden.
[3] Endgültige Werte stehen erst nach einer Wartezeit fest. Am aktuellen Rand können die Daten aufgrund von Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet werden. Im Deutschlandwert ist auch die Anzahl der Leistungsempfänger enthalten, die die Alg-Leistung im Ausland beziehen.
[4] Nach der IAB-Stellenerhebung waren den Arbeitsagenturen und Jobcentern im dritten Quartal 2017 51,3 Prozent des gesamten Stellenangebots gemeldet. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte ist eine einfache Hochrechnung der gemeldeten Arbeitsstellen mit der inversen Meldequote zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot nicht möglich.
[*] Aufgrund rückwirkender Revision der Beschäftigtenstatistik können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen. Siehe methodische Hinweise.

1.3 Eckwerte des Arbeitsmarktes

Ostdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Merkmale	2017				Veränderung zum Vorjahresmonat (Arbeitslosen-/ Unterbeschäftigungsquote Vorjahreswerte)			
	Dezember	November	Oktober	September	Dezember		November	Oktober
					absolut	in %	in %	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Erwerbstätigkeit								
Erwerbstätige (Monatsdurchschnitt; Inland) [1]	.	.	.	.	.	.	.	.
Soz.-Verspfl. Beschäftigte (Hochgerechnet) [*]	...	...	6.105.000	6.100.800	...	...	...	2,2
Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III	602.227	589.566	591.906	601.622	-69.036	- 10,3	- 9,9	- 9,2
dar. 29,4% Rechtskreis SGB III [2]	176.850	166.715	164.448	168.192	7.802	4,6	5,6	5,9
70,6% Rechtskreis SGB II [2]	425.377	422.851	427.458	433.430	-76.838	- 15,3	- 14,9	- 13,9
56,2% Männer	338.398	327.234	327.398	331.687	-37.055	- 9,9	- 9,4	- 8,6
43,8% Frauen	263.829	262.331	264.506	269.933	-31.981	- 10,8	- 10,6	- 9,9
7,4% 15 bis unter 25 Jahre	44.297	44.404	46.213	49.509	-2.872	- 6,1	- 5,4	- 4,4
1,8% dar. 15 bis unter 20 Jahre	11.118	11.212	11.656	12.244	-615	- 5,2	- 4,5	- 2,9
23,7% dar. 55 Jahre und älter	142.843	138.104	137.112	137.776	-12.461	- 8,0	- 8,4	- 7,5
15,3% Ausländer	92.422	92.319	94.392	96.228	-1.982	- 2,1	- 1,2	1,2
84,3% Deutsche	507.378	494.825	494.984	502.889	-66.836	- 11,6	- 11,4	- 11,0
5,7% schwerbehinderte Menschen	34.433	33.906	34.148	34.457	-2.565	- 6,9	- 8,1	- 7,0
Arbeitslosenquoten bezogen auf								
Alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt	7,1	7,0	7,0	7,1	8,0	-	7,8	7,7
dar. Männer	7,6	7,4	7,4	7,5	8,5	-	8,2	8,1
Frauen	6,6	6,6	6,6	6,8	7,4	-	7,3	7,3
15 bis unter 25 Jahre	7,7	7,7	8,0	8,6	8,1	-	8,0	8,3
15 bis unter 20 Jahre	6,5	6,6	6,8	7,2	7,7	-	7,7	7,8
55 bis unter 65 Jahre	7,9	7,6	7,6	7,6	8,9	-	8,6	8,5
Ausländer	18,7	18,7	19,1	19,5	21,8	-	21,6	21,6
Deutsche	6,4	6,2	6,2	6,3	7,2	-	7,0	7,0
Abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt	8,0	7,8	7,8	7,9	8,9	-	8,7	8,6
Unterbeschäftigung [3]								
Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	683.508	671.879	673.062	683.201	-76.874	- 10,1	- 10,1	- 9,4
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	844.421	837.942	838.234	846.891	-76.164	- 8,3	- 8,1	- 7,6
Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	850.339	843.935	844.326	853.065	-76.416	- 8,2	- 8,1	- 7,6
Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	9,9	9,8	9,8	9,9	10,8	-	10,7	10,6
Leistungsempfänger [3]								
Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	154.104	142.860	140.792	142.652	-15.045	- 8,9	- 7,9	- 6,2
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.140.339	1.143.421	1.151.374	1.161.680	-67.327	- 5,6	- 5,5	- 5,1
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	404.266	404.528	406.621	408.328	-6.861	- 1,7	- 1,2	- 0,7
Hilfequote erwerbsfähige Leistungsberechtigte	10,9	10,9	11,0	11,1	11,6	-	11,6	11,6
Gemeldete Arbeitsstellen								
Zugang im Monat	32.966	39.018	37.690	36.155	-1.889	- 5,4	8,9	- 3,4
Zugang seit Jahresbeginn	447.855	414.889	375.871	338.181	1.251	0,3	0,8	- 0,0
Bestand [4]	143.469	145.117	145.434	144.319	16.004	12,6	12,2	11,0
Stellenindex der BA (BA-X)	.	.	.	.	.	.	.	.
Teilnehmer an ausgewählten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik [3]	225.073	233.076	233.133	231.717	-13.688	- 5,7	- 7,4	- 6,9
dar. Aktivierung und berufliche Eingliederung	37.363	38.587	37.554	37.917	-7.755	- 17,2	- 19,2	- 18,6
Berufswahl und Berufsausbildung	43.837	42.941	41.671	38.287	1.593	3,8	2,8	2,9
Berufliche Weiterbildung	44.045	44.500	43.577	42.393	-2.690	- 5,8	- 7,5	- 6,5
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit besonderte Maßn. zur Teilhabe von	44.998	46.020	46.726	48.161	-1.745	- 3,7	- 4,4	- 2,7
Menschen mit Behinderung	15.763	16.702	16.577	16.400	0	-	- 0,9	- 0,5
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	36.901	42.113	44.887	46.407	-2.565	- 6,5	- 9,2	- 9,8
Freie Förderung / Sonstige Förderung	2.166	2.213	2.141	2.152	-526	- 19,5	- 16,4	- 17,3
Saisonbereinigte Entwicklung zum Vormonat	Dez 17	Nov 17	Okt 17	Sep 17	Aug 17	Jul 17	Jun 17	Mai 17
Erwerbstätige (Inland) [1]	.	.	.	.	.	.	.	.
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	...	...	12.000	10.000	12.000	13.000	7.000	11.000
Arbeitslose	-8.000	-8.000	-5.000	-6.000	-2.000	-4.000	2.000	-4.000
Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	-7.000	-7.000	-7.000	-7.000	-8.000	-6.000	-2.000	-5.000
Gemeldete Arbeitsstellen	2.000	2.000	2.000	2.000	1.000	2.000	1.000	1.000
Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen EP	7,2	7,3	7,4	7,5	7,5	7,6	7,6	7,6

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt
[2] Seit dem 1. Januar 2017 werden die sog. "Aufstocker" (Parallelbezieher von Alg und Alg II) vermittlerisch durch die Arbeitsagenturen betreut und deshalb künftig im Rechtskreis SGB III als arbeitslos gezählt (zuvor: im SGB II). Das muss bei der Interpretation von Vergleichen mit davor liegenden Zeiträumen berücksichtigt werden.
[3] Endgültige Werte stehen erst nach einer Wartezeit fest. Am aktuellen Rand können die Daten aufgrund von Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet werden. Im Deutschlandwert ist auch die Anzahl der Leistungsempfänger enthalten, die die Alg-Leistung im Ausland beziehen.
[4] Nach der IAB-Stellenerhebung waren den Arbeitsagenturen und Jobcentern im dritten Quartal 2017 59,7 Prozent des gesamten Stellenangebots gemeldet. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte ist eine einfache Hochrechnung der gemeldeten Arbeitsstellen mit der inversen Meldequote zum gesamtwirtschaftlichen Stellenangebot nicht möglich.
[*] Aufgrund rückwirkender Revision der Beschäftigtenstatistik können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen. Siehe methodische Hinweise.

2. Erwerbstätigkeit

Deutschland
November 2017, Datenstand: November 2017

Jahr / Monat [1]		Erwerbstätige im Inland (Arbeitsort)							
		Ursprungswerte					Saisonbereinigte Werte		
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr(esmonat)		Veränderung zum Vormonat		Insgesamt	Veränderung zum Vormonat	
		in Tausend		in %	in Tausend	in %	in Tausend		in %
		1	2	3	4	5	6	7	8
Jahr	2014	42.672	353	0,6	x	x	.	.	.
Jahr	2015	43.069	398	0,8	x	x	.	.	.
Jahr	2016	43.638	569	0,9	x	x	.	.	.
2015	Januar	42.444	276	0,7	-369	-0,9	42.803	24	0,1
	Februar	42.470	280	0,7	26	0,1	42.842	39	0,1
	März	42.638	335	0,8	168	0,4	42.910	68	0,2
	April	42.832	333	0,8	194	0,5	42.963	53	0,1
	Mai	43.013	355	0,8	181	0,4	42.998	35	0,1
	Juni	43.150	385	0,9	137	0,3	43.050	52	0,1
	Juli	43.190	398	0,9	40	0,1	43.113	63	0,1
	August	43.245	430	1,0	55	0,1	43.135	22	0,1
	September	43.422	446	1,0	177	0,4	43.179	44	0,1
	Oktober	43.508	443	1,0	86	0,2	43.217	38	0,1
	November	43.545	528	1,2	37	0,1	43.284	67	0,2
	Dezember	43.374	561	1,3	-171	-0,4	43.341	57	0,1
2016	Januar	43.005	561	1,3	-369	-0,9	43.370	29	0,1
	Februar	43.059	589	1,4	54	0,1	43.431	61	0,1
	März	43.224	586	1,4	165	0,4	43.489	58	0,1
	April	43.388	556	1,3	164	0,4	43.515	26	0,1
	Mai	43.577	564	1,3	189	0,4	43.562	47	0,1
	Juni	43.707	557	1,3	130	0,3	43.601	39	0,1
	Juli	43.689	499	1,2	-18	0,0	43.617	16	0,0
	August	43.807	562	1,3	118	0,3	43.697	80	0,2
	September	43.999	577	1,3	192	0,4	43.754	57	0,1
	Oktober	44.086	578	1,3	87	0,2	43.801	47	0,1
	November	44.131	586	1,3	45	0,1	43.870	69	0,2
	Dezember	43.982	608	1,4	-149	-0,3	43.947	77	0,2
2017	Januar	43.656	651	1,5	-326	-0,7	44.025	78	0,2
	Februar	43.704	645	1,5	48	0,1	44.079	54	0,1
	März	43.861	637	1,5	157	0,4	44.123	44	0,1
	April	44.035	647	1,5	174	0,4	44.160	37	0,1
	Mai	44.215	638	1,5	180	0,4	44.199	39	0,1
	Juni	44.367	660	1,5	152	0,3	44.258	59	0,1
	Juli	44.351	662	1,5	-16	0,0	44.285	27	0,1
	August	44.457	650	1,5	106	0,2	44.346	61	0,1
	September	44.637	638	1,5	180	0,4	44.390	44	0,1
	Oktober	44.711	625	1,4	74	0,2	44.428	38	0,1
	November	44.744	613	1,4	33	0,1	44.478	50	0,1
	Dezember								

Quelle: Statistisches Bundesamt

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] vorläufiges Ergebnis

3.1 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte

Deutschland nach Ländern
Oktober 2017, Datenstand: Oktober 2017

Regionen	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte								
	auf 6-Monatswert hochgerechneter ...[1]			6-Monatswert		Vergleich 2-Monatswert (Sp. 1) zum			
	2-Monats-wert	3-Monatswert				Vorjahr		Vormonat	
	2017			2017					
	Oktober	September	August	Juni	Mai	abs.	%	abs.	%
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
Deutschland	32.787.500	32.739.500	32.409.700	32.164.973	32.131.343	743.000	2,3	48.000	0,1
Westdeutschland	26.682.000	26.638.400	26.362.700	26.160.260	26.135.840	615.800	2,4	43.600	0,2
Ostdeutschland	6.105.000	6.100.800	6.046.300	6.003.194	5.993.662	129.400	2,2	4.200	0,1
01 Schleswig-Holstein	984.400	984.200	975.300	964.957	963.086	22.900	2,4	200	0,0
02 Hamburg	967.800	966.000	960.500	952.959	952.584	19.100	2,0	1.800	0,2
03 Niedersachsen	2.962.100	2.960.100	2.945.300	2.894.119	2.897.146	62.600	2,2	2.000	0,1
04 Bremen	330.500	331.100	328.600	325.375	325.260	5.500	1,7	-600	- 0,2
05 Nordrhein-Westfalen	6.841.000	6.825.500	6.772.200	6.698.306	6.692.545	156.000	2,3	15.500	0,2
06 Hessen	2.573.900	2.570.100	2.552.400	2.524.156	2.522.425	62.700	2,5	3.800	0,1
07 Rheinland-Pfalz	1.417.400	1.416.300	1.407.900	1.388.764	1.388.897	28.300	2,0	1.100	0,1
08 Baden-Württemberg	4.653.300	4.642.300	4.569.400	4.566.739	4.560.588	112.200	2,5	11.000	0,2
09 Bayern	5.560.700	5.552.600	5.462.500	5.460.683	5.449.081	141.600	2,6	8.100	0,1
10 Saarland	391.300	390.600	388.800	384.202	384.228	5.400	1,4	700	0,2
11 Berlin	1.457.900	1.452.900	1.435.300	1.426.462	1.421.372	58.900	4,2	5.000	0,3
12 Brandenburg	846.400	845.100	838.000	834.579	833.289	15.900	1,9	1.300	0,2
13 Mecklenburg-Vorpommern	574.900	576.400	570.200	567.650	566.041	9.700	1,7	-1.500	- 0,3
14 Sachsen	1.610.700	1.608.200	1.594.600	1.580.184	1.578.777	31.000	2,0	2.500	0,2
15 Sachsen-Anhalt	804.500	804.800	799.800	792.591	792.621	8.100	1,0	-300	- 0,0
16 Thüringen	810.500	813.500	809.000	801.728	801.562	5.500	0,7	-3.000	- 0,4

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] vorläufige Ergebnisse

3.2 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten

Deutschland
Oktober 2017, Datenstand: Oktober 2017

Wirtschaftsabschnitte WZ 2008		Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte								
		auf 6-Monatswert hochgerechneter ...[1]			6-Monatswert		Vergleich 2-Monatswert (Sp. 1) zum			
		2-Monats-wert	3-Monatswert				Vorjahr		Vormonat	
		2017			2017					
		Oktober	September	August	Juni	Mai	abs.	%	abs.	%
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	A	246.200	252.600	248.100	248.052	246.904	1.100	0,4	-6.400	- 2,5
Bergbau, Energie- u. Wasserversorg., Entsorgungswirtschaft	B, D, E	542.000	543.100	540.000	538.768	538.879	1.300	0,2	-1.100	- 0,2
Verarbeitendes Gewerbe	C	6.885.400	6.882.400	6.825.200	6.797.172	6.791.628	74.100	1,1	3.000	0,0
dav. Herst. v. überw. häuslich konsumierten Gütern	10-15, 18, 21, 31	1.239.800	1.240.700	1.231.200	1.224.689	1.223.362	-1.400	- 0,1	-900	- 0,1
Metall- und Elektroindustrie sowie	24-30, 32, 33	4.447.600	4.444.400	4.405.500	4.392.176	4.388.799	54.500	1,2	3.200	0,1
Herst. v. Vorleistungsgütern, insb. v. chem. Erzeugnissen- u Kunststoffwaren	16, 17, 19, 20, 22, 23	1.198.000	1.197.300	1.188.500	1.180.307	1.179.467	20.900	1,8	700	0,1
Baugewerbe	F	1.847.700	1.848.000	1.825.600	1.798.954	1.793.563	46.000	2,6	-300	- 0,0
Handel, Instandhaltung, Rep. von Kfz	G	4.478.300	4.471.800	4.433.900	4.380.223	4.386.598	68.000	1,5	6.500	0,1
Verkehr und Lagerei	H	1.758.500	1.751.100	1.733.900	1.713.157	1.710.271	65.100	3,8	7.400	0,4
Gastgewerbe	I	1.062.300	1.076.100	1.073.800	1.062.982	1.057.188	28.600	2,8	-13.800	- 1,3
Information und Kommunikation	J	1.050.300	1.044.700	1.035.700	1.027.486	1.022.631	51.700	5,2	5.600	0,5
Erbr. von Finanz- u. Versicherungsdienstl.	K	982.400	984.300	979.000	975.126	979.564	-15.400	- 1,5	-1.900	- 0,2
Immobilien, freiberufl., wissenschaftl. u. techn. Dienstleistungen	L,M	2.454.500	2.440.800	2.421.200	2.397.099	2.392.831	109.500	4,7	13.700	0,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	N ohne ANÜ	1.524.300	1.523.000	1.511.000	1.478.978	1.471.074	67.600	4,6	1.300	0,1
Arbeitnehmerüberlassung [2]	782, 783	901.600	901.600	896.200	878.335	858.626	30.700	3,5	0	-
Öffentl. Verw., Verteidigung, Soz.-vers., Ext.Orga.	O, U	1.809.700	1.807.400	1.789.500	1.780.281	1.780.882	27.700	1,6	2.300	0,1
Erziehung und Unterricht	P	1.274.600	1.268.300	1.239.100	1.249.260	1.254.095	38.400	3,1	6.300	0,5
Gesundheitswesen	86	2.450.000	2.437.500	2.411.200	2.397.172	2.400.582	50.900	2,1	12.500	0,5
Heime und Sozialwesen	88	2.341.300	2.328.400	2.281.100	2.278.864	2.280.313	81.000	3,6	12.900	0,6
Sonst. Dienstleistungen, private Haushalte	R, S, T	1.178.000	1.177.800	1.164.600	1.161.515	1.163.844	18.000	1,5	200	0,0
Nicht Zugeordnete		400	600	600	1.549	1.870	-1.200	-	-200	-
Insgesamt		32.787.500	32.739.500	32.409.700	32.164.973	32.131.343	743.000	2,3	48.000	0,1
darunter (nach Sektoren)										
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	A	246.200	252.600	248.100	248.052	246.904	1.100	0,4	-6.400	- 2,5
Produzierendes Gewerbe	B bis F	9.275.100	9.273.500	9.190.800	9.134.894	9.124.070	121.400	1,3	1.600	0,0
Dienstleistungsbereiche	G bis U	23.265.800	23.212.800	22.970.200	22.780.478	22.758.499	621.700	2,7	53.000	0,2

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] vorläufige Ergebnisse

4.1 Bestand an Kurzarbeitern

Deutschland, West- und Ostdeutschland
Juni 2017, Datenstand: Dezember 2017

Endgültige Angaben zur realisierten Kurzarbeit liegen erst mit einer Wartezeit von 5 Monaten vor.

Jahr / Monat		Bestand an Kurzarbeitern [1]								
		Deutschland [2]			Westdeutschland			Ostdeutschland		
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat	
			absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Jahr	2014 [3]	133.604	-57.241	-30,0	103.444	-41.573	-28,7	30.159	-15.668	-34,2
Jahr	2015 [3]	129.625	-3.979	-3,0	103.371	-74	-0,1	26.254	-3.905	-12,9
Jahr	2016 [3]	127.811	-1.813	-1,4	100.480	-2.891	-2,8	27.331	1.077	4,1
2015	Januar	326.560	-26.965	-7,6	256.231	-12.824	-4,8	70.329	-14.141	-16,7
	Februar	351.530	-3.063	-0,9	274.494	24.256	9,7	77.036	-27.319	-26,2
	März	251.213	48.894	24,2	191.621	39.185	25,7	59.592	9.709	19,5
	April	66.744	-10.446	-13,5	55.344	-7.441	-11,9	11.400	-3.005	-20,9
	Mai	57.367	-14.723	-20,4	48.190	-11.089	-18,7	9.177	-3.634	-28,4
	Juni	58.710	-7.501	-11,3	48.866	-6.397	-11,6	9.844	-1.104	-10,1
	Juli	48.825	-4.906	-9,1	41.424	-3.347	-7,5	7.401	-1.559	-17,4
	August	39.833	-4.533	-10,2	33.972	-2.044	-5,7	5.861	-2.489	-29,8
	September	51.484	836	1,7	42.815	620	1,5	8.669	216	2,6
	Oktober	60.536	-583	-1,0	50.359	-1.756	-3,4	10.177	1.173	13,0
	November	65.634	2.243	3,5	55.506	1.542	2,9	10.128	701	7,4
	Dezember	177.060	-27.002	-13,2	141.626	-21.589	-13,2	35.434	-5.413	-13,3
2016	Januar	342.648	16.088	4,9	263.685	7.454	2,9	78.963	8.634	12,3
	Februar	342.967	-8.563	-2,4	268.129	-6.365	-2,3	74.838	-2.198	-2,9
	März	251.670	457	0,2	192.703	1.082	0,6	58.967	-625	-1,0
	April	66.726	-18	0,0	54.884	-460	-0,8	11.842	442	3,9
	Mai	56.664	-703	-1,2	45.920	-2.270	-4,7	10.744	1.567	17,1
	Juni	53.933	-4.777	-8,1	44.283	-4.583	-9,4	9.650	-194	-2,0
	Juli	42.549	-6.276	-12,9	36.460	-4.964	-12,0	6.089	-1.312	-17,7
	August	49.723	9.890	24,8	40.090	6.118	18,0	9.633	3.772	64,4
	September	46.407	-5.077	-9,9	37.268	-5.547	-13,0	9.139	470	5,4
	Oktober	50.354	-10.182	-16,8	41.008	-9.351	-18,6	9.346	-831	-8,2
	November	51.865	-13.769	-21,0	42.296	-13.210	-23,8	9.569	-559	-5,5
	Dezember	178.230	1.170	0,7	139.035	-2.591	-1,8	39.195	3.761	10,6
2017	Januar	370.405	27.757	8,1	290.882	27.197	10,3	79.523	560	0,7
	Februar	335.227	-7.740	-2,3	253.084	-15.045	-5,6	82.143	7.305	9,8
	März	216.101	-35.569	-14,1	171.258	-21.445	-11,1	44.843	-14.124	-24,0
	April	39.227	-27.499	-41,2	31.731	-23.153	-42,2	7.496	-4.346	-36,7
	Mai	36.262	-20.402	-36,0	29.490	-16.430	-35,8	6.772	-3.972	-37,0
	Juni	33.304	-20.629	-38,2	27.313	-16.970	-38,3	5.991	-3.659	-37,9
	Juli									
	August									
	September									
	Oktober									
	November									
	Dezember									

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Die Statistik über Kurzarbeit wurde im Mai 2017 rückwirkend für alle Berichtsmonate ab November 2011 revidiert. Die Kurzarbeit insgesamt war, wegen den fehlenden Angaben zur witterungsbedingten Saison-Kurzarbeit, bisher als Summe aus konjunktureller Kurzarbeit, Transfer-Kurzarbeit und wirtschaftlich bedingter Saison-Kurzarbeit definiert. Nach der Revision setzt sie sich aus der konjunkturellen Kurzarbeit, der Transfer-Kurzarbeit und der Saison-Kurzarbeit insgesamt zusammen. Einen Revisionseffekt gibt es nur in den Schlechtwettermonaten von Dezember bis März. Die Berücksichtigung der witterungsbedingten Saison-Kurzarbeit führt allerdings in diesen Zeiträumen zu einem Anstieg von durchschnittlich etwa 90 Prozent gegenüber bisher berichteten Werten zur Kurzarbeit insgesamt.

[2] Die Werte für Deutschland beinhalten auch die Fälle, die in politischer Gliederung nicht differenziert werden können.

[3] Jahresdurchschnittswerte

Hinweis: Die Daten ab Januar 2009 wurden im Rahmen der neuen Kurzarbeiterstatistik ermittelt, die auf Auswertungen aus den von den Betrieben eingereichter Abrechnungslisten über realisierte Kurzarbeit in den zurück liegenden Monaten beruht.
Die Datenbasis wurde im Juli 2017 neu aufgebaut, was zu geringen regionalen und wirtschaftsfachlichen Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Werten führen kann.

4.2 Personen in Anzeigen zur konjunkturellen Kurzarbeit

Deutschland, West- und Ostdeutschland
November 2017, Datenstand: Dezember 2017

Jahr / Monat		Personen in Anzeigen zur konjunkturellen Kurzarbeit (§ 96 SGB III)								
		Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat	
			absolut	in %		absolut	in %		absolut	in %
		1	2	3	4	5	6	7	8	9
Jahr	2014 [1]	21.612	- 10.764	- 33,2	17.164	- 6.555	- 27,6	4.447	- 4.209	- 48,6
Jahr	2015 [1]	18.818	- 2.794	- 12,9	14.720	- 2.444	- 14,2	4.098	- 349	- 7,9
Jahr	2016 [1]	17.690	- 1.128	- 6,0	14.126	- 595	- 4,0	3.564	- 534	- 13,0
2015	Januar	15.506	- 10.233	- 39,8	11.243	- 9.069	- 44,6	4.263	- 1.164	- 21,4
	Februar	19.997	- 2.242	- 10,1	14.835	- 1.757	- 10,6	5.162	- 485	- 8,6
	März	19.547	- 2.633	- 11,9	15.831	- 1.218	- 7,1	3.716	- 1.415	- 27,6
	April	26.645	- 7.865	- 22,8	20.391	- 6.605	- 24,5	6.254	- 1.260	- 16,8
	Mai	15.962	- 4.966	- 23,7	12.205	- 3.999	- 24,7	3.757	- 967	- 20,5
	Juni	15.068	- 1.279	- 7,8	11.579	- 1.129	- 8,9	3.489	- 150	- 4,1
	Juli	12.620	- 1.948	- 13,4	9.832	- 1.548	- 13,6	2.788	- 400	- 12,5
	August	10.867	- 627	- 5,5	8.798	161	1,9	2.069	- 788	- 27,6
	September	23.645	2.256	10,5	18.870	580	3,2	4.775	1.676	54,1
	Oktober	24.417	- 1.642	- 6,3	19.833	- 2.475	- 11,1	4.584	833	22,2
	November	19.501	- 2.566	- 11,6	16.200	- 2.139	- 11,7	3.301	- 427	- 11,5
	Dezember	22.041	222	1,0	17.025	- 133	- 0,8	5.016	355	7,6
2016	Januar	17.553	2.047	13,2	13.198	1.955	17,4	4.355	92	2,2
	Februar	21.961	1.964	9,8	17.681	2.846	19,2	4.280	- 882	- 17,1
	März	18.967	- 580	- 3,0	13.396	- 2.435	- 15,4	5.571	1.855	49,9
	April	23.737	- 2.908	- 10,9	18.189	- 2.202	- 10,8	5.548	- 706	- 11,3
	Mai	15.935	- 27	- 0,2	12.787	582	4,8	3.148	- 609	- 16,2
	Juni	13.347	- 1.721	- 11,4	11.148	- 431	- 3,7	2.199	- 1.290	- 37,0
	Juli	11.400	- 1.220	- 9,7	9.658	- 174	- 1,8	1.742	- 1.046	- 37,5
	August	20.448	9.581	88,2	17.055	8.257	93,9	3.393	1.324	64,0
	September	19.272	- 4.373	- 18,5	15.868	- 3.002	- 15,9	3.404	- 1.371	- 28,7
	Oktober	16.565	- 7.852	- 32,2	13.431	- 6.402	- 32,3	3.134	- 1.450	- 31,6
	November	18.293	- 1.208	- 6,2	15.234	- 966	- 6,0	3.059	- 242	- 7,3
	Dezember	14.800	- 7.241	- 32,9	11.861	- 5.164	- 30,3	2.939	- 2.077	- 41,4
2017	Januar	20.510	2.957	16,8	17.216	4.018	30,4	3.294	- 1.061	- 24,4
	Februar	13.818	- 8.143	- 37,1	11.736	- 5.945	- 33,6	2.082	- 2.198	- 51,4
	März	11.725	- 7.242	- 38,2	9.705	- 3.691	- 27,6	2.020	- 3.551	- 63,7
	April	12.662	- 11.075	- 46,7	8.902	- 9.287	- 51,1	3.760	- 1.788	- 32,2
	Mai	11.313	- 4.622	- 29,0	9.937	- 2.850	- 22,3	1.376	- 1.772	- 56,3
	Juni	7.904	- 5.443	- 40,8	6.457	- 4.691	- 42,1	1.447	- 752	- 34,2
	Juli	6.374	- 5.026	- 44,1	4.741	- 4.917	- 50,9	1.633	- 109	- 6,3
	August	6.253	- 14.195	- 69,4	5.104	- 11.951	- 70,1	1.149	- 2.244	- 66,1
	September	5.929	- 13.343	- 69,2	4.478	- 11.390	- 71,8	1.451	- 1.953	- 57,4
	Oktober	7.129	- 9.436	- 57,0	5.798	- 7.633	- 56,8	1.331	- 1.803	- 57,5
	November	6.419	- 11.874	- 64,9	4.997	- 10.237	- 67,2	1.422	- 1.637	- 53,5
	Dezember									

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Jahresdurchschnittswerte

5.1 Bestand gemeldete Arbeitsstellen

Deutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Jahr / Monat		Bestand gemeldete Arbeitsstellen [2]				Saisonbereinigte Werte [3]			
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		dar. (Sp.1) sozialversicherungspflichtige Stellen	Bestand gemeldete Arbeitsstellen	Veränderung zum Vormonat		dar. (Sp.5) sozialversicherungspflichtige Stellen
			absolut	in %			absolut	in %	
		1	2	3	4	5	6	7	8
Jahr	2014 [1]	490.310	33.335	7,3	428.621	x	x	x	x
Jahr	2015 [1]	568.743	78.433	16,0	540.430	x	x	x	x
Jahr	2016 [1]	655.490	86.747	15,3	627.144	x	x	x	x
Jahr	2017 [1]	730.551	75.061	11,5	704.089	x	x	x	x
2015	Januar	485.172	59.974	14,1	459.408	526	4	0,8	498
	Februar	518.890	62.661	13,7	492.165	533	7	1,3	505
	März	542.049	66.335	13,9	514.270	540	8	1,5	512
	April	551.595	66.261	13,7	523.026	547	7	1,3	519
	Mai	556.784	75.348	15,7	527.890	554	7	1,2	525
	Juni	572.200	77.572	15,7	543.238	563	9	1,6	535
	Juli	588.677	86.709	17,3	559.512	573	10	1,8	545
	August	596.542	81.450	15,8	567.349	578	5	0,8	549
	September	599.573	81.256	15,7	570.643	584	6	1,1	556
	Oktober	612.236	94.804	18,3	582.920	598	14	2,5	570
	November	610.285	95.686	18,6	581.453	609	11	1,8	580
	Dezember	590.913	93.145	18,7	563.290	616	7	1,1	587
2016	Januar	580.844	95.672	19,7	554.132	625	9	1,4	596
	Februar	613.885	94.995	18,3	586.202	630	5	0,9	601
	März	634.516	92.467	17,1	605.977	635	5	0,8	606
	April	640.131	88.536	16,1	611.354	638	3	0,4	609
	Mai	654.788	98.004	17,6	625.758	651	13	2,1	622
	Juni	664.872	92.672	16,2	635.286	654	3	0,5	626
	Juli	673.889	85.212	14,5	644.294	657	3	0,4	629
	August	685.238	88.696	14,9	656.168	664	7	1,0	636
	September	686.797	87.224	14,5	658.168	669	5	0,8	641
	Oktober	691.372	79.136	12,9	662.961	675	6	0,9	648
	November	681.113	70.828	11,6	653.787	680	5	0,7	653
	Dezember	658.435	67.522	11,4	631.637	684	5	0,7	657
2017	Januar	646.991	66.147	11,4	621.146	692	8	1,1	664
	Februar	674.661	60.776	9,9	648.487	692	0	0,0	665
	März	691.924	57.408	9,0	665.382	695	3	0,4	667
	April	705.949	65.818	10,3	679.041	705	10	1,5	678
	Mai	714.398	59.610	9,1	687.573	711	6	0,8	684
	Juni	730.802	65.930	9,9	703.306	720	9	1,3	693
	Juli	750.346	76.457	11,3	722.714	731	11	1,6	705
	August	765.280	80.042	11,7	738.010	741	10	1,3	715
	September	773.105	86.308	12,6	746.188	752	11	1,5	727
	Oktober	779.712	88.340	12,8	753.470	761	9	1,2	736
	November	772.205	91.092	13,4	746.951	772	10	1,4	747
	Dezember	761.237	102.802	15,6	736.800	790	18	2,4	765

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Jahresdurchschnittswerte
[2] einschließlich gemeldeter Arbeitsstellen mit Arbeitsort im Ausland
[3] in Tausend

5.2 Bestand gemeldete Arbeitsstellen

Westdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Jahr / Monat		Bestand gemeldete Arbeitsstellen [2]				Saisonbereinigte Werte [3]			
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		dar. (Sp.1) sozialversicherungspflichtige Stellen	Bestand gemeldete Arbeitsstellen	Veränderung zum Vormonat		dar. (Sp.5) sozialversicherungspflichtige Stellen
			absolut	in %			absolut	in %	
		1	2	3	4	5	6	7	8
Jahr	2014 [1]	393.608	24.591	6,7	345.719	x	x	x	x
Jahr	2015 [1]	457.090	63.482	16,1	433.455	x	x	x	x
Jahr	2016 [1]	526.276	69.186	15,1	502.433	x	x	x	x
Jahr	2017 [1]	589.533	63.258	12,0	567.263	x	x	x	x
2015	Januar	389.074	47.387	13,9	367.868	422	3	0,8	399
	Februar	415.817	50.134	13,7	393.594	428	6	1,4	405
	März	434.250	55.132	14,5	411.120	435	7	1,6	412
	April	443.471	55.586	14,3	419.739	441	6	1,4	418
	Mai	448.122	63.002	16,4	423.954	446	5	1,1	422
	Juni	461.060	65.364	16,5	436.798	453	7	1,6	430
	Juli	475.007	72.215	17,9	450.594	461	8	1,7	438
	August	480.997	66.560	16,1	456.515	464	3	0,7	441
	September	482.959	65.176	15,6	458.745	469	4	1,0	445
	Oktober	490.802	72.658	17,4	466.286	479	10	2,1	455
	November	489.717	75.270	18,2	465.553	488	9	1,9	464
	Dezember	473.803	73.294	18,3	450.695	494	6	1,2	470
2016	Januar	464.014	74.940	19,3	441.704	500	7	1,3	476
	Februar	490.118	74.301	17,9	466.906	505	5	0,9	480
	März	506.350	72.100	16,6	482.386	509	5	0,9	485
	April	511.159	67.688	15,3	486.884	511	1	0,3	487
	Mai	525.057	76.935	17,2	500.462	523	12	2,3	498
	Juni	533.630	72.570	15,7	508.577	525	2	0,5	501
	Juli	543.080	68.073	14,3	518.022	528	3	0,5	504
	August	551.444	70.447	14,6	526.939	532	5	0,9	509
	September	553.516	70.557	14,6	529.501	537	5	0,9	514
	Oktober	558.301	67.499	13,8	534.396	544	6	1,1	520
	November	549.756	60.039	12,3	526.847	548	4	0,8	525
	Dezember	528.884	55.081	11,6	506.575	550	2	0,4	527
2017	Januar	519.159	55.145	11,9	497.653	557	7	1,3	534
	Februar	540.830	50.712	10,3	518.975	557	0	0,0	534
	März	554.882	48.532	9,6	532.665	560	3	0,5	537
	April	567.397	56.238	11,0	544.753	568	9	1,5	545
	Mai	575.544	50.487	9,6	552.941	573	5	0,8	550
	Juni	590.130	56.500	10,6	567.191	581	8	1,4	559
	Juli	607.282	64.202	11,8	584.180	590	9	1,5	568
	August	620.302	68.858	12,5	597.331	599	9	1,5	577
	September	626.418	72.902	13,2	603.600	608	9	1,5	586
	Oktober	631.953	73.652	13,2	609.676	615	7	1,2	594
	November	624.844	75.088	13,7	603.283	623	8	1,4	602
	Dezember	615.660	86.776	16,4	594.902	639	16	2,6	618

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Jahresdurchschnittswerte
[2] einschließlich gemeldeter Arbeitsstellen mit Arbeitsort im Ausland
[3] in Tausend

5.3 Bestand gemeldete Arbeitsstellen

Ostdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Jahr / Monat		Bestand gemeldete Arbeitsstellen [2]				Saisonbereinigte Werte [3]			
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		dar. (Sp.1) sozialversicherungspflichtige Stellen	Bestand gemeldete Arbeitsstellen	Veränderung zum Vormonat		dar. (Sp.5) sozialversicherungspflichtige Stellen
			absolut	in %			absolut	in %	
		1	2	3	4	5	6	7	8
Jahr	2014 [1]	94.440	9.472	11,1	80.051	x	x	x	x
Jahr	2015 [1]	109.636	15.196	16,1	105.007	x	x	x	x
Jahr	2016 [1]	127.279	17.643	16,1	122.840	x	x	x	x
Jahr	2017 [1]	138.812	11.532	9,1	134.673	x	x	x	x
2015	Januar	94.245	13.133	16,2	89.741	101	1	1,1	96
	Februar	101.086	12.902	14,6	96.644	102	1	1,0	98
	März	105.698	11.512	12,2	101.100	103	1	0,8	98
	April	106.059	11.010	11,6	101.276	104	1	0,8	99
	Mai	106.656	12.791	13,6	101.982	106	2	1,8	101
	Juni	109.084	12.412	12,8	104.433	107	2	1,6	103
	Juli	111.636	14.727	15,2	106.925	110	3	2,4	105
	August	113.477	15.037	15,3	108.821	111	1	1,2	107
	September	114.581	16.269	16,5	109.910	113	2	1,8	109
	Oktober	119.372	22.271	22,9	114.614	117	3	3,0	112
	November	118.536	20.463	20,9	113.912	119	3	2,2	115
	Dezember	115.202	19.824	20,8	110.728	120	1	0,7	116
2016	Januar	114.949	20.704	22,0	110.585	122	2	1,8	118
	Februar	121.909	20.823	20,6	117.476	123	1	0,6	118
	März	126.239	20.541	19,4	121.717	124	1	0,6	119
	April	127.028	20.969	19,8	122.579	125	1	0,9	120
	Mai	127.909	21.253	19,9	123.523	127	2	1,6	122
	Juni	129.306	20.222	18,5	124.841	127	1	0,6	123
	Juli	128.914	17.278	15,5	124.446	127	0	-0,1	123
	August	131.966	18.489	16,3	127.472	130	2	1,7	125
	September	131.326	16.745	14,6	126.807	130	0	0,2	125
	Oktober	131.046	11.674	9,8	126.625	130	1	0,5	126
	November	129.294	10.758	9,1	124.967	130	0	-0,1	126
	Dezember	127.465	12.263	10,6	123.047	132	2	1,6	128
2017	Januar	125.795	10.846	9,4	121.525	133	1	0,5	129
	Februar	131.770	9.861	8,1	127.523	133	0	-0,2	128
	März	135.065	8.826	7,0	130.788	133	0	0,0	128
	April	136.467	9.439	7,4	132.253	134	2	1,2	130
	Mai	136.620	8.711	6,8	132.454	135	1	0,9	131
	Juni	138.400	9.094	7,0	133.917	137	1	1,0	132
	Juli	140.697	11.783	9,1	136.217	139	2	1,7	135
	August	142.586	10.620	8,0	138.335	140	1	0,8	136
	September	144.319	12.993	9,9	140.264	143	2	1,7	139
	Oktober	145.434	14.388	11,0	141.508	145	2	1,4	141
	November	145.117	15.823	12,2	141.459	146	2	1,2	143
	Dezember	143.469	16.004	12,6	139.828	149	2	1,6	145

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Jahresdurchschnittswerte
[2] einschließlich gemeldeter Arbeitsstellen mit Arbeitsort im Ausland
[3] in Tausend

6.1 Bestand an Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten

Deutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Jahr / Monat		Bestand an Arbeitslosen					Arbeitslosenquoten auf Basis		Saisonbereinigte Werte [4]			Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen EP [2]
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		Veränderung zum Vormonat		aller zivilen EP [2]	abhängiger ziviler EP [3]	Insgesamt	Veränderung zum Vormonat		
			absolut	in %	absolut	in %				absolut	in %	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Jahr	2014 [1]	2.898.388	-51.949	-1,8	.	.	6,7	7,5	x	x	x	x
Jahr	2015 [1]	2.794.664	-103.724	-3,6	.	.	6,4	7,1	x	x	x	x
Jahr	2016 [1]	2.690.975	-103.689	-3,7	.	.	6,1	6,8	x	x	x	x
Jahr	2017 [1]	2.532.837	-158.137	-5,9	.	.	5,7	6,3	x	x	x	x
2015	Januar	3.031.604	-104.198	-3,3	268.083	9,7	7,0	7,8	2.836	2	0,1	6,5
	Februar	3.017.003	-120.864	-3,9	-14.601	-0,5	6,9	7,8	2.821	-15	-0,5	6,5
	März	2.931.505	-123.217	-4,0	-85.498	-2,8	6,8	7,6	2.810	-11	-0,4	6,5
	April	2.842.844	-100.491	-3,4	-88.661	-3,0	6,5	7,3	2.810	0	0,0	6,5
	Mai	2.761.696	-120.333	-4,2	-81.148	-2,9	6,3	7,0	2.802	-9	-0,3	6,4
	Juni	2.711.187	-121.593	-4,3	-50.509	-1,8	6,2	6,9	2.793	-8	-0,3	6,4
	Juli	2.772.642	-98.709	-3,4	61.455	2,3	6,3	7,0	2.797	4	0,1	6,4
	August	2.795.597	-106.226	-3,7	22.955	0,8	6,4	7,1	2.785	-13	-0,5	6,4
	September	2.708.043	-99.763	-3,6	-87.554	-3,1	6,2	6,9	2.779	-5	-0,2	6,3
	Oktober	2.649.277	-83.492	-3,1	-58.766	-2,2	6,0	6,7	2.772	-7	-0,3	6,3
	November	2.633.157	-83.695	-3,1	-16.120	-0,6	6,0	6,7	2.756	-16	-0,6	6,3
	Dezember	2.681.415	-82.106	-3,0	48.258	1,8	6,1	6,8	2.747	-9	-0,3	6,3
2016	Januar	2.920.421	-111.183	-3,7	239.006	8,9	6,7	7,4	2.737	-10	-0,4	6,2
	Februar	2.911.165	-105.838	-3,5	-9.256	-0,3	6,6	7,4	2.728	-8	-0,3	6,2
	März	2.844.891	-86.614	-3,0	-66.274	-2,3	6,5	7,2	2.734	6	0,2	6,2
	April	2.743.864	-98.980	-3,5	-101.027	-3,6	6,3	7,0	2.720	-14	-0,5	6,2
	Mai	2.664.014	-97.682	-3,5	-79.850	-2,9	6,0	6,7	2.707	-13	-0,5	6,1
	Juni	2.614.217	-96.970	-3,6	-49.797	-1,9	5,9	6,6	2.693	-14	-0,5	6,1
	Juli	2.661.042	-111.600	-4,0	46.825	1,8	6,0	6,7	2.682	-11	-0,4	6,1
	August	2.684.289	-111.308	-4,0	23.247	0,9	6,1	6,7	2.669	-13	-0,5	6,0
	September	2.607.607	-100.436	-3,7	-76.682	-2,9	5,9	6,6	2.670	0	0,0	6,0
	Oktober	2.539.939	-109.338	-4,1	-67.668	-2,6	5,8	6,4	2.652	-18	-0,7	6,0
	November	2.531.975	-101.182	-3,8	-7.964	-0,3	5,7	6,4	2.645	-7	-0,3	6,0
	Dezember	2.568.273	-113.142	-4,2	36.298	1,4	5,8	6,5	2.630	-15	-0,6	6,0
2017	Januar	2.777.387	-143.034	-4,9	209.114	8,1	6,3	7,0	2.606	-24	-0,9	5,9
	Februar	2.762.095	-149.070	-5,1	-15.292	-0,6	6,3	6,9	2.592	-14	-0,5	5,9
	März	2.662.111	-182.780	-6,4	-99.984	-3,6	6,0	6,7	2.565	-27	-1,0	5,8
	April	2.568.612	-175.252	-6,4	-93.499	-3,5	5,8	6,5	2.550	-15	-0,6	5,8
	Mai	2.497.718	-166.296	-6,2	-70.894	-2,8	5,6	6,2	2.541	-9	-0,3	5,7
	Juni	2.472.642	-141.575	-5,4	-25.076	-1,0	5,5	6,1	2.546	5	0,2	5,7
	Juli	2.517.645	-143.397	-5,4	45.003	1,8	5,6	6,3	2.535	-11	-0,4	5,7
	August	2.544.845	-139.444	-5,2	27.200	1,1	5,7	6,3	2.527	-8	-0,3	5,7
	September	2.448.910	-158.697	-6,1	-95.935	-3,8	5,5	6,1	2.504	-24	-0,9	5,6
	Oktober	2.388.711	-151.228	-6,0	-60.199	-2,5	5,4	5,9	2.491	-13	-0,5	5,6
	November	2.368.411	-163.564	-6,5	-20.300	-0,8	5,3	5,9	2.471	-20	-0,8	5,5
	Dezember	2.384.961	-183.312	-7,1	16.550	0,7	5,3	5,9	2.442	-29	-1,2	5,5

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Jahresdurchschnittswerte
[2] Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhäng. zivile Erwerbspersonen sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige).
[3] Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (voll sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).
[4] in Tausend

6.2 Bestand an Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten

Westdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Jahr / Monat		Bestand an Arbeitslosen					Arbeitslosenquoten auf Basis		Saisonbereinigte Werte [4]			Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen EP [2]
		Insgesamt	Veränderung zum				aller zivilen EP [2]	abhängiger ziviler EP [3]	Insgesamt	Veränderung zum		
			Vorjahr / Vorjahresmonat		Vormonat					Vormonat		
			absolut	in %	absolut	in %				absolut	in %	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Jahr	2014 [1]	2.074.553	-5.789	-0,3	.	.	5,9	6,7	x	x	x	x
Jahr	2015 [1]	2.020.503	-54.051	-2,6	.	.	5,7	6,4	x	x	x	x
Jahr	2016 [1]	1.978.672	-41.831	-2,1	.	.	5,6	6,2	x	x	x	x
Jahr	2017 [1]	1.894.294	-84.378	-4,3	.	.	5,3	5,8	x	x	x	x
2015	Januar	2.160.458	-46.916	-2,1	180.385	9,1	6,2	6,9	2.041	1	0,1	5,8
	Februar	2.152.973	-57.188	-2,6	-7.485	-0,3	6,2	6,9	2.033	-8	-0,4	5,8
	März	2.097.264	-62.280	-2,9	-55.709	-2,6	6,0	6,7	2.026	-7	-0,3	5,8
	April	2.043.887	-49.792	-2,4	-53.377	-2,5	5,8	6,5	2.028	1	0,1	5,8
	Mai	1.995.124	-65.899	-3,2	-48.763	-2,4	5,6	6,3	2.022	-5	-0,2	5,7
	Juni	1.968.758	-65.276	-3,2	-26.366	-1,3	5,6	6,2	2.020	-3	-0,1	5,7
	Juli	2.018.515	-57.061	-2,7	49.757	2,5	5,7	6,3	2.021	1	0,1	5,7
	August	2.042.054	-62.747	-3,0	23.539	1,2	5,8	6,4	2.014	-7	-0,4	5,7
	September	1.978.579	-58.599	-2,9	-63.475	-3,1	5,6	6,2	2.013	0	0,0	5,7
	Oktober	1.929.878	-44.521	-2,3	-48.701	-2,5	5,5	6,1	2.010	-3	-0,2	5,7
	November	1.915.746	-41.053	-2,1	-14.132	-0,7	5,4	6,0	2.003	-7	-0,4	5,7
	Dezember	1.942.796	-37.277	-1,9	27.050	1,4	5,5	6,1	2.000	-3	-0,1	5,6
2016	Januar	2.111.455	-49.003	-2,3	168.659	8,7	6,0	6,6	1.997	-3	-0,1	5,6
	Februar	2.107.446	-45.527	-2,1	-4.009	-0,2	6,0	6,6	1.994	-3	-0,2	5,6
	März	2.065.274	-31.990	-1,5	-42.172	-2,0	5,8	6,5	2.000	6	0,3	5,6
	April	2.004.138	-39.749	-1,9	-61.136	-3,0	5,7	6,3	1.992	-7	-0,4	5,6
	Mai	1.954.865	-40.259	-2,0	-49.273	-2,5	5,5	6,1	1.985	-8	-0,4	5,6
	Juni	1.927.757	-41.001	-2,1	-27.108	-1,4	5,4	6,0	1.978	-7	-0,4	5,5
	Juli	1.970.547	-47.968	-2,4	42.790	2,2	5,5	6,1	1.972	-5	-0,3	5,5
	August	1.997.640	-44.414	-2,2	27.093	1,4	5,6	6,2	1.968	-4	-0,2	5,5
	September	1.942.075	-36.504	-1,8	-55.565	-2,8	5,4	6,0	1.973	5	0,2	5,5
	Oktober	1.888.409	-41.469	-2,1	-53.666	-2,8	5,3	5,9	1.964	-9	-0,4	5,5
	November	1.877.448	-38.298	-2,0	-10.961	-0,6	5,3	5,8	1.959	-4	-0,2	5,5
	Dezember	1.897.010	-45.786	-2,4	19.562	1,0	5,3	5,9	1.952	-7	-0,4	5,5
2017	Januar	2.047.733	-63.722	-3,0	150.723	7,9	5,7	6,3	1.938	-14	-0,7	5,4
	Februar	2.039.396	-68.050	-3,2	-8.337	-0,4	5,7	6,3	1.931	-7	-0,4	5,4
	März	1.974.085	-91.189	-4,4	-65.311	-3,2	5,5	6,1	1.915	-16	-0,8	5,4
	April	1.916.627	-87.511	-4,4	-57.458	-2,9	5,4	5,9	1.907	-8	-0,4	5,3
	Mai	1.871.094	-83.771	-4,3	-45.533	-2,4	5,2	5,7	1.902	-5	-0,3	5,3
	Juni	1.857.130	-70.627	-3,7	-13.964	-0,7	5,1	5,7	1.905	3	0,2	5,3
	Juli	1.897.033	-73.514	-3,7	39.903	2,1	5,2	5,8	1.898	-7	-0,4	5,2
	August	1.922.760	-74.880	-3,7	25.727	1,4	5,3	5,9	1.893	-5	-0,3	5,2
	September	1.847.288	-94.787	-4,9	-75.472	-3,9	5,1	5,6	1.875	-18	-1,0	5,2
	Oktober	1.796.805	-91.604	-4,9	-50.483	-2,7	5,0	5,5	1.867	-8	-0,4	5,2
	November	1.778.845	-98.603	-5,3	-17.960	-1,0	4,9	5,4	1.855	-12	-0,6	5,1
	Dezember	1.782.734	-114.276	-6,0	3.889	0,2	4,9	5,5	1.834	-20	-1,1	5,1

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Jahresdurchschnittswerte
[2] Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhäng. zivile Erwerbspersonen sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige).
[3] Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (voll sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).
[4] in Tausend

6.3 Bestand an Arbeitslosen und Arbeitslosenquoten

Ostdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Jahr / Monat		Bestand an Arbeitslosen					Arbeitslosenquoten auf Basis		Saisonbereinigte Werte [4]			Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen EP [2]
		Insgesamt	Veränderung zum Vorjahr / Vorjahresmonat		Veränderung zum Vormonat		aller zivilen EP [2]	abhängiger ziviler EP [3]	Insgesamt	Veränderung zum Vormonat		
			absolut	in %	absolut	in %				absolut	in %	
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Jahr	2014 [1]	823.835	-46.161	-5,3	.	.	9,8	11,0	x	x	x	x
Jahr	2015 [1]	774.162	-49.673	-6,0	.	.	9,2	10,3	x	x	x	x
Jahr	2016 [1]	712.303	-61.859	-8,0	.	.	8,5	9,4	x	x	x	x
Jahr	2017 [1]	638.543	-73.760	-10,4	.	.	7,6	8,4	x	x	x	x
2015	Januar	871.146	-57.282	-6,2	87.698	11,2	10,3	11,6	795	1	0,1	9,4
	Februar	864.030	-63.676	-6,9	-7.116	-0,8	10,2	11,5	788	-7	-0,9	9,3
	März	834.241	-60.937	-6,8	-29.789	-3,4	9,9	11,1	783	-5	-0,6	9,3
	April	798.957	-50.699	-6,0	-35.284	-4,2	9,5	10,6	783	-1	-0,1	9,3
	Mai	766.572	-54.434	-6,6	-32.385	-4,1	9,1	10,2	779	-4	-0,5	9,3
	Juni	742.429	-56.317	-7,1	-24.143	-3,1	8,8	9,9	773	-6	-0,7	9,2
	Juli	754.127	-41.648	-5,2	11.698	1,6	9,0	10,0	776	3	0,4	9,2
	August	753.543	-43.479	-5,5	-584	-0,1	9,0	10,0	771	-5	-0,7	9,2
	September	729.464	-41.164	-5,3	-24.079	-3,2	8,7	9,7	766	-5	-0,6	9,1
	Oktober	719.399	-38.971	-5,1	-10.065	-1,4	8,6	9,6	762	-4	-0,5	9,1
	November	717.411	-42.642	-5,6	-1.988	-0,3	8,5	9,5	753	-9	-1,2	9,0
	Dezember	738.619	-44.829	-5,7	21.208	3,0	8,8	9,8	747	-6	-0,8	8,9
2016	Januar	808.966	-62.180	-7,1	70.347	9,5	9,6	10,7	740	-8	-1,0	8,8
	Februar	803.719	-60.311	-7,0	-5.247	-0,6	9,6	10,7	735	-5	-0,7	8,7
	März	779.617	-54.624	-6,5	-24.102	-3,0	9,3	10,4	735	0	0,0	8,7
	April	739.726	-59.231	-7,4	-39.891	-5,1	8,8	9,8	728	-7	-1,0	8,6
	Mai	709.149	-57.423	-7,5	-30.577	-4,1	8,4	9,4	722	-5	-0,7	8,6
	Juni	686.460	-55.969	-7,5	-22.689	-3,2	8,2	9,1	715	-7	-1,0	8,5
	Juli	690.495	-63.632	-8,4	4.035	0,6	8,2	9,2	710	-5	-0,8	8,4
	August	686.649	-66.894	-8,9	-3.846	-0,6	8,2	9,1	701	-8	-1,2	8,3
	September	665.532	-63.932	-8,8	-21.117	-3,1	7,9	8,8	697	-4	-0,6	8,3
	Oktober	651.530	-67.869	-9,4	-14.002	-2,1	7,7	8,6	688	-9	-1,3	8,2
	November	654.527	-62.884	-8,8	2.997	0,5	7,8	8,7	685	-3	-0,4	8,1
	Dezember	671.263	-67.356	-9,1	16.736	2,6	8,0	8,9	678	-7	-1,1	8,0
2017	Januar	729.654	-79.312	-9,8	58.391	8,7	8,7	9,7	668	-10	-1,4	7,9
	Februar	722.699	-81.020	-10,1	-6.955	-1,0	8,6	9,6	661	-7	-1,0	7,9
	März	688.026	-91.591	-11,7	-34.673	-4,8	8,2	9,1	650	-11	-1,7	7,7
	April	651.985	-87.741	-11,9	-36.041	-5,2	7,7	8,6	643	-7	-1,1	7,6
	Mai	626.624	-82.525	-11,6	-25.361	-3,9	7,4	8,3	639	-4	-0,6	7,6
	Juni	615.512	-70.948	-10,3	-11.112	-1,8	7,3	8,1	641	2	0,3	7,6
	Juli	620.612	-69.883	-10,1	5.100	0,8	7,4	8,2	637	-4	-0,6	7,6
	August	622.085	-64.564	-9,4	1.473	0,2	7,4	8,2	635	-2	-0,4	7,5
	September	601.622	-63.910	-9,6	-20.463	-3,3	7,1	7,9	629	-6	-0,9	7,5
	Oktober	591.906	-59.624	-9,2	-9.716	-1,6	7,0	7,8	624	-5	-0,8	7,4
	November	589.566	-64.961	-9,9	-2.340	-0,4	7,0	7,8	616	-8	-1,3	7,3
	Dezember	602.227	-69.036	-10,3	12.661	2,1	7,1	8,0	608	-8	-1,3	7,2

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Jahresdurchschnittswerte
[2] Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (abhäng. zivile Erwerbspersonen sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige).
[3] Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (voll sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose).
[4] in Tausend

6.4 Zugang in Arbeitslosigkeit

Deutschland, West- und Ostdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Herkunftsstruktur / Status vor Meldung	Zugang in Arbeitslosigkeit						
	im Laufe des Berichtsmonats			seit Jahresbeginn bis Ende des Berichtsmonats			
	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat		2017	2016	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	
		absolut	in %			absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland							
SGB III und SGB II							
Zugang insgesamt	579.225	-62.323	- 9,7	7.554.093	7.704.244	-150.151	- 1,9
dav. 32,9% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	220.443	-21.918	- 9,0	2.687.641	2.785.262	-97.621	- 3,5
31,8% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	138.233	-11.856	- 7,9	2.030.083	1.889.021	141.062	7,5
31,1% Nichterwerbstätigkeit	196.974	-15.172	- 7,2	2.487.798	2.583.272	-95.474	- 3,7
4,2% Sonstiges / keine Angabe	23.575	-13.377	- 36,2	348.571	446.689	-98.118	- 22,0
SGB III							
Zugang insgesamt	275.514	-12.540	- 4,4	3.664.083	3.574.732	89.351	2,5
dav. 52,4% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	167.261	-5.663	- 3,3	2.056.312	2.017.809	38.503	1,9
28,0% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	50.660	-4.773	- 8,6	844.332	801.534	42.798	5,3
18,6% Nichterwerbstätigkeit	55.080	-18	- 0,0	717.514	684.737	32.777	4,8
1,0% Sonstiges / keine Angabe	2.513	-2.086	- 45,4	45.925	70.652	-24.727	- 35,0
SGB II							
Zugang insgesamt	303.711	-49.783	- 14,1	3.890.010	4.129.512	-239.502	- 5,8
dav. 14,9% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	53.182	-16.255	- 23,4	631.329	767.453	-136.124	- 17,7
35,4% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	87.573	-7.083	- 7,5	1.185.751	1.087.487	98.264	9,0
42,6% Nichterwerbstätigkeit	141.894	-15.154	- 9,6	1.770.284	1.898.535	-128.251	- 6,8
7,2% Sonstiges / keine Angabe	21.062	-11.291	- 34,9	302.646	376.037	-73.391	- 19,5
Westdeutschland							
SGB III und SGB II							
Zugang insgesamt	429.252	-43.573	- 9,2	5.648.976	5.705.000	-56.024	- 1,0
dav. 33,4% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	162.754	-13.667	- 7,7	2.029.970	2.082.170	-52.200	- 2,5
31,9% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	103.044	-9.425	- 8,4	1.523.456	1.404.071	119.385	8,5
30,1% Nichterwerbstätigkeit	144.204	-10.149	- 6,6	1.810.669	1.867.538	-56.869	- 3,0
4,6% Sonstiges / keine Angabe	19.250	-10.332	- 34,9	284.881	351.221	-66.340	- 18,9
SGB III							
Zugang insgesamt	212.844	-10.964	- 4,9	2.865.508	2.804.270	61.238	2,2
dav. 52,2% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	127.649	-4.273	- 3,2	1.597.022	1.568.561	28.461	1,8
28,2% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	38.975	-4.441	- 10,2	659.596	627.891	31.705	5,0
18,6% Nichterwerbstätigkeit	44.170	-483	- 1,1	571.215	550.005	21.210	3,9
1,0% Sonstiges / keine Angabe	2.050	-1.767	- 46,3	37.675	57.813	-20.138	- 34,8
SGB II							
Zugang insgesamt	216.408	-32.609	- 13,1	2.783.468	2.900.730	-117.262	- 4,0
dav. 14,3% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	35.105	-9.394	- 21,1	432.948	513.609	-80.661	- 15,7
35,8% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	64.069	-4.984	- 7,2	863.860	776.180	87.680	11,3
41,7% Nichterwerbstätigkeit	100.034	-9.666	- 8,8	1.239.454	1.317.533	-78.079	- 5,9
8,2% Sonstiges / keine Angabe	17.200	-8.565	- 33,2	247.206	293.408	-46.202	- 15,7
Ostdeutschland							
SGB III und SGB II							
Zugang insgesamt	149.973	-18.750	- 11,1	1.905.117	1.999.244	-94.127	- 4,7
dav. 31,5% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	57.689	-8.251	- 12,5	657.671	703.092	-45.421	- 6,5
31,4% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	35.189	-2.431	- 6,5	506.627	484.950	21.677	4,5
34,2% Nichterwerbstätigkeit	52.770	-5.023	- 8,7	677.129	715.734	-38.605	- 5,4
3,0% Sonstiges / keine Angabe	4.325	-3.045	- 41,3	63.690	95.468	-31.778	- 33,3
SGB III							
Zugang insgesamt	62.670	-1.576	- 2,5	798.575	770.462	28.113	3,6
dav. 53,4% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	39.612	-1.390	- 3,4	459.290	449.248	10.042	2,2
27,2% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	11.685	-332	- 2,8	184.736	173.643	11.093	6,4
18,6% Nichterwerbstätigkeit	10.910	465	4,5	146.299	134.732	11.567	8,6
0,8% Sonstiges / keine Angabe	463	-319	- 40,8	8.250	12.839	-4.589	- 35,7
SGB II							
Zugang insgesamt	87.303	-17.174	- 16,4	1.106.542	1.228.782	-122.240	- 9,9
dav. 16,4% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	18.077	-6.861	- 27,5	198.381	253.844	-55.463	- 21,8
34,3% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	23.504	-2.099	- 8,2	321.891	311.307	10.584	3,4
44,8% Nichterwerbstätigkeit	41.860	-5.488	- 11,6	530.830	581.002	-50.172	- 8,6
4,4% Sonstiges / keine Angabe	3.862	-2.726	- 41,4	55.440	82.629	-27.189	- 32,9

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

6.5 Abgang aus Arbeitslosigkeit

Deutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Herkunftsstruktur / Status vor Meldung	Abgang aus Arbeitslosigkeit						
	im Laufe des Berichtsmonats			seit Jahresbeginn bis Ende des Berichtsmonats			
	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat		2017	2016	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	
		absolut	in %			absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland							
SGB III und SGB II							
Abgang insgesamt	562.678	-42.573	- 7,0	7.737.411	7.817.261	-79.850	- 1,0
dav. 26,8% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	150.630	-5.565	- 3,6	2.356.669	2.419.663	-62.994	- 2,6
25,1% dar. Beschäftigung	141.004	-4.517	- 3,1	2.217.104	2.272.779	-55.675	- 2,4
25,4% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	142.936	-10.088	- 6,6	1.994.742	1.928.357	66.385	3,4
40,9% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	229.942	-20.867	- 8,3	2.868.504	2.911.089	-42.585	- 1,5
7,0% Sonstige Gründe / keine Angabe	39.170	-6.053	- 13,4	517.496	558.152	-40.656	- 7,3
SGB III							
Abgang insgesamt	242.782	-2.910	- 1,2	3.593.327	3.416.751	176.576	5,2
dav. 40,2% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	97.510	2.924	3,1	1.596.417	1.540.805	55.612	3,6
37,1% dar. Beschäftigung	89.975	3.485	4,0	1.489.449	1.431.041	58.408	4,1
20,9% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	50.690	-2.074	- 3,9	778.051	728.529	49.522	6,8
36,3% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	88.212	-1.969	- 2,2	1.125.225	1.048.751	76.474	7,3
2,6% Sonstige Gründe / keine Angabe	6.370	-1.791	- 21,9	93.634	98.666	-5.032	- 5,1
SGB II							
Abgang insgesamt	319.896	-39.663	- 11,0	4.144.084	4.400.510	-256.426	- 5,8
dav. 16,6% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	53.120	-8.489	- 13,8	760.252	878.858	-118.606	- 13,5
16,0% dar. Beschäftigung	51.029	-8.002	- 13,6	727.655	841.738	-114.083	- 13,6
28,8% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	92.246	-8.014	- 8,0	1.216.691	1.199.828	16.863	1,4
44,3% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	141.730	-18.898	- 11,8	1.743.279	1.862.338	-119.059	- 6,4
10,3% Sonstige Gründe / keine Angabe	32.800	-4.262	- 11,5	423.862	459.486	-35.624	- 7,8

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

6.6 Abgang aus Arbeitslosigkeit

West- und Ostdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Herkunftsstruktur / Status vor Meldung	Abgang aus Arbeitslosigkeit						
	im Laufe des Berichtsmonats			seit Jahresbeginn bis Ende des Berichtsmonats			
	Insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat		2017	2016	Veränderung zum Vorjahreszeitraum	
		absolut	in %			absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Westdeutschland							
SGB III und SGB II							
Abgang insgesamt	425.287	-27.869	- 6,1	5.762.393	5.753.165	9.228	0,2
dav. 27,0% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	114.901	-2.547	- 2,2	1.748.417	1.766.495	-18.078	- 1,0
25,4% dar. Beschäftigung	107.938	-1.896	- 1,7	1.649.564	1.663.167	-13.603	- 0,8
25,4% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	108.217	-8.080	- 6,9	1.497.939	1.436.580	61.359	4,3
40,4% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	171.627	-12.763	- 6,9	2.114.168	2.120.217	-6.049	- 0,3
7,2% Sonstige Gründe / keine Angabe	30.542	-4.479	- 12,8	401.869	429.873	-28.004	- 6,5
SGB III							
Abgang insgesamt	192.343	-3.265	- 1,7	2.810.477	2.672.832	137.645	5,1
dav. 39,8% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	76.586	2.453	3,3	1.228.236	1.181.859	46.377	3,9
36,9% dar. Beschäftigung	70.972	2.798	4,1	1.148.900	1.100.641	48.259	4,4
20,5% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	39.379	-2.367	- 5,7	603.664	567.187	36.477	6,4
37,1% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	71.299	-1.772	- 2,4	903.790	845.680	58.110	6,9
2,6% Sonstige Gründe / keine Angabe	5.079	-1.579	- 23,7	74.787	78.106	-3.319	- 4,2
SGB II							
Abgang insgesamt	232.944	-24.604	- 9,6	2.951.916	3.080.333	-128.417	- 4,2
dav. 16,4% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	38.315	-5.000	- 11,5	520.181	584.636	-64.455	- 11,0
15,9% dar. Beschäftigung	36.966	-4.694	- 11,3	500.664	562.526	-61.862	- 11,0
29,6% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	68.838	-5.713	- 7,7	894.275	869.393	24.882	2,9
43,1% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	100.328	-10.991	- 9,9	1.210.378	1.274.537	-64.159	- 5,0
10,9% Sonstige Gründe / keine Angabe	25.463	-2.900	- 10,2	327.082	351.767	-24.685	- 7,0
Ostdeutschland							
SGB III und SGB II							
Abgang insgesamt	137.391	-14.704	- 9,7	1.975.018	2.064.096	-89.078	- 4,3
dav. 26,0% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	35.729	-3.018	- 7,8	608.252	653.168	-44.916	- 6,9
24,1% dar. Beschäftigung	33.066	-2.621	- 7,3	567.540	609.612	-42.072	- 6,9
25,3% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	34.719	-2.008	- 5,5	496.803	491.777	5.026	1,0
42,4% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	58.315	-8.104	- 12,2	754.336	790.872	-36.536	- 4,6
6,3% Sonstige Gründe / keine Angabe	8.628	-1.574	- 15,4	115.627	128.279	-12.652	- 9,9
SGB III							
Abgang insgesamt	50.439	355	0,7	782.850	743.919	38.931	5,2
dav. 41,5% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	20.924	471	2,3	368.181	358.946	9.235	2,6
37,7% dar. Beschäftigung	19.003	687	3,8	340.549	330.400	10.149	3,1
22,4% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	11.311	293	2,7	174.387	161.342	13.045	8,1
33,5% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	16.913	-197	- 1,2	221.435	203.071	18.364	9,0
2,6% Sonstige Gründe / keine Angabe	1.291	-212	- 14,1	18.847	20.560	-1.713	- 8,3
SGB II							
Abgang insgesamt	86.952	-15.059	- 14,8	1.192.168	1.320.177	-128.009	- 9,7
dav. 17,0% Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	14.805	-3.489	- 19,1	240.071	294.222	-54.151	- 18,4
16,2% dar. Beschäftigung	14.063	-3.308	- 19,0	226.991	279.212	-52.221	- 18,7
26,9% Ausbildung und sonstige Maßnahmeteilnahme	23.408	-2.301	- 9,0	322.416	330.435	-8.019	- 2,4
47,6% Nichterwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	41.402	-7.907	- 16,0	532.901	587.801	-54.900	- 9,3
8,4% Sonstige Gründe / keine Angabe	7.337	-1.362	- 15,7	96.780	107.719	-10.939	- 10,2

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

6.7 Unterbeschäftigung

Deutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Komponenten der Unterbeschäftigung

	Bestand				Veränderung zum Vorjahresmonat			
	vorläufig			endgültig				
	Dezember 2017	November 2017	Oktober 2017	September 2017	Dezember		September	
					absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	**2.384.961**	**2.368.411**	**2.388.711**	**2.448.910**	**-183.312**	**- 7,1**	**-158.697**	**- 6,1**
+ Personen, die im weiteren Sinne arbeitslos sind	357.022	357.877	353.896	352.864	-28.080	- 7,3	-33.574	- 8,7
dav. Aktivierung und berufliche Eingliederung	192.900	194.361	190.597	189.134	-31.674	- 14,1	-34.959	- 15,6
Sonderregelungen für Ältere (§ 53a Abs. 2 SGB II)	164.122	163.516	163.299	163.730	3.594	2,2	1.385	0,9
= Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	**2.741.983**	**2.726.288**	**2.742.607**	**2.801.774**	**-211.392**	**- 7,2**	**-192.271**	**- 6,4**
+ Personen, die nahe am Arbeitslosenstatus sind	611.203	610.410	599.727	578.202	47.584	8,4	74.437	14,8
dar. Berufliche Weiterbildung inkl. Förderung behinderter Menschen	162.089	164.334	159.430	150.814	-6.846	- 4,1	-6.748	- 4,3
Arbeitsgelegenheiten	72.404	77.657	80.186	82.012	-7.504	- 9,4	-6.591	- 7,4
Fremdförderung	272.854	266.746	255.122	248.174	59.440	27,9	79.072	46,8
Förderung von Arbeitsverhältnissen	6.994	6.911	6.826	6.837	-873	- 11,1	-1.218	- 15,1
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	15.472	15.373	15.193	14.919	7.284	89,0	6.855	85,0
Beschäftigungszuschuss	2.335	2.376	2.426	2.466	-413	- 15,0	-400	- 14,0
kurzfristige Arbeitsunfähigkeit	79.055	77.013	80.544	72.980	-3.504	- 4,2	3.467	5,0
= Unterbeschäftigung im engeren Sinne	**3.353.186**	**3.336.698**	**3.342.334**	**3.379.976**	**-163.808**	**- 4,7**	**-117.834**	**- 3,4**
+ Personen, die fern vom Arbeitslosenstatus sind, in Maßnahmen, die gesamtwirtschaftlich entlasten [1)]	23.952	24.292	24.495	24.694	-946	- 3,8	-1.270	- 4,9
dar. Gründungszuschuss	22.456	22.742	22.934	23.103	-511	- 2,2	-909	- 3,8
Einstiegsgeld - Variante: Selbständigkeit	1.496	1.550	1.561	1.591	-435	- 22,5	-361	- 18,5
Kurzarbeiter (Beschäftigtenäquivalent)	...	...	13.029	14.233	x	x	-5.558	- 28,1
= Unterbeschäftigung (einschl. Kurzarbeit)	**...**	**...**	**3.379.858**	**3.418.903**	**x**	**x**	**-124.662**	**- 3,5**
= Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	**3.377.138**	**3.360.990**	**3.366.829**	**3.404.670**	**-164.754**	**- 4,7**	**-119.104**	**- 3,4**

[1)] Um die Werte im zeitlichen Verlauf und die Vorjahresvergleiche nicht zu verzerren, wird hier die Komponente "Kurzarbeiter (Beschäftigtenäquivalent)" nicht in die Summe eingerechnet.

Unterbeschäftigungsquote und Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung

	vorläufig			endgültig				
	Dezember 2017	November 2017	Oktober 2017	September 2017	August 2017	Juli 2017	Juni 2017	Mai 2017
	1	2	3	4	5	6	7	8
Unterbeschäftigungsquote ohne Kurzarbeit	7,4	7,4	7,4	7,5	7,7	7,7	7,7	7,8
Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung insgesamt	x	x	70,7	71,6	72,9	71,6	70,7	70,6
Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	70,6	70,5	70,9	71,9	73,2	71,9	71,0	71,0

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Unterbeschäftigung (mit Kurzarbeit) wurde mit Veröffentlichung des Berichtsmonats Mai 2017 rückwirkend bis November 2011 revidiert. Ursache hierfür ist eine Revision der Statistik zur Kurzarbeit, die rückwirkend zusätzlich die witterungsbedingte Saison-Kurzarbeit berücksichtigt. Dies führt zu einem Anstieg der Werte gegenüber früheren Veröffentlichungen. Vgl. hierzu Methodenbericht der Statistik der BA, Revision der Statistik über Kurzarbeit, Nürnberg, Mai 2017.

6.8 Unterbeschäftigung

Westdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Komponenten der Unterbeschäftigung

	Bestand				Veränderung zum Vorjahresmonat			
	vorläufig			endgültig				
	Dezember 2017	November 2017	Oktober 2017	September 2017	Dezember		September	
					absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	**1.782.734**	**1.778.845**	**1.796.805**	**1.847.288**	**-114.276**	**- 6,0**	**-94.787**	**- 4,9**
+ Personen, die im weiteren Sinne arbeitslos sind	275.715	275.538	272.726	271.281	-20.265	- 6,8	-23.345	- 7,9
dav. Aktivierung und berufliche Eingliederung	156.030	156.457	153.813	152.070	-25.500	- 14,0	-27.649	- 15,4
Sonderregelungen für Ältere (§ 53a Abs. 2 SGB II)	119.685	119.081	118.913	119.211	5.235	4,6	4.304	3,7
= Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	**2.058.449**	**2.054.383**	**2.069.531**	**2.118.569**	**-134.541**	**- 6,1**	**-118.132**	**- 5,3**
+ Personen, die nahe am Arbeitslosenstatus sind	450.290	444.347	434.555	414.512	46.874	11,6	66.602	19,1
dar. Berufliche Weiterbildung inkl. Förderung behinderter Menschen	119.427	120.980	116.974	109.431	-3.478	- 2,8	-3.779	- 3,3
Arbeitsgelegenheiten	45.196	45.190	44.955	45.315	-3.469	- 7,1	-1.846	- 3,9
Fremdförderung	212.494	207.198	198.348	191.991	51.452	31,9	65.294	51,5
Förderung von Arbeitsverhältnissen	3.708	3.668	3.567	3.498	-121	- 3,2	-376	- 9,7
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	9.065	8.970	8.796	8.548	5.062	126,5	4.683	121,2
Beschäftigungszuschuss	1.904	1.935	1.977	2.006	-297	- 13,5	-290	- 12,6
kurzfristige Arbeitsunfähigkeit	58.496	56.406	59.938	53.723	-2.275	- 3,7	2.916	5,7
= Unterbeschäftigung im engeren Sinne	**2.508.739**	**2.498.730**	**2.504.086**	**2.533.081**	**-87.667**	**- 3,4**	**-51.530**	**- 2,0**
+ Personen, die fern vom Arbeitslosenstatus sind, in Maßnahmen, die gesamtwirtschaftlich entlasten [1)]	18.030	18.295	18.401	18.518	-695	- 3,7	-904	- 4,7
dar. Gründungszuschuss	17.202	17.428	17.526	17.618	-503	- 2,8	-761	- 4,1
Einstiegsgeld - Variante: Selbständigkeit	828	867	875	900	-192	- 18,8	-143	- 13,7
Kurzarbeiter (Beschäftigtenäquivalent)	...	...	10.723	11.578	x	x	-4.929	- 29,9
= Unterbeschäftigung (einschl. Kurzarbeit)	**...**	**...**	**2.533.210**	**2.563.177**	**x**	**x**	**-57.363**	**- 2,2**
= Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	**2.526.769**	**2.517.025**	**2.522.487**	**2.551.599**	**-88.362**	**- 3,4**	**-52.434**	**- 2,0**

[1)] Um die Werte im zeitlichen Verlauf und die Vorjahresvergleiche nicht zu verzerren, wird hier die Komponente "Kurzarbeiter (Beschäftigtenäquivalent)" nicht in die Summe eingerechnet.

Unterbeschäftigungsquote und Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung

	vorläufig			endgültig				
	Dezember 2017	November 2017	Oktober 2017	September 2017	August 2017	Juli 2017	Juni 2017	Mai 2017
	1	2	3	4	5	6	7	8
Unterbeschäftigungsquote ohne Kurzarbeit	6,9	6,9	6,9	6,9	7,1	7,1	7,1	7,1
Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung insgesamt	x	x	70,9	72,1	73,4	72,1	71,1	71,0
Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	70,6	70,7	71,2	72,4	73,7	72,4	71,5	71,4

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Unterbeschäftigung (mit Kurzarbeit) wurde mit Veröffentlichung des Berichtsmonats Mai 2017 rückwirkend bis November 2011 revidiert. Ursache hierfür ist eine Revision der Statistik zur Kurzarbeit, die rückwirkend zusätzlich die witterungsbedingte Saison-Kurzarbeit berücksichtigt. Dies führt zu einem Anstieg der Werte gegenüber früheren Veröffentlichungen. Vgl. hierzu Methodenbericht der Statistik der BA, Revision der Statistik über Kurzarbeit, Nürnberg, Mai 2017.

6.9 Unterbeschäftigung

Ostdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Komponenten der Unterbeschäftigung

	Bestand				Veränderung zum Vorjahresmonat			
	vorläufig			endgültig				
	Dezember 2017	November 2017	Oktober 2017	September 2017	Dezember		September	
					absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Arbeitslose	**602.227**	**589.566**	**591.906**	**601.622**	**-69.036**	**- 10,3**	**-63.910**	**- 9,6**
+ Personen, die im weiteren Sinne arbeitslos sind	81.281	82.313	81.156	81.579	-7.838	- 8,8	-10.229	- 11,1
dav. Aktivierung und berufliche Eingliederung	36.844	37.878	36.770	37.060	-6.197	- 14,4	-7.310	- 16,5
Sonderregelungen für Ältere (§ 53a Abs. 2 SGB II)	44.437	44.435	44.386	44.519	-1.641	- 3,6	-2.919	- 6,2
= Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne	**683.508**	**671.879**	**673.062**	**683.201**	**-76.874**	**- 10,1**	**-74.139**	**- 9,8**
+ Personen, die nahe am Arbeitslosenstatus sind	160.913	166.063	165.172	163.690	710	0,4	7.835	5,0
dar. Berufliche Weiterbildung inkl. Förderung behinderter Menschen	42.662	43.354	42.456	41.383	-3.368	- 7,3	-2.969	- 6,7
Arbeitsgelegenheiten	27.208	32.467	35.231	36.697	-4.035	- 12,9	-4.745	- 11,4
Fremdförderung	60.360	59.548	56.774	56.183	7.988	15,3	13.778	32,5
Förderung von Arbeitsverhältnissen	3.286	3.243	3.259	3.339	-752	- 18,6	-842	- 20,1
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	6.407	6.403	6.397	6.371	2.222	53,1	2.172	51,7
Beschäftigungszuschuss	431	441	449	460	-116	- 21,2	-110	- 19,3
kurzfristige Arbeitsunfähigkeit	20.559	20.607	20.606	19.257	-1.229	- 5,6	551	2,9
= Unterbeschäftigung im engeren Sinne	**844.421**	**837.942**	**838.234**	**846.891**	**-76.164**	**- 8,3**	**-66.304**	**- 7,3**
+ Personen, die fern vom Arbeitslosenstatus sind, in Maßnahmen, die gesamtwirtschaftlich entlasten [1)]	5.918	5.993	6.092	6.174	-252	- 4,1	-363	- 5,6
dar. Gründungszuschuss	5.250	5.310	5.406	5.483	-9	- 0,2	-145	- 2,6
Einstiegsgeld - Variante: Selbständigkeit	668	683	686	691	-243	- 26,7	-218	- 24,0
Kurzarbeiter (Beschäftigtenäquivalent)	...	...	2.357	2.671	x	x	-613	- 18,7
= Unterbeschäftigung (einschl. Kurzarbeit)	**...**	**...**	**846.683**	**855.736**	**x**	**x**	**-67.280**	**- 7,3**
= Unterbeschäftigung (ohne Kurzarbeit)	**850.339**	**843.935**	**844.326**	**853.065**	**-76.416**	**- 8,2**	**-66.667**	**- 7,2**

[1)] Um die Werte im zeitlichen Verlauf und die Vorjahresvergleiche nicht zu verzerren, wird hier die Komponente "Kurzarbeiter (Beschäftigtenäquivalent)" nicht in die Summe eingerechnet.

Unterbeschäftigungsquote und Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung

	vorläufig			endgültig				
	Dezember 2017	November 2017	Oktober 2017	September 2017	August 2017	Juli 2017	Juni 2017	Mai 2017
	1	2	3	4	5	6	7	8
Unterbeschäftigungsquote ohne Kurzarbeit	9,9	9,8	9,8	9,9	10,1	10,2	10,2	10,4
Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung insgesamt	x	x	69,9	70,3	71,4	70,3	69,5	69,5
Anteil der Arbeitslosigkeit an der Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	70,8	69,9	70,1	70,5	71,6	70,5	69,7	69,7

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Unterbeschäftigung (mit Kurzarbeit) wurde mit Veröffentlichung des Berichtsmonats Mai 2017 rückwirkend bis November 2011 revidiert. Ursache hierfür ist eine Revision der Statistik zur Kurzarbeit, die rückwirkend zusätzlich die witterungsbedingte Saison-Kurzarbeit berücksichtigt. Dies führt zu einem Anstieg der Werte gegenüber früheren Veröffentlichungen. Vgl. hierzu Methodenbericht der Statistik der BA, Revision der Statistik über Kurzarbeit, Nürnberg, Mai 2017.

7.1 Eckwerte zu Leistungsempfängern, Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit nach dem SGB III

Deutschland
Oktober 2017, Datenstand: Dezember 2017

Endgültige Daten mit einer Wartezeit von 2 Monaten

Merkmale	2017			Veränderung aktueller Monat zum Vormonat		Veränderung aktueller Monat zum Vorjahresmonat	
	Oktober 2017	September 2017	August 2017	absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Empfänger Arbeitslosengeld (SGB III)							
Bestand insgesamt	667.723	685.817	730.670	-18.094	- 2,6	-37.636	- 5,3
dav. 46,9 % Frauen	313.102	322.296	344.888	-9.194	- 2,9	-14.338	- 4,4
53,1 % Männer	354.603	363.501	385.760	-8.898	- 2,4	-23.305	- 6,2
8,0 % unter 25 Jahre	53.525	66.265	80.192	-12.740	- 19,2	-9.106	- 14,5
59,7 % 25 bis unter 55 Jahre	398.522	403.805	429.596	-5.283	- 1,3	-28.658	- 6,7
32,3 % 55 Jahre und älter	215.676	215.747	220.882	-71	- 0,0	128	0,1
15,6 % Ausländer	104.370	104.076	107.817	294	0,3	-222	- 0,2
Zugänge insgesamt [1]	166.183	161.786	191.514	4.397	2,7	-11.297	- 6,4
dav. 46,6 % Frauen	77.409	76.742	91.936	667	0,9	-4.035	- 5,0
53,4 % Männer	88.758	85.024	99.556	3.734	4,4	-7.218	- 7,5
11,5 % unter 25 Jahre	19.192	25.323	35.683	-6.131	- 24,2	-2.291	- 10,7
70,1 % 25 bis unter 55 Jahre	116.480	109.883	125.996	6.597	6,0	-8.875	- 7,1
18,4 % 55 Jahre und älter	30.508	26.575	29.833	3.933	14,8	-132	- 0,4
17,4 % Ausländer	28.944	28.351	29.152	593	2,1	60	0,2
Abgänge insgesamt [1]	184.277	206.639	190.392	-22.362	- 10,8	-13.677	- 6,9
dav. 47,0 % Frauen	86.611	99.341	86.758	-12.730	- 12,8	-5.536	- 6,0
53,0 % Männer	97.658	107.293	103.630	-9.635	- 9,0	-8.146	- 7,7
16,7 % unter 25 Jahre	30.812	38.108	32.740	-7.296	- 19,1	-5.162	- 14,3
66,0 % 25 bis unter 55 Jahre	121.607	135.681	125.718	-14.074	- 10,4	-8.375	- 6,4
17,3 % 55 Jahre und älter	31.858	32.850	31.934	-992	- 3,0	-140	- 0,4
15,5 % Ausländer	28.516	31.934	29.901	-3.418	- 10,7	910	3,3
Angaben zur Leistung (Bestand)							
Durchschnittliche Anspruchshöhe, mtl. in €	944,96	933,80	924,85	11,15	.	20,70	.
zurück gelegte Leistungsdauer, in Tagen	137,1	137,1	133,6	0,0	.	0,5	.
Restanspruchsdauer, in Tagen	255,1	252,9	253,8	2,3	.	3,5	.
Angaben zur Leistung (bei Abgang) [1]							
Durchschn. Anspruchshöhe bei Abgang, mtl. in €	893,85	866,66	868,35	27,19	.	23,80	.
Durchschn. Leistungsdauer bei Beend., in Tagen	124,5	115,2	120,5	9,2	.	-0,8	.
Restanspruchsdauer bei Abgang, in Tagen	192,8	201,8	192,0	-9,0	.	3,0	.
Abgangsgründe [1]							
Arbeitsaufnahme	94.591	114.972	102.835	-20.381	- 17,7	-6.150	- 6,1
Anspruch erschöpft	29.349	28.844	32.449	505	1,8	-3.973	- 11,9
Sonstige	60.337	62.823	55.108	-2.486	- 4,0	-3.554	- 5,6

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Das Messkonzept der Zu- und Abgänge der Arbeitslosengeldempfänger wurde angepasst und Werte rückwirkend wurden minimal korrigiert.

7.2 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Deutschland
August 2017, Datenstand: Dezember 2017

Endgültige Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten.

Merkmale	2017			Veränderung August 2017 zum Vormonat		Veränderung August 2017 zum Vorjahresmonat	
	August	Juli	Juni	absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Bedarfsgemeinschaften (BG)							
Bestand	3.264.401	3.278.494	3.290.072	-14.093	- 0,4	-78	- 0,0
dar. 55,4 % mit 1 Person	1.809.876	1.819.001	1.827.714	-9.125	- 0,5	-387	- 0,0
19,2 % mit 2 Personen	626.242	628.949	632.005	-2.707	- 0,4	-29.563	- 4,5
11,4 % mit 3 Personen	373.482	375.556	376.892	-2.074	- 0,6	-5.208	- 1,4
7,6 % mit 4 Personen	246.661	247.169	247.258	-508	- 0,2	8.492	3,6
6,4 % mit 5 und mehr Personen	208.139	207.820	206.203	320	0,2	26.588	14,6
Personen pro Bedarfsgemeinschaft	1,9	1,9	1,9	0,0	0,1	0,0	1,8
dar. 55,4 % Single-BG	1.806.994	1.817.326	1.825.982	-10.331	- 0,6	-125	- 0,0
15,6 % Alleinerziehende	590.613	592.057	592.540	-1.444	- 0,2	-15.492	- 2,6
8,9 % Partner-BG ohne Kind	292.106	294.287	296.436	-2.181	- 0,7	-14.996	- 4,9
15,6 % Partner-BG mit Kind	510.582	512.024	512.186	-1.442	- 0,3	32.933	6,9
Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft in Euro [1]							
Zahlungsansprüche insgesamt	948,13	945,14	942,88	2,99	0,3	47,72	5,3
Gesamtregelleistung	785,04	782,44	780,29	2,60	0,3	34,50	4,6
dav. Regelbedarf Arbeitslosengeld II	355,77	355,83	355,27	-0,06	- 0,0	11,22	3,3
Regelbedarf Sozialgeld	25,00	24,89	24,74	0,11	0,4	5,23	26,5
Mehrbedarfe	22,63	22,54	22,45	0,08	0,4	0,19	0,9
Kosten der Unterkunft	381,64	379,18	377,82	2,46	0,6	17,86	4,9
Sozialversicherungsleistungen	152,39	152,63	152,55	-0,24	- 0,2	13,45	9,7
Weitere Zahlungsansprüche	10,70	10,07	10,04	0,63	6,3	-0,23	- 2,1
Personen in Bedarfsgemeinschaften							
Bestand	6.336.076	6.357.528	6.368.676	-21.452	- 0,3	114.453	1,8
dar. 97,1 % Leistungsberechtigte	6.151.624	6.143.275	6.156.709	8.349	0,1	133.842	2,2
dar. 95,9 % Regelleistungsberechtigte	6.079.442	6.106.880	6.119.096	-27.438	- 0,4	149.064	2,5
dav. 68,9 % Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	4.368.261	4.395.152	4.407.804	-26.891	- 0,6	49.713	1,2
27 % Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.711.181	1.711.728	1.711.292	-547	- 0,0	99.351	6,2
dar. 1,1 % Sonstige Leistungsberechtigte	72.182	36.395	37.613	35.787	98,3	-15.222	- 17,4
dar. 2,9 % Nicht Leistungsberechtigte	184.452	214.253	211.967	-29.801	- 13,9	-19.389	- 9,5
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte							
Bestand	4.368.261	4.395.152	4.407.804	-26.891	- 0,6	49.713	1,2
dav. 50 % Frauen	2.183.235	2.194.952	2.198.721	-11.717	- 0,5	5.518	0,3
50 % Männer	2.184.986	2.200.162	2.209.047	-15.176	- 0,7	44.180	2,1
19 % unter 25 Jahre	831.391	838.695	835.916	-7.304	- 0,9	59.573	7,7
64,5 % 25 bis unter 55 Jahre	2.819.648	2.838.016	2.852.925	-18.369	- 0,6	-6.357	- 0,2
16,4 % 55 Jahre und älter	717.222	718.440	718.963	-1.218	- 0,2	-3.504	- 0,5
34,2 % Ausländer	1.494.620	1.495.324	1.490.227	-703	- 0,0	228.605	18,1
Zugang in den Regelleistungsbezug insgesamt	135.203	126.756	121.866	8.447	6,7	-36.004	- 21,0
dar. vorheriger SGB II-Regeleistungsbezug (< 3 Monate)	45.797	38.780	34.994	7.017	18,1	-447	- 1,0
dar. vorheriger Arbeitslosengeld-Bezug (< 3 Monate)	11.714	11.697	10.888	16	0,1	-681	- 5,5
gleichzeitig Arbeitslosengeld-Bezug (Aufstocker)	6.577	6.455	5.463	122	1,9	-872	- 11,7
Abgang insgesamt	168.969	146.562	141.225	22.407	15,3	-2.223	- 1,3
dar. erneuter Regelleistungsbezug innerhalb von 3 Mon.	44.503	36.024	32.598	8.478	23,5	-1.338	- 2,9
Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte							
Bestand	1.711.181	1.711.728	1.711.292	-547	- 0,0	99.351	6,2
dav. 96,7 % unter 15 Jahre	1.655.225	1.655.529	1.654.748	-305	- 0,0	100.924	6,5
3,3 % 15 Jahre und älter	55.956	56.199	56.544	-242	- 0,4	-1.573	- 2,7
SGB II-Hilfequoten bezogen auf die Bevölkerung [2] im jeweiligen Alter in Prozent (bzw. Veränderung absolut in Prozentpunkten)							
Leistungsberechtigte (0 Jahre bis Regelaltersgrenze)	9,8	9,9	9,9	- 0,0	.	0,2	.
Erwerbsf. Leistungsberechtigte (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	8,1	8,2	8,2	- 0,1	.	0,1	.
Frauen (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	8,2	8,2	8,3	- 0,0	.	0,0	.
Männer (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	8,1	8,1	8,1	- 0,1	.	0,2	.
unter 25 Jahre	9,6	9,7	9,7	- 0,1	.	0,7	.
25 bis unter 55 Jahre	8,3	8,4	8,4	- 0,1	.	- 0,0	.
55 Jahre und älter	6,3	6,3	6,4	- 0,0	.	- 0,1	.
Ausländer (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	24,3	24,4	24,3	- 0,0	.	3,7	.
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (unter 15 Jahre)	15,5	15,5	15,5	- 0,0	.	0,9	.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] jeweils ermittelt auf Basis aller Bedarfsgemeinschaften im Berichtsmonat
[2] Wohnbevölkerungsdaten der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 mit Stand 31.12.2014; Quelle: Statistisches Bundesamt.

7.3 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Westdeutschland
August 2017, Datenstand: Dezember 2017

Endgültige Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten.

Merkmale	2017			Veränderung August 2017 zum Vormonat		Veränderung August 2017 zum Vorjahresmonat	
	August	Juli	Juni	absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Bedarfsgemeinschaften (BG)							
Bestand	2.351.752	2.359.831	2.364.478	-8.079	- 0,3	46.849	2,0
dar. 54,1 % mit 1 Person	1.272.944	1.277.968	1.282.323	-5.024	- 0,4	25.449	2,0
19,1 % mit 2 Personen	448.314	449.870	451.188	-1.556	- 0,3	-11.916	- 2,6
11,8 % mit 3 Personen	278.629	280.121	280.670	-1.492	- 0,5	721	0,3
8 % mit 4 Personen	188.479	188.824	188.787	-345	- 0,2	9.583	5,4
6,9 % mit 5 und mehr Personen	163.387	163.049	161.510	338	0,2	23.012	16,4
Personen pro Bedarfsgemeinschaft	2,0	2,0	2,0	0,0	0,1	0,0	1,9
dar. 54 % Single-BG	1.270.928	1.276.838	1.281.107	-5.910	- 0,5	25.667	2,1
16,7 % Alleinerziehende	430.987	431.732	431.552	-744	- 0,2	-5.761	- 1,3
8,8 % Partner-BG ohne Kind	207.439	208.962	209.866	-1.523	- 0,7	-4.718	- 2,2
16,7 % Partner-BG mit Kind	393.393	394.207	393.761	-815	- 0,2	33.287	9,2
Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft in Euro [1]							
Zahlungsansprüche insgesamt	973,88	971,73	969,44	2,15	0,2	48,43	5,2
Gesamtregelleistung	808,23	806,46	804,44	1,76	0,2	34,93	4,5
dav. Regelbedarf Arbeitslosengeld II	361,85	362,09	361,40	-0,24	- 0,1	12,32	3,5
Regelbedarf Sozialgeld	27,20	27,10	26,93	0,10	0,4	5,77	26,9
Mehrbedarfe	23,43	23,32	23,22	0,11	0,5	0,09	0,4
Kosten der Unterkunft	395,74	393,95	392,88	1,79	0,5	16,75	4,4
Sozialversicherungsleistungen	154,36	154,65	154,56	-0,29	- 0,2	13,70	9,7
Weitere Zahlungsansprüche	11,30	10,62	10,43	0,68	6,4	-0,19	- 1,7
Personen in Bedarfsgemeinschaften							
Bestand	4.675.632	4.687.647	4.688.673	-12.015	- 0,3	177.040	3,9
dar. 97,1 % Leistungsberechtigte	4.540.261	4.529.685	4.532.527	10.577	0,2	189.035	4,3
dar. 96 % Regelleistungsberechtigte	4.489.864	4.506.878	4.509.061	-17.014	- 0,4	199.258	4,6
dav. 68,2 % Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	3.190.691	3.208.350	3.212.561	-17.659	- 0,6	101.461	3,3
27 % Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.299.173	1.298.528	1.296.500	645	0,0	97.797	8,1
dar. 1,1 % Sonstige Leistungsberechtigte	50.397	22.807	23.466	27.591	121,0	-10.223	- 16,9
dar. 2,9 % Nicht Leistungsberechtigte	135.371	157.962	156.146	-22.592	- 14,3	-11.995	- 8,1
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte							
Bestand	3.190.691	3.208.350	3.212.561	-17.659	- 0,6	101.461	3,3
dav. 50,4 % Frauen	1.606.692	1.614.372	1.614.715	-7.680	- 0,5	34.356	2,2
49,6 % Männer	1.583.974	1.593.953	1.597.823	-9.979	- 0,6	67.093	4,4
20,1 % unter 25 Jahre	640.893	646.775	644.292	-5.883	- 0,9	53.451	9,1
64,4 % 25 bis unter 55 Jahre	2.055.963	2.067.290	2.074.547	-11.328	- 0,5	41.999	2,1
15,5 % 55 Jahre und älter	493.836	494.284	493.722	-448	- 0,1	6.011	1,2
38,8 % Ausländer	1.238.373	1.238.839	1.233.778	-466	- 0,0	195.097	18,7
Zugang in den Regelleistungsbezug insgesamt	103.772	96.986	94.439	6.786	7,0	-23.603	- 18,5
dar. vorheriger SGB II-Regeleistungsbezug (< 3 Monate)	33.708	28.183	25.514	5.525	19,6	407	1,2
dar. vorheriger Arbeitslosengeld-Bezug (< 3 Monate)	8.911	8.818	8.247	93	1,1	-482	- 5,1
gleichzeitig Arbeitslosengeld-Bezug (Aufstocker)	4.859	4.816	4.053	42	0,9	-582	- 10,7
Abgang insgesamt	126.740	106.881	102.359	19.859	18,6	415	0,3
dar. erneuter Regelleistungsbezug innerhalb von 3 Mon.	33.838	26.271	23.305	7.567	28,8	-478	- 1,4
Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte							
Bestand	1.299.173	1.298.528	1.296.500	645	0,0	97.797	8,1
dav. 96,5 % unter 15 Jahre	1.254.119	1.253.211	1.250.981	908	0,1	98.476	8,5
3,5 % 15 Jahre und älter	45.054	45.317	45.519	-263	- 0,6	-679	- 1,5
SGB II-Hilfequoten bezogen auf die Bevölkerung [2] im jeweiligen Alter in Prozent (bzw. Veränderung absolut in Prozentpunkten)							
Leistungsberechtigte (0 Jahre bis Regelaltersgrenze)	9,0	9,0	9,0	- 0,0	.	0,3	.
Erwerbsf. Leistungsberechtigte (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	7,4	7,4	7,4	- 0,0	.	0,2	.
Frauen (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	7,5	7,5	7,5	- 0,0	.	0,1	.
Männer (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	7,3	7,3	7,3	- 0,0	.	0,3	.
unter 25 Jahre	8,7	8,8	8,7	- 0,1	.	0,7	.
25 bis unter 55 Jahre	7,6	7,6	7,6	- 0,0	.	0,2	.
55 Jahre und älter	5,6	5,6	5,6	- 0,0	.	0,0	.
Ausländer (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	22,7	22,7	22,6	- 0,0	.	3,6	.
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (unter 15 Jahre)	14,4	14,4	14,4	0,0	.	1,1	.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] jeweils ermittelt auf Basis aller Bedarfsgemeinschaften im Berichtsmonat
[2] Wohnbevölkerungsdaten der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 mit Stand 31.12.2014; Quelle: Statistisches Bundesamt.

7.4 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II

Ostdeutschland
August 2017, Datenstand: Dezember 2017

Endgültige Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten.

Merkmale	2017			Veränderung August 2017 zum Vormonat		Veränderung August 2017 zum Vorjahresmonat	
	August	Juli	Juni	absolut	in %	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Bedarfsgemeinschaften (BG)							
Bestand	912.649	918.663	925.594	-6.014	- 0,7	-46.927	- 4,9
dar. 58,8 % mit 1 Person	536.932	541.033	545.391	-4.101	- 0,8	-25.837	- 4,6
19,5 % mit 2 Personen	177.928	179.079	180.817	-1.151	- 0,6	-17.647	- 9,0
10,4 % mit 3 Personen	94.853	95.435	96.222	-582	- 0,6	-5.930	- 5,9
6,4 % mit 4 Personen	58.183	58.345	58.471	-162	- 0,3	-1.090	- 1,8
4,9 % mit 5 und mehr Personen	44.753	44.771	44.693	-18	- 0,0	3.577	8,7
Personen pro Bedarfsgemeinschaft	1,8	1,8	1,8	0,0	0,1	0,0	1,3
dar. 58,7 % Single-BG	536.066	540.488	544.875	-4.422	- 0,8	-25.792	- 4,6
12,8 % Alleinerziehende	159.626	160.325	160.988	-699	- 0,4	-9.731	- 5,7
9,3 % Partner-BG ohne Kind	84.667	85.325	86.570	-658	- 0,8	-10.278	- 10,8
12,8 % Partner-BG mit Kind	117.189	117.817	118.425	-628	- 0,5	-354	- 0,3
Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft in Euro [1]							
Zahlungsansprüche insgesamt	881,79	876,86	875,05	4,94	0,6	41,52	4,9
Gesamtregelleistung	725,30	720,74	718,59	4,56	0,6	29,42	4,2
dav. Regelbedarf Arbeitslosengeld II	340,10	339,75	339,61	0,35	0,1	7,53	2,3
Regelbedarf Sozialgeld	19,33	19,21	19,13	0,12	0,7	3,55	22,5
Mehrbedarfe	20,56	20,55	20,49	0,01	0,0	0,31	1,5
Kosten der Unterkunft	345,30	341,23	339,35	4,07	1,2	18,04	5,5
Sozialversicherungsleistungen	147,32	147,45	147,41	-0,13	- 0,1	12,50	9,3
Weitere Zahlungsansprüche	9,18	8,67	9,05	0,51	5,9	-0,41	- 4,3
Personen in Bedarfsgemeinschaften							
Bestand	1.660.444	1.669.881	1.680.003	-9.437	- 0,6	-62.587	- 3,6
dar. 97 % Leistungsberechtigte	1.611.363	1.613.590	1.624.182	-2.227	- 0,1	-55.193	- 3,3
dar. 95,7 % Regelleistungsberechtigte	1.589.578	1.600.002	1.610.035	-10.424	- 0,7	-50.194	- 3,1
dav. 70,9 % Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1.177.570	1.186.802	1.195.243	-9.232	- 0,8	-51.748	- 4,2
24,8 % Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	412.008	413.200	414.792	-1.192	- 0,3	1.554	0,4
dar. 1,3 % Sonstige Leistungsberechtigte	21.785	13.588	14.147	8.197	60,3	-4.999	- 18,7
dar. 3 % Nicht Leistungsberechtigte	49.081	56.291	55.821	-7.210	- 12,8	-7.394	- 13,1
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte							
Bestand	1.177.570	1.186.802	1.195.243	-9.232	- 0,8	-51.748	- 4,2
dav. 49 % Frauen	576.543	580.580	584.006	-4.037	- 0,7	-28.838	- 4,8
51 % Männer	601.012	606.209	611.224	-5.197	- 0,9	-22.913	- 3,7
16,2 % unter 25 Jahre	190.498	191.920	191.624	-1.422	- 0,7	6.122	3,3
64,9 % 25 bis unter 55 Jahre	763.685	770.726	778.378	-7.041	- 0,9	-48.356	- 6,0
19 % 55 Jahre und älter	223.386	224.156	225.241	-770	- 0,3	-9.515	- 4,1
21,8 % Ausländer	256.247	256.485	256.449	-238	- 0,1	33.508	15,0
Zugang in den Regelleistungsbezug insgesamt	31.431	29.770	27.427	1.661	5,6	-12.401	- 28,3
dar. vorheriger SGB II-Regeleistungsbezug (< 3 Monate)	12.090	10.597	9.480	1.493	14,1	-854	- 6,6
dar. vorheriger Arbeitslosengeld-Bezug (< 3 Monate)	2.802	2.879	2.641	-77	- 2,7	-199	- 6,6
gleichzeitig Arbeitslosengeld-Bezug (Aufstocker)	1.718	1.639	1.410	79	4,8	-291	- 14,5
Abgang insgesamt	42.229	39.681	38.866	2.548	6,4	-2.638	- 5,9
dar. erneuter Regelleistungsbezug innerhalb von 3 Mon.	10.664	9.753	9.293	911	9,3	-861	- 7,5
Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte							
Bestand	412.008	413.200	414.792	-1.192	- 0,3	1.554	0,4
dav. 97,4 % unter 15 Jahre	401.106	402.318	403.767	-1.212	- 0,3	2.448	0,6
2,6 % 15 Jahre und älter	10.902	10.882	11.025	20	0,2	-894	- 7,6
SGB II-Hilfequoten bezogen auf die Bevölkerung [2] im jeweiligen Alter in Prozent (bzw. Veränderung absolut in Prozentpunkten)							
Leistungsberechtigte (0 Jahre bis Regelaltersgrenze)	13,4	13,5	13,6	- 0,1	.	- 0,5	.
Erwerbsf. Leistungsberechtigte (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	11,3	11,4	11,5	- 0,1	.	- 0,5	.
Frauen (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	11,4	11,4	11,5	- 0,1	.	- 0,6	.
Männer (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	11,3	11,4	11,5	- 0,1	.	- 0,4	.
unter 25 Jahre	27,6	27,8	27,7	- 0,2	.	0,9	.
25 bis unter 55 Jahre	10,6	10,7	10,8	- 0,1	.	- 0,7	.
55 Jahre und älter	9,1	9,1	9,2	- 0,0	.	- 0,5	.
Ausländer (15 Jahre bis Regelaltersgrenze)	37,1	37,1	37,1	- 0,0	.	4,8	.
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (unter 15 Jahre)	20,3	20,4	20,5	- 0,1	.	0,1	.

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] jeweils ermittelt auf Basis aller Bedarfsgemeinschaften im Berichtsmonat
[2] Wohnbevölkerungsdaten der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 mit Stand 31.12.2014; Quelle: Statistisches Bundesamt.

8.1 Bestand ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente - für Personen im Rechtskreis SGB III und SGB II

Deutschland (Gebietsstand Dezember 2017)
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [1]	Bestand					
	vorläufig u. hochgerechnet			Veränderung zum Vorjahresmonat in %		
	Dezember 2017	November 2017	September 2017	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3
	1	2	3	4	5	6
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	**195.944**	**198.199**	**194.285**	**- 17,9**	**- 19,0**	**- 14,3**
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	195.004	197.019	192.936	- 18,0	- 19,2	- 14,5
dar. bei einem Arbeitgeber	8.911	10.570	11.749	- 18,7	- 6,2	- 0,4
Probebeschäftigung behinderter Menschen	453	698	949	- 40,3	- 24,7	- 8,2
Förderung schwer erreichbarer Jugendlicher	487	482	400	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung [7], darunter	**210.637**	**206.483**	**175.004**	**2,2**	**1,7**	**2,6**
Berufseinstiegsbegleitung	71.068	71.148	65.500	5,5	7,5	10,2
Assistierte Ausbildung	9.766	9.835	9.744	46,7	48,8	42,9
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	43.089	41.152	26.991	- 2,1	- 5,9	- 9,4
Einstiegsqualifizierung	13.707	12.231	7.215	12,6	11,0	28,1
Ausbildungsbegleitende Hilfen	40.071	39.379	33.842	- 1,9	- 0,9	- 2,2
Außerbetriebliche Berufsausbildung	25.707	25.424	24.307	- 7,1	- 9,8	- 9,4
Zuschüsse z. Ausbildungsverg. behind. u. schwerbehind. Menschen	7.109	7.188	7.257	- 2,2	- 2,4	- 1,0
Berufliche Weiterbildung, darunter	**172.542**	**173.852**	**159.397**	**- 2,0**	**- 4,2**	**- 2,9**
Förderung der beruflichen Weiterbildung	154.568	156.829	143.933	- 4,2	- 5,8	- 4,3
dar. Rehabilitanden in Förderung der beruflichen Weiterbildung	7.180	7.257	6.821	- 2,2	- 2,5	- 3,8
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	17.974	17.023	15.464	22,1	13,9	12,5
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	**125.612**	**128.154**	**133.574**	**- 5,4**	**- 6,1**	**- 0,9**
Förderung abhängiger Beschäftigung	**99.938**	**101.910**	**106.680**	**- 5,3**	**- 6,2**	**0,5**
Eingliederungszuschuss	58.752	60.299	63.881	- 4,0	- 6,3	- 2,0
Eingliederungszuschuss für bes. betroffene Schwerbehinderte	10.261	10.085	9.987	4,0	1,6	- 0,0
Einstiegsgeld bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	16.562	16.795	17.233	- 21,2	- 21,7	- 10,8
Bundesprogramm Eingliederung langzeitarbeitsl. Leistungsberecht.	12.028	12.355	13.113	12,7	22,2	50,3
Beschäftigungszuschuss (Restabwickl.)	2.335	2.376	2.466	- 15,0	- 15,0	- 14,0
Förderung der Selbständigkeit	**25.674**	**26.244**	**26.894**	**- 5,9**	**- 5,8**	**- 6,3**
Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	1.496	1.550	1.591	- 22,5	- 20,5	- 18,5
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen	1.722	1.952	2.200	- 27,8	- 18,9	- 19,7
Gründungszuschuss	22.456	22.742	23.103	- 2,2	- 3,3	- 3,8
Besond. Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen [6], darunter	**70.424**	**74.668**	**73.251**	**- 0,4**	**- 1,2**	**- 1,3**
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	7.521	7.505	6.881	- 1,1	- 2,5	- 3,8
Eignungsabklärung/Berufsfindung	903	1.070	1.198	29,4	8,0	7,1
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	32.675	32.807	32.073	- 1,8	- 2,7	- 3,0
Einzelfallförderung	1.242	1.265	1.283	- 1,2	2,8	5,3
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	24.441	28.470	28.347	- 0,3	- 0,4	0,3
unterstützte Beschäftigung	3.642	3.551	3.469	8,2	4,6	1,1
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	**94.870**	**99.941**	**103.768**	**- 1,1**	**- 3,6**	**- 0,9**
Arbeitsgelegenheiten	72.404	77.657	82.012	- 9,4	- 11,2	- 7,4
Förderung von Arbeitsverhältnissen	6.994	6.911	6.837	- 11,1	- 13,3	- 15,1
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	15.472	15.373	14.919	89,0	87,3	85,0
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	**14.392**	**14.848**	**14.857**	**- 8,5**	**- 14,6**	**- 8,2**
Freie Förderung SGB II	14.162	14.619	14.645	- 9,0	- 4,9	3,2
Summe der Instrumente	**884.421**	**896.145**	**854.136**	**- 5,5**	**- 6,9**	**- 4,2**
Nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen [3]	51.064	51.980	52.640	- 12,3	- 9,2	- 4,9

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Endg. statistische Ergebnisse zum Einsatz arbeitsmarktpol. Instrumente stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest. Die reg. Zuordnung der Teilnehmenden erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

[1] Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von unterschiedlicher Untererfassung mit Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet; im Einzelnen siehe Blatt "Methodische Hinweise zur Hochrechnung"

[3] Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2017 (Datenstand September 2017) nur ca. 70 % der Träger Daten zum Einsatz der kommunalen Eingliederungsleistungen erfasst.

[6] Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalte

[7] Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III.

8.2 Zugang ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente - für Personen im Rechtskreis SGB III und SGB II

Deutschland (Gebietsstand Dezember 2017)
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [1]	Zugang			
	Dezember 2017 (vorläufig und hochgerechnet)	Veränderung (Sp. 1) zum Vorjahres-monat in %	seit Jahresbeginn	
			2017 vorläufig und hoch-gerechnet	Veränderung (Sp. 3) zum Vorjahres-zeitraum in %
	1	2	3	4
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	**179.600**	**- 21,3**	**2.555.428**	**- 9,4**
Vermittlungsbudget	77.593	- 27,1	1.098.049	- 14,4
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	101.807	- 16,3	1.452.897	- 5,2
dar. bei einem Arbeitgeber	25.889	- 12,8	419.530	- 0,2
Vermittlung in soz.-verspfl. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	599	- 75,0	22.279	- 26,9
Probebeschäftigung behinderter Menschen	114	- 56,0	3.395	- 10,3
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	17	- 37,0	214	- 11,9
Förderung schwer erreichbarer Jugendlicher	69	x	873	x
Berufswahl und Berufsausbildung [7], darunter	**8.794**	**- 21,9**	**184.374**	**- 3,2**
Berufseinstiegsbegleitung	672	- 68,8	31.364	- 10,5
Assistierte Ausbildung	312	- 30,2	11.390	- 2,3
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	3.826	10,9	64.253	- 3,3
Einstiegsqualifizierung	1.526	- 14,1	23.755	16,7
Ausbildungsbegleitende Hilfen	1.936	- 30,0	34.902	- 4,7
Außerbetriebliche Berufsausbildung	514	- 15,0	15.463	- 8,3
Zuschüsse z. Ausbildungsverg. behind. u. schwerbehind. Menschen	8	- 86,9	3.078	- 8,8
Berufliche Weiterbildung, darunter	**20.925**	**- 7,8**	**327.460**	**- 2,4**
Förderung der beruflichen Weiterbildung	20.362	- 8,8	315.383	- 3,2
dar. Rehabilitanden in Förderung der beruflichen Weiterbildung	299	- 14,6	6.984	- 6,5
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	563	51,3	12.077	24,4
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	**15.061**	**- 18,3**	**250.106**	**- 4,7**
Förderung abhängiger Beschäftigung	**12.804**	**- 18,6**	**212.041**	**- 4,4**
Eingliederungszuschuss	9.186	- 6,2	148.491	- 2,5
Eingliederungszuschuss für bes. betroffene Schwerbehinderte	562	- 6,8	8.945	- 0,2
Einstiegsgeld bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	2.779	- 36,2	46.413	- 4,9
Bundesprogramm Eingliederung langzeitarbeitsl. Leistungsberecht.	277	- 71,6	8.192	- 30,3
Förderung der Selbständigkeit	**2.257**	**- 16,6**	**38.065**	**- 6,7**
Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	81	- 57,1	2.279	- 19,5
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen	417	- 49,8	8.532	- 16,6
Gründungszuschuss	1.759	4,3	27.254	- 1,7
Besond. Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen [6], dar.	**3.328**	**0,4**	**64.551**	**- 0,5**
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	328	- 14,8	8.924	- 7,0
Eignungsabklärung/Berufsfindung	499	2,3	8.647	- 2,8
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	132	- 19,0	14.166	- 4,0
Einzelfallförderung	1.196	5,7	13.490	13,9
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	994	2,2	16.204	- 4,0
unterstützte Beschäftigung	179	3,5	3.120	6,6
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	**10.923**	**- 13,4**	**216.193**	**- 8,1**
Arbeitsgelegenheiten	10.273	- 15,5	200.522	- 8,7
Förderung von Arbeitsverhältnissen	375	17,9	5.421	- 14,3
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	275	100,7	10.250	12,5
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	**2.009**	**- 48,2**	**42.676**	**- 1,9**
Freie Förderung SGB II	1.982	- 48,7	42.373	- 1,9
dar. Einmalleistungen	631	- 35,9	9.078	0,3
Summe der Instrumente mit Einmalleistungen [2]	**240.640**	**- 19,9**	**3.640.788**	**- 7,9**
Einmalleistungen [2]	80.188	- 27,9	1.144.729	- 14,3
Summe der Instrumente ohne Einmalleistungen [2]	**160.452**	**- 15,2**	**2.496.059**	**- 4,5**
Nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen [3]	4.117	- 42,0	77.834	- 13,9

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

[1] Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von unterschiedlicher Untererfassung mit Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet; im Einzelnen siehe Blatt "Methodische Hinweise zur Hochrechnung"

[2] Die Einmalleistungen umfassen: Förderung aus dem Vermittlungsbudget, Vermittlung in sv-pfl. Beschäftigung, Arbeitshilfen für Menschen mit Behinderunge Beschaffung von Sachgütern im Rahmen von Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen, überw. Einzelfallförderung Reha, Einmall. zur freien Förd. SG

[3] Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2017 (Datenstand September 2017) nur ca. 70 % der Träger Daten zum Einsatz der kommunalen Eingliederungsleistungen erfasst.

[6] Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

[7] Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III.

8.3 Bestand ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente - für Personen im Rechtskreis SGB III

Deutschland (Gebietsstand Dezember 2017)
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [1]	Bestand					
	vorläufig u. hochgerechnet			Veränderung zum Vorjahresmonat in %		
	Dezember 2017	November 2017	September 2017	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3
	1	2	3	4	5	6
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	**38.210**	**40.023**	**40.382**	**- 30,2**	**- 31,4**	**- 29,1**
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	37.902	39.533	39.673	- 30,2	- 31,6	- 29,5
dar. bei einem Arbeitgeber	4.232	4.835	5.296	- 20,5	- 4,8	- 2,8
Probebeschäftigung behinderter Menschen	308	490	709	- 31,9	- 12,5	- 2,5
Förderung schwer erreichbarer Jugendlicher	-	-	-	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung [7], darunter	**187.745**	**184.217**	**155.252**	**1,3**	**1,0**	**2,1**
Berufseinstiegsbegleitung	71.068	71.148	65.500	5,5	7,5	10,2
Assistierte Ausbildung	7.388	7.419	7.188	44,6	47,3	46,1
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	43.089	41.152	26.991	- 2,1	- 5,9	- 9,4
Einstiegsqualifizierung	8.558	7.641	4.264	3,4	1,6	16,5
Ausbildungsbegleitende Hilfen	36.694	36.157	31.330	- 4,5	- 3,5	- 4,4
Außerbetriebliche Berufsausbildung	14.682	14.362	13.583	- 7,1	- 10,1	- 9,7
Zuschüsse z. Ausbildungsverg. behind. u. schwerbehind. Menschen	6.152	6.219	6.267	- 1,9	- 2,1	- 0,8
Berufliche Weiterbildung, darunter	**116.560**	**116.337**	**105.537**	**7,2**	**4,7**	**5,1**
Förderung der beruflichen Weiterbildung	98.951	99.656	90.349	5,0	3,4	4,0
dar. Rehabilitanden in Förderung der beruflichen Weiterbildung	5.066	5.090	4.782	2,0	1,5	0,9
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	17.609	16.681	15.188	21,6	13,4	12,2
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	**61.153**	**62.145**	**64.560**	**0,8**	**- 1,2**	**1,3**
Förderung abhängiger Beschäftigung	**38.697**	**39.403**	**41.457**	**2,6**	**- 0,0**	**4,4**
Eingliederungszuschuss	31.974	32.863	35.019	0,9	- 1,5	4,1
Eingliederungszuschuss für bes. betroffene Schwerbehinderte	6.723	6.540	6.438	11,9	8,0	5,9
Förderung der Selbständigkeit	**22.456**	**22.742**	**23.103**	**- 2,2**	**- 3,3**	**- 3,8**
Gründungszuschuss	22.456	22.742	23.103	- 2,2	- 3,3	- 3,8
Besond. Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen [6], darunter	**67.313**	**71.533**	**70.360**	**- 0,2**	**- 1,0**	**- 1,1**
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	4.410	4.370	3.990	1,5	0,3	- 2,2
Eignungsabklärung/Berufsfindung	903	1.070	1.198	29,4	8,0	7,1
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	32.675	32.807	32.073	- 1,8	- 2,7	- 3,0
Einzelfallförderung	1.242	1.265	1.283	- 1,2	2,8	5,3
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	24.441	28.470	28.347	- 0,3	- 0,4	0,3
unterstützte Beschäftigung	3.642	3.551	3.469	8,2	4,6	1,1
Freie Förderung / Sonstige Förderung	**230**	**229**	**212**	**38,6**	**- 88,7**	**- 89,4**
Summe der Instrumente	**471.211**	**474.484**	**436.303**	**- 1,2**	**- 3,0**	**- 2,2**

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.
Endg. statistische Ergebnisse zum Einsatz arbeitsmarktpol. Instrumente stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest. Die reg. Zuordnung der Teilnehmenden erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.
[1] Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von unterschiedlicher Untererfassung mit Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet; im Einzelnen siehe Blatt "Methodische Hinweise zur Hochrechnung"
[6] Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen
[7] Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III.

8.4 Zugang ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente - für Personen im Rechtskreis SGB III

Deutschland (Gebietsstand Dezember 2017)
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [1]	Zugang			
	Dezember 2017 (vorläufig und hochgerechnet)	Veränderung (Sp. 1) zum Vorjahres-monat in %	seit Jahresbeginn	
			2017 vorläufig und hoch-gerechnet	Veränderung (Sp. 3) zum Vorjahres-zeitraum in %
	1	2	3	4
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	**66.548**	**- 13,3**	**948.593**	**- 6,6**
Vermittlungsbudget	26.977	- 16,1	368.047	- 12,6
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	39.463	- 11,2	577.970	- 2,3
dar. bei einem Arbeitgeber	17.017	- 7,4	263.257	7,1
Vermittlung in soz.-verspfl. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	83	- 91,1	8.863	- 29,5
Probebeschäftigung behinderter Menschen	92	- 46,2	2.385	- 4,9
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	16	- 20,0	191	- 0,5
Förderung schwer erreichbarer Jugendlicher	-	x	-	x
Berufswahl und Berufsausbildung [7], darunter	**7.769**	**- 22,5**	**160.237**	**- 5,0**
Berufseinstiegsbegleitung	672	- 68,8	31.364	- 10,5
Assistierte Ausbildung	240	- 34,4	7.783	- 1,5
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	3.826	10,9	64.253	- 3,3
Einstiegsqualifizierung	970	- 13,6	14.558	10,2
Ausbildungsbegleitende Hilfen	1.653	- 33,4	30.597	- 8,4
Außerbetriebliche Berufsausbildung	403	0,2	8.946	- 7,4
Zuschüsse z. Ausbildungsverg. behind. u. schwerbehind. Menschen	5	- 89,1	2.600	- 9,3
Berufliche Weiterbildung, darunter	**13.682**	**3,4**	**208.977**	**7,0**
Förderung der beruflichen Weiterbildung	13.130	2,0	197.218	6,2
dar. Rehabilitanden in Förderung der beruflichen Weiterbildung	190	- 10,0	4.604	1,7
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	552	53,3	11.759	23,4
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	**7.461**	**4,1**	**117.487**	**3,1**
Förderung abhängiger Beschäftigung	**5.702**	**4,1**	**90.233**	**4,6**
Eingliederungszuschuss	5.261	2,8	84.084	4,4
Eingliederungszuschuss für bes. betroffene Schwerbehinderte	441	22,5	6.149	7,9
Förderung der Selbständigkeit	**1.759**	**4,3**	**27.254**	**- 1,7**
Gründungszuschuss	1.759	4,3	27.254	- 1,7
Besond. Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen [6], darunter	**3.193**	**1,5**	**60.612**	**0,1**
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	193	- 10,6	4.985	- 5,3
Eignungsabklärung/Berufsfindung	499	2,3	8.647	- 2,8
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	132	- 19,0	14.166	- 4,0
Einzelfallförderung	1.196	5,7	13.490	13,9
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	994	2,2	16.204	- 4,0
unterstützte Beschäftigung	179	3,5	3.120	6,6
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	**27**	**50,0**	**303**	**- 8,2**
Summe der Instrumente mit Einmalleistungen [2]	**98.680**	**- 10,6**	**1.496.209**	**- 3,7**
Einmalleistungen [2]	28.236	- 17,3	389.553	- 12,4
Summe der Instrumente ohne Einmalleistungen [2]	**70.444**	**- 7,6**	**1.106.656**	**- 0,3**

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.
Endg. statistische Ergebnisse zum Einsatz arbeitsmarktpol. Instrumente stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest. Die reg. Zuordnung der Teilnehmenden erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.
[1] Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von unterschiedlicher Untererfassung mit Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet; im Einzelnen siehe Blatt "Methodische Hinweise zur Hochrechnung"
[2] Die Einmalleistungen umfassen: Förd. aus dem Verm.-budget, Vermittl. in sv-pfl. Beschäftigung, Arbeitshilfen für Menschen mit Behinderungen, Vermittl.-gutschein, überwiegend Einzelfallförderung Reha.
[6] Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen
[7] Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III.

8.5 Bestand ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente - für Personen im Rechtskreis SGB II

Deutschland (Gebietsstand Dezember 2017)
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [1]	Bestand					
	vorläufig u. hochgerechnet		September	Veränderung zum Vorjahresmonat in %		
	Dezember 2017	November 2017	2017	Sp. 1	Sp. 2	Sp. 3
	1	2	3	4	5	6
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	**157.734**	**158.176**	**153.903**	**- 14,2**	**- 15,1**	**- 9,3**
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	157.102	157.486	153.263	- 14,4	- 15,3	- 9,5
dar. bei einem Arbeitgeber	4.679	5.735	6.453	- 17,1	- 7,3	1,7
Probebeschäftigung behinderter Menschen	145	208	240	- 52,8	- 43,3	- 21,8
Förderung schwer erreichbarer Jugendlicher	487	482	400	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung, darunter	**22.892**	**22.266**	**19.752**	**10,2**	**8,1**	**6,5**
Assistierte Ausbildung	2.378	2.416	2.556	53,7	53,7	34,7
Einstiegsqualifizierung	5.149	4.590	2.951	32,3	31,2	49,6
Ausbildungsbegleitende Hilfen	3.377	3.222	2.512	39,0	40,9	37,0
Außerbetriebliche Berufsausbildung	11.025	11.062	10.724	- 7,2	- 9,4	- 9,2
Zuschüsse z. Ausbildungsverg. behind. u. schwerbehind. Menschen	957	969	990	- 4,4	- 4,7	- 2,3
Berufliche Weiterbildung, darunter	**55.982**	**57.515**	**53.859**	**- 16,8**	**- 18,3**	**- 15,5**
Förderung der beruflichen Weiterbildung	55.617	57.173	53.583	- 17,1	- 18,5	- 15,6
dar. Rehabilitanden in Förderung der beruflichen Weiterbildung	2.119	2.167	2.038	- 10,8	- 10,7	- 13,3
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	365	342	276	51,5	41,9	29,0
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	**64.459**	**66.009**	**69.014**	**- 10,7**	**- 10,3**	**- 2,9**
Förderung abhängiger Beschäftigung	**61.241**	**62.507**	**65.223**	**- 9,7**	**- 9,7**	**- 1,7**
Eingliederungszuschuss	26.778	27.436	28.862	- 9,3	- 11,5	- 8,6
Eingliederungszuschuss für bes. betroffene Schwerbehinderte	3.538	3.545	3.549	- 8,2	- 8,5	- 9,3
Einstiegsgeld bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	16.562	16.795	17.233	- 21,2	- 21,7	- 10,8
Bundesprogramm Eingliederung langzeitarbeitsl. Leistungsberecht.	12.028	12.355	13.113	12,7	22,2	50,3
Beschäftigungszuschuss (Restabwickl.)	2.335	2.376	2.466	- 15,0	- 15,0	- 14,0
Förderung der Selbständigkeit	**3.218**	**3.502**	**3.791**	**- 25,4**	**- 19,6**	**- 19,2**
Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	1.496	1.550	1.591	- 22,5	- 20,5	- 18,5
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen	1.722	1.952	2.200	- 27,8	- 18,9	- 19,7
Besond. Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen [6], darunter	**3.111**	**3.135**	**2.891**	**- 4,5**	**- 6,2**	**- 6,0**
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	3.111	3.135	2.891	- 4,5	- 6,2	- 6,0
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	**94.870**	**99.941**	**103.768**	**- 1,1**	**- 3,6**	**- 0,9**
Arbeitsgelegenheiten	72.404	77.657	82.012	- 9,4	- 11,2	- 7,4
Förderung von Arbeitsverhältnissen	6.994	6.911	6.837	- 11,1	- 13,3	- 15,1
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	15.472	15.373	14.919	89,0	87,3	85,0
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	**14.162**	**14.619**	**14.645**	**- 9,0**	**- 4,9**	**3,2**
Freie Förderung SGB II	14.162	14.619	14.645	- 9,0	- 4,9	3,2
Summe der Instrumente	**413.210**	**421.661**	**417.832**	**- 10,0**	**- 10,9**	**- 6,1**
Nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen [3]	51.064	51.980	52.640	- 12,3	- 9,2	- 4,9

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Endg. statistische Ergebnisse zum Einsatz arbeitsmarktpol. Instrumente stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest. Die reg. Zuordnung der Teilnehmenden erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

[1] Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von unterschiedlicher Untererfassung mit Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet; im Einzelnen siehe Blatt "Methodische Hinweise zur Hochrechnung"

[3] Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2017 (Datenstand September 2017) nur ca. 70 % der Träger Daten zum Einsatz der kommunalen Eingliederungsleistungen erfasst.

[6] Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

8.6 Zugang ausgewählter arbeitsmarktpolitischer Instrumente - für Personen im Rechtskreis SGB II

Deutschland (Gebietsstand Dezember 2017)
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik [1]	Zugang			
	Dezember 2017 (vorläufig und hochgerechnet)	Veränderung (Sp. 1) zum Vorjahres-monat in %	seit Jahresbeginn	
			2017 vorläufig und hoch-gerechnet	Veränderung (Sp. 3) zum Vorjahres-zeitraum in %
	1	2	3	4
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	**113.052**	**- 25,4**	**1.606.832**	**- 10,9**
Vermittlungsbudget	50.616	- 31,8	730.002	- 15,3
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	62.344	- 19,1	874.924	- 7,0
dar. bei einem Arbeitgeber	8.872	- 21,7	156.272	- 10,4
Vermittlung in soz.-verspfl. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	516	- 64,8	13.416	- 25,1
Probebeschäftigung behinderter Menschen	*	- 75,0	1.010	- 20,8
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	*	- 85,7	23	- 54,9
Förderung schwer erreichbarer Jugendlicher	69	x	873	x
Berufswahl und Berufsausbildung, darunter	**1.025**	**- 17,3**	**24.137**	**10,4**
Assistierte Ausbildung	72	- 11,1	3.607	- 3,9
Einstiegsqualifizierung	556	- 14,9	9.197	28,7
Ausbildungsbegleitende Hilfen	283	- 0,7	4.305	34,0
Außerbetriebliche Berufsausbildung	111	- 45,3	6.517	- 9,5
Zuschüsse z. Ausbildungsverg. behind. u. schwerbehind. Menschen	3	- 80,0	478	- 6,1
Berufliche Weiterbildung, darunter	**7.243**	**- 23,5**	**118.483**	**- 15,6**
Förderung der beruflichen Weiterbildung	7.232	- 23,5	118.165	- 15,7
dar. Rehabilitanden in Förderung der beruflichen Weiterbildung	109	- 21,6	2.380	- 19,0
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	11	- 8,3	318	74,7
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	**7.600**	**- 32,5**	**132.619**	**- 10,7**
Förderung abhängiger Beschäftigung	**7.102**	**- 30,7**	**121.808**	**- 10,1**
Eingliederungszuschuss	3.925	- 16,0	64.407	- 10,2
Eingliederungszuschuss für bes. betroffene Schwerbehinderte	121	- 50,2	2.796	- 14,4
Einstiegsgeld bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	2.779	- 36,2	46.413	- 4,9
Bundesprogramm Eingliederung langzeitarbeitsl. Leistungsberecht.	277	- 71,6	8.192	- 30,3
Beschäftigungszuschuss (Restabwickl.)	-	x	-	x
Förderung der Selbständigkeit	**498**	**- 51,1**	**10.811**	**- 17,2**
Einstiegsgeld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	81	- 57,1	2.279	- 19,5
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen	417	- 49,8	8.532	- 16,6
Besond. Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen [6], darunter	**135**	**- 20,1**	**3.939**	**- 9,0**
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	135	- 20,1	3.939	- 9,0
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	**10.923**	**- 13,4**	**216.193**	**- 8,1**
Arbeitsgelegenheiten	10.273	- 15,5	200.522	- 8,7
Förderung von Arbeitsverhältnissen	375	17,9	5.421	- 14,3
Bundesprogramm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt	275	100,7	10.250	12,5
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	**1.982**	**- 48,7**	**42.373**	**- 1,9**
Freie Förderung SGB II	1.982	- 48,7	42.373	- 1,9
dar. Einmalleistungen	631	- 35,9	9.078	0,3
Summe der Instrumente mit Einmalleistungen [2]	**141.960**	**- 25,3**	**2.144.576**	**- 10,5**
Einmalleistungen [2]	51.952	- 32,6	755.176	- 15,3
Summe der Instrumente ohne Einmalleistungen [2]	**90.008**	**- 20,4**	**1.389.400**	**- 7,7**
Nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen [3]	4.117	- 42,0	77.834	- 13,9

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.
Endg. statistische Ergebnisse zum Einsatz arbeitsmarktpol. Instrumente stehen erst nach einer Wartezeit von drei Monaten fest. Die reg. Zuordnung der Teilnehmenden erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.
[1] Am aktuellen Rand werden die Daten aufgrund von unterschiedlicher Untererfassung mit Erfahrungswerten überwiegend hochgerechnet; im Einzelnen siehe Blatt "Methodische Hinweise zur Hochrechnung"
[2] Die Einmalleistungen umfassen: Förderung aus dem Vermittlungsbudget, Vermittlung in sv-pfl. Beschäftigung, Arbeitshilfen für behinderte Menschen, Beschaffung von Sachgütern im Rahmen von Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen, Einmall. zur Freien Förderung SGB II.
[3] Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2017 (Datenstand September 2017) nur ca. 70 % der Träger Daten zum Einsatz der kommunalen Eingliederungsleistungen erfasst.
[6] Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

9. Bewerber für Berufsausbildungsstellen - Gesamtübersicht 5. Quartal -

Deutschland, West- und Ostdeutschland
Dezember 2017, Datenstand: Dezember 2017

Merkmale	2017/18		Veränderung zum Vorjahr		2016/17	darunter (Sp. 1) unversorgte Bewerber	
	absolut	Anteil in %	absolut	Anteil in %	absolut	absolut	Anteil in %
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland							
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt [1]	64.853	100	8	0,0	64.845	28.775	44,4
dav. eingemündete Bewerber des letzten Berichtsjahres	6.599	10,2	140	2,2	6.459	2.109	32,0
andere ehemalige Bewerber des letzten Berichtsjahres	5.622	8,7	-1.067	- 16,0	6.689	3.075	54,7
Bewerber mit Alternative zum 30.9. des letzten Berichtsjahres	13.481	20,8	-442	- 3,2	13.923	1.011	7,5
unversorgte Bewerber am 30.9. des letzten Berichtsjahres	23.682	36,5	3.160	15,4	20.522	15.110	63,8
kein Bewerber im letzten Berichtsjahr	15.469	23,9	-1.783	- 10,3	17.252	7.470	48,3
Westdeutschland							
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt [1]	53.809	100	-61	- 0,1	53.870	23.128	43,0
dav. eingemündete Bewerber des letzten Berichtsjahres	5.553	10,3	157	2,9	5.396	1.699	30,6
andere ehemalige Bewerber des letzten Berichtsjahres	4.594	8,5	-365	- 7,4	4.959	2.399	52,2
Bewerber mit Alternative zum 30.9. des letzten Berichtsjahres	12.570	23,4	-397	- 3,1	12.967	920	7,3
unversorgte Bewerber am 30.9. des letzten Berichtsjahres	18.366	34,1	2.141	13,2	16.225	11.986	65,3
kein Bewerber im letzten Berichtsjahr	12.726	23,7	-1.597	- 11,1	14.323	6.124	48,1
Ostdeutschland							
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen insgesamt [1]	10.996	100	85	0,8	10.911	5.627	51,2
dav. eingemündete Bewerber des letzten Berichtsjahres	1.043	9,5	-17	- 1,6	1.060	410	39,3
andere ehemalige Bewerber des letzten Berichtsjahres	1.025	9,3	-704	- 40,7	1.729	675	65,9
Bewerber mit Alternative zum 30.9. des letzten Berichtsjahres	903	8,2	-48	- 5,0	951	90	10,0
unversorgte Bewerber am 30.9. des letzten Berichtsjahres	5.299	48,2	1.048	24,7	4.251	3.113	58,7
kein Bewerber im letzten Berichtsjahr	2.726	24,8	-194	- 6,6	2.920	1.339	49,1

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Am 1. Oktober weiterhin suchende oder nach dem 1.10. erneut oder neu suchende Bewerber für Berufsausbildungsstellen für den Ausbildungsbeginn bis Ende 2017.
Abweichungen in den Summen von Westdeutschland und Ostdeutschland zu Deutschland können sich durch nicht zuordenbare Daten ergeben.

10.1 Eckwerte des Arbeitsmarktes - Jahreszahlen -

Deutschland
2013 bis 2017

Merkmale	Jahr					Veränderung 2017 gegenüber 2016	
	2013	2014	2015	2016	2017	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätige [1]	42.319.000	42.672.000	43.069.000	43.638.000	44.276.000	...	...
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte [2]	29.615.680	30.174.505	30.771.297	31.443.318	32.164.973	721.655	2,3
Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III							
- Bestand im Jahresdurchschnitt	2.950.338	2.898.388	2.794.664	2.690.975	2.532.837	-158.137	- 5,9
Rechtskreis SGB III	969.619	933.224	858.610	821.824	855.431	33.607	4,1
Rechtskreis SGB II	1.980.718	1.965.164	1.936.055	1.869.151	1.677.406	-191.745	- 10,3
dar.: Männer	1.597.105	1.565.074	1.517.211	1.482.720	1.398.108	-84.612	- 5,7
Frauen	1.353.232	1.333.314	1.277.452	1.208.251	1.134.724	-73.527	- 6,1
15 bis unter 25 Jahre	276.278	258.301	238.547	241.168	230.694	-10.474	- 4,3
55 Jahre und älter	572.974	584.085	573.886	555.116	529.002	-26.115	- 4,7
Ausländer	504.470	529.511	563.447	629.356	655.249	25.893	4,1
Deutsche	2.441.465	2.364.655	2.226.377	2.055.908	1.870.996	-184.912	- 9,0
ohne Berufsausbildung	1.283.856	1.303.259	1.293.851	1.262.817	1.156.545	-106.273	- 8,4
Betriebliche/schulische Ausbildung	1.358.693	1.326.858	1.239.871	1.137.176	1.027.592	-109.584	- 9,6
Akademische Ausbildung	191.108	202.642	202.737	198.452	193.520	-4.932	- 2,5
schwerbehinderte Menschen	178.632	181.110	178.809	170.508	162.373	-8.135	- 4,8
Arbeitslosenquoten bezogen auf							
- alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt	6,9	6,7	6,4	6,1	5,7	.	.
Männer	7,0	6,8	6,6	6,4	5,9	.	.
Frauen	6,7	6,6	6,2	5,8	5,4	.	.
15 bis unter 25 Jahre	6,0	5,7	5,3	5,3	5,1	.	.
55 Jahre bis unter 65 Jahre	8,1	7,9	7,3	6,8	6,3	.	.
Ausländer	14,4	14,3	14,6	15,3	14,6	.	.
Deutsche	6,2	6,0	5,6	5,2	4,7	.	.
ohne Berufsausbildung	.	.	20,3	20,0	18,7	.	.
Betriebliche/schulische Ausbildung	.	.	4,5	4,2	3,8	.	.
Akademische Ausbildung	.	.	2,7	2,6	2,5	.	.
- abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt	7,7	7,5	7,1	6,8	6,3	.	.
Unterbeschäftigung [3] [4]							
- Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	3.901.310	3.802.614	3.631.334	3.577.264	3.517.352	-59.912	- 1,7
- Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	8,9	8,6	8,2	8,0	7,8	.	.
Leistungsempfänger							
- Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit [4]	915.073	887.801	833.837	786.644	744.623	-42.021	- 5,3
- erwerbsfähige Leistungsberechtigte [5]	4.389.820	4.354.239	4.327.206	4.311.782	4.365.162	53.379	1,2
- nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte [5]	1.549.413	1.580.481	1.602.487	1.613.451	1.701.803	88.352	5,5
- Hilfequote erwerbsfähige Leistungsberechtigte [6]	8,2	8,1	8,0	7,9	8,0	.	.
Gemeldete Arbeitsstellen [7]							
- Zugang im Jahr	1.947.428	2.021.705	2.162.359	2.307.968	2.397.146	89.178	3,9
- Abgang im Jahr	1.940.146	1.958.585	2.061.599	2.234.434	2.288.595	54.161	2,4
- Bestand im Jahresdurchschnitt	456.975	490.310	568.743	655.490	730.551	75.061	11,5
sofort zu besetzen	381.239	412.502	493.313	578.687	653.916	75.229	13,0
Teilnehmer an ausgewählten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik [8]							
- Bestand insgesamt	858.145	830.065	809.375	868.376	894.478	26.102	3,0
dav.: Aktivierung und berufliche Eingliederung	161.555	162.563	167.649	207.743	216.882	9.139	4,4
Berufswahl und Berufsausbildung	195.796	185.321	180.749	190.507	193.091	2.584	1,4
Berufliche Weiterbildung	155.497	161.328	166.428	167.908	169.336	1.428	0,9
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	111.969	112.895	117.035	123.876	132.361	8.485	6,8
besondere Maßnahme zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung	72.659	70.464	69.244	68.902	68.276	-626	- 0,9
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	146.423	124.364	95.529	94.692	99.829	5.138	5,4
Freie Förderung / Sonstige Förderung	14.244	13.130	12.740	14.750	14.704	-46	- 0,3

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorläufige Daten; Inlandskonzept (Arbeitsort)
[2] Juni-Wert des jeweiligen Berichtsjahres (Arbeitsort). Aufgrund rückwirkender Revisionen der Beschäftigtenstatistik können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.
[3] Detaillierte Daten zur Unterbeschäftigung und weitergehende Informationen im Methodenbericht „Umfassende Arbeitsmarktstatistik" im Internet unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280842/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Arbeitslosigkeit-und-Unterbeschaeftigung.html
[4] Zahl für 2017 beinhaltet in der Jahresdurchschnittsberechnung bei der Unterbeschäftigung für die Monate Oktober bis Dezember 2017 und bei den Empfängern von Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit für die Monate November 2017 und Dezember 2017 geschätzte Werte.
[5] Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten bis einschließlich September 2017; für die Jahreswertberechnung 2017 werden die vorläufig hochgerechneten Werte bzgl. der Monate Oktober bis Dezember 2017 verwendet.
[6] Die Hilfequote für erwerbstätige Leistungsberechtigte wurde für das Jahre 2017 mit vorläuftigen Daten berechnet
[7] Einschließlich gemeldeter Arbeitsstellen mit Arbeitsort im Ausland.
Weitergehende Informationen im Methodenbericht „Umstellung der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen" im Internet unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280842/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Gemeldete-Arbeitsstellen.html
[8] Die Daten für 2017 sind vorläufig. Durch Datenrevisionen kann es zu Abweichungen zu früheren Auswertungen kommen.
Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

10.2 Eckwerte des Arbeitsmarktes - Jahreszahlen -

Westdeutschland
2013 bis 2017

Merkmale	Jahr					Veränderung 2017 gegenüber 2016	
	2013	2014	2015	2016	2017	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätige [1]	34.654.900	34.969.200	35.330.700	35.808.000	...	...	...
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte [2]	24.028.948	24.490.795	25.005.802	25.562.694	26.160.260	597.566	2,3
Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III							
- Bestand im Jahresdurchschnitt	2.080.342	2.074.553	2.020.503	1.978.672	1.894.294	-84.378	- 4,3
Rechtskreis SGB III	723.100	708.991	662.369	644.053	667.696	23.643	3,7
Rechtskreis SGB II	1.357.242	1.365.563	1.358.134	1.334.619	1.226.598	-108.021	- 8,1
dar.: Männer	1.117.739	1.113.058	1.092.081	1.086.323	1.040.685	-45.637	- 4,2
Frauen	962.604	961.495	928.421	892.346	853.605	-38.741	- 4,3
15 bis unter 25 Jahre	203.235	196.564	185.525	189.678	181.958	-7.720	- 4,1
55 Jahre und älter	387.214	398.902	396.424	391.719	381.142	-10.577	- 2,7
Ausländer	432.583	455.267	483.634	536.592	559.171	22.578	4,2
Deutsche	1.644.381	1.616.033	1.533.363	1.438.250	1.331.080	-107.171	- 7,5
ohne Berufsausbildung	1.029.285	1.052.388	1.045.915	1.021.596	936.347	-85.248	- 8,3
Betriebliche/schulische Ausbildung	837.862	836.567	792.875	742.761	688.635	-54.126	- 7,3
Akademische Ausbildung	127.393	137.896	139.648	140.184	139.191	-994	- 0,7
schwerbehinderte Menschen	133.845	136.712	135.914	131.454	126.852	-4.602	- 3,5
Arbeitslosenquoten bezogen auf							
- alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt	6,0	5,9	5,7	5,6	5,3	.	.
Männer	6,1	6,0	5,8	5,8	5,5	.	.
Frauen	5,9	5,9	5,6	5,3	5,0	.	.
15 bis unter 25 Jahre	5,2	5,1	4,8	4,8	4,6	.	.
55 Jahre bis unter 65 Jahre	7,0	6,8	6,5	6,1	5,7	.	.
Ausländer	13,7	13,6	13,9	14,5	14,0	.	.
Deutsche	5,3	5,1	4,8	4,5	4,2	.	.
ohne Berufsausbildung	.	.	18,6	18,4	17,3	.	.
Betriebliche/schulische Ausbildung	.	.	3,6	3,4	3,3	.	.
Akademische Ausbildung	.	.	2,3	2,3	2,3	.	.
- abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt	6,7	6,7	6,4	6,2	5,8	.	.
Unterbeschäftigung [3] [4]							
- Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	2.721.446	2.693.850	2.609.654	2.618.335	2.620.807	2.471	0,1
- Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	7,8	7,6	7,3	7,2	7,2	.	.
Leistungsempfänger							
- Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit [4]	681.412	672.390	638.753	609.846	580.476	-29.370	- 4,8
- erwerbsfähige Leistungsberechtigte [5]	2.979.948	2.996.880	3.034.247	3.078.428	3.180.050	101.622	3,3
- nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte [5]	1.119.392	1.150.258	1.179.032	1.202.080	1.289.548	87.468	7,3
- Hilfequote erwerbsfähige Leistungsberechtigte [6]	6,9	6,9	7,0	7,0	7,2	.	.
Gemeldete Arbeitsstellen [7]							
- Zugang im Jahr	1.553.393	1.612.126	1.730.236	1.857.435	1.945.648	88.213	4,7
- Abgang im Jahr	1.551.211	1.561.638	1.650.577	1.797.036	1.854.137	57.101	3,2
- Bestand im Jahresdurchschnitt	369.017	393.608	457.090	526.276	589.533	63.258	12,0
sofort zu besetzen	313.209	335.838	400.563	468.751	531.790	63.039	13,4
Teilnehmer an ausgewählten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik [8]							
- Bestand insgesamt	588.213	578.272	577.054	634.070	658.586	24.516	3,9
dav.: Aktivierung und berufliche Eingliederung	121.619	122.927	129.146	164.708	173.906	9.198	5,6
Berufswahl und Berufsausbildung	157.731	150.137	144.919	151.213	153.130	1.916	1,3
Berufliche Weiterbildung	106.639	111.014	116.571	121.260	124.395	3.134	2,6
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	67.221	69.590	72.121	79.035	84.962	5.927	7,5
besondere Maßnahme zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung	55.762	54.342	53.583	53.404	52.890	-513	- 1,0
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	69.393	60.893	50.132	51.992	56.956	4.964	9,5
Freie Förderung / Sonstige Förderung	9.849	9.369	10.583	12.459	12.348	-111	- 0,9

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorläufige Daten; Inlandskonzept (Arbeitsort)
[2] Juni-Wert des jeweiligen Berichtsjahres (Arbeitsort). Aufgrund rückwirkender Revisionen der Beschäftigtenstatistik können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.
[3] Detaillierte Daten zur Unterbeschäftigung und weitergehende Informationen im Methodenbericht „Umfassende Arbeitsmarktstatistik" im Internet unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280842/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Arbeitslosigkeit-und-Unterbeschaeftigung.html
[4] Zahl für 2017 beinhaltet in der Jahresdurchschnittsberechnung bei der Unterbeschäftigung für die Monate Oktober bis Dezember 2017 und bei den Empfängern von Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit für die Monate November 2017 und Dezember 2017 geschätzte Werte.
[5] Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten bis einschließlich September 2017; für die Jahreswertberechnung 2017 werden die vorläufig hochgerechneten Werte bzgl. der Monate Oktober bis Dezember 2017 verwendet.
[6] Die Hilfequote für erwerbstätige Leistungsberechtigte wurde für das Jahre 2017 mit vorläuftigen Daten berechnet
[7] Einschließlich gemeldeter Arbeitsstellen mit Arbeitsort im Ausland.
Weitergehende Informationen im Methodenbericht „Umstellung der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen" im Internet unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280842/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Gemeldete-Arbeitsstellen.html
[8] Die Daten für 2017 sind vorläufig. Durch Datenrevisionen kann es zu Abweichungen zu früheren Auswertungen kommen.
Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

10.3 Eckwerte des Arbeitsmarktes - Jahrezahlen -

Ostdeutschland
2013 bis 2017

Merkmale	Jahr					Veränderung 2017 gegenüber 2016	
	2013	2014	2015	2016	2017	absolut	in %
	1	2	3	4	5	6	7
Erwerbstätigkeit							
Erwerbstätige [1]	7.664.100	7.702.800	7.738.300	7.830.000	...	...	...
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte [2]	5.585.432	5.682.275	5.763.768	5.879.089	6.003.194	124.105	2,1
Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III							
- Bestand im Jahresdurchschnitt	869.995	823.835	774.162	712.303	638.543	-73.760	- 10,4
Rechtskreis SGB III	246.519	224.234	196.241	177.771	187.735	9.964	5,6
Rechtskreis SGB II	623.476	599.601	577.921	534.532	450.808	-83.724	- 15,7
dar.: Männer	479.367	452.016	425.130	396.398	357.423	-38.975	- 9,8
Frauen	390.629	371.819	349.032	315.905	281.120	-34.785	- 11,0
15 bis unter 25 Jahre	73.043	61.737	53.022	51.490	48.736	-2.754	- 5,3
55 Jahre und älter	185.760	185.183	177.462	163.398	147.860	-15.537	- 9,5
Ausländer	71.888	74.244	79.813	92.764	96.079	3.315	3,6
Deutsche	797.084	748.622	693.014	617.658	539.916	-77.742	- 12,6
ohne Berufsausbildung	254.572	250.871	247.936	241.222	220.197	-21.025	- 8,7
Betriebliche/schulische Ausbildung	520.831	490.291	446.996	394.415	338.957	-55.458	- 14,1
Akademische Ausbildung	63.715	64.746	63.088	58.268	54.329	-3.938	- 6,8
schwerbehinderte Menschen	44.787	44.398	42.896	39.054	35.522	-3.532	- 9,0
Arbeitslosenquoten bezogen auf							
- alle zivilen Erwerbspersonen insgesamt	10,3	9,8	9,2	8,5	7,6	.	.
Männer	10,8	10,1	9,6	9,0	8,1	.	.
Frauen	9,8	9,3	8,7	7,9	7,0	.	.
15 bis unter 25 Jahre	9,6	8,9	8,2	8,6	8,4	.	.
55 Jahre bis unter 65 Jahre	12,2	11,5	10,6	9,4	8,3	.	.
Ausländer	21,2	20,3	21,2	22,4	20,3	.	.
Deutsche	9,8	9,3	8,6	7,7	6,8	.	.
ohne Berufsausbildung	.	.	32,6	31,7	29,0	.	.
Betriebliche/schulische Ausbildung	.	.	7,8	6,9	6,1	.	.
Akademische Ausbildung	.	.	4,1	3,7	3,4	.	.
- abhängige zivile Erwerbspersonen insgesamt	11,6	11,0	10,3	9,4	8,4	.	.
Unterbeschäftigung [3] [4]							
- Unterbeschäftigung ohne Kurzarbeit	1.179.864	1.108.758	1.021.674	958.920	896.531	-62.389	- 6,5
- Unterbeschäftigungsquote (ohne Kurzarbeit)	13,6	12,8	11,8	11,1	10,4	.	.
Leistungsempfänger							
- Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit [4]	232.942	214.457	193.925	175.454	162.441	-13.013	- 7,4
- erwerbsfähige Leistungsberechtigte [5]	1.409.873	1.357.358	1.292.959	1.233.354	1.185.111	-48.243	- 3,9
- nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte [5]	430.021	430.223	423.455	411.371	412.255	884	0,2
- Hilfequote erwerbsfähige Leistungsberechtigte [6]	13,6	13,1	12,4	11,8	11,3	.	.
Gemeldete Arbeitsstellen [7]							
- Zugang im Jahr	388.063	404.731	428.121	446.604	447.855	1.251	0,3
- Abgang im Jahr	381.437	391.428	407.020	433.616	430.770	-2.846	- 0,7
- Bestand im Jahresdurchschnitt	84.968	94.440	109.636	127.279	138.812	11.532	9,1
sofort zu besetzen	65.222	74.632	90.881	108.170	120.036	11.866	11,0
Teilnehmer an ausgewählten Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik [8]							
- Bestand insgesamt	269.871	251.706	232.202	234.164	235.743	1.578	0,7
dav.: Aktivierung und berufliche Eingliederung	39.933	39.632	38.499	43.030	42.965	-65	- 0,2
Berufswahl und Berufsausbildung	38.033	35.146	35.778	39.225	39.901	676	1,7
Berufliche Weiterbildung	48.848	50.292	49.813	46.601	44.894	-1.707	- 3,7
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit	44.736	43.284	44.899	44.824	47.373	2.549	5,7
besondere Maßnahme zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung	16.896	16.120	15.659	15.496	15.382	-114	- 0,7
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	77.031	63.471	45.397	42.699	42.873	174	0,4
Freie Förderung / Sonstige Förderung	4.395	3.761	2.158	2.290	2.356	65	2,9

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1] Quelle: Statistisches Bundesamt; Vorläufige Daten; Inlandskonzept (Arbeitsort)
[2] Juni-Wert des jeweiligen Berichtsjahres (Arbeitsort). Aufgrund rückwirkender Revisionen der Beschäftigtenstatistik können diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten abweichen.
[3] Detaillierte Daten zur Unterbeschäftigung und weitergehende Informationen im Methodenbericht „Umfassende Arbeitsmarktstatistik" im Internet unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280842/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Arbeitslosigkeit-und-Unterbeschaeftigung.html
[4] Zahl für 2017 beinhaltet in der Jahresdurchschnittsberechnung bei der Unterbeschäftigung für die Monate Oktober bis Dezember 2017 und bei den Empfängern von Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit für die Monate November 2017 und Dezember 2017 geschätzte Werte.
[5] Daten mit einer Wartezeit von 3 Monaten bis einschließlich September 2017; für die Jahreswertberechnung 2017 werden die vorläufig hochgerechneten Werte bzgl. der Monate Oktober bis Dezember 2017 verwendet.
[6] Die Hilfequote für erwerbstätige Leistungsberechtigte wurde für das Jahre 2017 mit vorläuftigen Daten berechnet
[7] Einschließlich gemeldeter Arbeitsstellen mit Arbeitsort im Ausland.
Weitergehende Informationen im Methodenbericht „Umstellung der Statistik der gemeldeten Arbeitsstellen" im Internet unter
http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_280842/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Gemeldete-Arbeitsstellen.html
[8] Die Daten für 2017 sind vorläufig. Durch Datenrevisionen kann es zu Abweichungen zu früheren Auswertungen kommen.
Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

10.4 Bewerber für Berufsausbildungsstellen und Berufsausbildungsstellen [1)]

Deutschland, West- und Ostdeutschland
September 2017

Merkmale	2016/17	Veränderung gegenüber Vorjahr (Spalte 4)		2015/16	2014/15 [2)]	2014/15 [3)]
	absolut	absolut	in %	absolut	absolut	absolut
	1	2	3	4	5	6
Deutschland						
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen						
seit Beginn des Berichtsjahres *	547.824	96	0,0	547.728	550.910	549.099
versorgte Bewerber	524.112	-3.066	-0,6	527.178	530.128	528.387
dav. einmündende Bewerber	265.320	873	0,3	264.447	267.664	266.824
andere ehemalige Bewerber	202.283	-395	-0,2	202.678	202.209	201.483
Bewerber mit Alternative zum 30.9.	56.509	-3.544	-5,9	60.053	60.255	60.080
Bestand an unversorgten Bewerbern	23.712	3.162	15,4	20.550	20.782	20.712
Gemeldete Berufsausbildungsstellen						
seit Beginn des Berichtsjahres (ohne zkT) *	549.785	2.838	0,5	546.947	530.998	520.010
dav. betriebliche Berufsausbildungsstellen	521.870	4.081	0,8	517.789	499.403	488.416
außerbetriebliche Berufsausbildungsstellen	27.915	-1.243	-4,3	29.158	31.595	31.594
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen	48.937	5.459	12,6	43.478	41.592	40.960
Berufsausbildungsstellen je Bewerber	1,00	.	.	1,00	0,96	0,95
Unbesetzte Berufsausbildungsstellen je unversorgter Bewerber	2,06	.	.	2,12	2,00	1,98
Westdeutschland						
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen						
seit Beginn des Berichtsjahres *	457.722	3.034	0,7	454.688	458.118	456.592
versorgte Bewerber	439.357	914	0,2	438.443	441.720	440.251
dav. einmündende Bewerber	217.657	1.746	0,8	215.911	219.297	218.599
andere ehemalige Bewerber	170.956	2.544	1,5	168.412	167.897	167.277
Bewerber mit Alternative zum 30.9.	50.744	-3.376	-6,2	54.120	54.526	54.375
Bestand an unversorgten Bewerbern	18.365	2.120	13,1	16.245	16.398	16.341
Gemeldete Berufsausbildungsstellen						
seit Beginn des Berichtsjahres (ohne zkT) *	458.340	1.807	0,4	456.533	444.938	435.178
dav. betriebliche Berufsausbildungsstellen	438.779	3.928	0,9	434.851	420.396	410.637
außerbetriebliche Berufsausbildungsstellen	19.561	-2.121	-9,8	21.682	24.542	24.541
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen	40.689	5.157	14,5	35.532	33.989	33.411
Berufsausbildungsstellen je Bewerber	1,00	.	.	1,00	0,97	0,95
Unbesetzte Berufsausbildungsstellen je unversorgter Bewerber	2,22	.	.	2,19	2,07	2,04
Ostdeutschland						
Gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen						
seit Beginn des Berichtsjahres *	89.730	-822	-0,9	90.552	89.540	89.260
versorgte Bewerber	84.402	-1.891	-2,2	86.293	85.186	84.919
dav. einmündende Bewerber	47.548	464	1,0	47.084	47.173	47.033
andere ehemalige Bewerber	31.113	-2.194	-6,6	33.307	32.309	32.206
Bewerber mit Alternative zum 30.9.	5.741	-161	-2,7	5.902	5.704	5.680
Bestand an unversorgten Bewerbern	5.328	1.069	25,1	4.259	4.354	4.341
Gemeldete Berufsausbildungsstellen						
seit Beginn des Berichtsjahres (ohne zkT) *	91.302	1.022	1,1	90.280	85.822	84.594
dav. betriebliche Berufsausbildungsstellen	82.948	144	0,2	82.804	78.769	77.541
außerbetriebliche Berufsausbildungsstellen	8.354	878	11,7	7.476	7.053	7.053
Bestand an unbesetzten Berufsausbildungsstellen	8.207	275	3,5	7.932	7.536	7.482
Berufsausbildungsstellen je Bewerber	1,02	.	.	1,00	0,96	0,95
Unbesetzte Berufsausbildungsstellen je unversorgter Bewerber	1,54	.	.	1,86	1,73	1,72

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

[1)] Bei Arbeitsagenturen und Jobcentern gemeldete Bewerber für Berufsausbildungsstellen und bei den Arbeitsagenturen und gemeinsamen Einrichtungen gemeldete Berufsausbildungsstellen.

[2)] Ab 2015/16 werden in die Berichterstattung bestimmte Sonderausbildungen für Abiturienten einbezogen. Um die Entwicklungen am Ausbildungsmarkt unverzerrt darzustellen, beinhalten die hier dargestellten Werte bereits die "Abiturientenausbildungen".

[3)] Veröffentlichte Werte "ohne Abiturientenausbildungen"

* 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres